media/rep/

Repositorium für die Medienwissenschaft

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

2006 | 1-2

2006

https://doi.org/10.25969/mediarep/18387

Veröffentlichungsversion / published version
Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): *2006 | 1-2*, Jg. 32 (2006), Nr. 1-2. DOI: https://doi.org/10.25969/mediarep/18387.

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Terms of use:
This document is made available under a creative commons - Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft

Philipps Universität Marburg

Rundfunk und Geschichte

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

32. Jahrgang Nr. 1–2/2006

Fernsehästhetik, Filmkunst oder Kommerzkino? Das Film/Fernseh-Abkommen der Jahre 1974 bis 1990 im Streit der Interessen

Der »Wellen-Detektiv« und das »Gute in dem Herrn Schwarzhörer«: Die Schwarzhöreraktionen des Nordwestdeutschen Rundfunks

S. A. Kaehler: »Blick in die Zeit«. Dokumente zur Geschichte des politischen Programmangebots am Ende der Weimarer Republik

Die Medienbestände im Unternehmensarchiv Axel Springer

How Africa sees Europe

Rezensionen

Bibliografie

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Zitierweise: RuG – ISSN 0175-4351

Redaktion: Claudia Kusebauch Christoph Rohde Steffi Schültzke Hans-Ulrich Wagner

Inhalt

32. Jahrgang Nr. 1–2/2006

Aufsätze

Stephan Buchloh
Fernsehästhetik, Filmkunst oder Kommerzkino?
Das Film/Fernseh-Abkommen der Jahre
1974 bis 1990 im Streit der Interessen **05**

Janina Fuge
Der »Wellen-Detektiv« und das »Gute
in dem Herrn Schwarzhörer«: Die Schwarzhöreraktionen des Nordwestdeutschen Rundfunks
1951–1954 **18**

Dokumentation

Günther Grünthal
»Blick in die Zeit«. Dokumente zur Geschichte
des politischen Programmangebots
am Ende der Weimarer Republik **34**

Dokumente:
S.A. Kaehler: »Blick in die Zeit«
Schlesische Funkstunde (Breslau);
fünf Manuskripte **41**

Forum

Erik Lindner
Die Medienbestände im Unternehmensarchiv
der Axel Springer AG **49**

Christine Ehardt
Hörproben.
Das Forschungsprojekt »Hörinszenierungen
österreichischer Literatur« **50**

Bettina Hasselbring
»Dableckt! Vom Roider Jackl«.
Eine Ausstellung des Bayerischen Rundfunks
zum 100.Geburtstag von Jakob Roider **51**

Veit Scheller
»Geschichte in den Medien – Medien und ihre
Geschichte«. Jahrestagung der Vereinigung
deutscher Wirtschaftsarchivare **54**

Graham Mytton
How Africa sees Europe **56**

Golo Föllmer/Sven Thiermann
Relating Radio – Das Radio als Beziehungskiste.
Ein Tagungskonzept **62**

Steffi Schültzke
Nur Kiezgeschichten aus dem Global Village?
Ein Spaziergang in der Blogosphäre. **65**

Rezensionen

Internet-Rezension
Das Netzwerk Mediatheken
(Thomas Hammacher) **67**

Sammelrezension
Manfred Korps:
Der Kulturauftrag des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Martin Stock:
Das deutsche duale Rundfunksystem:
Alte Probleme, neue Perspektiven
(Barbara Thomaß) **69**

Christina Holtz-Bacha:
Medienpolitik für Europa
(Dietrich Schwarzkopf) **71**

Nadja-Christina Schneider:
Zur Darstellung von »Kultur« und »kultureller
Differenz« im indischen Mediensystem
(Oliver Zöllner) **72**

Alan Grace:
The Link With Home
(Oliver Zöllner) **74**

Florian Cebulla:
Rundfunk und ländliche Gesellschaft 1924–1945
(Lu Seegers) **74**

Thomas Bräutigam:
Hörspiel-Lexikon
(Wolfram Wessels) **76**

Annegret Braun:
Frauenalltag und Emanzipation
(Sabine Rittner) **76**

Barbara Sichtermann/Andrea Kaiser:
Frauen sehen besser aus
(Sascha Trültzsch) **77**

Thomas Beutelschmidt/Rüdiger Steinlein (Hrsg.):
Realitätskonstruktion
(Thomas Ahbe) **79**

Jürgen Bertram:
Mattscheibe
(Uwe Breitenborn) **80**

Jens Ruchatz (Hrsg.):
Mediendiskurse deutsch/deutsch
(Steffi Schültzke) **81**

Oliver Fahle/Lorenz Engell (Hrsg.):
Philosophie des Fernsehens
(Joan Kristin Bleicher) **82**

Sammelrezension
Jürgen Bellers/Maren Königsberg (Hrsg.):
Skandal oder Medienrummel?
Claudia Gerhards/Stephan Borg/Bettina Lambert:
TV-Skandale
(Wolfgang Mühl-Benninghaus) **85**

Ludwig Fischer (Hg.)
Programm und Programmatik
(Steffi Schültzke) **86**

CD-Sammelrezension
Deutsches Rundfunkarchiv:
Hermann Kasack und der Rundfunk
Ernst Busch und der Rundfunk
(Heide Riedel) **87**

Eckhard Lange/Hans-Gerhard Stülb (Hrsg.):
Informationsprodukte auf dem Prüfstand
(Andreas Kozlik) **90**

Bibliografie

Zeitschriftenlese 93 (1.7.–31.12.2005)
(Rudolf Lang) **92**

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Tagungsankündigung Jahrestagung 2007 **101**

Jahrbuch Medien und Geschichte **102**

Examenscolloquium des Studienkreises **103**

Änderungen der Kontaktdaten **103**

Autoren der Aufsätze und Dokumentationen

Prof. Dr. Stephan Buchloh lehrt Sozialpädagogik/ Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Hochschule Ravensburg-Weingarten. Studium und Praktika in Berlin, Madrid, Buenos Aires und New York; Fächer: Politologie, Germanistik, Lateinamerikanistik, Pädagogik und Philosophie. Promotion in Politikwissenschaft, Habilitation in Kommunikations- und Medienwissenschaft. Berufliche Tätigkeiten in der Weiterbildung von Journalisten in Berlin, im Management einer international tätigen Hilfsorganisation und in einer Freizeiteinrichtung für Jugendliche aus sozialen Brennpunkten in München.
E-Mail: buchloh@hs-weingarten.de

Janina Fuge, geb. 1978, M.A., studierte Geschichte, Politische Wissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Neben freier journalistischer Tätigkeit arbeitet sie derzeit an der Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland und promoviert über Gedenktage in der Weimarer Republik.
E-Mail: janina.fuge@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Günther Grünthal, geb. 1938, em. Prof. für Neuere und Neueste Geschichte. Studium in Göttingen und Berlin, wiss. Assistent in Berlin (Promotion 1966), München und Karlsruhe (Habilitation 1975), Oxford (Visiting Fellow St. Antony's College), Gastprofessur in Metz (Frankreich), Professor in Karlsruhe und an der TU Chemnitz (seit 1993), dort Dekan (1994–1997) und Rektor (2000–2003). Forschungsschwerpunkte: Parlamentsgeschichte (Preußen), Geschichte der politischen Parteien im 19. und 20. Jahrhundert, Kulturpolitik in der Weimarer Republik, Kommunalpolitik in Sachsen.
E-Mail: guenther.gruenthal@phil.tu-chemnitz.de

Editorische Notiz

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir haben mit diesem Heft die Rubrik »Miszellen« in »Forum« umbenannt. Damit verbindet sich für uns die Zielstellung, das „Forum" noch mehr zu einer Plattform von medienhistorisch relevanten praxis- und theoriebezogenen Diskussionen zu machen. Beiträge hierfür sind herzlich willkommen, ihre Veröffentlichung unterliegt selbstverständlich unserer redaktionellen Auswahl. Tagungsinformationen, die Vorstellung von Forschungsprojekten und andere Nachrichten aus der Scientific Community werden im Forum weiterhin ihren Platz haben.

Mit dem Heft 3–4/2005 haben wir auch begonnen, die Seitenzählung des Heftes umzustellen. Die Seiten werden künftig mit jedem Heft bei 1 anfangen und nicht wie bisher nach Jahrgängen durchnummeriert sein.

Stephan Buchloh

Fernsehästhetik, Filmkunst oder Kommerzkino?

Das Film/Fernseh-Abkommen der Jahre 1974 bis 1990 im Streit der Interessen

»Der ganze Neue deutsche Film ist auch ein direktes Produkt dieser Idee von Kooperation zwischen dem Kino und dem Fernsehen. Keiner von uns hätte ohne das Fernsehen ein Bein auf den Boden bekommen.«[1] Mit dieser Einschätzung stellte der Filmregisseur Wim Wenders der Filmförderung durch das Fernsehen ein hervorragendes Zeugnis aus. Wenders' Urteil stieß in der öffentlichen Diskussion jedoch nicht nur auf Zustimmung. So hielten Kritiker dem Fernsehen vor, es zwinge den geförderten Kinofilmen eine Fernsehästhetik auf und nutze die Regisseure durch unfaire Förderbedingungen aus. Was von Wim Wenders gelobt und von anderen heftig bemängelt wurde, war die Tätigkeit des Fernsehens als Förderer des Kinofilms, welche in dem sogenannten »Film/Fernseh-Abkommen« eine rechtliche Form gefunden hatte. Dabei handelte es sich um eine Vereinbarung zwischen den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern und der Filmförderungsanstalt, der zentralen Einrichtung des Bundes zur Förderung der Filmwirtschaft.

Schon in den 60er Jahren hatte es immer wieder Forderungen gegeben, das Fernsehen solle sich an der Förderung von Kinofilmen beteiligen, schließlich strahle es viele Filme aus.[2] Auf diese Forderungen reagierten die Sender 1974 mit dem »Film/Fernseh-Abkommen«. Dass das Fernsehen den Film auf der Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung unterstützte, war von Anfang an umstritten. Statt eines Abkommens wurde auch über eine Pflichtabgabe pro gesendeten Spielfilm diskutiert. An der Debatte beteiligten sich – neben der Presse – die politischen Parteien, die Fernsehanstalten und zwei Fraktionen der Filmbranche: Hier standen auf der einen Seite die sogenannten »Jungfilmer« oder die Vertreter des »Neuen Deutschen Films« wie Alexander Kluge, Volker Schlöndorff oder Werner Herzog; auf der anderen Seite die etablierten Kräfte, die oft als »Altbranche« bezeichnet wurden und die durch die Herstellung von kommerziellen Unterhaltungsfilmen hervorgetreten waren. Welches Fördermodell die Interessengruppen bevorzugten, hing von verschiedenen Umständen ab: Wie viel Geld war zu erwarten? Wer konnte über die Mittel verfügen? Welche Arten von Filmen sollten Zuwendungen erhalten – künstlerisch ambitionierte Arbeiten oder Unterhaltungsfilme? Dabei ging es auch um die gesellschaftliche Bedeutung des Fernsehens und des Films: Wirkt das Fernsehen durch die Unterstützung von anspruchsvollen Filmen als Kulturförderer, oder trägt es durch seine Fördermittel dazu bei, dass die Produzenten künstlerisch belangloser Unterhaltungsfilme ihre wirtschaftliche Stellung ausbauen können? Auf eine Kurzformel gebracht: Fördert das Fernsehen die Filmkunst oder das kommerzielle Kino?

In meinem Beitrag gehe ich als Erstes auf die Debatten um die Frage: »Abkommen oder Abgabe?« ein; dabei blicke ich besonders auf die Interessen, welche die Beteiligten leiteten. Untersuchen möchte ich den Zeitraum vom Jahr 1974, in dem das erste Film/Fernseh-Abkommen in Kraft trat, bis zur deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990. Zwischen 1974 und 1990 gab es fünf Abkommen, und vor dem Abschluss eines neuen Abkommens flammte die Diskussion über diese Frage immer wieder auf. In einem zweiten Teil stelle ich kurz einige zentrale Regelungen des Abkommens vor. Ein dritter Abschnitt ist dem Umfang der Filmförderung durch das Fernsehen gewidmet: Wie viel Geld gab das Fernsehen aus? Wie viele Filme unterstützte es? Anschließend frage ich in einem vierten Teil danach, welche Filme das Fernsehen förderte: Wie sahen die Ergebnisse der Filmförderung aus? An diesen Re-

---

1 Wim Wenders, zit. n. Heinz Ungureit: Ende der Zweckehe? Unvoreingenommene Prüfung nach zwanzig Jahren der Kooperation. In: Medium, 4/1991, S. 24–25; hier S. 24.

2 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte und Drucksachen. Bonn, 4. Wahlperiode, 14. Sitzung, 14.2.1962, Kahn-Ackermann (SPD), S. 422–424; bes. S. 423 (im Folgenden zit. als »Deutscher Bundestag«); 4. Wahlperiode, Drucksache IV/2324: Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik (8. Ausschuß) über den von den Abgeordneten Dr. Martin, Kemmer und Genossen und Fraktion der CDU/CSU und den Abgeordneten Schmitt-Vockenhausen, Dr. Lohmar, Kahn-Ackermann und Genossen und Fraktion der SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet der deutschen Filmwirtschaft, 8.6.1964.

sultaten entzündete sich eine öffentliche Auseinandersetzung – diese werde ich im fünften Teil dieser Arbeit beleuchten.

Wie soll das Fernsehen den Film fördern?

Die Debatte Anfang der 70er Jahre

Im Jahr 1973 stand eine Novellierung des Filmförderungsgesetzes an. Das Gesetz bildete die Grundlage für die Tätigkeit der Filmförderungsanstalt (FFA) und damit für die wirtschaftliche Filmförderung des Bundes. Der erste Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums sah vor: Für jeden Spielfilm, den das Fernsehen zeigt, müssen die Sender eine Abgabe von 20.000 Mark entrichten.[3] Begründet wurde die Abgabepflicht mit Gerechtigkeitsüberlegungen und dem Wunsch nach Mehreinnahmen für die FFA. Das Fernsehen sei an einer leistungsfähigen deutschen Filmwirtschaft interessiert und müsse sich deshalb ebenso wie die Kinos finanziell an der Filmförderung beteiligen. Die Kinos zahlten einen kleinen Teil aus den Kartenerlösen an die FFA.[4]

Die Vertreter des Neuen Deutschen Films und die Fernsehanstalten sprachen sich gegen eine solche Pflichtabgabe aus. Die Jungfilmer lehnten die Abgabe vor allem deshalb ab, weil sie befürchteten, dass in erster Linie die etablierten Produzenten davon profitiert hätten: 1. Die Gelder wären zwar dem Etat der Filmförderungsanstalt zugeflossen und auf diese Weise zum Teil auch für das neue Förderinstrument »Projektförderung« genutzt worden. Die Jungfilmer hatten sich von dieser Förderart ursprünglich größere Chancen für ihre eigenen Arbeiten erhofft, weil ein Auswahlgremium über die Projekte entscheiden sollte – nach dem Gesetzentwurf wäre dieser Ausschuss jedoch von der Altbranche beherrscht worden. 2. Die Abgabe hätte dazu beigetragen, die finanzielle Ausstattung des Förderinstruments »Referenzfilmförderung« zu erhalten, welches bislang fast nur der Altbranche genutzt hatte. Bei der Referenzfilmförderung handelte sich um eine Art »Förderautomatik«. Entsprechend dem Kassenerfolg eines Films erhielt der Produzent automatisch Fördermittel für neue Filme – Filme, die viel Geld einspielten, wurden also stark gefördert; Filme, die wenig Zuschauer fanden, mussten auf eine Förderung verzichten. Ohne die Fernsehgelder wäre der Haushalt der FFA kaum erhöht worden, so dass die Einführung der Projektförderung zu einer Verminderung der Referenzmittel geführt hätte.[5]

Die Fernsehsender argumentierten ähnlich wie die jungen Regisseure. Die Anstalten bemängelten, dass sie bei einer Pflichtabgabe gar keinen oder einen zu geringen Einfluss auf die Verwendung der an die FFA gezahlten Gelder hätten. Den Sendern ging es auch um einen Nutzen für das eigene Programm: Man wollte Filme fördern, die den Qualitätsansprüchen des Fernsehens genügten. Filmförderung war für die Rundfunkanstalten Kulturförderung, nicht Wirtschaftsförderung.[6]

Die Regierungsparteien SPD und FDP näherten sich im weiteren Verlauf der Gesetzesberatung den Positionen der jungen Regisseure und der Fernsehanstalten an. Der SPD-Politiker Peter Glotz zum Beispiel sprach sich für Filme aus, die sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinandersetzen und den »Erfahrungshorizont« der Filmbetrachter erweitern sollten. Daher befürwortete er eine Regelung, bei der er am ehesten mit solchen emanzipatorischen, aufklärerischen Filmen rechnete – und das war eine freiwillige Vereinbarung zwischen Filmwirtschaft und Fernsehen.[7] Die oppositionelle CDU/CSU befürchtete dagegen eine Politisierung der Bevölkerung und setzte sich für Unterhaltungsfilme ein. Der Film sollte der Entspannung der Menschen dienen und die gesellschaftliche Integration fördern. Ihre Interessen sah die Union durch eine Zwangsabgabe am besten verwirklicht, da die Filme der etablierten Branche bei einer solchen Regelung die größten Förderungschancen gehabt hätten. Bei einem Abkommen wären nach Ansicht der CDU/

---

3 Vgl. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/974: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films, 3.9.1973, S. 7.

4 Ebd., S. 13f.

5 Vgl. o. V.: Kluge: Filmförderungsanstalt muß umstrukturiert werden. In: Der Abend, 17.8.1973; Wolfram Schütte: Warnung vor einem Irrtum. Die Fernsehanstalten sollen, wollen, müssen »filmfördernd« sein. In: Frankfurter Rundschau, 21.9.1973; Frank J. Heinemann: Das Fernsehen als Zwangsmäzen? ARD und ZDF setzen sich gemeinsam gegen Forderungen der Filmwirtschaft zur Wehr. In: Stuttgarter Zeitung, 28.9.1973; Hans Günther Pflaum: Kooperation oder Rechtsstreit? Zur Novellierung des Filmförderungsgesetzes. In: Süddeutsche Zeitung, 4.10.1973; Brigitte Jeremias: Film und Fernsehen Arm in Arm? Zur Novellierung des Filmförderungsgesetzes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.1973.

6 Vgl. rmc.: Fernsehen und Filmförderung. Der Vorschlag der Anstalten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.1973; Hellmut Haffner: Sind Film und Fernsehen Gegensätze? Zur Reform des Filmförderungsgesetzes in der Bundesrepublik. In: Neue Zürcher Zeitung, 6.10.1973; Wilhelm Roth: Werden Film und Fernsehen Partner? Das neue Filmförderungsgesetz im Streit der Interessen. In: Der Tagesspiegel, 18.11.1973.

7 Vgl. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 71. Sitzung, 13.12.1973, Glotz (SPD), S. 4387–4390; bes. S. 4389; Haase (SPD), S. 4385–4386.

CSU die Gelder ausschließlich in die Projektförderung geflossen und hätten den wirtschaftlichen Charakter der Filmförderung beeinträchtigt.[8]

Die Debatte Ende der 70er Jahre

Auch bei der Bundestagsdebatte um eine Neufassung des Filmförderungsgesetzes in den Jahren 1978 und 1979 vertraten Regierungsparteien und Opposition wieder die gleichen kontroversen Auffassungen: Die Union bevorzugte eine Pflichtabgabe, die Regierungsparteien setzten sich für ein Film/Fernseh-Abkommen ein. Insgesamt wurde die Diskussion jedoch auf einer weniger weltanschaulich-programmatischen Ebene geführt. SPD und FDP begründeten ihre Ablehnung einer Zwangsabgabe nun vorwiegend mit verfassungsrechtlichen Problemen und mit einer möglichen Klimaverschlechterung zwischen Film und Fernsehen. Gleichzeitig betrachteten sie aber das Engagement des Fernsehens für die Filmwirtschaft als zu gering, und sie forderten die Sender nachdrücklich auf, den finanziellen Rahmen des Abkommens zu erhöhen.[9] Von emanzipatorischen Ansprüchen an den Film und an die Filmförderung war bei der SPD nun nichts mehr zu hören, gleichwohl hielt man an einem Filmverständnis fest, das den Film vor allem als Bestandteil von Kultur definierte. Ein freiwilliges Film/Fernseh-Abkommen schien der SPD nach wie vor als das am besten geeignete Politikinstrument, um qualitativ-kulturelle Elemente in der Filmförderung zu sichern.[10] Die CDU/CSU sprach die Verwendung der Gelder aus Abkommen oder Abgabe nicht mehr an, sondern argumentierte nun nur noch mit dem größeren Geldbetrag, der durch eine Zwangsabgabe zustande komme.[11] Sie wurde dabei von der etablierten Filmwirtschaft unterstützt, die eine monatliche Abgabe von 15 Pfennig für jeden Gebühren zahlenden Fernsehzuschauer vorschlug und zugleich forderte, bei der Aufteilung der Gelder das Schwergewicht auf die Referenzfilmförderung zu legen – hier sollte eine Pflichtabgabe also wieder eindeutig in den Dienst der Altbranche gestellt werden.[12]

Die Debatte in den 80er Jahren

Als eine erneute Veränderung des Filmförderungsgesetzes im Jahr 1987 anstand, hatten sich die politischen Konstellationen gewandelt, und auch in der Filmpolitik verliefen die Fronten anders. So forderten sowohl die zur Altbranche gehörenden Filmtheaterverbände als auch die zur Neubranche zählende »Arbeitsgemeinschaft Kino« in einem gemeinsamen Papier die Erhebung einer Zwangsabgabe von allen Wirtschaftszweigen und Medien, die Spielfilme nutzten. Auf diese Weise sollten auch die »Neuen Medien« Video und Privatfernsehen einen Beitrag zur Filmförderung leisten. Die Abgabe der Fernsehanstalten sollte nach der Zahl der Zuschauer berechnet werden, die sich einen gesendeten Kinofilm ansehen. Den Kinobesitzern ging es um dreierlei: Erstens wollten sie ihre eigene Abgabe an die FFA im Gegenzug senken, zweitens sollten die Fördermittel insgesamt erhöht werden (wobei die Kinos einen größeren Anteil an der Förderung als bisher verlangten), und drittens sollte die Auswertung von Kinofilmen durch andere Medien als das Kino verteuert und erschwert werden.[13] Die Filmtheaterverbände verfolgten hier einen klar ökonomisch ausgerichteten Politikansatz, bei dem ihre Marktstellung im Wettbewerb mit anderen Filmauswertern im Vordergrund stand. Auch ihre sonstigen Forderungen richteten sich auf möglichst marktgängige, beim Publikum erfolgreiche Filme.[14] Bei den Kinoorganisationen, die zur etablierten Filmwirtschaft gehörten, war diese Position nicht weiter überraschend. Es darf indes als bemerkenswert gelten, dass die Programmkinobetreiber, die sich dem Dachverband des Neuen Deutschen Films angeschlossen hatten, nun deutliche Interessengegensätze zu den Regisseuren und Produzenten der Neubranche formulierten.

Ebenfalls nicht unbedingt zu erwarten war, dass Union und SPD ihre Positionen zur Frage »Abkommen oder Abgabe?« inzwischen vertauscht hatten:

---

8 Vgl. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 71. Sitzung, 13.12.1973, Wohlrabe (CDU), S. 4390–4394; bes. S. 4392; vgl. a. Wohlrabe in einer Presseerklärung, aus der der SPD-Abgeordnete Peter Glotz im Bundestag unwidersprochen (wörtlich) zitiert: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 71. Sitzung, 13.12.1973, Glotz (SPD), S. 4388.

9 Vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 109. Sitzung, 5.10.1978, Martiny-Glotz (SPD), S. 8636–8638; bes. S. 8638; Haussmann (FDP), S. 8640–8641; bes. S. 8641; 152. Sitzung, 11.5.1979, Haussmann (FDP), S. 12171–12173; bes. S. 12173.

10 Vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 109. Sitzung, 5.10.1978, Martiny-Glotz (SPD), S. 8636–8638; bes. S. 8637; 152. Sitzung, 11.5.1978, Martiny-Glotz (SPD), S. 12169–12171; Nöbel (SPD), S. 12174–12176; bes. S. 12175.

11 Vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 109. Sitzung, 5.10.1978, Wohlrabe (CDU), S. 8638–8640; bes. S. 8639f.; 152. Sitzung, 11.5.1979, Schwarz-Schilling (CDU), S. 12173–12174; bes. S. 12174.

12 Vgl. Spitzenorganisation der Filmwirtschaft: Denkschrift zur Neufassung des Filmförderungsgesetzes vom 3. März 1974. Wiesbaden, 18.10.1977; bes. S. 4.

13 Vgl. HDF-Arbeitsgruppe für die FFG-Reform: Neufassung des Filmförderungsgesetzes (FFG). Der HDF-Standpunkt zu einer notwendigen Reform. In: Film-Echo/Filmwoche, Nr. 71/72, 23.12.1983, S. 16–19; bes. S. 18.

14 Ebd., S. 16.

Die CDU/CSU trat nun für die Fortsetzung einer freiwilligen Zusammenarbeit zwischen Fernsehen und Filmwirtschaft ein, während die SPD ebenso wie die Filmtheaterverbände – und übrigens auch die Grünen – eine Zwangsabgabe aller Fernsehsender forderte.[15] Erklären lässt sich dieser Sinneswandel vor allem durch die Politik der Parteien gegenüber den »Neuen Medien« und den eingetretenen oder sich abzeichnenden Entwicklungen auf diesem Gebiet: Die Union trieb als Regierungspartei die Errichtung privater Fernseh- und Radiostationen voran und wollte diese Sender vor wirtschaftlichen Belastungen bewahren. Hätte die CDU/CSU sich wie in den vorigen Debatten für eine Zwangsabgabe der Fernsehanstalten eingesetzt, dann wäre es kaum möglich gewesen, die Abgabepflicht auf die öffentlich-rechtlichen Sender zu beschränken. Stattdessen führte die Union nun rechtliche Gründe gegen eine Zwangsabgabe des Fernsehens an und rief die kommerziellen Anstalten zu einer freiwilligen Beteiligung an der Filmförderung auf.[16] Das Interesse am Auf- und Ausbau des privaten Rundfunks überwog bei der CDU/CSU deutlich das Interesse am Schutz des »alten Mediums« Filmtheater. Hier zeigten sich erstmals seit langem Gegensätze in den Interessen der Altbranche, besonders der Kinobesitzer, und der Union.

Die SPD, die den »Neuen Medien« skeptisch gegenüberstand, betonte demgegenüber die kulturelle Bedeutung des Kinos als Abspielstätte für Filme. Sie sah das Überleben vieler Lichtspielhäuser durch die Spielfilmausstrahlungen des Fernsehens bedroht. Die Sozialdemokraten wollten den Erhalt der Kinos sichern und setzten sich deshalb für eine Lösung ein, von der sie sich einen vergleichsweise hohen Geldbetrag für die Filmförderung erwarteten – und das war die Zwangsabgabe. Zugleich kam es ihnen auf eine Regelung an, bei der die privaten Rundfunkanstalten nicht ungeschoren blieben.[17] In der Forderung nach einer Abgabepflicht für das Fernsehen trafen sich nun die Interessen der Altbranche und der SPD – freilich stand bei den Sozialdemokraten die gesellschaftlich-kulturelle Wichtigkeit des Kinos im Vordergrund, während die Kinobesitzer eher von ökonomischen Motiven geleitet waren.

Welche Regelungen enthielt das Film/Fernseh-Abkommen?

Auf der Grundlage des Film/Fernseh-Abkommens sollten hauptsächlich Filme im Projektstadium gefördert werden. Die Grundzüge der Förderung blieben in den verschiedenen Fassungen erhalten; allerdings wurden manche Regelungen neu eingeführt, andere fielen dafür weg. Auch manche Fördersummen änderten sich. Das Abkommen, das im Folgenden in seiner fünften Fassung vorgestellt wird, die am 1. Januar 1990 in Kraft trat, sah vier Förderungsinstrumente vor.[18] Hier konnte man zwischen »direkten« und »indirekten« Formen der Filmförderung unterscheiden. »Direkt« förderte das Fernsehen zum einen Gemeinschaftsproduktionen: Es handelte sich um Filme, die ein Produzent aus der Filmwirtschaft und eine Rundfunkanstalt gemeinsam herstellten. Zum anderen unterstützte das Fernsehen Arbeiten von Nachwuchsfilmern sowie neuartige und experimentelle Filme. »Indirekt« förderte das Fernsehen den Film, indem es Geld an die Filmförderungsanstalt zahlte, und zwar sowohl für die Projektfilmförderung der FFA als auch für die Referenzfilmförderung der FFA.

Im Einzelnen waren die Förderinstrumente so angelegt:

- Die Förderung von Gemeinschaftsproduktionen bildete den größten und wichtigsten Bestandteil der Filmförderung durch die Rundfunkanstalten. Über die Vergabe der Gelder entschied eine aus Vertretern der Rundfunkanstalten und der Filmwirtschaft paritätisch besetzte Kommission. Sie bestand aus zehn Mitgliedern (»Zehnerkommission«). In der Regel wandte sich ein Filmproduzent an einen Fernsehsender und stimmte mit dem zustän-

---

15 Vgl. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 217. Sitzung, 16.5.1986, Martiny-Glotz (SPD), S. 16791–16792; bes. S. 16792; Tatge (Grüne), S. 16793–16794; bes. S. 16794; 238. Sitzung, 16.10.1986, Geiger (CSU), S. 18428–18430; bes. S. 18430; Martiny-Glotz (SPD), S. 18430–18432; bes. S. 18431; Weirich (CDU), S. 18434–18435; bes. S. 18434; Drucksache 10/6162: Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes, 15.10.1986.

16 Vgl. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 238. Sitzung, 16.10.1986, Geiger (CSU), S. 18428–18430; bes. S. 18430; Weirich (CDU), S. 18434–18435; bes. S. 18434.

17 Vgl. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 238. Sitzung, 16.10.1986, Martiny-Glotz (SPD), S. 18430–18432; bes. S. 18431; Duve (SPD), S. 18435–18436; vgl. a. W. Paetsch: SPD übt Kritik am FFG-Entwurf. Filmwirtschaftler fordern Politiker zum Handeln auf / Kinotag in Bonn. In: Film-Echo/Filmwoche, Nr. 13/14, 7.3.1986, S. 6; Norbert Wiesner: Schonzeit für private Füchse. In: Film-Echo/Filmwoche, Nr. 62/63, 7.11.1986, S. 5.

18 Vgl. 5. Film/Fernseh-Abkommen (19.7.1989). In: Media Perspektiven. Dokumentation, I/1989, S. 38–49; s. a. den Kommentar zu dem Abkommen bei Horst von Hartlieb: Handbuch des Film-, Fernseh- und Videorechts. 3., neubearb. und wesentlich erw. Aufl. München 1991, S. 181–185.

digen Redakteur ein Filmprojekt ab. Ein solches Vorhaben konnte der Kommission schriftlich angemeldet werden. Sie befand darüber, ob das Projekt als Gemeinschaftsproduktion im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens anzusehen war und damit einen Zuschuss aus dem Fördertopf erhielt.

- Innerhalb der »Nachwuchs- und Innovationsförderung« wurden experimentelle Filme, Nachwuchsfilme, »Filme mit Innovationscharakter« und längere Dokumentarfilme unterstützt. Diese Förderungsart konnte als die »Low-Budget«-Förderung innerhalb des Abkommens angesehen werden. Eine aus je einem Vertreter von ARD und ZDF bestehende Unterkommission traf die Entscheidungen. Auf ein Drehbuch konnte in Einzelfällen verzichtet werden, wenn auf andere Weise (etwa durch eine ausführliche Beschreibung) dargelegt wurde, dass das Filmprojekt einen dem Förderungsziel entsprechenden Film erwarten ließ.
- Bei der »indirekten« Förderung galt: Unter den von der Filmförderungsanstalt unterstützten Filmen sollten sich in angemessenem Umfang Filme befinden, die sich auch für die Ausstrahlung im Fernsehen eigneten. Außerdem sollten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die ersten sein, denen die Filmproduzenten die Fernsehlizenzen anboten.

Welchen Umfang hatte die Filmförderung durch das Fernsehen?

In den Jahren von 1974 bis 1990 stellten die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens 270,4 Millionen Mark für die Filmwirtschaft bereit. Die Gemeinschaftsproduktionen hatten mit 173,25 Millionen Mark oder 64,1 Prozent den höchsten Anteil an der Förderung. An zweiter Stelle standen mit 66 Millionen Mark oder 24,4 Prozent die Zuschüsse zur Projektförderung der Filmförderungsanstalt.[19] Im Vergleich der Gelder des Fernsehens mit denen der Filmförderungsanstalt ergibt sich: Das Fernsehen zahlte an die Filmwirtschaft etwas mehr als die Hälfte der Summe, die die FFA für ihre verschiedenen Förderungsarten aufbrachte. Die FFA stellte in der Zeit von 1974 bis 1990 insgesamt 520,7 Millionen Mark zur Verfügung. Dies entspricht einem durchschnittlichen Betrag von 30,6 Millionen Mark pro Jahr. Die durchschnittliche Fördersumme des Fernsehens belief sich im selben Zeitraum auf 15,9 Millionen Mark.[20] Hier gilt es allerdings zu bedenken, dass es sich bei den von der FFA ausgeschütteten Mitteln ja teilweise um Gelder handelte, die aus dem Film/Fernseh-Abkommen in die FFA-Fördertöpfe geflossen waren: Die beiden Summen lassen sich daher nur mit Einschränkung vergleichen. Zöge man die Fernsehmittel ab, wären die Förderungsaufwendungen der FFA geringer.

Wie viele Filme wurden im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens unterstützt? Bis Ende 1990 förderte das Fernsehen 541 Filmvorhaben, und zwar im Wesentlichen als Gemeinschaftsproduktionen oder durch die Projektförderung der FFA. Innerhalb ihres Projektfilmförderungstopfes verwendete die Filmförderungsanstalt die Mittel ohne Rücksicht auf die Herkunft der Gelder. Sie trennte also nicht zwischen Filmprojekten, die sie mit Fernsehmitteln förderte, und solchen, die sie mit sonstigen FFA-Haushaltsmitteln unterstützte. Prinzipiell konnten daher sämtliche von der FFA geförderten Filmvorhaben als vom Fernsehen geförderte Projekte gelten. In den Jahren von 1974 bis 1990 war das Fernsehen an den Projektfördergeldern der FFA mit knapp der Hälfte der Mittel beteiligt.[21] Laut ihres Geschäftsberichts 1990 unterstützte die FFA von den insgesamt geförderten 541 Filmen 386 durch Gelder aus der Projektfilmförderung; 351 Filme wurden als Gemeinschaftsproduktionen anerkannt, und in 27 Fällen beteiligte sich das Fernsehen durch den »Vorabkauf« der Fernsehnutzungsrechte an der Filmfinanzierung – eine Form der Förderung, die während des ersten Abkommens galt. Dies bedeu-

---

19 Vgl. zu den Zahlen die Festlegungen in den einzelnen Versionen des Film/Fernseh-Abkommens: Film/Fernseh-Abkommen (4.11.1974). In: ARD und ZDF (Hrsg.): Der Deutsche Film und das Fernsehen. Filmförderung 1974–1977. Vier Jahre Film/Fernseh-Abkommen. Eine vorläufige Bilanz. Frankfurt am Main und Mainz: ARD/ZDF-Informationsbroschüre 1977, S. 40–43; 2. Film/Fernseh-Abkommen (8.7.1980). In: Willi Bär und Hans Jürgen Weber: Fischer Film Almanach 1981. Filme, Festivals, Tendenzen. Frankfurt am Main 1981, S. 217–226; 3. Film/Fernseh-Abkommen (10.11.1983). In: Gisela Hundertmark und Louis Saul (Hrsg.): Förderung essen Filme auf ... Positionen – Situationen – Materialien. München 1984, S. 242–246; 4. Film/Fernseh-Abkommen (26.3.1986). In: Horst von Hartlieb: Das neue Filmförderungsrecht. Filmförderungsgesetz, Fernsehabkommen, Richtlinien, Förderungsprogramme. Textausgabe mit Erläuterungen. München 1987, S. 113–119; 5. Film/Fernseh-Abkommen (19.7.1989), a.a.O.; s. a. die Tabelle bei Enno Friccius (stellvertretender Justitiar des ZDF): Die Zusammenarbeit zwischen Film und Fernsehen. Zum Abschluß des 5. Film/Fernseh-Abkommens. In: Media Perspektiven, Nr. 11, 1989, S. 697–700; hier S. 698, und darauf fußende eigene Berechnungen.

20 Ebd. und eigene Berechnungen; vgl. zu den FFA-Ausgaben die Geschäftsberichte der FFA: Filmförderungsanstalt: Geschäftsberichte 1968/69 – 1990. O. O. o. J. [= Berlin 1970 – 1991].

21 Vgl. Filmförderungsanstalt: Geschäftsbericht 1990, a.a.O., Anlage 28/6; die FFA nennt dort als Betrag, der in der Zeit von 1974 bis 1990 insgesamt für die Förderung von Filmprojekten ausgegeben wurde, 137.285.000 Mark. Nach den Festlegungen des Abkommens haben die Fernsehanstalten davon 66 Millionen Mark bereitgestellt, so dass sie mit einem finanziellen Anteil von 48,1 Prozent an der FFA-Projektförderung beteiligt waren.

tet, dass manche der Filmvorhaben eine doppelte Förderung erhielten: So wurden 211 Filme sowohl als Gemeinschaftsproduktionen anerkannt als auch mit Projektmitteln unterstützt, und in die Finanzierung von sechs Filmen flossen zugleich Projektmittel und Gelder aus dem »Vorabkauf« der Fernsehrechte ein.[22]

Die bis Ende 1990 für Projektförderungsmaßnahmen, Gemeinschaftsproduktionen und »Vorabkäufe« ausgezahlten oder zugesagten Fördermittel beliefen sich nach Angaben der FFA auf 343.150.000 Mark, so dass ein Film im Durchschnitt 634.000 Mark bekam. Dabei unterschieden sich die Förderbeträge nach der Förderungsart. Innerhalb der Projektförderung standen 137.285.000 Mark für 386 Filme zur Verfügung, auf einen Film entfielen demnach durchschnittlich 356.000 Mark. Bei den Gemeinschaftsproduktionen verteilten die Fernsehanstalten 200.465.000 Mark auf 351 Filme, so dass ein Film im Durchschnitt 571.000 Mark erhielt. Durch »Vorabkäufe« zahlten die Sender 5,4 Millionen Mark für die Finanzierung von 27 Filmen, pro Film im Durchschnitt also 200.000 Mark. Innerhalb der »Nachwuchs- und Innovationsförderung« unterstützten ARD und ZDF weitere 87 Filmvorhaben. Hier wurden 20.080.000 Mark vergeben, für einen Film standen durchschnittlich 231.000 Mark bereit.[23]

Vergleicht man die Zahl der vom Fernsehen im Rahmen des Abkommens geförderten Filme mit der Gesamtzahl der von 1974 bis 1990 erstaufgeführten deutschen Filme, so ergibt sich: Etwas mehr als die Hälfte aller deutschen Filme jener Jahre wurden vom Fernsehen gefördert. Zwischen 1974 und 1990 kamen nämlich 1.235 deutsche Filme neu ins Kino, von denen das Fernsehen 628, also 50,9 Prozent, im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens finanziell unterstützte. Zählt man nur die Filme, die das Fernsehen innerhalb des Abkommens direkt förderte, also als Gemeinschaftsproduktionen, durch die »Nachwuchs- und Innovationsförderung« oder durch den »Vorabkauf« der Ausstrahlungsrechte, so kommt man auf 465 Filme, also auf einen Anteil von 37,7 Prozent an der Gesamtproduktion.[24]

Welche Filme förderte das Fernsehen?

Betrachtet man die vom Fernsehen geförderte Hälfte der deutschen Filmproduktion, so kann man von der »besseren Hälfte« der in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Filme sprechen. Zwar findet man alle Sorten von Filmen – wenn man von Sexfilmen und ähnlichem absieht; insgesamt überwiegen jedoch die anspruchsvollen Produktionen und die gehobenen Unterhaltungsfilme. So sind die bekannten Namen des Neuen Deutschen Films jeweils mit mehreren Arbeiten vertreten: Fassbinder, Wenders, Herzog, Schlöndorff, von Trotta, Petersen, Bohm, Kluge, Schroeter, Achternbusch, Sinkel, von Praunheim, Geissendörfer, Hauff, Lilienthal und van Ackeren. Sie erhielten Förderungen für Filme wie »Querelle«, »Paris, Texas«, »Stroszek«, »Die verlorene Ehre der Katharina Blum«, »Rosa Luxemburg«, »Das Boot«, »Nordsee ist Mordsee«, »Der starke Ferdinand«, »Palermo oder Wolfsburg«, »Der Depp«, »Berlinger«, »Stadt der verlorenen Seelen«, »Der Zauberberg«, »Das Autogramm« oder »Die flambierte Frau«.[25]

Unter den vom Fernsehen innerhalb des Abkommens direkt geförderten Filmen finden sich auch solche, die von der FFA-Projektkommission nicht angenommen wurden, so »Der starke Ferdinand« (Alexander Kluge), »Die Vertreibung aus dem Paradies« (Niklaus Schilling) oder »Stroszek« (Werner Herzog). Das Kommissionsmitglied Alfred Nemeczek vermutete bei manchen Ablehnungen durch die FFA politische Gründe, so bei dem Kluge-Projekt.[26] Wenn diese Annahme zutrifft, dann muss man dem Fernsehen hier eine liberalere Förderungspraxis bescheinigen.

Viele der wirtschaftlich erfolgreichen deutschen Filme wurden mit Geldern aus dem Film/Fernseh-Abkommen gefördert. Hierunter fallen auch manche Produktionen, die eher zur anspruchslosen Unterhaltung gehören, wie einige »Didi«-Filme (mit Dieter Hallervorden) oder Thomas-Gottschalk-Streifen. Von den 25 erfolgreichsten deutschen Filmen der Jahre 1974 bis 1980, die in einer Liste bei Klaus Sigl, Werner Schneider und Ingo Tornow zusammengestellt sind, wurden 15 aus Mitteln des Film/Fernseh-Abkommens gefördert, das sind 60 Prozent; 11 der

22 Ebd.

23 Ebd. Die ausgezahlten oder zugesagten Beträge sind meist größer als die Summen, die im Abkommen vereinbart sind.

24 Ebd., Anlage 6.

25 Ein vollständiges Verzeichnis aller bis zum 31. Dezember 1990 im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens geförderten Filmprojekte ergibt sich aus Anlagen zu zwei Geschäftsberichten der FFA, und zwar den Ausgaben der Jahre 1986 (Anlage 23) und 1990 (Anlage 28), a.a.O.

26 S. Alfred Nemeczek: Ganz schön heruntergekommen. Erfahrungen in der Projektkommission. In: Hans Günther Pflaum (Hrsg.): Jahrbuch Film 78/79. Berichte/Kritiken/Daten. München und Wien 1978, S. 161–172; hier S. 166f.

25 Filme, also 44 Prozent, waren Gemeinschaftsproduktionen. In den Jahren von 1981 bis 1984 befanden sich unter den 21 deutschen Filmen, die die meisten Kinobesucher anzogen, 16 vom Fernsehen unterstützte Produktionen, dies entspricht einem Anteil von 76 Prozent. 8 der 21 Filme, also 38 Prozent, waren in direkter Zusammenarbeit mit dem Fernsehen hergestellt worden.[27]

Zu den im Rahmen des Abkommens geförderten Publikumserfolgen jener Jahre gehörten »Die Blechtrommel« von Volker Schlöndorff, »Steiner – Das eiserne Kreuz« von Sam Peckinpah, »Theo gegen den Rest der Welt« von Peter F. Bringmann, »Die unendliche Geschichte« von Wolfgang Petersen, »Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo« von Ulrich Edel, »Didi – Der Doppelgänger« von Reinhard Schwabenitzky, »Lili Marleen« von Rainer Werner Fassbinder, »Abwärts« von Carl Schenkel und »Die bleierne Zeit« von Margarethe von Trotta.[28] Angesichts der unterstützten Filme liegt es nahe, die auf dem Film/Fernseh-Abkommen beruhende Filmförderung für fair und erfolgreich zu erachten, weil – bei einem Schwerpunkt auf dem anspruchsvollen Film und der gehobenen Unterhaltung – sowohl künstlerische Qualität als auch Marktgesichtspunkte zu ihrem Recht kamen. Vor einem abschließenden Urteil empfiehlt es sich indessen, einen Blick auf die öffentliche Diskussion über das Abkommen zu werfen – in der Öffentlichkeit war das Abkommen nämlich stets umstritten: Dabei ging es nicht nur um die Frage »Abkommen oder Abgabe«, sondern auch um den Einfluss der Fernsehanstalten auf die Filmgestaltung und um die Folgen der Fernseh-Filmförderung für den Filmsektor.

Wie sah die Öffentlichkeit die Ergebnisse der Filmförderung?

Kritiker des Film/Fernseh-Abkommens erhoben künstlerisch, politisch und wirtschaftlich begründete Vorwürfe. Erstens wurde den Fernsehanstalten vorgehalten, sie drängten den von ihnen koproduzierten Filmen eine Fernsehästhetik auf, die sich von einer Kinoästhetik unterscheide. Auf diese Weise trügen die Sender zu einer Verarmung und Vereinheitlichung der künstlerischen Ausdrucksformen bei. Ins Kino kämen nun Filme, die eher für das Fernsehen geeignet seien und deshalb beim Filmtheaterpublikum keinen Erfolg hätten – die ästhetische Uniformierung wirke sich damit auch in ökonomischer Hinsicht für die Filmwirtschaft nachteilig aus.[29] Für das Fernsehen erwiesen sich dagegen die von ihm geförderten Filme als nützlich; denn die für das Kino ungeeigneten Filme fänden bei den Fernsehzuschauern immer noch relativ viel Anklang, von den wenigen durch das Fernsehen unterstützten Kinoerfolgen ganz zu schweigen. Die Sendeanstalten könnten so mit vergleichsweise geringem Einsatz – so der zweite Vorwurf – einen wichtigen Teil ihres Programms füllen und hohe Einschaltquoten erzielen. Das Film/Fernseh-Abkommen diene damit dem Fernsehen wesentlich mehr als der Filmwirtschaft.[30] Drittens wurden die Fernsehanstalten kritisiert, weil sie den thematisch-politischen Freiraum der Filmemacher einschränken würden. Wegen der Partei- und Staatsnähe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und wegen der Ängstlichkeit der Redakteure seien bestimmte Themen, wie zum Beispiel Terrorismus, Korruption in der Politik oder die Verhältnisse in den Medien selbst, entweder ganz tabu oder dürften nur auf vorsichtig-harmlose Weise behandelt werden.[31]

---

27 Vgl. Klaus Sigl u. a.: Jede Menge Kohle? Kunst und Kommerz auf dem deutschen Filmmarkt der Nachkriegszeit. Filmpreise und Kassenerfolge 1949–1985. München 1986, S. 162f.; s. zu den geförderten Filmen die FFA-Geschäftsberichte von 1986 und 1990, a.a.O.

28 Ebd.

29 Vgl. z. B. Andreas Meyer: Auf dem Wege zum Staatsfilm? Bausteine zu einer Situationsanalyse des bundesdeutschen Kinos. 1. Das Fernseh-Kino. In: Medium, Heft 10, Oktober 1977, S. 27–30; Hans C. Blumenberg: Im Würgegriff des Fernsehens. Das Kino auf der Suche nach dem intelligenten Kommerzfilm. Glanz und Elend des neuen deutschen Films (II). In: Die Zeit, Nr. 37, 2.9.1977; Hans C. Blumenberg: Bildschirm contra Leinwand? Nicht austauschbar: Kinofilm und Fernsehspiel – Formen mit eigenen Gesetzen. In: Die Zeit, Nr. 26, 23.6.1978; Horst von Hartlieb: Kinofilm und Fernsehen: Weiter wie bisher? In: Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz und Katholische Filmarbeit in Deutschland (Hrsg.): Öffentliche Filmförderung. Erfahrungen und Erwartungen. Die Referate der Jahrestagung München 29.–30. Januar 1985. Bonn 1985, S. 107–116; Hans-Joachim Neumann: Der deutsche Film heute. Die Macher, das Geld, die Erfolge, das Publikum. Frankfurt am Main und Berlin 1986, S. 77.

30 Vgl. Herbert Strate: Kinofilm und Fernsehen: Weiter wie bisher? In: Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz und Katholische Filmarbeit in Deutschland (Hrsg.): Öffentliche Filmförderung. Erfahrungen und Erwartungen. Die Referate der Jahrestagung München 29.–30. Januar 1985. Bonn 1985, S. 123–130; Wolf Donner: Die Kino-Killer. In: Tip. Berlin-Magazin, Nr. 12, 7.6.–20.6.1990, S. 56–63; bes. S. 62; Wolf Donner: Die Kino-Killer 2. In: Tip. Berlin-Magazin, Nr. 12, 6.6.–19.6.1991, S. 28–34; bes. S. 30; Wolf Donner: Die Kino-Killer 3. In: Tip. Berlin-Magazin, Nr. 12, 4.6.–17.6.1992, S. 64–73; bes. S. 69f.; Torsten Teichert: Auch Amphibien können ertrinken. In: Black Box, Nr. 51, Juli 1990, S. 1–4.

31 Vgl. o. V.: Wir müssen uns auf die Socken machen. Die »Hamburger Erklärung« der Filmemacher im Wortlaut. In: Frankfurter Rundschau, 24.9.1979; John Sandford: The New German Cinema. London 1980, S. 150; Hans Günther Pflaum: Innenansichten der Filmförderung. In: Hans-Peter Reichmann und Rudolf Worschech (Red.): Abschied vom Gestern. Bundesdeutscher Film der sechziger und siebziger Jahre. Frankfurt am Main 1991, S. 138–151; bes. S. 146f.; Andreas Kilb im Interview. In: Wolf Donner und Stephan Guntli: Kann der deutsche Film nicht besser sein? Sendung des ARD-Fernsehens am 6.2.1992.

Die ästhetisch begründete Kritik am Film/Fernseh-Abkommen

Ziel der Kritik, die sich auf künstlerische Überlegungen stützte, war das Konzept des »amphibischen Films«. Diesen Begriff hatte Günter Rohrbach 1977 in die Diskussion gebracht. Rohrbach, Leiter des »Programmbereichs Spiel und Unterhaltung«, verantwortete damals die Fernsehspiele im WDR. Der Begriff »amphibischer Film« bezog sich auf einen Film, der sich sowohl für das Fernsehen als auch für das Kino eignete. Dabei hatte Rohrbach eher eine Orientierung der Fernsehproduktionen am Kinofilm im Sinn als eine Angleichung der Kinofilme an das Fernsehspiel. In der folgenden Diskussion wurde der Begriff »amphibischer Film« jedoch meist als Bezeichnung für eine künstlerische Mischform aus Fernsehspiel und Kinofilm verwendet, was auch den nicht ganz klaren Ausführungen Rohrbachs geschuldet sein mag.[32] Gegenüber dem Konzept des amphibischen Films – verstanden als Film/Fernseh-Mischform – verwiesen besonders der Münchner Medientheoretiker Andreas Meyer und der »Zeit«-Kritiker Hans C. Blumenberg auf wesentliche Unterschiede zwischen dem Kino- und dem Fernsehfilm, die sie erhalten wissen wollten. Nach Ansicht von Blumenberg besteht bei vielen Fernsehfilmen das Hauptproblem darin, dass jedes Bild und jede Geste schwerfällig eine didaktische Funktion erfülle. Die Filme eigneten sich so allenfalls als »Diskussionsgrundlage für Zielgruppen-Veranstaltungen«. Der Kinofilm sei demgegenüber durch eine größere formale Vielfalt und eine größere inhaltliche Freiheit charakterisiert. In der »babylonischen Gefangenschaft des Fernsehens« könne das Kino seine Möglichkeiten jedoch nicht entfalten und verliere an Zugkraft: »Der amphibische Film bedeutet den Tod des Kinos.«[33] Blumenberg nennt Beispiele für deutsche Filme, die sich durch eine unverfälschte Kinoästhetik auszeichneten: »Der amerikanische Freund« von Wim Wenders; »Stroszek« von Werner Herzog; »Die Vertreibung aus dem Paradies« von Niklaus Schilling und »Der Mädchenkrieg« von Alf Brustellin und Bernhard Sinkel.[34] Alle diese Filme wurden innerhalb des Film/Fernseh-Abkommens gefördert – entweder als reine Gemeinschaftsproduktion (Herzog), als Filmvorhaben in der Projektförderung (Brustellin/Sinkel), durch eine Kombination dieser beiden Förderungsarten (Wenders) oder durch den »Vorabkauf« der Fernsehrechte (Schilling).[35]

Andreas Meyer führt aus, der Fernsehfilm sei wortlastig, thesenhaft und belehrend. Meyer nennt verschiedene Gestaltungsmittel des Fernsehfilms, die er negativ bewertet: einen weitgehenden Verzicht auf Panoramen, Totalen und Schwenks, bedingt durch die zu geringe Tiefenschärfe des Fernsehbildes; das Vorherrschen von Nah- und Großeinstellungen (»Ästhetik der redenden Köpfe«); Dominanz billiger, einfacher Lösungen, wie etwa des Zooms an Stelle einer Kamerafahrt.[36] Der Kinogänger erhoffe sich die Befriedigung seiner Bedürfnisse nach sinnlichen Vergnügungen, nach Kitsch und nach großen Gefühlen. Diese Bedürfnisse und die damit einhergehenden Vorstellungen von filmischer Qualität unterschieden sich fundamental vom Geschmack der Bildungsbürger: »Kino ist nicht Staatstheater, Volkshochschule oder Kulturseminar.«[37]

An der von Blumenberg und Meyer verfochtenen These, dass es wesentliche Unterschiede zwischen Kino und Fernsehen gebe, ist nicht zu zweifeln. Es lassen sich aber zwei wichtige Einwände gegen eine Kritik am Film/Fernseh-Abkommen vorbringen, welche sich aus dieser These ableitet: Erstens erfasst das vor allem von Meyer vorgetragene Konzept des Kinos zwar die Tradition des Kinos als Unterhaltungsmedium und beschreibt Grundmerkmale des Erzählkinos, wie man es besonders aus Hollywood kennt. Das Konzept lässt indes keinen Raum für andere Formen der Filmgestaltung, die neben der Hauptlinie ebenfalls zur Geschichte des Kinos gehören – was auch derjenige zugeben müsste, dem Hollywood-Filme besser gefallen. Erinnert sei an die Filme – und die theoretischen Überlegungen – Sergej Eisensteins und Jean-Luc Godards, die gerade auf die von Meyer als kinofremd charakterisierte Elemente Ratio, Intellekt und Analyse nicht verzichten wollen.[38] Auf den eingeschränkten

32 S. Günter Rohrbach: Das Subventions-TV. Plädoyer für den amphibischen Film. In: Hans Günther Pflaum (Hrsg.): Jahrbuch Film 77/78. Berichte/Kritiken/Daten. München und Wien 1977, S. 95–100; bes. S. 99f.

33 S. Blumenberg: Im Würgegriff des Fernsehens, a.a.O.; auch die anderen wörtlichen Blumenberg-Zitate sind diesem Text entnommen.

34 Ebd.

35 Vgl. Filmförderungsanstalt: Geschäftsbericht 1986, Anlage 23, a.a.O.

36 Vgl. Meyer: Auf dem Wege zum Staatsfilm? 1. Das Fernseh-Kino, a.a.O.; bes. S. 29f.

37 Ebd., S. 28.

38 Vgl. Sergej M. Eisenstein: Dialektische Theorie des Films. (1929) In: Dieter Prokop (Hrsg.): Materialien zur Theorie des Films. Ästhetik, Soziologie, Politik. Frankfurt am Main 1971, S. 53–69; Sergej M. Eisenstein: Oktober. Mit den Notaten zur Verfilmung von Marx' »Kapital«. Hrsg. von Hans-Joachim Schlegel. München 1975; Jean-Luc Godard: Was tun? In: ders.: Godard/Kritiker. Ausgewählte Kritiken und Aufsätze über Film (1950–1970). Ausgewählt von Frieda Grafe. München 1971, S. 186–188.

Kinobegriff Meyers verwiesen auch die Verteidiger des Film/Fernseh-Abkommens, wie Heinz Ungureit, Leiter der Hauptabteilung »Fernsehspiel und Film« beim ZDF. Jeder vom Fernsehen unterstützte Film, der nicht den Kriterien Meyers entspreche, werde als »Fernsehfilm« abqualifiziert, auch wenn er nur in einer anderen Kinotradition stehe. Nach Ungureits Auffassung lässt sich »das Kino nicht auf Spektakel und Vaudeville einengen (...). In Meyers verengten Blick passen natürlich weder Bergman noch Wenders, weder Faßbinder [sic] noch Schlöndorff.«[39] Zweitens lässt sich aus der Tatsache, dass sich Kino- und Fernsehästhetik unterscheiden, nicht schließen, dass die Sender den von ihnen geförderten Filmemachern die als fernsehspezifisch angesehenen Mittel aufzwingen. Rohrbach und Ungureit wiesen in der Debatte immer wieder darauf hin, dass die Fernsehredakteure im Gegenteil besonders solche Filme fördern wollten, die mit den Mitteln des Kinos arbeiteten und dort erfolgreich seien. Der Begriff des »amphibischen Films« in seiner ursprünglichen Formulierung bei Rohrbach zielte gerade auf die Produktion von Kinofilmen mit Fernsehgeldern.

Die Stellungnahmen der Filmemacher selbst waren widersprüchlich. Fast alle bekannten Regisseure des Neuen Deutschen Films unterschrieben 1979 eine »Hamburger Erklärung«. Darin übten sie heftige Kritik an der deutschen Filmförderung und speziell einer Fremdbestimmung durch »Gremien, Anstalten und Interessengruppen«. Die Filmemacher erkannten einerseits die »außerordentlichen Leistungen der Anstalten für den deutschen Film« an und erhoben andererseits schwere Vorwürfe gegen die Sender: »Die Fernsehanstalten produzieren mit ihren Programmrastern Strukturen von Filmen, die der Filmsprache nicht entsprechen. Die Zeitschiene bzw. die Programmschemen der Fernsehanstalten werden zur Zensur benutzt.«[40] Über konkrete Fälle einer Einflussnahme des Fernsehens auf die künstlerischen Gestaltungsmittel schwiegen sich die Filmemacher in der Öffentlichkeit freilich meist aus, und ein Regisseur wie Hark Bohm, der zu den Unterzeichnern der Erklärung gehörte, bemerkte, er könne sich »eigentlich überhaupt nicht beklagen«: »Die Redakteure (...) waren für mich immer sehr produktive Partner, da ein stillschweigendes oder auch ausgesprochenes Einverständnis herrschte, daß wir einen Film für's Kino machen wollten. (...) Ich konnte das, was ich vorgeschlagen habe, immer realisieren.«[41]

Im Übrigen bleibt daran zu erinnern: Gerade die Fernsehsender setzten sich mit ihrem Modell der Filmförderung dafür ein, Filme unter kulturell-qualitativen Gesichtspunkten zu fördern. Auf diese Weise ermöglichten sie es vielen Vertretern des Neuen Deutschen Films überhaupt erst, eigene ästhetische Ideen halbwegs kontinuierlich zu entfalten. In der öffentlichen Diskussion wurde denn auch die Bedeutung des Fernsehens und des Film/Fernseh-Abkommens für die Entwicklung des Neuen Deutschen Films immer wieder betont. So urteilte etwa der Medienwissenschaftler Knut Hickethier: »Der Kinospielfilm (...) hat ästhetisch gewonnen. Die Koproduktionspraxis hat ihn künstlerisch erstarken lassen, Filmregisseure wie Wenders, Herzog, Schlöndorff und andere haben durch sie ihren Stil, ihre künstlerische Handschrift finden können, haben große Filme inszeniert.«[42] Auch Wim Wenders selbst äußerte sich – wie eingangs zitiert – positiv über das Engagement des Fernsehens für den Neuen Deutschen Film. Weiter sagte er: »Ohne dieses wirklich historische Modell hätte es nicht diese einzigartige Chance gegeben, die wir in der BRD seit Beginn der siebziger Jahre hatten, kontinuierlich und verhältnismäßig unabhängig Filme zu machen. Ohne dieses Abkommen hätte es keinen Fassbinder und keinen Herzog gegeben. Historisch gesehen ist dieses Modell also sicher äußerst vernünftig und hat beiden Partnern, dem Film und dem Fernsehen, bestens gedient.«[43] Der Vorwurf, die Sendeanstalten hätten den Filmemachern eine fernseheigene Ästhetik aufgezwungen, darf nach den vorangegangenen Überlegungen als wenig stichhaltig gelten.

---

39 Heinz Ungureit: Gibt es den reinen Kinofilm? Zur Frage, ob dem Kino durch strikte Trennung vom Fernsehen geholfen werden kann. In: Epd/Kirche und Film, Nr. 2, Februar 1978, S. 11–13; hier S. 13.

40 Die »Hamburger Erklärung« (Hamburg, 22. September 1979) ist einschließlich Anhang veröffentlicht worden unter der Überschrift »Wir müssen uns auf die Socken machen. Die ‚Hamburger Erklärung' der Filmemacher im Wortlaut« in: Frankfurter Rundschau, 24.9.1979. – Mit den Namen sämtlicher Unterzeichner (aber ohne den Anhang) ist die »Hamburger Erklärung« abgedruckt in: Hans Helmut Prinzler und Eric Rentschler (Hrsg.): Augenzeugen. 100 Texte neuer deutscher Filmemacher. Frankfurt am Main 1988, S. 32–33.

41 S. Claudia Cipitelli: Die unerbittlichen Gesetze des Marktes. Hark Bohm im Gespräch über die deutsche Kinofilmkultur und das Fernsehen. In: Medium, 4/1991, S. 15–20; hier S. 15f.

42 Knut Hickethier: Die Zugewinngemeinschaft. Zum Verhältnis von Film und Fernsehen in den sechziger und siebziger Jahren. In: Hans-Peter Reichmann und Rudolf Worschech (Red.): Abschied vom Gestern. Bundesdeutscher Film der sechziger und siebziger Jahre. Frankfurt am Main 1991, S. 190–209; hier S. 206.

43 Wim Wenders, zit. n. Heinz Ungureit, a.a.O.

Die ökonomisch begründete Kritik am Film/Fernseh-Abkommen

Die etablierte Filmbranche erhob ebenfalls Vorwürfe gegen das Abkommen: Das Fernsehen profitiere von der Vereinbarung mehr als die Filmwirtschaft. Die Sender wendeten zu wenig Geld auf. Die geförderten Filme seien von geringem Nutzen für die Filmwirtschaft. Die Auseinandersetzung mit dieser wirtschaftlich begründeten Kritik erweist sich freilich als schwierig, weil unterschiedliche Interessengruppen unterschiedliche Maßstäbe anlegten, was »mehr«, »zu wenig« oder »gering« zu bedeuten hatte.

So argumentierten die Fernsehanstalten, dass sie die Filmwirtschaft nicht nur durch das Film/Fernseh-Abkommen unterstützten, sondern auch durch Aufträge an diverse Filmunternehmen, wie Produktionsfirmen, Ateliers und Synchronstudios. Die Kritiker maßen die Aufwendungen von ARD und ZDF hingegen an den Zahlungen ausländischer Anstalten, wobei sie gerne solche Sender anführten, deren Ausgaben nach Darstellung der Kritiker diejenigen des deutschen Fernsehens überstiegen. Genannt wurden besonders die staatlichen Sender Frankreichs und Italiens.[44] Die Ausgaben der Fernsehanstalten der einzelnen Länder lassen sich allerdings nur mit einigen Vorbehalten vergleichen, da die Daten uneinheitlich und unvollständig sind – zum Teil handelt es sich nur um Schätzungen, zum Teil wird nicht zwischen staatlichen und privaten Sendern unterschieden – und da nicht klar ist, ob die europäischen Fernsehsender Kinofilm und Fernsehfilm in gleicher Weise voneinander abgrenzen. Es ist nicht auszuschließen, dass Ausgaben, die in dem einen Land als Förderung der Kinofilmproduktion gelten, in einem anderen Land zu den Aufwendungen für Fernsehproduktionen gezählt werden.[45]

Hält man sich an die ländereigenen Definitionen, dann müssen die Ausgaben von ARD und ZDF für die Filmförderung im Vergleich zu dem Engagement der französischen und italienischen Sender als niedrig angesehen werden: Im Jahr 1990 stellten die deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten 23 Millionen Mark für die Filmförderung bereit, das französische Fernsehen dagegen 194,3 Millionen Mark. Das staatliche italienische Fernsehen »Radiotelevisione Italiana« (RAI) finanzierte mit 50 Millionen Mark Eigen- und Koproduktionen von Spielfilmen. Im Ganzen beteiligten sich alle italienischen Sender direkt oder indirekt mit geschätzten 272 bis 324 Millionen Mark an der Kinofilmproduktion.[46] Sieht man sich demgegenüber die gesamten Ausgaben der Sender für die Filmwirtschaft an, dann stehen die öffentlich-rechtlichen Anstalten der Bundesrepublik im europäischen Vergleich nicht schlecht da: So gab das französische Fernsehen 1990 für Kino- und Fernsehfilmproduktionen zusammen 814,3 Millionen Mark aus und das italienische Fernsehen zwischen 544 und 596 Millionen Mark – ARD und ZDF wendeten 1990 für die Filmförderung im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens und für Auftragsproduktionen insgesamt 738,7 Millionen Mark auf. Rechnet man die Ausgaben für sonstige filmwirtschaftliche Leistungen hinzu, dann zahlten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten 899,6 Millionen Mark an die Filmwirtschaft. Die Aufwendungen der öffentlich-rechtlichen Sender der Bundesrepublik für die Filmwirtschaft lagen bei dieser Betrachtungsweise also höher als diejenigen der Sender Italiens. Da nicht klar ist, ob die »sonstigen filmwirtschaftlichen Leistungen« in den Zahlen für Frankreich enthalten sind oder nicht, lässt sich hier keine eindeutige Einschätzung abgeben. Zu berücksichtigen bleibt aber, dass bei den Angaben für Frankreich, Italien und Großbritannien die privaten Programmanbieter mitgezählt worden sind. Die Aufwendungen der staatlichen Sender dürften also entsprechend niedriger gelegen haben, so dass ein Vergleich nur mit den staatlichen Fernsehanstalten Europas für ARD und ZDF günstiger ausgefallen wäre.

Zu klären bleibt der Vorwurf, das Film/Fernseh-Abkommen nütze dem Fernsehen erheblich mehr als der Filmwirtschaft und die im Rahmen des Abkommens produzierten Filme brächten der Filmwirtschaft kaum Vorteile. Um diese Vorhaltung zu überprüfen, bietet es sich an, den Publikumserfolg der vom Fernsehen geförderten Filme mit dem Erfolg der insgesamt hergestellten deutschen Filme zu vergleichen. Da es für die Besucherzahlen einzel-

---

44 Vgl. Wolf Donner: Die Kino-Killer, a.a.O., S. 62; ders.: Die Kino-Killer 3, a.a.O., S. 70; Günter Rohrbach: David gegen Goliath. Die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Films stärken. In: Epd Film, Nr. 9, September 1990, S. 16–21; hier S. 19.

45 Vgl. Stefan Braunschweig und Hannemor Keidel: Strukturen der europäischen Film- und Fernsehproduktion. Eine Analyse der Situation in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. In: Media Perspektiven, Nr. 12, 1991, S. 777–793.

46 Ebd., S. 783 f.; Regine Igel: Eine erstickende Umarmung. Spielfilm und TV in Italien. In: Medium, 4/1991, S. 45–48, hier S. 47; Stefan Braunschweig und Hannemor Keidel: Film- und Fernsehproduktion in Europa zwischen Markt und Förderung. In: Kurt Hentschel und Karl Friedrich Reimers (Hrsg.): Filmförderung. Entwicklungen, Modelle, Materialien. 2., überarb. Aufl. München 1992, S. 29–58; hier S. 35.

ner Filme zwischen 1974 und 1990 wenig Daten gibt, empfiehlt sich als Vergleichsmaßstab die zuschauerorientierte Referenzfilmförderung der FFA. Dabei ergibt sich: Von allen deutschen Filmen, die in den Jahren von 1974 bis 1978 hergestellt wurden, erzielten 21 Prozent die für den Erhalt der normalen Referenzfilmförderung nötigen Einnahmen. In den Jahren von 1979 bis 1986 lag dieser Wert bei 19 Prozent.[47] Nach Angaben des juristischen Vertreters der etablierten Filmbranche, Horst von Hartlieb, erreichten 20 Prozent der innerhalb des Film/Fernseh-Abkommens unterstützten Gemeinschaftsproduktionen die Mindestbesucherzahl für die Referenzfilmförderung. Von Hartlieb nennt allerdings keinen Zeitraum, auf den sich seine Zahl bezieht.[48] Die innerhalb des Abkommens geförderten Gemeinschaftsproduktionen hatten an der Kinokasse also im Durchschnitt nicht weniger Erfolg als die deutschen Filme in ihrer Gesamtheit. Im Übrigen wurde der überwiegende Teil gerade der wirtschaftlich erfolgreichen deutschen Filme entweder durch eine direkte Produktionsbeteiligung der Sendeanstalten oder durch die vom Fernsehen mitfinanzierte FFA-Projektförderung unterstützt.[49] Die Behauptung, das Film/Fernseh-Abkommen habe vor allem dem Fernsehen gedient, lässt sich vernünftigerweise nicht aufrechterhalten.

Dass auch das Fernsehen vom Film/Fernseh-Abkommen profitierte, fällt freilich ebenso ins Auge. Die Anstalten erhielten für ihr Geld relativ zugkräftige Programme. Die Ausstrahlungsrechte verblieben auf unbegrenzte Zeit bei den Sendern.[50] Das Fernsehen nahm auf die Auswahl und Gestaltung von Filmprojekten Einfluss. Durch die Zusammenarbeit mit der Filmwirtschaft konnten Mittel verschiedener staatlicher Filmförderungseinrichtungen für die Fernsehkoproduktionen genutzt werden. Die Lizenzregelung erwies sich für das Fernsehen in der Tat als erheblich günstiger als für die Filmwirtschaft: Nachdem die Sender einmal einen finanziellen Beitrag zur Koproduktion geleistet hatten, durften sie auch den erfolgreichsten Film so oft ausstrahlen, wie sie wollten. Den Filmproduzenten wurde damit die Möglichkeit genommen, durch den erneuten Verkauf der Filmrechte Kapital zu bilden.[51] Was schließlich die Popularität von Kinospielfilmen beim Fernsehzuschauer angeht, zeichnete sich seit Mitte der 80er Jahre ein Wandel im Publikumsgeschmack ab. Galten Spielfilme bis dahin innerhalb unterhaltender und erzählender Fernsehsendungen als eines der beliebtesten Programmangebote, so ging das Interesse der Zuschauer an Spielfilmen nun erkennbar zurück, wie mehrere Autoren übereinstimmend feststellten.[52] Offensichtlich zog das Fernsehen aus seiner Förderung von Kinofilmen weniger direkten Nutzen, als die Kritiker des Film/Fernseh-Abkommens behaupteten. Andere Sendeformen fanden größeren Anklang beim Fernsehpublikum. Die vom ZDF ausgestrahlten Spielfilme lagen im Jahr 1987 bei den Haushaltsreichweiten (also dem Anteil an »Fernsehhaushalten«, die solche Sendungen eingeschaltet hatten) erst an siebter Stelle und die Spielfilme der ARD an elfter Stelle. Des größten Zuspruchs erfreuten sich – in dieser Reihenfolge – die vom ZDF produzierte Serien, die ARD-Kriminalserie »Tatort«, ZDF-Kriminalserien, ARD-Shows, ZDF-Shows und Kaufserien im ARD-Programm.[53]

Die politisch begründete Kritik am Film/Fernseh-Abkommen

Das Problem politisch-thematischer Eingriffe der Sender spielte in der öffentlichen Debatte um das Film/Fernseh-Abkommen – auch wenn dies vielleicht überraschen mag – eine deutlich geringere Rolle als die Frage nach einem ästhetischen Einfluss der Fernsehanstalten. Dies mag zwei Gründe gehabt haben: Zum einen erwecken fiktionale Geschichten ohne erkennbare Bezüge zur Tagespolitik – wie die Storys vieler Werke des Neuen Deutschen Films – nicht im gleichen Maße die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger und ihrer Gefolgsleute in den Rundfunkanstalten wie etwa Do-

47 Vgl. Filmförderungsanstalt: Geschäftsberichte 1978 und 1986, a.a.O., und darauf fußende eigene Berechnungen.

48 Vgl. von Hartlieb: Kinofilm und Fernsehen, a.a.O., S. 112.

49 Vgl. Sigl u. a., a.a.O.

50 Diese Regelung wurde 1991 geändert. Vgl. Marlene Wöste: Aufwendungen des Fernsehens für Leistungen der Filmwirtschaft 1989/90. Ergebnisse der zweijährlichen Umfrage beim öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen. In: Media Perspektiven, Nr. 12, 1991, S. 769–776; hier S. 773.

51 Vgl. a. Rohrbach: David gegen Goliath, a.a.O., S. 19; Dietrich Leder: Verwandtschaftsverhältnisse. Das Kino im Fernsehen. In: Medium, 4/1991, S. 26–31; bes. S. 27.

52 Vgl. Dietrich Leder: Das Publikum will keine Halbheiten. Über den deutschen Film: Gespräch mit Heinz Ungureit und Eckart Stein. In: Film-Dienst, Nr. 23, 13.11.1990, S. 14–17; bes. S. 17; Heinz Ungureit: Ende der Zweckehe? Unvoreingenommene Prüfung nach zwanzig Jahren der Kooperation. In: Medium, 4/1991, S. 24–25; bes. S. 25; Irmela Schneider: Hollywood als Reiseziel. Amerikanische Spielfilme im deutschen Fernsehen. In: Medium, 4/1991, S. 32–35; bes. S. 33 und 35; Christa-Maria Ridder: Das europäische Dilemma oder: Woher kommen die Programme der Zukunft? In: Medium, 4/1991, S. 58–62; bes. S. 59; Martin Blaney: Symbiosis or Confrontation? The Relationship between the Film Industry and Television in the Federal Republic of Germany from 1950 to 1985. Berlin 1992, S. 399.

53 Vgl. Wolfgang Darschin und Bernward Frank: Tendenzen im Zuschauerverhalten. Fernsehgewohnheiten und Fernsehreichweiten im Jahr 1990. In: Media Perspektiven, Nr. 3, 1991, S. 178–193; hier S. 184 und 185, Tabelle 9.

kumentarfilme, aktuelle Reportagen oder Satiresendungen, so dass Spielfilme als weniger »gefährlich« betrachtet wurden. Zum anderen wurde es in der Film- und Fernsehkritik anscheinend als zwar bedauerliche, aber eben nicht zu ändernde Selbstverständlichkeit angesehen, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Spannungsfeld parteipolitischer Interessen inhaltliche Wagnisse nach Möglichkeit vermeide und politisch unorthodoxen Auffassungen nur selten Raum gebe; eine ständige öffentliche Debatte über einen solchen Zustand galt wohl als aussichtslos.

Auch die Verantwortlichen gestanden Grenzen der Freiheitsräume im Fernsehprogramm ein. So sagte Heinz Ungureit: »Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, die nach gesetzlichen Bestimmungen arbeiten, auch für ihre Programmgestaltung, können sich schließlich nicht alles leisten im Programm, auch nicht mit Spielfilmen. Das muß eindeutig festgehalten werden.«[54] Gunther Witte, der 1979 als Nachfolger von Günter Rohrbach die Leitung der WDR-Fernsehspielabteilung übernommen hatte, bemerkte: Manche Themen könnten in einem vom Fernsehen mitproduzierten Film nicht behandelt werden. Die teilweise vom Fernsehen finanzierte FFA-Projektförderung sei hier offener: »Robert van Ackeren weiß, daß die ‚Flambierte Frau' als Fernseh-Co-Produktion nicht möglich gewesen wäre, die Vergabekommission hat den Film gefördert.«[55] Nachzuweisen wären inhaltlich-politische Eingriffe im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens überdies nur schwer. Setzt ein Fernsehredakteur während der konzeptionellen Phase einer Gemeinschaftsproduktion Änderungen am Film durch, so gelangt dies meist nicht an die Öffentlichkeit. Die betroffenen Filmemacher möchten ihr Verhältnis zu den Redaktionen nicht durch das Bekanntmachen derartiger Eingriffe belasten. Im Übrigen muss nicht jede Änderung am ursprünglichen Projekt politisch motiviert sein oder sich negativ auf den späteren Film auswirken.

Auch die Gründe für die Ablehnung von Filmprojekten durch die FFA-Vergabekommission kamen nur selten an die Öffentlichkeit. Wenn eine Fernsehredaktion ein Filmvorhaben erst gar nicht zur Koproduktion annimmt, hat es in der Regel wenig Sinn, das Projekt der Zehnerkommission zur Förderung innerhalb des Abkommens vorzulegen. Bestimmte politische Inhalte könnten auf diese Weise abgelehnt werden, bevor das eigentliche Film/Fernseh-Abkommen berührt ist. Wenn bei Filmen eingegriffen wird, die als reine Fernsehfilme angelegt sind oder die nicht innerhalb des Abkommens gefördert werden, dann lassen sich diese Maßnahmen auch nicht der Filmförderung durch das Fernsehen zurechnen.

Dabei ist nicht zu leugnen, dass Fernsehanstalten im Zeitraum von 1974 bis 1990 Schnitte verordneten, auf die Ausstrahlung von Sendungen ganz oder zeitweise verzichteten oder Sendungen vom ersten auf das dritte Programm verschoben. Derartige Eingriffe betrafen beispielsweise den Film »Moses und Aron« von Jean-Marie Straub und Danièle Huillet; die Reportage »Ist die Rundfunkfreiheit bedroht?« von Peter Kleinert, Ludwig Metzger und Johannes Flütsch; die Filme »Der ganz faire Prozeß des Marcel G.« von Hans-Peter Meier; »Salzstangengeflüster« von Walter Bockmayer und Rolf Bührmann und »Die Reinheit des Herzens« von Robert van Ackeren. Als Gründe für die Programmeingriffe wurden unter anderem genannt: eine unklare Haltung zum Terrorismus, mangelnde journalistische Sorgfalt und einseitige Berichterstattung, eine falsche Darstellung der deutschen Polizei und eine exzessive Darstellung von Gewalt.[56] Aus der Gemeinschaftsübertragung des Wolfgang-Petersen-Films »Die Konsequenz« schaltete sich der Bayerische Rundfunk 1977 aus, weil der Film Vorurteile gegenüber Homosexuellen verstärke.[57] Solche Eingrif-

---

54 Heinz Ungureit: Film-Fernseh-Abkommen als Zukunftsperspektive. In: Kurt Hentschel und Karl Friedrich Reimers (Hrsg.): Filmförderung. Entwicklungen, Modelle, Materialien. München 1985, S. 43–55; hier S. 49.

55 Stellungnahme von Gunther Witte, in: Gisela Hundertmark und Louis Saul: Entspricht die Qualität des deutschen Films der Qualität der Vergabegremien? Fragen an Gremienmitglieder. In: dies. (Hrsg.): Förderung essen Filme auf ... Positionen – Situationen – Materialien. München 1984, S. 123–135; hier S. 130.

56 Vgl. Wolfram Schütte: Staatsgefährdende Widmung? Jean-Marie Straub wehrt sich gegen eine politische Zensur seines »Moses und Aron«-Films. In: Frankfurter Rundschau, 11.3.1975; Michael Schwarze: Bedrohte Rundfunkfreiheit. Der Streit um eine abgesetzte Sendung im WDR. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.5.1978; W. Paul: Wie die Herren TV-Zensoren regieren und taktieren. Medienzensur am Beispiel Fernsehen (II und Schluß). In: Die Wahrheit, 26.6.1978; o. V.: Zensur oder Programmverantwortung? Ein abgesetzter Film im ZDF. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.1978; o. V.: »Salzstangengeflüster« vom Programm abgesetzt. In: Frankfurter Rundschau, 26.2.1979; Wolfram Schütte: Ein Stein ins Wasser. Von der »Reinheit des Herzens« ins Herz der Finsternis? / Hintergründe und Folgen einer Filmabsetzung. In: Frankfurter Rundschau, 21.10.1981; o. V.: Büchlein vom Reinen. TV-Affären. In: Der Spiegel, Nr. 43, 19.10.1981, S. 267.

57 Vgl. sa: Bayern schaltet sich aus. Inhaltliche und rechtliche Bedenken. In: Süddeutsche Zeitung, 8.11.1977; L. L.: Eine Chance vertan. In: Frankfurter Rundschau, 9.11.1977; o. V.: »Bevormundend und autoritär«. Zur Kontroverse um die Entscheidung des BR, den Fernsehfilm »Die Konsequenz« nicht auszustrahlen. In: Süddeutsche Zeitung, 10.11.1977.

fe verweisen auf Themen, bei denen die Liberalität der Fernsehanstalten an ihre Grenzen stieß. Allerdings wurden alle diese Maßnahmen nicht innerhalb des Film/Fernseh-Abkommens getroffen, so dass die politisch begründete Kritik an der Vereinbarung eher weniger zu überzeugen vermag. Auch sollten die Wirkungen der thematischen Beschränkungen auf die deutsche Filmproduktion nicht überschätzt werden: Zum einen war bei den wenigsten der deutschen Kinofilmregisseure besonders in den 80er Jahren der Drang erkennbar, politische oder sonstige Tabuthemen in ihren Filmen aufzugreifen. Zum anderen konnten scheinbar feststehende inhaltlich-politische Grenzen immer wieder überwunden werden, wie verschiedene Beispiele von Fernsehproduktionen oder -koproduktionen zeigten: So behandelte Wieland Speck 1985 in »Westler« eine homosexuelle Liebe im geteilten Deutschland, und Margarethe von Trotta erzählte 1981 in »Die bleierne Zeit« die Geschichte zweier Schwestern, von denen die eine zur Terroristin wird und im Gefängnis ums Leben kommt.

Wie ist das Film/Fernseh-Abkommen insgesamt einzuschätzen?

Blickt man auf die Kritik am Film/Fernseh-Abkommen zurück, lässt sich festhalten: Die wirtschaftlich begründeten Einwände gegen das Abkommen waren in einzelnen Punkten stichhaltig, sie vermochten aber im Ganzen nicht zu überzeugen. Berechtigt waren die Einwände gegen die relativ niedrigen Ausgaben für die Filmförderung im engeren Sinne und gegen die dauerhafte Überlassung der Sendelizenzen. Bei den Gesamtausgaben für die Filmwirtschaft übertrafen ARD und ZDF jedoch – mit der möglichen Ausnahme des französischen Fernsehens – andere staatliche Sender Europas. Der Vorwurf, die im Rahmen des Abkommens geförderten Filme hätten den Kinos kaum Vorteile gebracht, trifft nicht zu: Die geförderten Gemeinschaftsproduktionen erzielten nicht weniger Einnahmen als der Durchschnitt aller deutschen Filme, und unter den beim Kinopublikum erfolgreichen Filmen bildeten Filme die Mehrheit, die innerhalb des Abkommens unterstützt worden waren.

Die politisch begründete Kritik am Film/Fernseh-Abkommen war einerseits im Grundsatz gerechtfertigt: Bei der Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten mussten die Regisseure inhaltlich-politische Grenzen beachten, die die Sender durch Programmeingriffe immer wieder einmal markierten. Andererseits dürften die praktischen Auswirkungen dieser Beschränkungen mindestens in den 80er Jahren eher gering gewesen sein: Die meisten Filmemacher hatten gar nicht die Absicht, sich mit politischen Fragen oder sozialen Tabus zu befassen. Andere Regisseure konnten im Fernsehen als »schwierig« geltende Themen behandeln.

Die ästhetische Kritik am Film/Fernseh-Abkommen kann am wenigsten überzeugen. Die Kritiker arbeiteten mit einem verengten Kinofilmbegriff, der Elemente von Ratio, Analyse und Intellekt als Mittel einer Fernsehästhetik identifiziert, dabei aber nicht beachtet, dass es auch im Kino eine Traditionslinie gegeben hat, die sich solcher Mittel bediente. Wenn sich derartige Mittel in deutschen Filmen finden, bedeutet das also nicht von vornherein, dass die Regisseure sich an einer Fernsehästhetik orientiert haben. Überdies ist es fraglich, ob die Fernsehanstalten den von ihnen unterstützten Regisseuren bestimmte, als fernsehspezifisch geltende Gestaltungsformen aufgezwungen haben. Im Gegenteil: Fernsehredakteure wie Heinz Ungureit und Günter Rohrbach betonten ihr Interesse an einer Kinoästhetik bei den Fernsehkoproduktionen, und Regisseure wie Hark Bohm und Wim Wenders lobten die gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Fernsehen.

Wägt man die teilweise berechtigte öffentliche Kritik am Film/Fernseh-Abkommen gegen seine Verdienste ab, dann ergibt sich eine positive Bilanz. Auch wenn das Fernsehen höhere Fördersummen hätte bereitstellen können und den Filmproduzenten die wiederholte Ausstrahlung eines Films zusätzlich hätte vergüten können – der filmwirtschaftliche Nutzen und der kulturelle Erfolg der Filmförderung durch das Fernsehen stehen außer Frage: Eine große Zahl der beim Publikum erfolgreichen Filme wurde aus Mitteln des Film/Fernseh-Abkommens gefördert, und die Kritik rühmte die künstlerische Qualität vieler vom Fernsehen unterstützter Filme. Zu den Verdiensten des Film/Fernseh-Abkommens, die von Regisseuren und Filmkritikern gleichermaßen anerkannt wurden, gehört schließlich sein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Neuen Deutschen Films.

Janina Fuge

Der »Wellen-Detektiv« und das »Gute in dem Herrn Schwarzhörer«

Die Schwarzhöreraktionen des Nordwestdeutschen Rundfunks 1951–1954

Gefängnisstrafen, Geldbußen, moralische Appelle und gewiefte Überzeugungsarbeit – es ist viel versucht worden, um den so genannten Schwarzhörer zu bekehren. Und dennoch: Seit der Hörfunk auf Sendung ging, ist die Gruppe der Gebühren-Zahlungsverweigerer eine Konstante der Rundfunkgeschichte, wenngleich auch in unterschiedlichen Größenordnungen. Während seit Januar 1976 die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) im Auftrag aller öffentlich-rechtlichen Anstalten auf bundesdeutscher Ebene tätig ist und in Kino- und Fernsehwerbespots mit griffigen Slogans um überzeugt zahlende Rundfunkkunden wirbt, bedeuteten die Schwarzhörer in früheren Zeiten eine kreative Herausforderung für jeden einzelnen Sender. Sie auf den »tugendhaften« Weg des »Normalhörers«[1] zu geleiten, war dabei erklärtes Ziel vieler Überlegungen und Werbeaktionen seit den ersten Tagen des Rundfunks in den Jahren 1923/24.

Spätestens mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Sender zu gewichtigen medienpolitischen Akteuren geworden. In den Besatzungszonen der westalliierten Siegermächte nahmen sie ihren Informations- und Meinungsbildungsauftrag wahr und widmeten sich der Aufgabe, einen demokratischen Bürger heranzuziehen. Die Voraussetzung dazu war vorhanden, denn die Rundfunkprogramme wurden massenhaft gehört. Doch als die Sender im Verlauf der Jahre 1948/49 in deutsche Verantwortung übergeben wurden, wurde es immer wichtiger, dass jene, die hörten, auch zahlten. Schließlich bildete die Hörergebühr die Basis der finanziellen Existenz der neu geschaffenen Rundfunkanstalten. Die westlichen Besatzer hatten sich bewusst für das System eines staatsfreien Rundfunks entschieden, der nicht über Steuern, sondern über eine von jedem Hörer zu entrichtende Gebühr finanziert werden sollte. Dies musste vielen Nutzern erst nachdrücklich bewusst gemacht werden. Zu Beginn der 50er Jahre starteten deshalb an den öffentlich-rechtlichen Anstalten der jungen Bundesrepublik vergleichbare Aktionen, an deren Ende die möglichst flächendeckende Erfassung der im jeweiligen Sendegebiet wohnenden Hörer stehen sollte. Der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) startete seine erste Hörerwerbeaktion am 1. Januar 1951. Eine ähnliche Aktion schloss bereits im darauf folgenden Jahr an. Unter geänderten Vorzeichen schließlich fand von Ende 1953 bis Herbst 1954 die letzte große Hörerwerbeaktion des Nordwestdeutschen Rundfunks statt.

Vor dem Hintergrund des Vorgehens auch anderer Rundfunkanstalten in dieser Zeit soll im Folgenden die Entwicklung der Schwarzhörerbekämpfung beim NWDR nachgezeichnet werden. Anhand des umfangreichen und bisher wissenschaftlich völlig unausgewerteten Quellenmaterials der Sendeanstalten lassen sich Finanzfragen zur Haushaltsführung und -konsolidierung ebenso wie Fragen der Binnen- und Außenkommunikation des NWDR untersuchen.[2] Der Umgang mit den Schwarzhörern verknüpft sich darüber hinaus mit zwei Schlüsselfragen der Rundfunkgeschichte: dem Verhältnis von Rundfunk und Post, die in der beschriebenen Zeit noch für den Einzug der Gebühren zuständig war; sowie die Frage nach dem Selbstverständnis des Mediums und seinem Verhältnis zum Hörer.

Rundfunkhören in den Westzonen

Der Siegeszug des Radios in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Einführung des neuen Mediums war beeindruckend. Die statistische Entwicklung belegte immer höhere Teilnehmerzahlen. Dieser Trend hielt auch während des Zweiten

---

1 »Schwarzhörer-Aktion des NWDR und der Bundespost«. Pressemitteilung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. StA HH. 621-1. NDR. 1343.

2 Ausgewertet wurden vor allem Akten des Nordwestdeutschen Rundfunks, des Bayerischen Rundfunks und des Südwestfunks. In den Beständen der Post sind keine Quellen zum Thema »Schwarzhörer« erhalten (Auskunft des Museums für Post und Telekommunikation, Hamburg und Frankfurt am Main, Januar 2006; Auskunft der Gebühreneinzugszentrale (GEZ), Januar 2006). – In der Reihe »Nordwestdeutsche Hefte zur Rundfunkgeschichte« wird Ende 2006 eine Darstellung dieses Themas erscheinen, die einen ausführlichen Vergleich der NWDR-Aktionen mit denen anderer öffentlich-rechtlicher Anstalten bietet sowie eine umfassende Einordnung in historische Zusammenhänge. Darin wird auch der Umgang mit Schwarzhörern in der Weimarer Republik und im Dritten Reich Beachtung finden.

Weltkriegs an: Am 1. Januar 1943 gab es im Gebiet des Deutschen Reichs demnach etwa 16,1 Millionen Rundfunkgenehmigungen gegenüber 11, 5 Millionen gemeldeten Hörern am 1. Januar 1939. Erst in den letzten eineinhalb Jahren des Kriegs sanken die Zahlen, beispielsweise zum 30. September 1944 auf 15 Millionen. In der Folgezeit gingen zwar insbesondere in den bombardierten Städten weitere Geräte verloren, allerdings weist Axel Schildt, der die Durchsetzung und Verbreitung des Mediums Hörfunk eingehend untersucht hat, darauf hin, dass die Schätzungen der 50er Jahre, nach denen der Radio-Geräte-Bestand um etwa ein Fünftel dezimiert sei, zu hoch seien, denn das Rundfunkgerät wurde nicht selten mit in den Luftschutzbunker genommen, um hier über die neuesten Entwicklungen informiert zu werden.[3]

Für die unmittelbare Nachkriegszeit gibt es eine Reihe von zumeist regionalen Erhebungen. Sie liefern allerdings nur Momentaufnahmen. Sicher ist jedoch, dass bis zum Jahr 1947 die Zahl der produzierten wie der angemeldeten Geräte recht schnell wieder anstieg, was sich nach der Währungsreform Mitte 1948 noch einmal verstärkte.[4] Im Januar 1946 besaßen nach einer Umfrage des Office of Military Government in der amerikanischen Zone lediglich 42 Prozent der Befragten ein funktionstüchtiges Radio, wenngleich der Anteil jener, die Radio (bei Freunden oder Bekannten) hörten, mit 56 Prozent ein wenig darüber lag.[5] In der britischen Zone dürfte dieses Verhältnis ähnlich gewesen sein, obwohl entsprechend umfassende Umfragen wie die des Meinungsforscherteams Merritt hier nicht vorliegen.

Gleichwohl veröffentlichte der NWDR offizielle Zahlen. So weist eine Rundfunkhörerstatistik des Senders von 1952 aus, dass zum Zeitpunkt der frühesten Erhebung, zum 1. April 1946 knapp 2,66 Millionen Hörer in der britischen Zone gemeldet gewesen seien, am 1. April 1947 knapp 2,96 Millionen, zum 1. April 1948 3,27 Millionen und zum 1. April 1949 bereits 3,7 Millionen. Zum 1. April 1950, kurz nach der Gründung der BRD, habe die Zahl etwa 4,17 Millionen betragen.[6] Ein weiterer Hinweis findet sich in den 1950 vorgelegten Ergebnissen der Abteilung Hörerforschung des NWDR: Hier wird festgestellt, dass im Sendegebiet des NWDR bei einer Einwohnerzahl von 21,8 Millionen »etwas mehr als 2,6 Millionen Hörer« registriert gewesen seien. Dies wäre also ein Anteil von etwa 12 Prozent. Da dies jedoch lediglich die offiziell angemeldeten und zahlenden Hörer waren, wird in der Realität von einem deutlich größeren Prozentsatz an »Hörenden« bereits zu diesem Zeitpunkt auszugehen sein, zumal die meisten der Geräte in einem Familienhaushalt standen und es bereits insofern eine Reihe von regulär »Mithörenden« gab. In der Studie »Für wen senden wir?« ermittelte die NWDR-Hörerforschung für das Jahr 1950 folgende Zahlen: Es gebe rund 4,21 Millionen angemeldete Hörer – Stand dieser gegenüber April 1950 leicht erhöhten Zahl ist der 1. Juli 1950. Ehemänner und -frauen dazu gerechnet, kommt die Hörerforschung auf eine fast doppelt so große Zahl von rund 8,3 Millionen Hörern, mit Kindern und Jugendlichen sogar auf 10,34 Millionen.[7] Dies wäre bereits eine Dichte von knapp 50 Prozent.

Eine Gruppe ist bei diesem Zahlenwerk von vorneherein ausgeschlossen – die der Schwarzhörer. Deren Zahl muss zu diesem Zeitpunkt vorsichtig geschätzt mit ein bis zwei Millionen angesetzt werden.[8] Sie standen in den ersten Jahren des Nachkriegsrundfunks nicht im Mittelpunkt des Interesses der Rundfunkverantwortlichen. Diese widmeten sich zunächst anderen Aufgaben wie dem Aufbau der Sender und der Abwehr von staatlichen und politischen Begehrlichkeiten, der Suche nach vertrauenswürdigem Personal sowie der Einübung neuer, kritischer Formen des Journalismus. Dahinter stand das Interesse der Alliierten, mit Hilfe des Radios eine möglichst große Zahl an Menschen zu erreichen, um ihr weitgestecktes Ziel einer »Re-Education« zu erreichen. All dies änderte sich jedoch im Verlauf der Jahre. Zum einen wurden die Rundfunksender 1948/49 in deutsche Hände übergeben. Im Falle der britischen Zone markierte die von den Briten zum 1. Januar 1948 erlassene Militärverordnung Nr. 118 den Beginn einer weitgehenden Selb-

3 Vgl. Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 31), S. 211.

4 Ebd., S. 210f.

5 Anna J. und Richard L. Merritt: Public opinion in occupied Germany. The OMGUS surveys. 1945–1949. Urbana 1970, S. 69.

6 Nordwestdeutscher Rundfunk, Erforschung der Hörermeinung (Hrsg.): Struktur und Verhalten der Hörer im Sendegebiet des NWDR. Berichtzeit: Sommer 1951, Winter 1951/52. Hamburg 1952. – Die hier genannten Zahlen beziffern die angemeldeten Rundfunkhörer in der britischen Besatzungszone einschließlich der US-Enklave Bremen.

7 Nordwestdeutscher Rundfunk, Erforschung der Hörermeinung (Hrsg.): Für wen senden wir? Die gesellschaftliche Schichtung der Rundfunkhörer in der britisch besetzten Zone. Juli–August 1950. O. O. O. D. [= Hamburg 1950], S. 12ff.

8 Diese Schätzung beruht auf einer Hochrechnung des Zahlenmaterials, das den im Folgenden beschriebenen Aktionen entnommen ist.

ständigkeit des Nordwestdeutschen Rundfunks als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt in deutscher Verantwortung. Die Sender in der amerikanischen und französischen Zone folgten 1949. Je mehr sie alle Eigenverantwortung übernahmen, desto wichtiger wurde es den neuen gebührenfinanzierten, öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ihre Eigenständigkeit zu demonstrieren und unter den »Partnern« zu wetteifern. Die wirtschaftliche Grundlage für alle programmlichen und personellen Entwicklungen sowie für die anstehenden technischen Innovationen bildete die Neuordnung des Finanzsystems in Deutschland, das durch die Einführung der Währungsreform im Juni 1948 markiert wird; für lange Zeit betrug die Rundfunkgebühr zwei DM pro Monat.[9] Nach und nach schärfte sich so bei den deutschen Rundfunkverantwortlichen das Bewusstsein, ihre immer größer werdenden Institutionen auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Von 1950 an rückten dann auch die Schwarzhörer ins Visier. Der Nordwestdeutsche Rundfunk schloss sich dieser Entwicklung als letzte Anstalt erst zum Jahresende 1950/51 an. Mit einem Sendegebiet, das die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und das Nordrhein-Westfalen sowie den Stadtstaat Hamburg umfasste, war er auch bezüglich der Einwohner und damit der (potentiellen) Gebührenzahler in einer gegenüber den anderen Anstalten vergleichsweise komfortablen Ausgangsposition.

Die Schwarzhörer im juristischen Spannungsfeld von Post und Rundfunk

Trotz des durch die Nachkriegswirren undurchsichtigen Dickichts an noch gültigen, nicht mehr gültigen und neuerdings in Kraft getretenen Gesetzeswerken gab es eine Vorschrift, die das Schwarzhören verbot. Im Fernmeldeanlagengesetz (FAG) vom 14. Januar 1928 war festgelegt worden, dass dem Reich das ausschließliche Recht zum Errichten und Betreiben von Funkanlagen zustehe, worunter sowohl Rundfunksendeanlagen als auch -empfangsanlagen zu verstehen sind. Ausgeübt wurde dieses Recht durch den Reichspostminister. Im Paragraf 15 des FAG ist in diesem Zusammenhang auch die Bestrafung von Schwarzhörern geregelt: »Wer vorsätzlich entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes eine Fernmeldeanlage errichtet oder betreibt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar«, heißt es in Absatz 1. Absatz 2 legt fest: »Mit Gefängnis oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich a) Genehmigungspflichtige Fernmeldeanlagen unter Verletzung von Verleihungsbedingungen errichtet, ändert oder betreibt, b) Nach Fortfall der Verleihung, die zur Beseitigung der Anlage getroffenen Anordnungen der Deutschen Reichspost innerhalb der von ihr bestimmten Frist nicht befolgt.« In Absatz 3 ist verbrieft: »Wer eine der im Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 bezeichneten Handlungen fahrlässig begeht, wird mit Geldstrafe bestraft«, Artikel 4 legt fest: »In Fällen der Abs. 2 und 3 wird die Tat nur auf Antrag der Deutschen Reichspost verfolgt.«[10]

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vorschriften des FAG Schritt für Schritt an die Gegebenheiten angepasst. Unmittelbar nach der Kapitulation hatten die Besatzungsmächte zunächst das hoheitliche Fernmelderecht übernommen. Sie beschlagnahmten die Sender und ließen diese von den Militärregierungen selbst betreiben. Doch schon 1947/48 übergaben die Militärregierungen den Rundfunk in ihren Besatzungszonen wieder an deutsche Stellen. Bezüglich des Gebühreneinzugs und der Kompetenzfestlegung zwischen Rundfunk und Post finden sich durchaus unterschiedliche Regelungen. So bedurfte beispielsweise eine Gebührenänderung im Falle des Süddeutschen Rundfunks der Zustimmung des Landtags; im Falle des Bayerischen Rundfunks lag dies allein in den Händen der öffentlich-rechtlichen Anstalt. Die Anstalten ermächtigten in aller Regel die Post dazu, die Gebühren einzuziehen, jedoch war es ihnen von den Gesetzen freigestellt, dies zu tun – oder gegebenenfalls auch eigenverantwortlich zu regeln.

Mit dem Grundgesetz und seinen Artikeln 123 und 124 wurde 1949 das FAG in das das Landesrecht überlagernde Bundesrecht überführt. Auf der Rundfunksendeseite – also was das Errichten von Sendeanlagen etc. betrifft – waren die betreffenden Vorschriften zwar noch vom faktisch bis zum Jahr 1961

9 Zum Vergleich: Im Jahr 1950 betrug das Pro-Kopf-Jahreseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland 8.600 DM. Angabe nach: Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. 2. Aufl. Opladen 1996, S. 45.

10 Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 14. Januar 1928 (RGBL, I, S. 8). Zit. n. Carl-Heinz Lüders: Presse- und Rundfunkrecht. Textsammlung aller presse- und rundfunkrechtlichen Vorschriften im Bundesgebiet mit dem Entwurf des Bundespressegesetzes. Berlin und Frankfurt am Main 1952, S. 121–128.

gültigen Besatzungsrecht des Gesetzes Nr. 5 der Alliierten Hohen Kommission (AHK) überlagert;[11] auf der Empfangsseite – also was die Regelungen bezüglich der Hörer betrifft – hatte es volle Gültigkeit. Mit anderen Worten: Für den nicht zahlenden Hörer galt, dass sein Tun strafbar war. In welcher Häufigkeit und Form die Vorschrift jedoch tatsächlich zur Anwendung kam, ist heute nur schwer nachvollziehbar. Für den Hamburger Raum sind keine staatsanwaltschaftlichen Akten mehr erhalten, die Auskunft über Verfahren betreffend der juristischen Ahndung des Schwarzhörens geben könnten. Lediglich drei Fälle aus dem Raum Göttingen und Braunschweig konnten eruiert werden, bei denen Bürger wegen Vergehen gegen das Gesetz über die Fernmeldeanlagen einerseits zur Zahlung der hinterzogenen Gebühren sowie zu Geldstrafen in Höhe von 20 bis 75 DM verurteilt worden sind. Auch das Rundfunkgerät wurde jeweils eingezogen. Im Nichteintreibungsfalle des Geldes, so wiesen die Gerichtsurteile aus, sollte an die Stelle von je fünf DM ein Tag Gefängnis treten.[12]

Zumindest in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bis zur Gründung der Bundesrepublik blieb eine Strafverfolgung mutmaßlich die Ausnahme. Schwarzhören dürfte ähnlich wie »Kohlenklau« als eine aus der Not geborene Untugend angesehen worden sein. Zwar war Letzteres für das schiere Überleben von grundlegender Notwendigkeit, dennoch dürfte der Hunger nach Information und die brennende Neugier auf die Antworten, wie es denn nun mit dem eigenen Land weiterginge, für diese Zeit nicht zu unterschätzen sein. Ein ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein für das Schwarzhören scheint es – wenngleich es an empirisch eindeutigem Material mangelt – nicht gegeben zu haben. Obwohl auch für den Zeitraum der 50er Jahre keine verlässlichen Aussagen über die gerichtliche Verfolgung zu treffen sind, kann als sicher gelten, dass sich dieses Bewusstsein bald ändern sollte.

Ebenfalls in das Spannungsfeld von Post und Rundfunk gehört die Frage nach der grundsätzlichen Rechtsnatur der Gebühren. »Der NWDR möchte gute Programme senden und seine freien Mitarbeiter, die Schriftsteller, die Komponisten, die Fachleute und Musiker anständig bezahlen«, warb der NWDR um die Bekehrung der Schwarzhörer und argumentierte: »Reichhaltigkeit des Programms und Tempo des Ausbaus sind aber direkt von den Einnahmen abhängig.«[13] Gebühren für ein gutes Programmangebot – das klingt überzeugend. Dass die Hörergelder dem Sender zukommen, ist jedoch das Ende einer langen und komplizierten Entwicklung des Verhältnisses der Post zu den Rundfunkanstalten. Zu dem Zeitpunkt, als der Rundfunk entstand, war die »Rundfunkgebühr« mitnichten eine Gebühr für die Sender, die das Programm veranstalteten, sondern für denjenigen, der dessen Übertragung ermöglichte – und das war die Post. Seit dem Entstehen des Rundfunks vergab sie fernmelderechtliche Lizenzen, die die ausschließlich privaten Rundfunkanbieter – öffentlich-rechtliche Sendeanstalten gab es damals noch nicht – zum Betreiben einer Funkanlage, worin eben auch der Empfang enthalten war, berechtigte. Dies war wenig später dann auch Inhalt des bereits beschriebenen Fernmeldeanlagengesetzes vom 14. Januar 1928. Zu diesem Zeitpunkt war die Rundfunkgebühr also keineswegs eine Gegenleistung des Hörers für das Programm der Sender, sondern eine Zahlung für die Vergabe eines staatlichen Hoheitsrechts, aus der keine Ansprüche gegenüber den Sendegesellschaften abgeleitet werden konnten. Die Gebühr, die vom Postboten kassiert wurde, stand zu 100 Prozent der Post zu, die deren Höhe festsetzte und über die Verteilung an die Sendegesellschaften bestimmte.

Bis Ende des Jahres 1945 zog die Post die Gebühren weiterhin durch den Briefträger ein, zu großen Teilen blieb das Geld in ihren Kassen. Als sich schließlich vom 25. bis 27. November 1946 Vertreter aller vier Rundfunkstationen in den Besatzungszonen beim Interalliierten Kontrollrat zu einer ersten gemeinsamen Sitzung trafen, ergab ein Er-

---

11 Das Gesetz Nr. 5 der AHK über die Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten vom 21. September 1949 sah in Artikel 3 vor, dass ohne Genehmigung der AHK neue Rundfunk-, Fernseh- oder Drahtfunksender weder eingerichtet, noch Anlagen dieser Art einer anderen als der bisherigen unterstellt werden dürfen. Außerdem sei die AHK auch für die Zuteilung von Wellenstärke und -frequenz eines Senders zuständig. Da der Bund das Gesetz Nr. 5 weder in eigener Zuständigkeit aufheben noch ändern konnte, war die Ausübung der Fernmeldehoheit des Bundes damit nicht nur beschränkt, sondern ruhte. Vgl. Joachim Aubert: Fernmelderecht. Eine systematische Darstellung. 1. Teil. Hamburg u. a. 1954.

12 Vgl. die entsprechenden Urteile des Amtsgerichts Göttingen vom 19. November 1953 und 5. November 1953 (Datum der entsprechenden Urteilsverkündungen); Urteil des Amtsgerichts Uslar vom 1. Oktober 1953 (Datum der entsprechenden Urteilsverkündung). Westdeutscher Rundfunk. Historisches Archiv (WDR HA). 6-1 Justitiar. 9578.

13 »Gewissensbisse wegen 6,5 Pfennigen?« Pressemitteilung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. Staatsarchiv Hamburg (StA HH). 621-1. NDR. 1343.

fahrungsaustausch, dass die Aufteilungspraxis zwischen Sendern und der Post in den einzelnen Zonen – vorgegeben durch die jeweilige Besatzungsmacht – durchaus unterschiedlich gehandhabt wurde: »In Bayern behält die Post 75 Prozent dafür ein, dass sie die Sender unterhält und die Gebühren einzieht; Radio München erhält nur 25 Prozent der Einnahmen. Für die gleichen Dienste nimmt die Post der französischen Zone nur 35 Prozent in Anspruch; 65 Prozent fließen dem Südwestfunk zu. In der britischen Zone werden die Gebühren im Verhältnis 50:50 zwischen Post und NWDR geteilt. In Württemberg-Baden und Hessen, wo die Strahlungsanlagen von den Rundfunkstationen selbst betrieben werden, erhält ‚Radio Stuttgart' 55 Prozent und der ‚Frankfurter Sender' was er benötigt, ca. 50%.«[14]

Die Regelung des 50:50 ergab sich für den NWDR seit dem 1. November 1945. In den einzelnen Rundfunkgesetzen wurden einige Jahre später die Gebührenschlüssel neu festgelegt. Für den NWDR war diesbezüglich in der geänderten Verordnung 118 von 1949 festgelegt, dass dem NWDR ein Anteil von 75 Prozent, der Post ein Anteil von 25 Prozent an den Hörergebühren zustehe. Ungeklärt war und blieb nach wie vor die Frage der Gebühr: War sie eine Lizenzgebühr oder eine Programmgebühr?[15] Wenn der NWDR also bereits in dieser Frühphase postulierte, dass der Gebühreneinzug ein gutes Programmangebot beeinflussen würden, so war dies ein Standpunkt, dessen Gültigkeit erst mehr als ein Jahrzehnt später rechtlich nachvollzogen wurde. Als er jedoch geäußert wurde, war er gleichsam ein klares Statement im heftig umkämpften Kompetenzfeld zwischen Post und Rundfunk.[16]

Schwarzhörerbekämpfung mit Samthandschuhen? Die erste Aktion des NWDR 1951

Kurz vor dem Jahreswechsel 1950/51 sorgte der NWDR für Schlagzeilen. Eine Schar von Journalisten – Vertreter von großen Tageszeitungen, von Pressediensten und von Fachzeitschriften wie »Rundfunk und Fernsehen« – war am 29. Dezember anwesend, als Vertreter des Senders in einer Pressekonferenz verkündeten, dass ab dem 1. Januar eine sechswöchige Aktion »zur Gewinnung der Schwarzhörer« starte.[17] Der NWDR wolle an die übrigen Rundfunkanstalten der Republik aufschließen, die zuvor schon solche Aktionen durchgeführt hatten. Erklärtes Ziel dieser ersten Aktion im Nordwesten der Republik war, »die Schwarzhörer dafür zu gewinnen, sich freiwillig zu Normalhörern zu bekennen und in der Öffentlichkeit ein Gefühl dafür zu erwecken, daß es einfach nicht recht ist, wenn ein Teil der Hörerschaft für einen anderen mitbezahlt.« Weil »der Weg ins neue Jahr mit besten Vorsätzen gepflastert zu sein pflegt«, appellierte der NWDR mit moralischem Impetus an »das Gute in dem Herrn Schwarzhörer«[18] und warb für eine gerechte Hörergemeinschaft. Auch finanzielle Aspekte wurden angesprochen: »Der sehr kostspielige Ausbau des UKW- und Fernsehnetzes läßt überdies nicht zu, daß der NWDR als einzige Rundfunkanstalt auf diese Aktion verzichtet«, erklärte die entsprechende Pressemitteilung den Versuch der Haushaltskonsolidierung.[19]

Als der NWDR mit dieser Nachricht an die Öffentlichkeit trat, lagen Monate der Planung hinter ihm. NWDR-Mitarbeiter Günther Sawatzki war für die Koordinierung der Aktion abgestellt worden, ihm standen außerdem zwei Sekretärinnen und Aushilfskräfte zur Seite. Aufmerksam beobachteten sie, was die anderen Anstalten unternommen hatten. Die Aktion des Südwestfunks (SWF) stand für die NWDR-Pläne Pate.[20] Diese hatte innerhalb von sechs Wochen im Februar und März 1950 für mehr als 90.000 neue Hörer gesorgt. Explizit schrieb der SWF-Justitiar Carl Haensel nach einem Besuch einiger NWDR-Vertreter bei ihm im September 1950 an seinen Intendanten Friedrich Bischoff, dass die bevorstehende Aktion des NWDR »der unsrigen nachgebildet« werde.

---

14 Niederschrift 1. Zusammenkunft, 25.–27.11., S. 2. Deutsches Rundfunkarchiv. ARD 1-11(1). Zit. n. Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945–1962. München 1980 (= Rundfunk in Deutschland, 3), S. 26.

15 Endgültig geklärt wurde die Frage erst mit dem entsprechenden Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 1968. Das Gericht erkannte damals an, dass die Rundfunkgebühr in voller Höhe den Rundfunkanstalten zustehen würde und keine von der Post zu beeinflussende Hoheitsgebühr sei.

16 Vgl. hierzu: Mark Lührs: Unterschiedliche Blickwinkel. Die Post und der NWDR. In: Peter von Rüden und Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.): Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks. Hamburg 2005, S. 337–354.

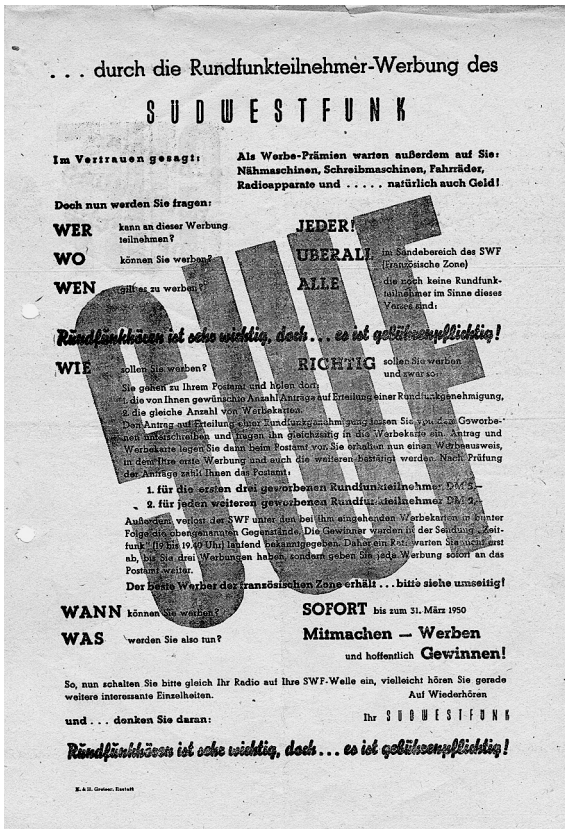
17 »Schwarzhörer-Aktion des NWDR und der Bundespost«. Pressemitteilung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. StA HH. 621-1. NDR. 1343.

18 »Gewissensbisse wegen 6,5 Pfennigen?«. Pressemitteilung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. Ebd.

19 Ebd.

20 Ein herzlicher Dank gilt Frau Jana Behrendt (Historisches Archiv des SWR Baden-Baden), die Unterlagen der SWF-Aktion umfassend recherchierte und der Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland (FGRN) zur Verfügung stellte.

Im Herbst 1950 liefen beim NWDR und bei den zuständigen Poststellen, die für den Gebühreneinzug zuständig waren, die Vorarbeiten auf Hochtouren. So gab es beispielsweise ein intern im NWDR durchgeführtes Preisausschreiben, mit dem ein schlagkräftiger Slogan für die Hörerwerbung gesucht wurde. 400 Einsendungen seien zu verzeichnen gewesen.[21] Ein Gewinner ist im überlieferten Material allerdings nicht mehr festzustellen. Als schließlich Anfang Dezember ein Etat von 90.000 DM zur Verfügung gestellt wurde,[22] wurden die einzelnen Werbeaktivitäten konkret. Mit großem Aufwand ging es am 1. Januar 1951 los: Die Briefzusteller verteilten rund 6,1 Millionen Postwurfsendungen; 24.000 große und 3.200 kleinere Plakate zierten die Wände der Postämter und die gelben Postzustellwagen; neun motorisierte Werbekolonnen fuhren mit 350 wetterfesten und auf Leinwände gezogenen Plakaten, Sprachansagen und Musikabspielungen durch das Land. Hinzu kamen knapp eineinhalb Millionen Werbekarten. Für das NWDR-Programm wurden 48 Sketche von zwei bis vier Minuten Länge produziert. Daneben gab es zwei in punkto Zeitkolorit besonders farbenfrohe Werbemittel: Der »Schwarzhörerschlager« sollte sich mit seinem Refrain »Dein Rundfunknachbar ist empört, er zahlt und du hast schwarz gehört«, der auch als Plakattext veröffentlicht wurde, den Hörern einprägen. Und das »gesungene Pausenzeichen« griff die den NWDR-Hörern bekannte Melodie auf und verband sie mit der eingängigen Frage: »Ist der Rundfunk bezahlt?« Viele Hörer von einst können sich heute noch an diese Maßnahmen des Nordwestdeutschen Rundfunks erinnern, in den Archiven lassen sie sich bedauerlicherweise nicht mehr nachweisen. Lediglich beim SWF hat sich ein zeitgenössisches Werbeplakat erhalten. Ähnlich wie wenig später der NWDR hatte die Rundfunkanstalt in Baden-Baden offensiv auf eine Vielzahl von Werbemaßnahmen gesetzt, darunter Kinowerbung, Zeitungsinserate und Handzettel beim Faschingszug in Koblenz.


. . . durch die Rundfunkteilnehmer-Werbung des

SUDWESTFUNK

Im Vertrauen gesagt: Als Werbe-Prämien warten außerdem auf Sie: Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Fahrräder, Radioapparate und . . . . . natürlich auch Geld!

Doch nun werden Sie fragen:

WER kann an dieser Werbung teilnehmen? JEDER!

WO können Sie werben? ÜBERALL im Sendebereich des SWF (Französische Zone)

WEN sollt es zu werben? ALLE die noch keine Rundfunkteilnehmer im Sinne dieses Verses sind:

Rundfunkhören ist sehr wichtig, doch . . . es ist gebührenpflichtig!

WIE sollen Sie werben? RICHTIG sollen Sie werben und zwar so:

Sie gehen zu Ihrem Postamt und holen dort:
1. die von Ihnen gewünschte Anzahl Anträge auf Erteilung einer Rundfunkgenehmigung,
2. die gleiche Anzahl von Werbekarten.

Den Antrag auf Erteilung einer Rundfunkgenehmigung lassen Sie von dem Geworbenen unterschreiben und fragen ihn gleichzeitig in die Werbekarte ein. Antrag und Werbekarte legen Sie dann beim Postamt vor. Sie erhalten nun einen Werbeausweis, in dem Ihre erste Werbung und auch die weiteren bestätigt werden. Nach Prüfung der Anträge zahlt Ihnen das Postamt:

1. für die ersten drei geworbenen Rundfunkteilnehmer DM 5.–
2. für jeden weiteren geworbenen Rundfunkteilnehmer DM 2.–

Außerdem verlost der SWF unter den bei ihm eingehenden Werbekarten in bunter Folge die obengenannten Gegenstände. Die Gewinner werden in der Sendung „Zeitfunk" (19 bis 19.40 Uhr) laufend bekanntgegeben. Daher ein Rat: warten Sie nicht erst ab, bis Sie drei Werbungen haben, sondern geben Sie jede Werbung sofort an das Postamt weiter.

Der beste Werber der französischen Zone erhält . . . bitte siehe umseitig!

WANN können Sie werben? SOFORT bis zum 31. März 1950

WAS werden Sie also tun? Mitmachen — Werben und hoffentlich Gewinnen!

So, nun schalten Sie bitte gleich Ihr Radio auf Ihre SWF-Welle ein, vielleicht hören Sie gerade weitere interessante Einzelheiten.

Auf Wiederhören

und . . . denken Sie daran: Ihr SUDWESTFUNK

Rundfunkhören ist sehr wichtig, doch . . . es ist gebührenpflichtig!

Werbeplakat des SWF 1950. Quelle: SWR HA. Baden-Baden

Der Erfolg der ersten Hörerwerbeaktion des Nordwestdeutschen Rundfunks war durchschlagend: Zwischen dem 1. Januar und dem 15. Februar 1951 konnten 691.000 neue Hörer gewonnen werden. »Bei einer Einwohnerzahl von 24.316.000 in der Britischen Zone am 1. Januar 1951 ist in dieser Zeit die Gesamtzahl unserer Hörer von 4.317.000 auf 5.039.099 angestiegen, d. h. von 17,7 Prozent auf 21,2 Prozent der Bevölkerung«, weist der Abschlussbericht Sawatzkis stolz aus – nicht ohne die Ergebnisse noch einmal mit anderen Sendeanstalten zu vergleichen: »Der Bayerische Rundfunk hatte am 1. Januar eine Hördichte von 18 Prozent, der Hessische Rundfunk überholte ihn knapp, sodass der NWDR – wenn man von Radio Bremen (22,5 Prozent) absieht, in seinem Gebiet jetzt die grösste Hörerdichte erreicht haben dürfte.«[23]

Zwischen Scylla und Charybdis

Charakteristisch für diese Aktion war das zwischen moderaten Maßnahmen und einer durchaus aggressiv-bildhaften Sprache pendelnde Vorgehen. Demonstrativ wurde eine Strafverfolgung der »Übeltäter« ausgesetzt; auf einen »allzu scharfen Druck, der die Hörer verstimmen könnte«, sollte verzichtet werden. Die Aktion diene – so der NWDR gegenüber der Presse – lediglich dazu, »Verständnis und guten Willen« zu wecken.[24] »Für den NWDR stand von vorneherein fest, daß an die Freundlich-

21 Vgl. Protokoll der 33. Verwaltungsratssitzung am 16./17. Dezember 1950. NDR. Gremienbüro.

22 Schlussbericht über die Hörerwerbeaktion, Dr. Sawatzki an die Generaldirektion. 23.2.1951. StA HH. 621-1. NDR. 702. – Der Etat wurde nach Anfangserfolgen der Aktion wenig später auf 130.000 DM erhöht.

23 Ebd.

24 »Schwarzhörer-Aktion des NWDR und der Bundespost«. Pressemitteilung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. StA HH. 621-1. NDR. 1343.

keit appelliert werden sollte, und daß die Drohung mit dem Staatsanwalt nicht angewandt werden durfte«, schrieb »Die Ansage«, der Pressedienst des NWDR, am 19. Januar 1951. »Der NWDR hat versucht, zwischen der Scylla des Verschweigens der möglichen bösen Folgen und der Charybdis des drohenden Warnens einen Mittelweg zu finden: im Grunde tut er nichts anderes, als daß er seinen Hörern die Lage möglichst freundlich und möglichst amüsant immer wieder so darstellt wie sie ist.«[25] Der Erfolg des Vorgehens, dessen rücksichtsvolle Sanftheit mitunter auch Kritik provozierte, habe dieser Taktik im Nachhinein Recht gegeben: Dass sich jetzt durch die Aktion »die Zahl der freiwilligen Hörer auf über fünf Millionen gestellt hat«, spreche für sich. Hieraus ließen sich weitere Schlüsse ziehen: »Man kann aus dem Verlauf dieser Werbung mit einigem Recht darauf schließen, wie gut sich in Deutschland der Verkehr zwischen einer Institution oder einer Behörde und mit dem Publikum ohne autoritären Zwang erledigen läßt.«[26]

Zu diesem »Samthandschuh«-Handeln gehörte auch, dass neue Hörer von Privatpersonen geworben werden konnten. Je mehr neue Hörer der einzelne Werber dem NWDR vermitteln konnte, umso attraktivere Geschenke konnte er sich aus einem breiten Prämienangebot des NWDR auswählen. Der NWDR verschenkte in einer Zeit, als viele Familien in der Phase des Wiederaufbaues bemüht waren, einen bescheidenen Wohlstand in den eigenen vier Wänden zu erreichen, nützliche Gegenstände wie Gasherde, Bettdecken, Bügeleisen, Heizkissen, Schnellkochtöpfe, Brotröster, Aktentaschen, Füllfederhalter, Fahrräder, Radiogeräte und UKW-Vorsatzgeräte – oder sogar eine Zweizimmereinrichtung im Wert von 2.750 DM. In der zweiten Hälfte der Aktion konnten schließlich auch Haushaltsgeräte eigener Wahl ausgesucht werden, was von den Teilnehmern offenbar mit großem Zuspruch angenommen wurde.[27] Außerdem gab es kleinere Geldprämien: Für jeden neu geworbenen Hörer zwei Mark. Die erfolgreichsten Werber der ersten Aktion konnten, so findet sich im Abschlussbericht, 704, 724, 881 und 1.332 neue Hörer gewinnen.[28]

Von einem solchen Prämiensystem, das war den Organisatoren bewusst, konnten auch jene profitieren, die eigentlich »nur« geworben, nicht aber belohnt werden sollten. Je nach Absprache mit Freunden und Bekannten war es also durchaus möglich, als langjähriger Schwarzhörer noch mit einem ordentlichen »Gewinn« seine Existenz als Gebührensünder erfolgreich zu beenden. Doch das wurde in Kauf genommen. Das gute Geschäft galt für beide Partner – für den Rundfunk und für den ehemaligen Schwarzhörer. »Hörerbindung« und die Arbeit am eigenen Image waren in dieser Phase also zentraler Bestanteil der Aktion: Der NWDR brachte sich ins Gespräch, er machte sich zum Bestandteil alltäglichen Lebens im Nordwesten des jungen Nachkriegsdeutschlands und mit ein wenig Glück hatte man »seinem« Sender sogar den neuen Herd zu verdanken.

Der Weg des Prämierens erfolgreicher Werber war zuvor schon mit großem Aufwand beim SWF beschritten worden. Hier gab es überdies die Maßgabe, dass die Strategie der Werbung sich nicht ausschließlich an den Schwarzhörern festmachen solle. »Für das Rundfunkhören und den Rundfunk ganz allgemein« solle geworben werden. In einer Ausschreibung des Intendanten, in der die Mitarbeiter einen schlagkräftigen Titel bzw. Werbevers einreichen konnten, heißt es, dass es nicht »um eine bestimmte Schicht, sondern den breiten Hörerkreis« ginge.[29] Diese Zielsetzung war zentraler Bestandteil des geschäftlichen Kalküls: »Es wird selbstverständlich nicht bestritten, dass diese Aktion in der Hauptsache gegen die Schwarzhörer gerichtet ist«, schrieb das Verwaltungsratsmitglied Paul Buchholz am 15. März 1950 an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, der die Aktion kritisiert hatte, und bot zugleich die Begründung: »Es gibt in solchen Fällen immer zwei Methoden, um den Mißbrauch einer Einrichtung zu beseitigen. Man droht entweder mit Strafen, wozu aber z. Zt. die gesetzlichen Grundlagen wenig geeignet sind, oder man macht es so, wie es der Steuerfiskus oft gemacht hat. Man führt eine Amnestie ein und verzichtet auf die Bestrafung der Schuldigen, wenn diese nur von einem bestimmten Zeitpunkt ab ordnungsgemäss bezahlen. Die häufige Anwendung dieser Steueramnestien hat bewiesen, dass dieser Weg sehr zweckmäßig ist und zum Erfolg führt.«[30]

---

25 Die Ansage, Nr. 3, 19.1.1951, S. 1.

26 Ebd.

27 Die Ansage, Nr. 4, 26.1.1951, S. 1.

28 »Der Wellendetektiv«. Pressemeldung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. StA HH. 621-1. NDR. 1343. – Die Prämienzahlung sollte, so die Ankündigung, dadurch finanziert sein, dass NWDR und Bundespost auf die Gebühren des ersten Monats der von den Werbern neu gewonnenen Hörer verzichten.

29 Entwurf eines Intendanten-Rundschreibens, 19.1.1950. SWR. Historisches Archiv. Baden-Baden (SWR HA. BAD). Bestand Verwaltungsdirektor V 9853.

30 Paul Buchholz an Max Zahn, 15.3.1950. Ebd.

Von dieser sehr zarten Art des Vorgehens hebt sich die Methode des NWDR am Ende ab. Denn vielfach setzte der NWDR in seinen Maßnahmen auf eine durchaus aggressive Metaphorik: »Der Schaden trifft nicht den ‚Funk'. Das ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts«[31], heißt es in einer Pressemitteilung zum Start der ersten Aktion, »der Schaden trifft die über vier Millionen Normalhörer des NWDR. Also seine Nachbarn und guten Freunde, deren zwei D-Mark Monatsgebühr dem Rundfunk das Arbeiten erst ermöglichen.« Dieses hier verwendete Bild des Schwarzhörers als »Schädling«, der sich auf Kosten der »Hörergemeinschaft« bereichert, ist zwar durchaus vor dem Hintergrund eines zeitgenössisch-unbedarften Sprachduktus' zu verstehen. Es weckt aber gleichwohl Erinnerungen an Sprachbilder der nationalsozialistischen Propaganda, die ideologisch unerwünschte Verhaltens- und Lebensarten als »schädlich« für die »Volksgemeinschaft« brandmarkte. Jedoch steht beim NWDR deutlich der moralische Appell im Vordergrund: Vor der Bekämpfung der Schwarzhörer steht eben ihre Bekehrung.

Das Gespenst des Wellen-Detektivs

Auffällig ist darüber hinaus die angedrohte Verschärfung der Maßnahmen, die dann greifen sollten, wenn besonders hartnäckigen Schwarzhörern nicht mit sanfter Überzeugungsarbeit beizukommen wäre. Dann nämlich müsse der so genannte »Wellen-Detektiv« eingesetzt werden – eine Apparatur, dessen Vorfahren bereits im Krieg eingesetzt worden seien. NWDR-Techniker hätten – so wurde mitgeteilt – »hochempfindliche Spezialgeräte für ‚friedliche Zwecke' entwickelt, für den ‚Kampf gegen hartnäckige Schwarzhörer'«.[32] Gleichwohl ist die militärische Metaphorik dieser Worte nicht zu übersehen. Die Funktionsweisen der Apparatur seien einfach: »Durch Mauern und Wände hindurch sagt dies Gerät, wo Rundfunk gehört wird.« Über die Funktionsweise hüllte man sich geheimnisvoll in Schweigen: »Das Ganze ist keine Hexerei, obwohl über die technischen Prinzipien aus naheliegenden Gründen nichts gesagt werden kann. Das Gerät ist so klein wie ein preiswerter Rundfunkapparat, es zeigt aussen zwei Skalen und einen Peilrahmen. Ein Mann kann den ‚Wellen-Detektiv' bequem und unauffällig in der Hand tragen und damit leicht jede Treppe ersteigen, ohne dass er ein Kabel nachzuschleppen braucht. Am leichtesten lassen sich damit natürlich alle Schwarzhörer in locker bebauten Gegenden feststellen, in Laubenkolonien und Villenvierteln. In Mietshäusern muss man von Stockwerk zu Stockwerk wandern und das Ausschlagen der Skalenzeiger beobachten. Da die Normalhörer alle in einer Kartei eingetragen sind, lassen sich die Schwarzhörer leicht feststellen.«[33]

Der »Wellen-Detektiv«. Quelle: StA HH

Der solchermaßen angedrohte Einsatz des »Wellen-Detektivs« ging mit Angst und Scham einflößenden Szenarien der Überwachung und der Kontrolle einher. »Es gibt oft überraschte Gesichter, wenn es plötzlich an der Tür klopft und freundliche Männer einem auf den Kopf zusagen, daß, vom Marktplatz angemessen, in dieser Wohnung ein Rundfunkgerät angepeilt wurde.«[34] Dennoch ist die Relevanz und Tauglichkeit der Geräte für einen flächendeckenden Einsatz zu bezweifeln. Die schlichte Existenz solcher Geräte ist seit den 30er Jahren nachgewiesen, allerdings wurde es wohl nie in ausreichend großer Anzahl für einen größeren Gebrauch herge-

31 »Schwarzhörer-Aktion des NWDR und der Bundespost«. Pressemitteilung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. StA HH.621-1.NDR 1343

32 »Der Wellendetektiv«. Pressemeldung zur NWDR-Pressekonferenz am 29. Dezember 1950. StA HH. 621-1. NDR. 1343.

33 Ebd.

34 Die Ansage, Nr. 4, 26.1.1951, S. 2.

stellt.[35] Der »Wellen-Detektiv« war demnach zwar keine öffentlichkeitswirksame Erfindung, aber seine Rolle wurde im Rahmen der Schwarzhörer-Aktion drastisch zum Aufbau einer Drohkulisse eingesetzt. Diese Androhung offenbart ein verschämtes Moment: Anders als der SWF vertraute der NWDR nicht ausschließlich auf die sanft schmeichelnde Facette seiner Werbestrategie, sondern drohte im Falle deren Unwirksamkeit nun doch noch mit massiveren Maßnahmen. Das Überführtwerden vor aller Leute Augen, die peinlichen Bloßstellung unmoralischen Handelns sollte dabei eine noch größere Wirkung entfalten als die bloße Androhung der Anwendung von Rechtsvorschriften.

Verdutzte Gesichter. Der »Wellen-Detektiv« überführt eine Schwarzhörerin. Quelle: StA HH

Aufschlussreich ist an dieser Stelle der Vergleich mit dem Vorgehen beim Bayerischen Rundfunk. Hier wurde zwar keine »Geheimwaffe« drastisch in Szene gesetzt, aber den Schwarzhörern wurde rigoros mit polizei-ähnlich handelnden »Ermittlern« zu Leibe gerückt. Seit September 1950 ging es im Süden der Bundesrepublik um die »restlose Erfassung der Schwarzhörer«.[36] Zu deren Zweck überprüften die Ermittler stichprobenhaft Wohnungen und Häuser und versuchten dezidiert Rechtsbrecher ausfindig zu machen. Insbesondere Hörerabmeldungen schienen verdächtig und wurden systematisch kontrolliert. Vor diesem Hintergrund gewinnt die NWDR-Strategie noch einmal deutlich an Kontur. Kennzeichnend für die erste Hörerwerbeaktion des NWDR ist das Pendeln zwischen liberalen und autoritären Methoden, zwischen Prämien und »Wellen-Detektiv« oder – wenn man so will – zwischen »Zuckerbrot und Peitsche«.

Der NWDR positionierte sich methodisch zwischen der »weichen« südwestdeutschen und der »harten« bayerischen Gangart. Doch an sich kontrastieren diese beiden Stoßrichtungen miteinander: Will man einen Hörer bekehren und im Guten überreden – notfalls eben auch mit einem kleinen Anreiz in Form einer Prämie –, so setzt dies ein Verständnis des Hörers als mündigen, ernstzunehmenden Konsumenten voraus. SWF und BR verfuhren hier jeweils geradlinig: Ersterer will allgemein Hörer werben und forciert eine ausschließlich auf Prämien setzende Variante »im Guten«; dem BR dagegen geht es allein um das Auffinden das Gesetz brechender Schwarzhörer und deren Bestrafung. Der NWDR aber warb offensiv und drohte dennoch im Hintergrund mit unerbittlicher Bloßstellung. Die zu diesem Zeitpunkt größte Anstalt der Republik wagte es nicht, souverän ihrem guten Programm und den spendablen Prämien zu vertrauen. Immer wieder wollte man sich die Hintertür offen halten, um notfalls auch massiven Druck auszuüben.

35 So Ernst Böge vom Museum der Bundesnetzagentur in Itzehoe im April 2006 gegenüber der Verfasserin. – Eine Vorgängerin der Bundesnetzagentur wurde im August 1946 von der Britischen Militärbehörde ins Leben gerufen, um die Frequenzkonstanz der Sender des BFN (British Forces Network) zu überwachen. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde diese von der Deutschen Bundespost übernommen (Funkkontrollmessdienst der Deutschen Bundespost). Ernst Böge stellte den Film »Der Störenfried« aus dem Jahr 1938 zur Verfügung, in dem bereits die Benutzung eines Gerätes wie dem des Wellen-Detektivs beschrieben ist. »Die Zahl 1000 wäre wohl schon zu hoch gegriffen«, so Böge jedoch zur Frage nach den Herstellungszahlen. Zudem sei es sehr kompliziert, Schwarzhörer mit einem solchen Messempfänger festzustellen, denn Messempfänger fangen die von Radio- oder später auch TV-Geräten abgestrahlte Frequenz auf einer höheren Frequenz auf. Die eindeutige Zuordnung an einen Schwarzhörer ist daher schwierig, da die knappen Wellenfrequenzen häufig – auch von ausländischen Sendern – überlagert wurden.

36 Ausführliche Belege hierzu finden sich im Bestand der Historischen Dokumentation des Bayerischen Rundfunks (HD/689). Ein herzlicher Dank gilt Bettina Hasselbring (Bayerischer Rundfunk. Historisches Archiv), die diese Informationen und Quellen zur Verfügung stellte.

Kosten und Nutzen?
Die zweite Aktion des NWDR 1952

Das Ergebnis der ersten Hörerwerbeaktion – fast 700.000 neue Hörer – war für den NWDR so überzeugend, dass es eine Fortsetzung der Aktion geben sollte. Dreh- und Angelpunkt sollte wiederum die Überzeugung des Hörers sein. War diese erreicht, winkten der Rundfunkanstalt eine höhere Akzeptanz sowie deren finanzielle Konsolidierung. In seinem Schlussbericht zur ersten Aktion stellte Sawatzki ein neuerliches Vorgehen gegen Schwarzhörer in Aussicht. Erst durch die erste Aktion seien überhaupt »Unterlagen gewonnen worden, die eine weitere, gelenkte Schwarzhörerbekämpfung in Zukunft möglich macht. Die Schwarzhörer sitzen immer noch in manchen Gegenden gehäuft: die Hörerdichte von 30 bis 50 Prozent (der Haushaltungen, nicht der Einwohner) kontrastiert lebhaft mit der Hörerdichte etwa in Hamburg (über 90 Prozent).«[37] Deshalb schlug Sawatzki vor, »nach einer Pause, in der die Bundespost energisch durchgreift, eine gezielte Werbeaktion von kurzer Dauer durchzuführen, deren Umrisse folgendermassen aussähe: 10 bis 14 Tage, in denen Amnestie gewährt wird, vorher gelegentliche Meldung über bestrafte Schwarzhörer, nun Intensivierung lokaler Pressearbeit, kleine [sic! Gemeint ist: keine] Sachprämien, sondern nur Geldprämien, möglichst von 3 DM statt 2 DM für jeden Geworbenen, weil die Feinarbeit wesentlich mühevoller ist, Einsatz ab 25. April oder 25. Mai, damit der Erste zeitlich umgriffen wird, keinerlei Erfolgsmeldungen in den Abendnachrichten. Die Bundespost ist gefragt worden und begrüsst diesen Vorschlag.«

Auch der Verwaltungsrat des NWDR ließ am 24. und 25. Februar 1951 den Erfolg der Aktion noch einmal Revue passieren. Im Zuge der Sitzung wurde angeregt, »dass Generaldirektor Dr. Grimme die neuen Hörer in einer Rundfunkansprache begrüsst und ihnen die programmatischen Absichten des NWDR und die Möglichkeiten der Sender- und Programmverbesserung durch ihren Beitritt zur Hörergemeinschaft des NWDR erläutert«.[38] In dieser Sitzung befürwortete der Verwaltungsrat ebenfalls, »die Schwarzhöreraktion in regelmäßigen Abständen von einem Jahr zu wiederholen«.

»Zahl die kleine Funkgebühr …«

Doch die Planungen zogen sich hin. Erst am 10. November 1952 startete die zweite Hörerwerbeaktion von Post und NWDR, die bis zum 13. Dezember 1952 dauerte. »Die Aktion beginnt mit Millionen von Postwurfsendungen«[39], berichtete »Die Ansage« und wies auf ein Novum der Aktion hin: Dieses Mal wurden auch die Gebührenzahler in die Aktion einbezogen und aufgefordert, sich an einem »Dichter-Wettstreit« zu beteiligen: »Der NWDR sucht die zugkräftigsten zweizeiligen Werbeverse gegen das Schwarzhören.« Aus mehr als 200.000 Einsendungen wurde der Spruch »Zahl die kleine Funkgebühr, hör die ganze Welt dafür« ausgewählt. Der Gewinner, Wilhelm Hacker aus Flensburg, wurde mit einem Preisgeld von 1.200 DM belohnt.[40] Eingesetzt wurde dieser Slogan auf vielfältige Weise: »In allen Postanstalten des NWDR-Sendebereichs werden jetzt himmelblaue Plakate mit dem Zweizeiler (…) aufgehängt. Tausende von Post-Kraftwagen fahren das gleiche Plakat durch die Straßen.«[41]

Eine weitere Attraktion dieser zweiten Werbemaßnahme war die Suche nach den »neun treuesten Hörern in den neun Oberpostdirektionen im NWDR-Sendebereich«.[42] Anhand alter Urkunden – einige von ihnen trafen als »bemooste Rundfunkquittungen, manche von anno 1924« beim NWDR ein – wurden insgesamt neun Mal neun, also »81 ‚Veteranen am Lautsprecher'« ausgezeichnet und mit einem

37 Schlussbericht über die Hörerwerbeaktion. Dr. Sawatzki an die Generaldirektion, 23.2.1951. StA HH. 621-1. NDR. 702.

38 Anlage zum Protokoll der 35. Sitzung des NWDR-Verwaltungsrats. 24./25.2.1951. StA HH. 621-1. NDR. 1343.

39 Die Ansage, Nr. 97. 6, 11.1952, S. 6.

40 Vgl. Die Ansage, Nr. 99, 20.11.1952, S. 1. – Im Dezember 1953 versuchte der Braunschweiger Regierungsrat H. P., juristische Schritte gegen den NWDR einzuleiten. Er habe seinerzeit, so teilte P. der Abteilung Hörerpost mit, einen Slogan gleichen Wortlautes eingesendet, sei jedoch von der Preisvergabe ausgeschlossen worden. Der Vorgang wurde an die Rechtsabteilung des NWDR weitergegeben. Nach einigem Schriftwechsel, darunter auch mit Rechtsabteilungen anderer Rundfunkanstalten, teilt eine vom NWDR eingeschaltete Rechtsanwaltskanzlei dem Regierungsrat im Mai 1954 mit, »dass eine weitere Fortsetzung des Briefwechsels unsererseits nicht mehr stattfindet. Die Ansprüche werden abgelehnt und es geht nicht an, dieserhalb nun noch weitere Arbeit für eine völlig abgeschlossene Sache aufzuwenden. Es muss Ihnen nunmehr überlassen bleiben, die Schritte zu ergreifen, die Sie für zweckmäßig halten.« Mit diesem Schreiben hatte sich die schwelende Rechtsauseinandersetzung offenbar erledigt. Vgl. StA HH. 621-1. NDR. 1460.

41 Die Ansage, Nr. 100, 27.11.1952, S. 6. – Hier ist ebenfalls vermerkt, dass »sechzehn der gelungensten Reime« angekauft wurden, je 750 DM hätten zwei Herren erhalten: Der Einsender Willi Sieck aus Osnabrück für den Reim »Sei ein Rundfunkkavalier und genieße mit Gebühr« sowie der damals 15-jährige Karl-Heinz Tuchscherer aus Quelle bei Bielefeld für den Spruch: »Vater, Mutter, Oma strahlt: ‚unser' Rundfunk ist bezahlt«.

42 Ansage, Nr. 99, 20.11.1952, S. 1.

persönlichen Anerkennungsschreiben Grimmes und einer Rundfunkgebührenbefreiung auf Lebenszeit belohnt.[43]

Nachweisbarer Erfolg

Schon während diese zweite Aktion lief, die schließlich für 426.594 neue Hörer sorgen sollte, gab es Debatten um ihren Nutzen im Verhältnis zu den verursachten Kosten. In einem Schreiben an den 1. Direktor Schmidt echauffierte sich Finanzdirektor Hubrich, »dass der unmittelbare Aufwand bis jetzt mehr als doppelt so hoch sein wird als das letzte Mal«. Zwar musste Hubrich einräumen, dass er »eine gewisse Mitverantwortung tragen«[44] müsse, da ihm »Bedarfsanforderungen für Ausgaben verschiedenster Art für diese Aktion« zur Unterzeichnung vorgelegt worden sind. Hubrich, dem die Kosten über den Kopf zu wachsen drohten, empörte sich in einem Moment, als die endgültige Zahl der neu geworbenen Hörer noch gar nicht feststand. Seines Erachtens sei versäumt worden, der von der Bundespost geschätzten Zahl von möglichen 200.000 neuen Hörern Rechnung zu tragen: »Hernach hätte sich die Planung des Aufwandes für die diesjährige Aktion wenigstens in etwa richten müssen, damit Aufwand und Erfolg in einem gesunden Verhältnis stehen.« »Rentabilität« hieß also das neue Stichwort. Nicht mehr die nachhaltige und friedliche Bekehrung der Schwarzhörer stand im Mittelpunkt der Aktion, sondern deren anhand von Zahlen nachweisbarer Erfolg.

Kostenvergleich Schwarzhöreraktion I und II

	Aktion I	Aktion II
Drucksachen (Plakate, Werbekarten, Ausweise, Postwurfsendungen I und II, Notizkladden für die Zusteller)	68.300.-	140.000.-
Prämien (für die Werber, zur Bekanntgabe)	5.900.-	45.000.- + 12.000.- (falls Verlängerung)
Lektoren und Preise für den Dichterwettstreit	5.300.-	25.000.-
Bänder, Platten, Honorare und Prämien für die Werbekolonnen	-	17.000.-
Prämien und handgezeichnete Urkunden für alte Hörer	-	12.000.-
Sketsche	18.300.-	11.000.-
Entschädigung für Mitarbeit der Rundfunkstellen Post	40.000.-	85.000.-
Radioapparate	18.100.-	
Reisekosten und Überstunden	3.500.-	-
Ist-Ausgaben Aktion I	159.400.-	-
Schätzung Aktion II	-	347.000.-
Dazu à 1.50 Hörergebühr		
Erfolg Aktion I - 700.000 Hörer	1.050.000.-	
Schätzung a) Aktion II - 300.000 Hörer		450.000.-
Schätzung b) Aktion II - 400.000 Hörer		600.000.-

Kostenvergleich von NWDR-Finanzdirektor Georg Hubrich. Quelle: StA HH

Hubrich legte seinem Schreiben einen tabellarischen Kostenvergleich bei, aus dem hervorgeht, dass für die zweite Aktion bei schätzungsweise 300.000 bis 400.000 gewonnenen Hörern Kosten in Höhe von 347.000 DM veranschlagt wurden – vor allem der Aufwand für die Werbemittel fiel erheblich größer aus als in der ersten Aktion. Diese hatte insgesamt nur 159.400 DM gekostet und am Ende für rund 700.000 neue Hörer gesorgt.[45] Errechnet man aus den Aufwendungen und den dazu gewonnenen Hörern einen Quotienten, so betrug dieser für die erste Aktion etwa 23 Pfennig, bei der zweiten war es rund eine DM. Gleichwohl müssten beide Berechnungen als ein gutes Ergebnis zu betrachten sein, da sich auch die Aufwendungen für die zweite Aktion bei einer monatlichen Rundfunkgebühr von zwei DM schnell wieder amortisierten.

Konflikte treten auf

Doch die zweite Aktion war mit deutlich ausgeprägten Konfliktlinien überzogen. So gab es beispielsweise Schwierigkeiten mit Radio Bremen. Die Aktion erstreckte sich auf dessen Gebiet, so dass die kleine Sendeanstalt demnach davon profitierte, aber deren anteilige Kostenübernahme nur sehr zögerlich ermittelt werden konnte. Das wiederum

43 Die Ansage, Nr. 101, 4.12.1952, S. 2.

44 Hubrich an Schmidt, Durchschlag an Nestel, 1.12.1952. – Das Schreiben enthält außerdem eine Tabelle mit einem Kostenvergleich der Werbeaktionen I und II. StA HH. 621-1. NDR. 1293.

45 Kostenvergleich Schwarzhöreraktion I und II. Anlage zum Schreiben Finanzdirektor Hubrich an 1. Direktor Dr. Schmidt (Durchschlag an Nestel), 1.12.1952. StA HH. 621-1. NDR. 1293.

führte zu großen Verstimmungen der NWDR-Finanzdirektion gegenüber dem »Kostgänger« Radio Bremen.[46]

Ein anderer Konflikt entzündete sich zwischen dem NWDR und der Post. Grundsätzlich war für die Übernahme der Kosten – analog zum Gebühren-Verteilungsschlüssel – vereinbart worden, dass der NWDR 75 Prozent trägt, die Post 25 Prozent. Doch noch während die Aktion im Gange war, gab es hierüber Streitigkeiten. Offenbar kam es Anfang Dezember 1952 zu Verstimmungen, die mit der Kostenübernahme für Überstunden von Postbeamten zusammenhingen. Sawatzki hatte gegenüber Postvertretern die Übernahme dieser Kosten offenbar abgelehnt, falls die Werbung mehr als 250.000 neue Hörer erzielen würde. Mit einem Telegramm schaltete sich selbst Generaldirektor Grimme in die Debatte ein und teilte mit, dass ihm sehr daran liege, »dass diese Schwierigkeiten nicht zu einer vorzeitigen Einstellung der Werbung führen«.[47] Hinter den Kulissen bemühten sich offenbar die Schlichter, denn schon am folgenden Tag konnte Sawatzki Schmidt mitteilen, dass die Wogen geglättet seien und die Kosten für Überstunden im Verhältnis 75: 25 Prozent geteilt würden. Sawatzki bat Schmidt zudem, eine »schriftliche Bestätigung« für diese Vereinbarung zu entwerfen.[48]

Nach dem Ende dieser Aktion ging es nur noch darum, dass die Oberpostdirektion Hamburg der Generaldirektion des NWDR ihre Forderungen in Rechnung zu stellen habe. Sawatzki schätzte den Betrag aufgrund bereits vorliegender Unterlagen der OPD: »75% von DM 850 000.-- für die 2 DM-Werbeprämien, also DM 640 000.--. Dieser Betrag vermindert sich um die noch unbekannte Zahl der freiwilligen Anmeldungen. (Dies müsste von uns genau beachtet werden). 75% der Mehrarbeitsvergütung für Rundfunkstellen und Bezirks-Adrema-Stellen.[49] 75% der Reisekostenvergütung. 75% der Überstundenvergütung der Bezirks-Werbeleitungen.«[50] Die später vom NWDR angewiesene Summe ist in den Unterlagen nicht festgehalten.

(Un-)endliche Schwarzhörer-Geschichte? Die dritte Aktion des NWDR 1953/54

Zum 28. Februar 1953 stellte das Büro Sawatzkis seine Arbeit ein. Trotzdem war zu diesem Zeitpunkt klar, dass das Problem »Schwarzhörer« für den NWDR noch nicht dauerhaft geklärt war. In seinem Schlussbericht zur zweiten Aktion resümierte Sawatzki: »Im August, September und Oktober liegt die Zahl der Zugänge (....) so bedenklich niedrig über der Zahl der erloschenen Genehmigungen, dass an einen Verzicht auf künftige Werbeaktionen nicht gut gedacht werden kann. Daran würden auch Umorganisationen nichts ändern.« Er schlug den Verantwortlichen vor, die Taktik zu ändern. In den kommenden 20 Monaten empfehle sich keine Großaktion, schließlich sei die Hörerdichte »durch unsere Bemühungen mittlerweile so hochgetrieben worden, dass jede grosse Aktion in Zukunft bei vermehrten Kosten immer nur kleinere Erfolgsziffern bringen kann.« Außerdem habe auch das Bundespostministerium mit »verstärktem Nachdruck« Bedenken geäußert, wonach »gerissene Postwerber die fälligen Neuanmeldungen nicht ordnungsgemäß vollziehen, sondern sie bis zur nächsten Großaktion aufspeichern.« Sawatzkis schnörkelloser Vorschlag, den er bereits im Dezember 1952 dem Verwaltungsrat unterbreitet hatte: »[E]s wird bis auf Widerruf für jeden neugeworbenen Hörer eine Prämie von DM 2.- gezahlt, wobei das Verhältnis von 3/4 (NWDR) und 1/4 (BP) gewahrt bleibt. Die Post übernimmt sämtliche anderen Unkosten, die etwa durch Reisen, Abstellen von bewährten Werbern in statistisch daniederliegende Ämter etc. entstehen.«[51]

Der Verwaltungsrat widmete sich im Juni 1953 diesem Thema, das offenbar an Brisanz gewonnen hatte: »Seit April 1953 ist ein Rückgang der Hörerzahl zu verzeichnen. Statt der zu erwartenden 5,65 Mill. Hörer beträgt die zuletzt festgestellte Hörerzahl nur 5,58 Mill.« [52], berichtete Finanzdirektor Hubrich auf der 61. Sitzung des Gremiums. Weiter heißt es: »Die Post schätzt die Anzahl der Schwarzhörer im NWDR-Gebiet auf 100.000 bis 150.000«. Deswegen bestehe ein Anlass, wieder aktiv zu werden – und zwar mit jener »stillen Hörerwerbeaktion«, die bereits Sawatzki angeregt hatte.

---

46 Vgl. Hubrich an Schmidt, Durchschlag an Nestel, 1.12.1952; sowie Hubrich an Sawatzki, 10.6.1953. Ebd.

47 Telegramm Grimme an Schmidt, 2.12.1952. StA HH. 621-1. NDR. 439.

48 Sawatzki an Schmidt, 3.12.1952. Ebd.

49 »Adrema« ist die Abkürzung für eine damals eingesetzte »Adressiermaschine«, mit deren Hilfe Werbebriefe mit Adressen bedruckt wurden.

50 Sawatzki an Wenzlau, 4.3.1953. StA HH. 621-1. NDR. 439.

51 Bericht über das Ergebnis der Hörerwerbungs-Aktion. Sawatzki an Hubrich, 25.2.1953. Ebd.

52 Protokoll der 61. Sitzung des NWDR-Verwaltungsrat, 27./28.6.1953. NDR. Gremienbüro.

»Propagandistische Mittel sollen diesmal nicht eingesetzt, auch keine Sachprämien an die Werber abgegeben werden«, betonte die Post mit Nachdruck, die diesmal als Schrittmacher agieren wollte und die Finanzdirektion des NWDR am 16. Juni 1953 informierte, »daß wir beabsichtigen, ab 1.7.1953 (…) die Rundfunkhörer-Werbeaktion fortzusetzen«. [53] Das Vorgehen sollte sich dabei im Sinne Sawatzkis gestalten: Neben »den Mitteln der Schwarzhörerfahndung, die wie bisher gegen Böswillige eingesetzt werden sollen«, sollte »durch einen allgemeinen Einsatz unseres Personals nochmals« versucht werden, »die Rundfunkteilnehmerdichte weiter zu verstärken.« Dem »als Werber tätigen Personal der Deutschen Bundespost« sollte dabei »wie bisher eine Werbeprämie von 2,-- DM je Neuwerbung gezahlt werden«. Man empfahl: »Dafür sollten Bundespost und NWDR anteilmäßig auf die im ersten Monat nach der Neuanmeldung aufkommende Rundfunkgebühr verzichten.«

Im NWDR stand ein Zahlenkalkül zur Entscheidung an. Ein Ja zur Schwarzhörerwerbung sollte es nur geben, wenn deren Erfolg im finanziellen Gegenwert erkennbar werde. Auf teure Prämien und deren Vorteile in der Imagepflege sollte nicht mehr gesetzt werden, so lautete die Erkenntnis aus den vorangegangenen Aktionen. Schließlich gab Finanzdirektor Hubrich der Abteilung »Erforschung der Hörermeinung« den Auftrag, »der Frage noch intensiver, als es bei früheren dahingehenden Ermittlungen möglich war«, nachzugehen, »auf welchen Gründen die Hörerabmeldungen beruhen«.[54]

Wie angekündigt startete die »stille Aktion« am 1. Juli 1953. Ursprünglich sollte sie bis zum 31. Dezember des Jahres laufen; Mitte Dezember jedoch entschieden Post und NWDR gemeinsam, dass die Aktion bis zum 31. März 1954 verlängert werde. Begründet wurde dies mit dem bisherigen Verlauf. So habe das Bundespostministerium »in den Monaten Oktober und November 1953 ein[en] Zugang von 104.000 neugeworbenen Hörern« zu verzeichnen, daneben stünde der »Normalzugang von 96.000 Hörern.« Hierdurch wäre im »NWDR-Gebiet eine Haushaltsdichte von 81,1 Prozent erreicht und gleichzeitig auch bewiesen, dass die Werbeaktion bisher erfolgreich gewesen« sei.[55] Am 23. Dezember 1953 teilte die NWDR-Finanzdirektion dem Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen mit, dass man diesen Termin »einstweilen als endgültig« ansehe – dennoch wolle man sich im Fall des Falles auch anhand von geeignetem Zahlenmaterial eines besseren belehren lassen.[56] Dass das Projekt »Schwarzhörerwerbung« vom NWDR weitgehend als erledigt betrachtet wurde, belegt auch die Ablehnung der Teilnahme an einer Tagung für Hörerwerber. Ende Dezember hatte Verwaltungsdirektor Manke vom Südwestfunk dem NWDR-Finanzdirektor Hubrich mitgeteilt, dass der SWF-Referent für Hörerwerbung und »einige seiner Kollegen bei anderen Rundfunkanstalten es begrüßen, wenn ihnen gelegentlich einmal ein mündlicher Erfahrungsaustausch möglich wäre«.[57] Als Datum der Zusammenkunft, die der SWF in Stuttgart ausrichten wollte, wurde der 8. Januar 1954 angeregt. Hubrich verwies in seiner Antwort jedoch darauf, dass sich der NWDR »bereits seit geraumer Zeit entschlossen [habe], keine Hörerwerbung im eigentlichen Sinne mehr zu betreiben«.[58] Außerdem habe man keinen eigens für diese Aufgabe abgestellten Referenten mehr, »dafür werden wir bei einer Tagung zu einem anderen Thema dann eben wieder stärker vertreten sein«, entschuldigte sich Hubrich.

Inzwischen hatte sich jedoch die laufende »stille Aktion« durch zunehmende Differenzen mit der Post erschwert. Bereits im November 1953 kritisierte der NWDR, dass die Abteilungen der Post unterschiedliche Angaben zu den Hörerzahlen machen würden. Dieses Problem resultierte einerseits aus unterschiedlichen Erhebungsmethoden der Post-Stellen, andererseits warf der NWDR der Post auch vor, dass »Schreib- und Meldefehler bei den Postämtern oder bei den OPDen [= Oberpostdirektionen, JF]« hierfür ursächlich seien. Als Resultat »dieser traurigen Erkenntnis« empfahl der NWDR, derartige Statistiken nicht mehr zu veröffentlichen. Zudem stelle sich vor diesem Hintergrund die auch für die Schwarzhörerwerbung »entscheidende Frage, ob die Angaben einer korrekten Sollstellung der Einnahmen aus der Hörergebühr dienen können«. Die klare Antwort auf die rhetorische Frage: »Zweifellos nicht.«[59] Die Kritik wuchs und es war nicht mehr verwunderlich, dass sich auf Seiten der Post zunehmend Verärgerung breit machte. Im Februar 1954, als es bei einer Besprechung zwischen Vertretern

53 Oberpostdirektion an Hubrich, 16.6.1953. StA HH. 621-1. NDR. 1485.
54 Protokoll der 61. Sitzung des NWDR-Verwaltungsrat, 27./28.6.1953. NDR. Gremienbüro.
55 Orthmann an Hubrich, 17.12.1953. StA HH. 621-1. NDR. 1485.
56 Hubrich an den Postminister, 23.12.1953. Ebd.
57 Manke an Hubrich, 18.12.1953. Ebd.
58 Hubrich an Manke, 23.12.1953. Ebd.
59 Oh/We.: Aktenvermerk, 10.11.1953. Ebd.

von NWDR und Post um eine Verlängerung der »stillen Aktion« ging, wurde zunächst zwar eingeräumt, dass »die verantwortlichen Herren bei den Oberpostdirektionen (…) bereit seien, die Arbeit fortzusetzen« – garniert mit dem spitzen Zusatz: »trotz Arbeitsüberlastung«.[60] Dennoch stellte der entsprechende Aktenvermerk zu diesem Zusammentreffen auch unmissverständlich die Verstimmung heraus. Der Vertreter des Bundespostministeriums, Köhler, habe angeregt, »angesichts der Bedeutung der Aktionen« die Verantwortlichen der Oberpostdirektionen zu einem Erfahrungsaustausch einzuladen. Der NWDR nahm den Vorschlag auf, man könne dabei gleichsam »den Herren Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit offiziell aussprechen«. Die Herren der Post hätten hierauf entgegnet, »daß es sicherlich eine sehr schöne Geste wäre, da bisher seitens des NWDR keine Anerkennung, sondern lediglich Zweifel und Mißtrauen bezüglich der Richtigkeit der gemeldeten Zahlen laut geworden wären. Herr Köhler erklärte, daß er bereit sei, die Aktion sofort abzubrechen, falls der NWDR die Erfolge nicht anzuerkennen vermöge und daß er auf alle Fälle nicht noch einmal sich persönlich für eine Verlängerung oder aber evtl. Einleitung einer vierten Schwarzhöreraktion einsetzen werde. Die Vorteile dieser Aktionen lägen so eindeutig auf Seiten des NWDR, daß die weitere Initiative vom NWDR ausgehen müsse. Diese offen zur Schau getragene Gekränktheit ließ den NWDR innehalten. Die Postvertreter wurden beschwichtigt, der NWDR ruderte vorsichtig zurück und lobte »das finanzielle Ergebnis, das sich ja nicht wegleugnen lasse und dem sich auch der schärfste Kritiker – sofern vorhanden – beugen werde«. Der Schlagabtausch blieb ohne tatsächliche Folgen, sondern illustrierte nur ein weiteres Mal, dass die Beziehungen zwischen Post und NWDR ein dauerhaft umkämpftes Terrain waren.

Was schließlich zählte, waren konkrete Zahlen. Nicht mehr die Post, sondern die NWDR-Abteilung »Erforschung der Hörermeinung« legte in einer weiteren Besprechung zwischen Post- und NWDR-Vertretern am 9. März 1954 eine Berechnung vor, wonach »von im Mittel 500 000 nicht zahlenden Gerätebesitzern« auszugehen sei. Um doch noch einige aus diesem »Reservoir« zu sammeln, solle die »stille« Hörerwerbeaktion weiter bis zum 30. September 1954 verlängert werden. Dann jedoch sei anzunehmen, »daß dann die mit den bisherigen Mitteln erfassbaren Hörer tatsächlich ermittelt seien«. Dieser Schluss wurde sogleich begründet: »Es wurde klargestellt, daß der NWDR bereit ist, in Kauf zu nehmen, daß immer ein gewisser Bestand von echten Schwarzhörer vorhanden sein wird, sofern dieser 8 bis 10 v. H. der Hörerzahl nicht überschreitet. Es ist deshalb zurzeit nicht in Aussicht genommen, neben der stillen Werbeaktion oder auch nach deren Ablauf besondere drastische Maßnahmen zu ergreifen, um auch noch an diesen Kreis nichtzahlender Hörer heranzukommen«, hält das Ergebnisprotokoll dieser Sitzung fest.

Doch ein weiteres, nun allerdings endgültiges Mal sollte es zu einem Aufschub kommen. Auf einer Besprechung bei NWDR-Finanzdirektor Hubrich am 5./6. Juli, an der Vertreter des NWDR und der Post teilnahmen, wurde entschieden, dass der 31. Dezember des Jahres als unwiderruflich verbindliches Datum anzusehen ist, zu dem »alle Schwarzhöreraktionen ein für allemal als endgültig beendigt anzusehen [seien] – gleichgültig, wie die spätere Entwicklung der Teilnehmerzahlen verlaufen sollte«.[61] Der NWDR vertrat als Grundlage für diese Haltung den bereits formulierten Standpunkt, dass »ein gewisser, nicht genau festzulegender Vonhundertsatz von Rundfunkhörern sich immer mit Erfolg der Gebührenpflicht entziehen wird«. Die derzeitige Aktion müsse demnach zu Ende gehen, ihr Ziel sei »im wesentlichen erreicht«, selbst wenn diese Auffassung »nicht ganz von der Post geteilt wird«.[62]

Ergebnismessung: Die drei Aktionen und ihre messbaren Erfolge

Kurz vor dieser Sitzung hatte ein Exposé Wasser auf die Mühlen jener gegossen, die eine Einstellung der Werbung beabsichtigten. Das etwa 20-seitige Schreiben hatte Richard Oerding verfasst, Diplom-Ingenieur und Mitarbeiter in der Hörerforschung des NWDR.[63] In seiner Untersuchung befasste sich Oerding mit der Ausdifferenzierung der Neuzugänge nach einer Aktion – und damit auch mit dem finanziellen Erfolg dieser Werbemaßnahmen. Oerding berechnete, inwiefern die Werbeaktionen im Vergleich zum potentiellen Verlauf (ohne Werbeaktion) Einfluss auf die Höreran- und -abmeldungen

60 Aktenvermerk über Besprechung am 9.2.1954 mit Ernst, Oerding, Batty (NWDR) mit Köhler (Bundespostministerium), Kessler und Biskup (OPD Hamburg), 11.2.1954. Ebd. – Folgende Zitate ebd.

61 Auszug aus einem Aktenvermerk, 8.7.1954. WDR HA. 6-1 Justitiar. 9574.

62 Ebd.

63 Richard Oerding: Die Entwicklung der Rundfunk-Teilnehmerzahlen im Gebühren-Einzugsgebiet des NWDR vom 1.4.1946 bis 1.4.1955. NDR-Pressedokumentation.

nahm. Als allgemeine Hauptkomponenten führt er drei Momente an:
1. Die Kurve, also die Zahl der Rundfunkteilnehmer, verlaufe grundsätzlich steigend – »allerdings nicht linear«, sondern mit einer leichten Krümmung nach unten, was verständlich werde »unter der Annahme, daß die Rundfunk-Teilnehmerzahl einer Sättigungsgrenze zustrebt, die sicher nicht linear erreicht werden kann«.
2. Jahreszeitliche Schwankungen müssten berücksichtigt werden: »Offensichtlich werden im Winter mehr Geräte angemeldet als im Sommer, so daß während des Winters die Teilnehmerzahl schneller steigt als während der Sommermonate.«
3. Werbemaßnahmen nähmen Einfluss – jene von Anfang 1951 und Ende 1952 habe »einen plötzlichen Anstieg der Kurve zur Folge«. Die ‚stille' Werbeaktion der Bundespost, die Ende 1953 begann und bis zum Herbst 1954 andauerte, habe keine sprunghafte Steigung, sondern nur eine schwach steigende Tendenz mit sich gebracht.

Den zuletzt genannten Aspekt unterzieht Oerding einer genaueren Betrachtung und unterscheidet zwei Reaktionen auf die Werbemaßnahmen:
1. Schwarzhöreranmeldungen – also Anmeldungen jener Hörer, die bisher unbezahlt gehört haben und für den Sender die lukrativste der Anmelde-Varianten darstellte und
2. »Anmeldungen von Teilnehmern, die ihr Gerät neu kaufen, die aber ohnehin in absehbarer Zeit Teilnehmer geworden wären und lediglich durch die Werbeaktion veranlasst wurden, ihr Gerät um einige Zeit früher anzuschaffen und anzumelden.« Oerding bezeichnet dieses als »Zeitraffer-Effekt«, für den er noch »reiz«- oder »zeitbedingt« unterscheidet: »Wird der Rundfunkteilnehmer (...) deshalb Hörer, weil der Dichte-Index 75 % beträgt (drei Viertel seiner Umgebung hat bereits Geräte, und deshalb möchte er nun auch eines haben) oder weil es Februar 1954 ist (zu diesem Zeitpunkt hat er erst die finanzielle Möglichkeit zur Beschaffung des Gerätes)?« Mit anderen Worten: Längst nicht alle neu angemeldeten Hörer nach einer Aktion mussten bekehrte Schwarzhörer sein, die schon seit Jahren ohne Gegenleistung Rundfunk hörten.

Nach allerlei theoretischen Überlegungen zum Kurvenverlauf und der Berechnung der finanziellen Vorteile einzelner Reaktionen kommt Oerding zu folgendem Schluss: Der finanzielle Erfolg der ersten Werbeaktion sei am größten, allerdings müsse ebenfalls eingeräumt werden, dass bereits in dieser frühen Phase der Hörerzuwachs nicht ausschließlich aus Schwarzhörer-Anmeldungen resultiere, vielmehr habe auch die reizbedingte Zeitraffung einen deutlichen Einfluss. Bei der Werbeaktion des Jahres 1952 herrschte dagegen die wenig finanzielle Vorteile versprechende Reaktion der reizbedingten Zeitraffung vor. Der Grund hierfür: Die sozusagen »gewonnenen Zeiträume«, in denen der NWDR durch die Werbeaktion zusätzliches Geld bekommen habe, auf das er sonst hätte noch warten müssen, würden merklich kürzer, die finanziellen Vorteile damit geringer.

Auch für die letzte Aktion gelte dies. Exakte Zahlen könne Oerding jedoch nicht liefern, »da das Material für eine wahrscheinlichkeitsmathematische Berechnung zu wenig normale Verlaufsstadien enthält«. Obwohl Oerding damit recht nüchtern feststellt, dass die zweite und dritte Aktion weniger Ertrag brachten als mancherorts enthusiastisch angenommen, enthielt sich der Wissenschaftler des Rats, künftig auf Vergleichbares zu verzichten. Stattdessen empfahl er, sich künftig eher mit den KfZ-Genehmigungen zu befassen, wo er durchaus noch Handlungsspielraum sehe. Damit war die bereits favorisierte Enthaltungs-Strategie der Verantwortlichen auch wissenschaftlich fundiert. Die Aktivität des NWDR in der Schwarzhörerbekämpfung fand ihr Ende.

Fazit

Es waren zahlenmäßig wenige, jedoch entscheidende Jahre, in denen der Nordwestdeutsche Rundfunk den Schwarzhörern seine Aufmerksamkeit widmete. Die drei großen Aktionen, die hier geschildert wurden, fielen in eine Phase, in der der NWDR – wie auch alle anderen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik – als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt sich zu einem Großbetrieb entwickelte. Der NWDR als größte Rundfunkanstalt in Westdeutschland beschäftigte beispielsweise nach und nach mehr als 3.000 fest angestellte Mitarbeiter und wies jährliche Gesamthausmittel von über 100 Millionen DM aus. Ein gut funktionierender Verwaltungsapparat war notwendig, um sehr genau auf die finanzielle Basis der personellen, programmlichen und technischen Kosten zu achten. Denn der Einnahmen-Seite, die sich beim NWDR nahezu ausschließlich aus den Rundfunkgebühren speiste – die größte Anstalt verzichtete damals noch auf Hörfunkwerbung –, standen wachsende Ausgaben gegenüber. Bedeutsam waren in der ersten Hälfte der 50er Jahre vor allem die Investitionen in den Ausbau des UKW-Netzes, die Entwicklung der Fernsehtechnik und des Fern-

sehprogrammbetriebs sowie der fortschreitende Programmausbau im Allgemeinen. Dass all jene, die das Programm hörten, aber nicht zahlten, in diesen Jahren ins Blickfeld des Interesses der Rundfunkverantwortlichen gerieten, lag also nahe. Schließlich gingen allein dem NWDR durch Schwarzhörer Rundfunkgebühren in Millionenhöhe verloren. Insofern geben die Aktionen gegen Schwarzhörer Einblick in die »formative years« der unternehmens- und finanzgeschichtlichen Entwicklung des frühen öffentlich-rechtlichen Rundfunks.[64]

Eine solche Perspektive auf das Thema Schwarzhörerbekämpfung förderte jedoch noch weitere Ergebnisse zutage, die unter dem Aspekt der Unternehmenskommunikation und -kultur aufschlussreich sind. Blicken wir auf die unterschiedlichen Ansätze der drei Aktionen zurück, so wurde zunächst auf die große Geste gesetzt. Ganz im Sinne alter Belehrungs- und Bildungsstrategien sollte der Schwarzhörer »zum Guten« erzogen und seine moralische Urteilsfähigkeit diszipliniert werden. Der NWDR, der ein finanzielles Interesse hatte, kombinierte seine Schlüsselintention mit einem Prämien- und Werbersystem, das dazu diente, der Rundfunkanstalt ein positives Image zu verschaffen. Die Rundfunkanstalt sollte in der Bevölkerung positiv konnotiert werden, als engagiert, kreativ, großzügig, als Begleiter im Alltag.[65] Das Werben von Schwarzhörern, das hatte bereits der SWF vorgemacht, war eine Art Überredungskunst, an dessen Ende eine Belohung für die Einsicht ins Gute stand. Doch von Anfang an zweifelte der Senderriese offensichtlich auch an der tatsächlichen Zugkraft des sanften Werbens. Der »Wellen-Detektiv« ist die überspannte Belehrung, mit ihm ist das Mittel der »Samthandschuhe« aufgegeben. Dem Schwarzhörer wird nicht mit einer Rechtsvorschrift gedroht, sondern mit der peinlichen Bloßstellung und Überführung eines unmoralischen Tuns. Es ist nicht das Bild eines mündigen Hörers, das sich hier offenbart.

Schnell hatten die NWDR-Organisatoren überdies die Erfahrung gemacht, dass Hörerwerbung viel Geld kostet. Weitaus mehr als bei der ersten Aktion wurde in der zweiten in Werbung und in Prämien investiert. Noch immer war diese rentabel, doch konnte sie längst nicht mehr jene große Gewinnspanne der ersten Aktion erreichen. Immer relevanter wurden das finanzielle Kalkül und die Kosten/Nutzen-Rechnung. In dieser kurzen Zeit hatte der NWDR ein unternehmerisches Selbstbewusstsein entwickelt, in dem der Schwarzhörer schließlich nicht mehr unsicher umschwärmt wurde, sondern zu einer rechnerischen Größe wurde. Deshalb konnte sich der NWDR letztlich auch bequem zurückziehen. Als größte, finanzkräftigste Sendeanstalt in der Bundesrepublik hatte er verantwortungsvoll mit den ihm anvertrauten Geldern zu wirtschaften, denn seine Ausgabenpolitik wurde öffentlich sehr genau wahrgenommen und nicht selten vehement kritisiert. Da man nach drei Aktionen bis auf einen akzeptablen »Bodensatz« an Rest-Schwarzhörern alle erreicht hatte, musste die Antwort auf die Frage, was zusätzliche Werbung noch bringen solle, negativ ausfallen. Diese Tatsache ist entscheidender als der zutage tretende Konflikt, der die beteiligten Akteure – den NWDR und die Post, aber ebenso Radio Bremen – immer weniger an einem Strang ziehen ließ.

64 Vgl. hierzu die Ausführungen »zur Unternehmensgeschichte des NWDR 1945–1955« von Hans-Ulrich Wagner und Mark Lührs auf dem Workshop des Arbeitskreises Medienunternehmen in der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GuG) im Januar 2006. Die Publikation der Workshop-Referate ist in der Reihe »Hamburger Hefte zur Medienkultur« für Ende 2006 geplant.

65 Für den hier beschriebenen Zeitraum wäre es lohnend, weitere Aktivitäten der Sendeanstalten zu betrachten, die ebenfalls dem Aufbau eines bestimmten unternehmenskulturellen Images dienten: Beim NWDR könnten dies u. a. die Zusammenarbeit mit der »Funklotterie« und eine Einrichtung wie die im August 1951 gegründete »Soziale Radiohilfe« sein, die bedürftigen Menschen Rundfunkempfangsgeräte zur Verfügung stellte.

Dokumentation

Günther Grünthal

»Blick in die Zeit«

Dokumente zur Geschichte des politischen Programmangebots am Ende der Weimarer Republik

Die 1997 veröffentlichte umfangreiche Forschungsarbeit »Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik« umfasst zwar das gesamte Gebiet der programmgeschichtlichen Fragestellungen und erfüllt viele Ansprüche eines Handbuchs.[1] Gleichwohl kann die Programmgeschichte des Rundfunks in den Jahren bis 1933 nicht als abgeschlossen gelten. Denn trotz der Menge der überlieferten schriftlichen Quellen, vor allem der Programmzeitschriften mit ihren Ankündigungen und Kritiken, wäre die erstrebte Rekonstruktion des tatsächlich ausgestrahlten Programms im Idealfall nur dann zu erreichen, wenn auch die »Primär-Quellen« in größerem Umfang überliefert wären. Da für die Rundfunksender eine systematische Archivierung der ausgestrahlten Sendungen aufgrund der noch fehlenden technischen Voraussetzungen nicht in Frage kommen konnte, ist die Überlieferung von Ton- und Textdokumenten nicht nur äußerst lückenhaft, sondern mehr oder weniger zufällig. Von den hoch gerechneten zirka 800.000 Sendungen liegt jedenfalls nur ein Bruchteil im Wortlaut vor.[2] Schon allein deshalb können alle möglicherweise in anderen Provenienzen erhaltenen Rundfunktexte ein besonderes Interesse beanspruchen.

Im Folgenden werden insgesamt fünf solcher Texte vorgestellt, die 1932 in der Schlesischen Funkstunde in der Sendereihe »Blick in die Zeit« gesendet wurden. Autor und Sprecher der Vorträge war der Historiker Siegfried A. Kaehler, in dessen Nachlass die Manuskripte überliefert sind.[3] Sein erster Vortrag vom 11. Februar 1932 wird vollständig wiedergegeben, die weiteren vier werden in Regestenform mit inserierten Zitaten dokumentiert.[4] Einleitend ist auf die seit 1927 bestehende Sendereihe »Blick in die Zeit« einzugehen. Es folgen Bemerkungen zur Biographie und zum wissenschaftlichen Werdegang Kaehlers sowie Hinweise auf das öffentliche Echo, das diese Sendungen hatten.

»Blick in die Zeit« (1927–1932)

Die Sendereihe »Blick in die Zeit« war im Mai 1927 ins Abendprogramm der »Schlesischen Funkstunde AG« in Breslau aufgenommen worden. Stefan Bauer hat dieser Sendereihe, die damals eine Neuheit auf dem Gebiet des Vortragswesens darstellte, in seiner 1990 vorgelegten Magisterarbeit einen ausführlichen Exkurs gewidmet, der danach auch separat veröffentlicht worden ist.[5] Indem Bauer die Geschichte des Weimarer Rundfunks exemplarisch als Geschichte seiner Politisierung verdeutlicht, demonstriert sein Beitrag trotz oder gerade wegen der nur spärlich vorhandenen Quellen die Möglichkeiten quellenkritischer Erforschung der Programmgeschichte in überzeugender Weise. Die jetzt aufgefundenen und hier vorgestellten Redetexte ergänzen den Beitrag Bauers nicht nur, sondern sie erlauben, die politischen Konturen der Sendereihe, wenn auch nur in einem zeitlich und auf einen der Beiträger begrenzten Ausschnitt, schärfer als bislang aufzuzeigen.

---

1 Unter der Ägide des Deutschen Rundfunkarchivs erschien dieses Ergebnis einer groß angelegten Forschungsarbeit: Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik. Hrsg. von Joachim-Felix Leonhard. 2 Bände. München 1997.

2 Vgl. Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Anm. 1), S. 14.

3 Der Nachlass S. A. Kaehlers befindet sich in der Handschriftenabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen. Er ist dort für wissenschaftliche Forschungszwecke ohne Einschränkung benutzbar. Die Rundfunkvorträge Kaehlers tragen die Signatur: Cod.Ms. S.A. Kaehler 4, 4a.

4 Für die Unterstützung bei der Transkription und Kommentierung der Texte danke ich meinen Chemnitzer Schülern cand. Phil. Sindy Rothe und Matthias Kluge M.A.

5 Stephan Bauer: Programmgeschichte und Programmstrukturen bei der Schlesischen Funkstunde AG in Breslau (1924–1933). M.A. Mainz 1990, Exkurs: Die Auseinandersetzungen um die Sendereihe ‚Blick in die Zeit', S. 100–134); Ders.: Rundfunkprogramm und Politik in der Schlesischen Funkstunde AG, Breslau. Die Auseinandersetzungen um die Sendereihe ‚Blick in die Zeit' 1927–1932. In: StRuG Mitteilungen 19(1993), S. 3–20.

Die Sendereihe »Blick in die Zeit« entwickelte sich rasch zu einer der beliebtesten Sendereihe des Schlesischen Senders, nicht zuletzt weil sie das Produkt einer offensichtlichen Ausnahmebegabung des noch jungen Rundfunkjournalismus war. Autor und Sprecher des »Blick in die Zeit« war zunächst allein Erich Landsberg, der dann seit 1928 und bis zu seinem Ausscheiden Ende 1931 von weiteren Referenten flankiert wurde. Erich Landsberg, freier Mitarbeiter des Senders von der ersten Stunde an, hatte sich zunächst mit Themen aus »Breslaus Vergangenheit« befasst, dann im »Zeitblick« auch tagesaktuelle Fragen aufgegriffen und das Zeitgeschehen, zumal das kommunale, kommentiert. Seine Sendungen hatten sich selbstverständlich an die Ende 1926 zustande gekommenen »Richtlinien über die Regelung des Rundfunks« zu halten und deren oberstem Gebot zu folgen, wonach der Rundfunk keiner Partei dienen und sein gesamter Nachrichten- und Vortragsdienst streng überparteilich gestaltet werden sollte. Die damit begründete und zu rechtfertigende Zensur oblag dem politischen Überwachungsausschuss des Senders, dem Journalisten am Mikrophon die wiederum »unendlich schwere Aufgabe, (...) unpolitisch über Zeiterscheinungen sprechen zu müssen«.[6]

Es lag nicht nur am Temperament Landsbergs, dass seine im Plauderton über unterschiedliche Themen vorgetragenen Reflexionen provozierten. Sie ernteten zunächst Zuspruch und Unterstützung, alsbald auch Widerspruch und Kritik. Denn der als »Karl Kraus des Rundfunks« gefeierte Landsberg neigte gelegentlich zu Fehltritten auf dem »Drahtseil der Unparteilichkeit«.[7] Das mochte angehen, aber Landsberg war Jude, und er stand noch dazu der Sozialdemokratie nahe. Damit waren im Laufe der sich seit Ende der 20er Jahre allmählich krisenhaft zuspitzenden Lage alle Voraussetzungen erfüllt, um Sendung und Sender zum Gegenstand politischen Streits und zum Ziel zunehmend schärferer Angriffe vor allem aus dem rechten Lager werden zu lassen.

Die weitere Entwicklung kann und braucht hier nicht rekapituliert zu werden.[8] Für den Zusammenhang ist hier nur von Interesse, dass Intendanz und Überwachungsausschuss der Schlesischen Funkstunde – alarmiert durch die Kritik der stramm deutschnationalen »Schlesischen Zeitung« – den als »Liebling der Breslauer Sendeleitung« angegriffenen Landsberg zunächst zu stützen versuchten. Dies war mit dem bezeichnenden Argument geschehen, dass ein »Abstoppen des ‚Blickes in die Zeit' (…) als ein Sieg der Gegenseite gebucht werden [würde]. Seine Weiterführung, ohne dass Angriffsflächen geboten würden, sei notwendig«.[9] Gleichwohl aber waren von Juli 1928 an drei weitere Referenten für die Sendereihe verpflichtet worden. Bei deren Auswahl hatte man sich offensichtlich um eine »interfraktionelle« Rücksichtnahme bemüht, wie die Zeitschrift »Der deutsche Rundfunk« bemerkte.[10] Dieser Proporz ließ sich, an parteilichen Maßstäben gemessen, immerhin als Abbild der damals agierenden Großen Koalition von Hermann Müller vertreten. Dem der SPD angehörende oder ihr jedenfalls nahe stehende Landsberg wurde zum einen Martin Darge an die Seite gestellt, ein der Demokratischen Partei zuzurechnender Journalist, der unter anderem Schlesien-Berichterstatter der »Vossischen Zeitung« war; zum anderen Dr. Roman Reisse, Pfarrer der Breslauer Pfarrkirche St. Heinrich und katholischer »Zentrumsmann«, sowie schließlich mit dem Paläontologen Oskar Erich Meyer, ein das bürgerliche Lager repräsentierender Universitätsprofessor.

In den folgenden Monaten gaben die Sendungen Landsbergs zunächst wenig Anlass, mit der Zensur in Konflikt zu geraten. Das änderte sich, als sich mit der Bildung des ersten Präsidialkabinetts unter Heinrich Brüning, mit den Reichstagswahlen im September 1930 und mit dem Aufstieg der NSDAP die innenpolitische Szenerie zunehmend radikalisierte. Obwohl sich Landsberg zwischenzeitlich »[ge]bessert« zu haben schien, wie »Der deutsche Rundfunk« kommentierte,[11] stand angesichts der neuen Entwicklung zu erwarten, dass sich seine »Explosivität« auf Dauer nicht bändigen lassen würde. Als eine angeblich »unerhörte Beleidigung des Offizierstandes« im Programm der Schlesischen Funkstunde deren Intendanz gezwungen

6 Bauer: Rundfunkprogramm und Politik (Anm. 5), S. 5. – Zur Rechtsstellung, Funktion und Zusammensetzung der Überwachungsausschüsse vgl. Horst O. Halefeldt: Zwischen Staatspolitik und gesellschaftlichen Interessen: Rundfunkreferenten und Überwachungsausschüsse. In: Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Anm. 1), Band 1, S. 165–245.

7 Acustos: Kritik der Woche. In: Ostdeutsche illustrierte Funkstunde, 1927, H. 40, S. 4.

8 Vgl. für die Folgezeit bis zum Ausscheiden Landsbergs Ende 1931 Bauer: Rundfunkprogramm und Politik (Anm. 5); eine kurze Zusammenfassung auch bei Renate Schumacher: Radio als Medium und Faktor des aktuellen Geschehens. In: Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Anm. 1), S. 423–621, bsd. S. 495ff.

9 Protokoll der Sitzung des Kulturbeirats der Schlesischen Funkstunde A.G. Breslau vom 31. Januar 1928 (vgl. Anm. 13); hier zit. n. Bauer: Rundfunkprogramm und Politik (Anm. 5), S. 18.

10 Dr. H.: Ein Wendepunkt im Schlesischen Rundfunk. In: Der deutsche Rundfunk, H. 47, 20.11.1931, S. 68.

11 Ebd.

hatte, sich bei den Breslauer Offiziersverbänden in aller Form zu entschuldigen,[12] sah sich die Rundfunkleitung schließlich genötigt, den Fall Landsberg einer grundsätzlichen Klärung zuzuführen. Der im Kulturbeirat gemachte Vorschlag, Landsberg als Redner des ‚Zeitblicks' zurückzuziehen, war umstritten und wurde kontrovers diskutiert. Eine Suspendierung Landsbergs könne als »außerordentlich weitgehende Konzession« gegenüber der ‚Schlesischen Zeitung' angesehen werden und dazu führen, sich sehr bald eine »Ausgabe Landsberg von rechts« gefallen lassen zu müssen. Der Kulturbeirat kam schließlich zu dem Ergebnis, eine Ergänzung des ‚Zeitblicks' durch Redner »von rechts, die die Verfassung anerkenn[t]en«, anzustreben und sich im Übrigen der vom Überwachungsausschuss gegen Landsberg verhängten »Präventiv-Zensur« von drei Tagen anzuschließen. Bei einem erneuten »disziplinären Verstoß« sollte Landsberg sofort von einer weiteren Rundfunktätigkeit, zumindest im ‚Zeitblick', suspendiert werden.[13]

Da es nicht darum gehen könne, Landsberg gegebenenfalls einfach durch einen »Mann von rechts« zu ersetzen, versuchte Intendant Fritz Walter Bischoff den »Fall« Landsberg durch eine mit dem Überwachungsausschuss einvernehmlich anzustrebende Lösung zu entschärfen. Da sich die Sendung inzwischen ohnehin zu einer Art »Wochenresumé« entwickelt habe, war an eine »Vorschlagsliste«, an einen Kreis von etwa sechs oder sieben Rednern gedacht, aus dem die Intendanz den jeweilig Vortragenden auf Grund seines »Spezialthemas« würde auswählen können. Doch die so angestrebte Domestizierung Landsberg misslang. Er war nicht bereit, die einseitig über ihn verhängte dreitägige Vorzensur zu akzeptieren und zeigte sich, wie befürchtet, diesmal aber mit der Forderung auf Gleichbehandlung auch der anderen Redner glaubwürdiger begründet, als »unverbesserlich«. Zwei Wochen später trat Landsberg zurück. In seinem letzten »Blick in die Zeit« erklärte er am 8. November 1931 kurz und bündig, dass der Rundfunk von ihm eine Rücksichtnahme verlange, die es ihm unmöglich mache, seinen Grundsätzen treu zu bleiben, nämlich »so zu sprechen, wie er denke«.[14]

Doch der »Blick in die Zeit« blieb, wie die »Schlesische Zeitung« sarkastisch kommentierte, das »Schmerzenskind« des Breslauer Rundfunks.[15] Nach dem Ausscheiden Landsbergs jedenfalls musste sich die Sendeleitung erneut der Reihe annehmen. In einer um mehrere Mitglieder des Überwachungsausschusses erweiterten Sitzung des Kulturbeirats schlug Bischoff am 15. Dezember 1931 eine »vierfache« Besetzung des »Blick in die Zeit« vor, da die Sendung »nicht mehr jene Polyphonie« besitze, die sie unbedingt haben müsse.[16] Neben Martin Darge und Roman Reisse, die ihr »Referat weiter behalten« sollten, wurden der Reformpädagoge Rudolf Mirbt und, anstelle des ausgeschiedenen Universitätsprofessors O. E. Meyer, erneut ein Hochschullehrer der Breslauer Universität präsentiert, der Historiker Siegfried A. Kaehler. Mirbt und Kaehler hatten sich gegenüber Bischoff »grundsätzlich« bereit erklärt, »die Arbeit zu übernehmen«, woraufhin abschließend die Hoffnung geäußert wurde, dass mit der neuen Besetzung des »Blick in die Zeit« die »verschiedenen weltanschaulichen Richtungen zur Sprache« kommen würden; die Referenten seien »durchaus sachliche Menschen«, die »wirklich etwas zu sagen« hätten.[17] Im Protokoll nicht erwähnt, von der Presse aber genannt und im Programm als Autor des »Blick in die Zeit« auch aufgeführt, war als Ersatz für den ‚linken' Landsberg der Sozialdemokraten Curt Swolinsky, Gewerkschaftssekretär des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes, vorgesehen.

Siegfried A. Kaehler und sein »Blick in die Zeit«

Siegfried A. Kaehler wurde 1885 in Halle an der Saale als Sohn des bekannten Theologen Martin Kähler geboren. Die Studienjahre in Lausanne, Halle und schließlich in Freiburg im Breisgau hatte Siegfried A. Kaehler als Schüler Friedrich Meineckes 1914 mit der Promotion abgeschlossen. Den Kriegsjahren als Artillerist mit Fronteinsätzen im Westen und Osten (1917 Leutnant der Reserve) folgten zunächst eine kurzfristige Bestallung im neuen Potsdamer Reichs-

12 Rundfunkskandal um Matuschka. In: Schlesische Zeitung, Nr. 519, 25.10.1931.

13 Protokoll Sitzung Kulturbeirat vom 2.11.1931. GStA PK, I. HA Rep. 76 Rep. 76 Ve Sek. 1 Abt. VII Nr. 77 Beih. a (Berichte des Kulturbeirats bei der Schlesischen Funkstunde A.G. Breslau), Bll. 41-50. – Zu den Kulturbeiräten bei den Sendegesellschaften vgl. vor allem Theresia Wittenbrink: Beratungsgremien mit beschränktem Einfluß: Die Kulturbeiräte. In: Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Anm. 1), Band 1, S. 246–277.

14 Landsberg blieb dem schlesischen Sender allerdings »auf weniger exponierten Gebieten« erhalten. Vgl. Ostdeutsche illustrierte Funkwoche, Nr. 46, 13.11.1931; Der deutsche Rundfunk, H. 47, 20.11.1931.

15 Noch immer ‚Blick in die Zeit'. In: Schlesische Zeitung, Nr. 621, 20.12.1931.

16 Protokoll Sitzung Kulturbeirat vom 15.12.1931 (Anm. 13). – Der Vorschlag einer sogar »achtfachen« Besetzung wurde verworfen, da infolge der dann unvermeidlichen Pausen es den Referenten kaum möglich wäre, ein »starke Fühlung mit der Hörerschaft zu gewinnen«.

17 Protokoll Sitzung Kulturbeirat vom 15.12.1931 (Anm. 13).

archiv und 1921 die Habilitation in Marburg. Im Folgejahr bekam er, verbunden mit dem offiziellen Auftrag des preußischen Kultusministeriums, eine Universitätsgeschichte zur 400-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg zu verfassen, eine planmäßige Assistentenstelle übertragen und wurde 1927 in Marburg zum außerordentlichen Professor ernannt. Im April 1928 wurde er zum Nachfolger von Johannes Ziekursch auf das planmäßige Extraordinariat für Neuere deutsche Geschichte an die Universität Breslau berufen.[18]

Obwohl Kaehler die Texte für die Reihe »Blick in die Zeit« vollständig und zumindest auch einen Teil der für seine Rundfunkvorträge benutzten Materialien aufbewahrt und – wie vielfach sonst auch – seinem prospektiven Nachlass zugeordnet hat, ist nicht ersichtlich, auf welche Weise Kaehler mit dem Breslauer Rundfunk in Verbindung gekommen ist.[19] Kaehler hatte bereits vor seinem ersten ‚Zeitblick'-Beitrag im November 1931 einen Vortrag über Hegel gehalten und sich außerdem im Januar 1932 mit einem Vortrag über »Wandlungen des Goethebildes« an einer Sendereihe aus Anlass des Goethe-Jahres beteiligt. Denkbar sind Kontakte durch Kollegen in der Universität, die bereits Vorträge im Rundfunk gehalten hatten oder hielten, darunter der Philosoph und Soziologe Siegfried Marck, der überdies den Vorsitz im Kulturbeirat des Schlesischen Rundfunks innehatte, der Völkerrechtler Ludwig Waldecker, der Pädagoge Moritz Löwi, der Theologe Friedrich Gogarten, der Historiker Peter Rassow und schließlich der mit Kaehler seit den Studienjahren in Freiburg eng befreundete Major Erich Marcks, der als Batteriechef im niederschlesischen Sprottau über gute Kontakte zum Sender verfügte.[20]

Dennoch erstaunt die Tatsache, dass Kaehler in regelmäßigen, jeweils vier- bis sechswöchigen Abständen fast während des ganzen Krisenjahrs 1932 in Rundfunkvorträgen zu politischen Zeitfragen Stellung bezogen hat. Kaehler repräsentierte in Selbstverständnis und Habitus den klassischen Typ des Gelehrten. Aber er war deshalb keineswegs ein unpolitischer Professor, sondern – wie seine Korrespondenz und Teile seines Oeuvres eindrucksvoll belegen – ein stets kritischer und vor allem selbstkritischer Beobachter der immer zugleich auch in ihrer historischen Dimension betrachteten und beurteilten aktuellen Zeitläufte. Kaehler war mit seinem 1927 erschienenen Buch über »Wilhelm von Humboldt und der Staat. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Lebensgestaltung um 1800« als Repräsentant der Kriegsgeneration in die erste Reihe derer gerückt, für die das Fronterlebnis prägend bleiben sollte. Aber Kaehler hatte mit diesem bewunderten und zugleich umstrittenen Werk allenfalls in Kreisen einer intellektuellen Elite Beachtung gefunden und finden können.[21]

Anders war dies in seiner Rolle als Professor und Historiker der Breslauer Universität. Die Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität, immerhin die drittgrößte Hochschule Preußens, sah sich neben der Königsberger Albertina in einer politisch besonders exponierten Lage und verantwortlich für die Bewahrung deutscher Kulturwerte im Osten.[22] Niederschlesien, zumal mit seiner Metropole Breslau, gehörte seit den Reichstagswahlen 1930 zu den Hochburgen der NSDAP mit einem immer deutlich über dem Reichsdurchschnitt liegenden Stimmenanteil. Entsprechend hoch war der Rückhalt, den die Nationalsozialisten innerhalb der Studentenschaft an der Breslauer Universität gewannen, entsprechend aggressiv auch der sich 1932 im reichsweit beachteten so genannten »Fall Cohn« entladende Antisemitismus.[23]

Auch Kaehler bezog Position, und diese lag ganz auf der Linie, die er dann in seinen Rundfunkre-

18 Zur Biografie vgl. Walter Bußmann und Günther Grünthal (Hrsg.): Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963. Boppard am Rhein 1993 (= Deutsche. Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Band 58), S. 7–14. – Zur differierenden Schreibweise des Namens K. vgl. ebd., S. 28.

19 Ein Schriftwechsel mit der Intendanz der Schlesischen Funkstunde ist nicht überliefert. Folgt man den eigenen Angaben Bischoffs, dann hatte der Intendant selbst die neuen Referenten Kaehler und Mirbt »in Betracht gezogen«. Jedenfalls ist mit Sicherheit davon auszugehen sein, dass angesichts des Vorschlags, sich in politischer Absicht auch öffentlich zu äußern, Kaehler der umworbene, nicht der aktive Teil gewesen sein dürfte. Vgl. Kulturbeiratssitzung vom 15.12.1931 (Anm. 13).

20 Weiterführende Hinweise dazu in: Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963 (Anm. 18), S. 44 f., 48–53 und S. 208 ff. – Major Marcks war vor seiner Ernennung zum Pressechef der Reichsregierung am 17.8.1932 von 1927 bis 1929 als Batteriechef nach Sprottau abkommandiert worden und hatte von dort aus engeren Kontakt nach Breslau und zu dem dort seit April 1928 lehrenden Freund Kaehler. Im November 1931 hatten Kaehler und Marcks sogar am gleichen Tag im schlesischen Rundfunk gesprochen (16.11.1931: Kaehler über Hegel und der deutsche Staatsgedanke; Marcks zum 100. Todestag von Clausewitz'.

21 Vgl. Walter Bußmann: Siegfried A. Kaehler: Persönlichkeit und Werk – Ein Essay. In: Siegfried A. Kaehler. Briefe (Anm. 18); vor allem S. 55–61.

22 Vgl. hierzu Eduard Mühle: Für Volk und den deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005, S. 216. Die folgenden Angaben ebd., S. 86 f.

23 Ernst Joseph Cohn war im Wintersemester 1931/32 als ordentlicher Professor für Bürgerliches Recht und Handelsrecht nach Breslau berufen worden. Zur Sache vgl. Helmut Heiber: Universität unterm Hakenkreuz. Teil I. München 1991, S. 115–132.

den für den Sieg der in Hindenburg verkörperten überparteilich-autoritären und national-konservativen Staatsidee vertrat. Vor allem im Spiegel seiner Korrespondenz mit seinen Studienfreunden seit Freiburger Tagen, Hans Rothfels und Hermann Aubin, der seit 1929 als Ordinarius für die Geschichte des Mittelalters sein Breslauer Kollege geworden war, spürt man trotz aller Reserven gegenüber dem Tagesgeschäft einer sich zunehmend radikalisierenden Politik das Bedürfnis, sich politisch aktiv zu bekennen.[24] Schon nach dem tiefen Einbruch von Kriegsende und Revolution hatte Kaehler seinem Lehrer Meinecke gegenüber auf die neue Aufgabe »geschichtliche[r] Arbeit« hingewiesen, die fortan ihre Rechtfertigung nur in der »Gewißheit oder Möglichkeit« finden könne, »der Gegenwart, im besonderen der politischen Gegenwart zu dienen«.[25]

Mit zwei akademischen Festreden hatte Kaehler zumindest in einer breiteren Öffentlichkeit der schlesischen Metropole Beachtung gefunden. Unter dem Titel »Vom geschichtlichen Erlebnisgehalt der Versailler Schuldthese« hielt er am 8. Juli 1932 eine »Akademische Vorlesung« zum »Versailles-Tag« im Auditorium Maximum der Breslauer Universität.[26] Das öffentliche Echo, ja Aufsehen war vor allem auch deswegen groß, da Kaehler seine Rede gehalten hatte, obschon alle Kundgebungen zum Versailles-Tag an den Universitäten von der Preußischen Regierung verboten worden waren. Wegen der Anspielung Kaehlers auf die »verdorrte Hand Scheidemanns« hatten die SPD und der sozialdemokratische Oberpräsident Lüdemann ein Disziplinarverfahren gegen Kaehler angestrengt, konnten sich damit aber beim Berliner Ministerium nicht durchsetzen.[27] Nicht weniger Beachtung scheint die Rede Kaehlers zum »Tag der Reichsgründung« gefunden zu haben.[28] Der Festakt war am 18. Januar 1932 im »gewohnten feierlichen« Rahmen mit Fanfarenklängen, Chargierten-Spalier, Einzug des Lehrkörpers und Chorgesang begangen worden. In seiner Rede hatte sich Kaehler vor allem mit den soeben erschienenen Memoiren des Fürsten Bernhard von Bülow auseinandergesetzt. Seine Kritik am »vierten Reichskanzler«, dessen politischem Denken er »oberflächlichen Illusionismus« und eine von Ehrgeiz geprägte »schillernde Allerweltseleganz« attestierte, gipfelte in dem Vorwurf, dass Bülows egozentrischer und wahrheitswidriger Ehrgeiz der »Kriegsschuldlegende« bedenklichen Vorschub geleistet habe. Vor dem Hintergrund dieses personalisierten Verdikts »ehrgeiziger ‚Als-ob-Politik'« im wilhelminischen Deutschland konnte Kaehler die Kernaussage seiner politischen Botschaft um so wirkungsvoller herausstellen. Sie gipfelte im Bekenntnis zu der in Hindenburg symbolisierten Staatsautorität, die sich »gegenüber den lärmenden Wellen der Parteiagitation« behauptet habe.[29]

Kaehler war konservativ, aber – und das war die Botschaft seiner Rede – er war nicht reaktionär. Er war »durchaus nicht Monarchist«, wie er seinem Lehrer Friedrich Meinecke 1926 geschrieben hatte, sondern er hatte sich durch seine Teilnahme an der Weimarer Tagung »Republikanischer Hochschullehrer« auch nach außen als ein im preußischen Staatsgedanken verwurzelter und der preußischen Staatsidee verpflichteter Vernunftrepublikaner zu erkennen gegeben.[30] Obschon oder gerade weil Kaehler, wie er seinem Schüler Walter Bußmann gegenüber einmal selbst gestand, durch seine akademische Tätigkeit dazu beigetragen habe, »den Studenten die parlamentarische Demokratie zu entfremden«,[31] setzte er sich jetzt für den Erhalt der Republik als Staat und für die »staatsmännische Gestalt« des Reichspräsidenten und »Feldmarschalls« ein, »welche [sic!] sich bewußt und mit gutem Gewissen über die Parteien« stelle. Am Ende aber stand die resignative Einsicht, dass das, was man 1932 angestrebt habe, nämlich »die Parteiherrschaft der Linken ab-

24 Zu den nicht allein wissenschaftlichen Aufgaben der Breslauer Historiker vgl. etwa Kaehler in einem Brief an Albert Brackmann. Zit. n. Eduard Mühle (Anm. 22), S. 73.

25 Siegfried A. Kaehler an Friedrich Meinecke. Brief vom 22.1.1919. In: Friedrich Meinecke. Ausgewählter Briefwechsel (= Werke. Band VI). Stuttgart 1962, S. 333.

26 Die Rede Kaehlers wurde als Separatum (Breslau 1929) gedruckt.

27 Dies war in den Augen Kaehlers nichts anderes als ein »Ausdruck des Bedürfnisses der Herren Braun, Grzesinski (…) und Consorten, den als Hort der geistigen Reaktion verschrienen Universitäten ihre Macht mit einem kräftigen Faustschlag spürbar zu machen«. Brief an Johann Wilhelm Mannhardt vom 16.4.1930. In: Siegfried A. Kaehler. Briefe (Anm. 18), S. 197.

28 Reichsgründungsfeier der Universität. In: Schlesische Zeitung, Nr. 32, 19.1.1932. – Auch diese Rede Kaehlers wurde veröffentlicht: Legende und Wirklichkeit im Lebensbild des Kanzlers Bernhard von Bülow. Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1932. Breslau 1932 (= Breslauer Universitätsreden. Heft 9). Nachdruck in: S. A. Kaehler: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Aufsätze und Vorträge. Hrsg. von Walter Bußmann. Göttingen 1961, S. 220–240.

29 Alle Zitate folgen dem Bericht der »Schlesischen Zeitung« (Anm. 28). Diese Stellen fehlen allerdings in der gedruckten Fassung der Rede (Anm. 28). Fast wortgleich äußerte sich Kaehler dann allerdings im »Blick in die Zeit« am 21.3.1932.

30 Siegfried A. Kaehler an Friedrich Meinecke. Brief vom 16.4.1926. In: Siegfried A. Kaehler. Briefe (Anm. 18), S. 177 ff.

31 Vgl. Walter Bußmann: Siegfried A. Kaehler: Persönlichkeit und Werk – Ein Essay. In: Siegfried A. Kaehler. Briefe (Anm. 18), S. 63.

zufangen durch eine autoritäre Staatsregierung, um eine Parteiherrschaft der Rechten zu verhindern«, leider nicht geglückt sei.[32]

»Alles sehr schwach« hat Kaehler nachträglich auf den abgelegten Manuskripten seiner »Rundfunkvorträge 1931/32« vermerkt und dabei die »berechtigten Kritiken der Breslauer Zeitungen« im Auge gehabt. Jedenfalls konnte Kaehlers erster »Blick in die Zeit«, der am 11. Februar 1932 gesendet worden war, die Erwartungen, die an den »neuesten Zeitblicker« geknüpft waren, nicht erfüllen. Man könne schwerlich behaupten, so schrieb die sozialdemokratische »Volkswacht«, dass Kaehlers Vortrag wirklich das gewesen sei, was »wir als ‚Blick in die Zeit' zu betrachten gewohnt« seien.[33] Zweifellos hat Kaehler das Thema seines ersten ‚Zeitblicks' sehr bewusst gewählt, und sich dabei – anders als in den folgenden Beiträgen – auf nur ein Thema konzentriert und die »Blicke« der Öffentlichkeit auf den »akademischen Notstand« gerichtet. Dieses Thema lag für Kaehler offensichtlich um so näher, als Rektor und Senat der Breslauer Universität sich kurz zuvor, im November 1931, mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit gewandt hatten, in der unter Hinweis auf die massiven finanziellen Sparmaßnahmen von Reich und Ländern warnend und protestierend auf die »katastrophale Lage der deutschen Wissenschaft« hingewiesen worden war.[34] Angesichts der zusammengetragenen Materialfülle wird der erste ‚Zeitblick' Kaehlers zumal hohe Anforderungen an die Hörer gestellt haben. Mit den einstigen, im »Plauderton« übermittelten Sendungen eines Landsbergs jedenfalls war diese an eine trockene akademische Vorlesung erinnernde Rede Kaehlers kaum zu vergleichen. In der »Schlesischen Zeitung« zeigte man sich wenigstens darüber erleichtert, dass der »Freigewerkschaftler Swolinsky« aus dem Programmteil ‚Zeitblick' verschwunden und durch einen Universitätsprofessor ersetzt worden sei. Darüber hinaus ließ sich wenig bemängeln, allenfalls das Fehlen klarer politischer Schuldzuweisungen für die offenkundige Not der Hochschulen.[35]

Schon mit dem zweiten ‚Zeitblick' vom 21. März 1932, in dem Kaehler auf das Resultat des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl einging und vor allem die plakative Wahlagitation der äußersten Linken und der NSDAP unter der Spitzmarke »gelogen wie gedruckt« scharf angegriffen hatte, war der von nun an durchgängigen Kritik an Kaehler Tor und Tür geöffnet. Von einem den »Mittelparteien nahestehenden Professor« habe man zwar nicht erwarten können, dass er die Interessen der nationalen Opposition im Rundfunk vertreten, aber zumindest eine »wohlwollende Neutralität« an den Tag legen würde. Sein ‚Zeitblick' am 21. März, der zum ersten Mal politische Fragen behandelt habe, sei nichts anderes gewesen als eine »Propaganda für die Reichspräsidentenwahl am 10. April mit der Parole Hindenburg und mit deutlichen Spitzen gegen die Parteien der nationalen Opposition«. Die Kritik gipfelte in dem Vorwurf, dass sich auf diese Weise das politische Gesicht des Rundfunks in seiner »parteigebundenen Beschränktheit« offenbare. Die tiefe Kluft, die sich zwischen Rundfunk und Hörerschaft aufgetan habe, werde erst dann überwunden sein, wenn diese Dissonanzen beseitigt seien.[36]

Die angeblich »parteigebundene Beschränktheit« des Rundfunks wurde bekanntermaßen nur wenige Wochen später durch das Kabinett von Papen beseitigt. In der Ministerbesprechung am 16. Juli 1932 hatte der Reichsinnenminister von Gayl darauf hingewiesen, dass der Rundfunk sich in den letzten Jahren zwar »technisch gut, in innenpolitischer Hinsicht jedoch schlecht entwickelt« habe.[37] Mit den »Leitsätzen zur Neuregelung des Rundfunks« vom Juli 1932, die den Rundfunk staatlichem Zugriff jetzt gänzlich preisgaben, ließ sich Anfang 1933 dann das verwirklichen, was im März 1932 während einer aktuellen Rundfunkübertragung in einem Breslauer Warenhaus für einiges Aufsehen gesorgt hatte. Ein Zwischenrufer hatte lautstark gefordert: »Gebt Hitler den Rundfunk frei«![38]

---

32 So Siegfried A. Kaehler an Hermann Aubin. Brief vom 22.2.1933. Zit. n. Eduard Mühle (Anm. 22), S. 90f. – Ganz ähnlich Kaehler in einem Brief an Hans Rothfels vom selben Tag. In: Siegfried A. Kaehler. Briefe (Anm. 18), S. 225.

33 Volkswacht für Schlesien (13.2.1932). Auszugsweise (masch.) Abschrift im Nachlass Kaehlers. Cod.Ms. S.A. Kaehler 4, 4a.

34 Cod.Ms. S.A. Kaehler 4, 4a. – Konkreter Anlass war der Jahrestag des »Notrufs«, den die »Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft« am 31. Oktober 1930 veröffentlicht hatte und der, weil er »wirkungslos verhallt« sei, im Breslauer Aufruf jetzt wörtlich wiederholt wurde.

35 Die Hochschulnot im ‚Blick der Zeit'. In: Schlesische Zeitung, Nr. 81, 14.2.1932.

36 Die beiden Gesichter des Rundfunks. In: Schlesische Zeitung, Nr. 157, 27.3.1932. – Kaehler hatte das Ergebnis des ersten Wahlganges als »Sieg der Staatsautorität über den Eigennutz der Parteiführer« und damit als »ersten Schritt auf dem Weg aus dem Engpaß« gefeiert.

37 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen. Bearb. von Karl-Heinz Minuth. Bd. 1. Boppard am Rhein 1989, S. 238.

38 Die beiden Gesichter des Rundfunks. In: Schlesische Zeitung, Nr. 157, 27.3.1932.

Der letzte »Blick in die Zeit« Kaehlers am 12. August 1932 war zugleich der erste Zeitblick nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli. In der »Funk-Kritik der Woche« fand sein zusammenfassender und die prekäre Verfassungssituation klug erläuternder Bericht kaum mehr ein Echo. Lediglich in der »Ostdeutschen illustrierten Funkwoche« hieß es, dass Kaehler »freimütig seine persönliche Meinung« geäußert habe, mit der er allerdings »nicht bei allen Hörern auf Zustimmung gestoßen« sein dürfe.[39] Nach dem nächsten »Blick in die Zeit«, den Roman Reisse »mit herzlichen Worten der Erinnerung« dem im August 1932 verstorbenen schlesischen Heimatdichter Paul Keller gewidmet hatte, wurde dem Sender auch von wohlwollender Seite nahe gelegt, die Sendereihe einzustellen.[40] Ob nach einem »Blick in die Zeit« von Rudolf Mirbt, der sich Anfang September unter anderem über die Anekdote von einem Schulentlassenen verbreitet hatte, der Bismarck aus dem dreißigjährigen Krieg zu kennen glaubte, noch eine weitere Sendung ausgestrahlt wurde, lässt sich nicht belegen.

Der Breslauer Rundfunk hatte 1930 als derjenige Sender Erwähnung gefunden, der unter allen deutschen Sendern mit 40 Beiträgen wöchentlich den höchsten Prozentsatz an Vorträgen anbiete. Bei dieser Zahl sei es verständlich, wenn einmal ein zeitweiliger Themenmangel entstehe.[41] So etwas in Zukunft auszuschließen, darum bemühte sich unmittelbar nach dem Inkrafttreten der neuen Rundfunkordnung die »Stahlhelm-Funkhörer-Vereinigung«. Im Juli 1932 unterbreitete sie dem zuständigen Reichsrundfunkkommissar Hans Bredow »praktische Vorschläge zu Sendezyklen«. Darunter befand sich auch der, über »Deutsche Freiheit« zu sprechen, von »Hermann dem Cherusker über die Sachsenkaiser, die Kämpfe im Osten (…) über die Freiheitsideen des Deutschen Idealismus hin zu Schiller, Kleist (…) und bis zur Freiheitsbewegung der Gegenwart«, wie die »Schlesische Zeitung« berichtete.[42] Für ein derartiges neues Programm wurden allerdings andere ‚Zeitblicker' benötigt.

---

39 Funk-Kritik der Woche. In: Ostdeutsche illustrierte Funkwoche, Nr. 34, 19.8.1932.

40 Funk-Kritik der Woche. In: Ostdeutsche illustrierte Funkwoche, Nr. 35, 26.8.1932; Funk-Kritik der Woche. In: Ostdeutsche illustrierte Funkwoche, Nr. 36, 2.9.1932.

41 Funk-Kritik der Woche. In: Ostdeutsche illustrierte Funkwoche, Nr. 26, 27.6.1930.

42 Rundfunkreform, wie sie der Stahlhelm fordert. In: Schlesische Zeitung, Nr. 372, 24.7.1932.

Dokumente[1]

I. Universitätsprofessor S. A. Kaehler: Blick in die Zeit. Schlesische Funkstunde (Breslau), 11.2.1932, 19.05 bis 19.25 Uhr

Ein »Blick in die Zeit«, m[eine] D[amen] u[nd] H[erren], kann in Deutschland heute nichts anderes sein als der Blick auf einen Notstand. Und wenn ein Professor (*ein Mitglied der hiesigen Universität*) *zum ersten Mal Gelegenheit erhält, im Rahmen dieser Veranstaltung sich vernehmen zu lassen, so wird es nicht wundernehmen, wenn er den »Blick in die Zeit« und damit Ihre Blicke, m[eine] D[amen] u[nd] H[erren], auf den akademischen Notstand zu lenken unternimmt.*

»Wir sind Wanderer ins Nichts geworden« – so lautet die eindrückliche Schlagzeile eines Flugblattes,[2] welches kürzlich unter die Studenten der hiesigen Universität verteilt wurde. »Wanderer ins Nichts« – so pessimistisch wird oder muß, wie es *scheint*, die akademische Jugend heute ihre Zukunft sehen. Hat sie Recht mit diesem Pessimismus? Die Zahlen, welche Zeitungen und Zeitschriften neuerdings veröffentlichen über den Zustrom zu den Hochschulen, *sind leider* Beweis (für die Richtigkeit solcher trüber Ansicht deutscher Zustände): 43.000 Schüler und Schülerinnen stehen zu Ostern vor dem Abgang von der höheren Schule – d.h. doppelt soviel als 1926 zur Entlassung kamen.[3] Und nach der Erfahrung der letzten Jahre ist damit zu rechnen, daß 75% dieser Abiturienten, trotz aller Warnungen vor der schon bestehenden Überfüllung, sich dem Besuch dieser oder jener Hochschule zuwenden. Es werden also am Beginn des Sommersemesters *vermutlich* 32.000 »Immatrikulationen« *an den verschiedensten deutschen Hochschulen, nicht nur auf den Universitäten, stattfinden*. Die Gesamtzahl der in Deutschland Studierenden ist von rund 79.000 im letzten Winter-Semester vor dem Kriege – *1913/14* – auf rund 138.000 im Sommer-Semester [19]31 angeschwollen. Die Zahl der stellungslosen Akademiker wird auf etwa 50.000 bereits jetzt geschätzt. Aber der deutsche Wirtschaftskörper ernährt nur etwa 370.000 akademisch Gebildete in den verschiedensten Berufsstellungen. Auf dem akademischen »Arbeitsmarkt« können jährlich bestenfalls 12.000 Plätze besetzt werden, während für die nächsten Jahre mit einem jährlichen Angebot von mindestens 20.000 »fertigen« Akademikern gerechnet werden muß. Mit anderen Worten: Nur jeder zweite Student kann bestenfalls mit der sachgemäßen Verwendung seiner erworbenen Kenntnisse, mit der sozialen Verwertung seiner Arbeit und der häufig großen Opfer seiner Angehörigen rechnen. Die Not der akademischen Jugend ist also handgreiflich, sie ist beklemmend groß. – Wer hat sie verschuldet? Kann hier überhaupt von »Schuld« die Rede sein? Können einzelne Instanzen, können die Hochschulen im allgemeinen, können die Universitäten im besonderen für diese verhängnisvolle Entwicklung verantwortlich gemacht werden?

Auf diese Frage müssen die Antworten verschieden ausfallen, je nach dem Standpunkt des Befragten. Man kann und muß zunächst die Notlage der akademischen Jugend und der von ihr besuchten Bildungsanstalten auffassen als einen Sonderfall der allgemeinen deutschen Not.

Dann erscheint als letzte Ursache der Notlage unserer akademischen Jugend die gewaltsame Einschnürung des deutschen Lebensraumes durch das Versailler Diktat und durch die sogen. Reparationspolitik. Der Engpaß, welcher den Weg in eine lebenswerte Zukunft fast zu versperren scheint, führt durch die beiden düsteren Torpfeiler des verlorenen Krieges und des verlorenen Friedens.

(Die Tatsache und die Tragweite dieser politischen causa causans dürften wohl mit ziemlicher Einmütigkeit in den verschiedensten Lagern unseres Volkes als das Grundübel auch des akademischen Notstandes anerkannt werden).[4]

---

1 Handschriftliche Ergänzungen Kaehlers sind, soweit es sich nicht um rein stilistische Korrekturen handelt, kursiv gesetzt, alle Hervorhebungen unterstrichen. Streichungen sind in runde Klammern, eigene Zusätze in eckige Klammern gesetzt.

2 Es handelt sich um ein undatiertes Flugblatt der »Freie[n] Vereinigung der sozialistischen Studierenden zu Breslau«, in dem aus Anlass der neuerlichen Erhöhungen der Studiengebühren durch den sozialdemokratischen Kultusminister Adolf Grimme gegen die »Front des Kapitalismus, die [im Werden befindliche] Front Hitler-Brüning-Severing« polemisiert wird. Hinter diesem Kampf gegen den Marxismus verberge sich das »nackte Interesse des Kapitals«.

3 Sämtliche Zahlen hat Kaehler einem Beitrag von Dr. Hans Sikorski (Dresden) entnommen, der am 23.1.1932 unter dem Titel »Abiturient 1932« in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« erschienen war und der sich seinerseits auf Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts stützte (vgl. Hartmut Titze: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944. Göttingen 1987 (= Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Band 1. Hochschulen. Teil 1), S. 29f., 181,185,189). Sikorski war maßgeblich am Aufbau des Studentenwerks der Marburger Universität beteiligt und Kaehler seit dieser Zeit wohl auch persönlich bekannt. 1929 hatte Sikorski einen vom Deutschen Studentenwerk betreuten »Ratgeber« zur Berufswahl von Abiturienten veröffentlicht, der 1933 in 3. Auflage vorlag. Vgl. Hans Sikorski: Die Zahlen der Studierenden an den deutschen Hochschulen. Entwicklung und Wertung. In: Studentenwerk 3(1929), S. 10–21.

4 Die Klammer so im Original.

Wendet sich die Frage aber von der allgemeinen Ursache zu den besonderen Bedingungen, unter denen die deutsche Hochschule den sehr verschiedenen Aufgaben ihres Lebensbereiches zu genügen hat, so gehen die Meinungen sofort sehr weit auseinander. Aber aus dem mannigfachen Stimmengewirr klingt ein Ton beherrschend hervor; das ist die ziemlich einmütige Kritik an der Hochschule und an ihrer Organisation. Man ist enttäuscht über das angebliche Versagen der Hochschule und besonders der Universitäten alten Stils gegenüber den Aufgaben, deren *bessere* Lösung Staat, Wirtschaft und das gesamte Volksleben von ihnen zu erwarten berechtigt sind.

Enttäuschung wird laut in weiten Kreisen der Studentenschaft. Sie sieht ihre Ausbildungsmöglichkeit in steigendem Grade behindert durch die Überfüllung, durch den Mangel an Arbeitsraum und Arbeitsmitteln, durch den Mangel an Lehrkräften, durch das angeblich überalterte Unterrichtsverfahren. *Enttäuschung* wird laut innerhalb anderer Volkskreise, welche dem Lebensbereich der Universität fernstehen und mit Erwartungen verschiedenster Art an sie herantraten, denen die Universität ihrem Wesen nach gar nicht gerecht werden kann.

(Und man kann sagen, daß die Enttäuschung um so lauter sich äußert, je weniger die enttäuschten Kritiker geneigt sind, einen anderen als den eigenen Standpunkt und den eigenen Gesichtskreis gelten zu lassen; je weniger sie, um es deutlich auszusprechen, von der Aufgabe verstehen, welche die Universitäten im Dienst des Volksganzen zu lösen von jeher berufen und imstande sind).

Die allgemeine Kritik an der Leistung der deutschen Hochschule hat sich verdichtet zu einem ebenso allgemeinen Ruf nach einer durchgreifenden Reform, in erster Linie nach einer Reform der Universität. Daher will denn eine weit verbreitete Meinung in den vielen kritischen Stimmen auch das Anzeichen erblicken für den Tatbestand einer umfassenden Universitätskrise. Und diese Krise oder dieser «Notstand« der Universität ist deshalb mehr, als mancher es zugeben möchte, ein allgemeines Anliegen unseres geistigen Volkslebens, weil die deutsche Universität – als Idee wie als Institution, nach ihrem Grundgedanken wie nach ihrer körperschaftlichen Gestaltung – der Schnittpunkt ist aller geistigen und gesellschaftlichen Richtungen und Spannungen in Volk und Staat; weil sie verflochten ist in die Problematik der Generationen, der Konfessionen und der Parteien.[5] Der Ruf nach Abhilfe des akademischen Notstandes dringt daher vielfach weiter, als das Verständnis für die Bedingungen seiner Verwirklichung verbreitet ist.

Dieser in mancher Hinsicht sehr begründete Wunsch nach einer Umgestaltung der *akademischen* Lebensbedingungen hat *in letzter Zeit* manches beachtenswertes *Projekt* gezeitigt. Manche heftige und langwierige Erörterung wurde hervorgerufen über die geistige, wirtschaftliche und soziale Grundlage des akademischen Betriebes. So verschieden ihre Ausgangspunkte und Ziele sein mögen, so teilen sie alle das gleiche Schicksal: Sie sind gescheitert an der wirtschaftlichen Notlage. Für ihre Durchführung standen die erforderlichen Geldmittel nicht zur Verfügung. Im Gegenteil: Unter dem Zwange der allgemeinen Wirtschaftsnot hat der Staat neuerdings zu tief eingreifenden Sparmaßnahmen auch im Haushalt der *Hochschulen* greifen müssen,[6] bei deren Auswahl und Durchführung nicht nur sachliches Urteil, sondern auch manches Vorurteil bestimmend geworden ist. So wenig diese Tatsache ein Geheimnis ist, so wenig ist es eine andere: Diese Zurückschneidung der geldlichen Grundlage des mit Studierenden überfüllten Hochschulbetriebes gefährdet ernstlich seine Leistungsfähigkeit. Sie wird mit großer Wahrscheinlichkeit dahin führen, daß die in ihrem Unterbau bedrohte Institution den vermehrten Anforderungen weniger genügen kann *als bisher, daß sie daher* ohne eigenes Verschulden vermehrter Kritik und gemindertem Verständnis begegnen wird. Denn schon vor mehr als Jahresfrist sprach ein gewiß zuständiger Beurteiler, der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,[7] in einem Zeitungsartikel seine Meinung dahin aus: »die allgemeine Verknappung der Mittel wirkt

5 Handschriftlicher Hinweis von Kaehler auf »J. R. Curtius«. Gemeint ist Ernst Robert Curtius, dessen 1932 erschienenes Buch »Deutscher Geist in Gefahr« die Ausführungen Kaehlers erkennbar geprägt haben. Die entsprechende Stelle bei Curtius lautet: »Die deutsche Universität ist eine Idee, sie ist aber auch eine Institution. Sie ist eine Lebensgemeinschaft und zugleich ein wissenssoziologischer Apparat. Sie enthält die Spannung der Generationen, der Konfessionen und der Parteien. Sie ist verflochten in die Problematik unserer Bildung, aber auch in die unserer Jugend. Sie ist ein Schnittpunkt aller dieser und noch vieler anderer ideellen Linien« (Stuttgart und Berlin 1932, S. 56).

6 Kaehler dürfte hier allgemein die Brüningschen »Notverordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen« (1.12.1930; 5.6.1931; 6.10. und 8.12.1931) im Auge gehabt haben.

7 Adolf Grimme (1889–1963) war im 3. Ministerium von Braun-Severing vom 30. Januar 1930 bis zu seiner Amtsenthebung am 20. Juli 1932 durch das Kabinett von Papen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

bis an die Grenze des noch eben Erträglichen [auch] auf die Hochschule zurück«.[8]

Was vor einem Jahr noch als »Grenze des Erträglichen« von autoritärer Seite bezeichnet wurde, das ist heute bereits zu einem fast schon legendären Paradies geworden. Kein Verständiger wird den harten Zwang der Not verkennen, der zu solchen Eingriffen führen mußte. Aber die Hochschule als Ganzes wie die für ihre Leistungsfähigkeit im Besonderen *verantwortliche* Dozentenschaft würde die erforderlichen Einschränkungen ohne Beunruhigung hinnehmen, wenn nicht die Gefahr offenkundig wäre, daß mit mancher staatlichen Sparmaßnahme andere Tendenzen sich verquicken, welche es nicht auch [sic] auf eine »Reform«, sondern auf eine Vernichtung der Eigenart der Universität abgesehen haben. Man kann die Betrachtungen, welche sich mit einer umgestaltenden oder umstürzenden Neuordnung der Universität beschäftigen, zusammenfassen in drei große Gruppen.

Die eine geht aus von den gegenwärtigen drängenden Lebensfragen der Studenten; die andere von den mehr auf die Ganzheit der Universität gerichteten Wesensfragen, durch welche sie mit dem geistigen Leben des deutschen Volkes und seiner geschichtlichen Entwicklung, aber auch mit dem europäischen Geistesleben verwachsen ist. Zu der dritten Gruppe endlich zählt manches Reformprogramm, welches nicht lebenswichtige Fragen der Universität als solche, sondern Gesichtspunkte und Wünsche ganz anderer Voraussetzungen und ganz anderer Zielrichtung zum Maßstab nimmt. Derartige Vorschläge müssen daher notwendig das begründete Mißtrauen der Kreise wachrufen, denen aus einer jahrzehntelangen Lebensarbeit auch ein wirkliches Verständnis sowohl für die Bedürfnisse und Vorzüge, wie für die Mängel und Ausartungen der Universität als deutsche Lebensform zugewachsen ist.

Kürzlich ist von einem großen wirtschaftlichen Interessenverband der Öffentlichkeit eine Denkschrift zur Universitätsreform[9] übergeben worden, welche jedes Verständnis für die mehr als materiellen Lebensfragen der Studenten wie für die Wesensfragen der Hochschule selbst vermissen läßt. Es ist in dieser Denkschrift fast ausschließlich die Rede von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes – des akademischen wie des außer-akademischen –; vom Berechtigungswesen und von der Auslese, von Gebühren und Bezügen. – Gewiß lauter wichtige, im Blick auf die Überfüllung der Hochschule besonders wichtige Angelegenheiten. Aber es muß doch auffallen, daß das Wort Forschung – und damit der eine der grundlegenden Baugedanken der Universität – nur in einem Satz dieser eingehenden Denkschrift auftaucht. Und dieser Satz besagt, daß die Forschung – wegen der Not der Zeit – bis auf Weiteres zurücktreten müsse. Als man vor mehr als 100 Jahren in Preußens Notzeit Universitäten gründete, da geschah es gerade, um durch die wissenschaftliche Forschung den in der Routine des Fachunterrichts erstarrten Hochschulen neue Lebenskräfte zu erschließen. Mit welchem Erfolg das geschehen ist, beweist die Stellung, welche die deutsche Universitätswissenschaft seitdem in der Weltmeinung errungen hat. Dieses Projekt will weiterhin für die ersten Semester Zwangsvorlesungen zur Pflicht machen, welche der »Auslese« dienen und die *allgemein anerkannten* Schäden des übersteigerten Berechtigungswesens ausgleichen sollen. Andererseits werden für höhere Semester »Verweilgebühren« von beträchtlicher Höhe (bis 1.000 Mark pro Semester) in Vorschlag gebracht, um durch diese doppelte Einschränkung der akademischen Lernfreiheit der Überfüllung abzuhelfen. Solche Vorschläge verraten sehr deutlich, daß der »Lebensprozeß« der Hochschule hier ein sehr geringes Verständnis gefunden hat. Mit der Herabdrückung der Universität zur Fachschule würde man einen »Nürnberger Trichter« von riesigem Ausmaß schaffen, durch welchen nur noch mehr »überzählige Akademiker« am laufenden Band produziert werden würden.[10]

Es würde damit der eigentlichen Notlage, der Überfüllung der akademischen Berufe, nicht abgeholfen. Aber es würde die eigentliche Aufgabe der Universität, die Erziehung nicht der Masse, aber einer starken Minderheit, zu wissenschaftlicher Arbeit und zu selbständigem Denken unmöglich gemacht. Allen Reformgedanken, von welchem Standpunkt sie auch geäußert werden mögen, tritt heute das Hindernis der Verarmung von Staat und Wirtschaft

8 In der »Vossischen Zeitung« (Nr. 307 vom 25.12.1930, 2. Beilage) hatten unter dem Titel »Haben unsere Hochschulen eine Zukunft?« neben Adolf Grimme auch Professor Wilhelm Mommsen (Marburg), Dr. Ferdinand Friedensburg (Regierungspräsident, Kassel) und Dr. Walter Zechlin (Reichspressechef) zur Lage der Universitäten Stellung bezogen.

9 Dazu handschriftliche Anmerkung von Kaehler: »Allgemeiner freier Angestelltenbund, Berlin NW 40, Werftstraße 9: ‚Denkschrift zur Neugestaltung des Hochschulwesens'«. Diese Schrift ist bibliografisch nicht nachweisbar.

10 Sinngemäße Übernahme aus dem Beitrag in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (Anm. 3).

in den Weg. Man kann also nur zu solchen Maßnahmen greifen, welche keinen Geldaufwand erfordern. Eine der einfachsten wäre die Einschränkung der Zulassung zum Universitätsstudium. Es gibt jetzt insgesamt 47 Zugangswege zum Studium; sie haben manchen Befähigten, aber auch vielen Untüchtigen und Unbegabten den Weg freigemacht.[11] Hier wäre zunächst einmal die Schere anzusetzen. Denn gerade die Überfüllung mit solchen Studierenden, welche nicht die erforderlichen Voraussetzungen mitbringen und eine Art von »Nachschulung« nötig machen, belastet die Universität mit Aufgaben, welche ihr nicht gemäß sind. Das muß immer wieder ausgesprochen werden, auch wenn diese Wahrheit nicht gern gehört wird. Wenn der Ehrgeiz vieler Studenten auch nicht höher greift als auf die Aneignung der Kenntnisse einer Fachschule, so darf die Universität selbst doch nicht verzichten auf die Aufgabe, welche sie übernommen und bisher zwar nicht in vollkommener, aber doch in hinreichender Weise gelöst hat: wenn nicht der Ursprungsort, so doch die Pflegestätte zu sein für die Idee wie die Tatsache der deutschen Geistesbildung.

Es scheint doch auch mit der »überalterten« Lehrmethode nicht ganz so schlimm zu sein, wie mancher Außenstehende glauben möchte. Denn nicht alle Hörsäle zeigen im Laufe des Semesters die häufig beobachtete Erscheinung des »fortlaufenden Beifalls«; es soll sogar vorkommen, daß die Hörerzahl nicht nur nicht abnimmt, sondern sogar wächst.

Hierin liegt die eigentliche Bedeutung der deutschen Universität. Sie weist grundsätzlich über die nächsten Bedürfnisse des Tages hinaus. Diese Bedeutung soll man nicht überschätzen. Denn es hat manche Periode gegeben, in welcher die lebendigen Kräfte des Geisteslebens sehr weit ab vom ausgetrockneten Strombett des *akademischen* Lehrbetriebes sich neue Bahn brachen. Man soll aber auch die wissenschaftliche und erzieherische Leistung der Universität für die Überlieferung des deutschen Kulturgutes nicht unterschätzen. Und schließlich: Die Universität steht als gleichgeordnetes Glied mit anderen Organen im Dienste von Staat und Volk. Nicht nur nach *eigenen* Lebensgesetzen und im luftleeren Raum kann sie sich ihr Dasein gestalten. Von jenem Schicksal hängt auch das ihre ab, hat es immer abgehangen. Aber sie hat auch die Aufgabe zu warnen, wenn ein bloßer Utilitarismus, der Standpunkt nächstliegender, kurzsichtiger Nützlichkeitserwägungen, wichtige ideelle Güter zu opfern droht. Weil das Schicksal der Universität bedingt ist vom Schicksal des Staates, darum kann auch ihr heutiger Notstand sein Ende nur finden, wenn der Notstand von Reich, Staat und Volk überwunden sein wird.

Eine Enttäuschung allerdings wird selten laut und gern überhört, das ist die Enttäuschung des einen zur Zeit wenig populären Trägers der Hochschule, der Dozentenschaft. Auch sie ist enttäuscht und darf es sein über die geringe Anerkennung, welche ihren Bemühungen um Bewältigung der schwierigen Aufgaben widerfährt, vor welche sie sich gestellt sieht durch die auch für die Dozentenschaft spürbare Kehrseite der Überfüllung; sie fühlt sich enttäuscht, nicht zuletzt dadurch, daß der eine lebenswichtige Zweig des akademischen Organismus, das ist die Forschung, zum Absterben verurteilt zu sein scheint infolge der übermäßigen Anforderungen, welche die Lehrtätigkeit heute an die Arbeitskraft der Dozenten stellt. Denn nach der »Idee« der Universität soll der Dozent ja nicht nur Lehrer, sondern auch Gelehrter sein. Von dieser doppelten Aufgabe und doppelten Leistung wurde ja die Eigenart der deutschen Universität bestimmt. Hierin ist auch heute noch ein entscheidender Vorzug der deutschen Universität und der deutschen akademischen Bildung vor dem Unterrichtssystem des angelsächsischen Volkes zu erblicken. Das hat ganz kürzlich der amerikanische Professor Flexner in einer vergleichenden Darstellung des *deutschen* Universitätswesens mit der Unterrichtsorganisation der Ver[einigten] Staaten [von Amerika] und Englands mit Nachdruck hervorgehoben.[12]

---

11 Die Angaben und Urteile sind dem genannten Buch von E. R. Curtius (Anm. 5) entnommen. Dort heißt es, dass die Missstände an den Universitäten an den »fragwürdigen Neuerungen auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens [lägen], die den Zugang zur Universität immer mehr erweitert und damit ihr Niveau gesenkt [hätten]. Es gibt jetzt insgesamt 47 Zugangswege zum Studium. Die Losung ‚Dem Tüchtigen freie Bahn!' hat die Träger und die Interessenten unserer Demokratie berauscht. Wir haben jetzt als Ergebnis zu buchen, daß den Untüchtigen und Unbegabten der Weg freigemacht wird«.

12 Abraham Flexner: Universities: American, English, German. New York u. a. 1930. Das Buch lag 1932 auch in deutscher Übersetzung vor (Berlin: Springer). Abraham Flexner (1866–1959), von Haus aus Mediziner, dann Lehrer, hatte sich durch eine Abhandlung über »Medical Education« als Universitätskritiker einen Namen gemacht, 1928/29 deutsche und englische Universitäten besucht und in Oxford als Rhodes-Stipendiat Vorlesungen gehalten. Die deutsche Universität kam Flexners Ideal, wissenschaftliche Lehr- und Lernstätte zu sein, am nächsten. Ein weit verbreitetes Vorurteil meine, dass »der deutsche Professor in erster Linie sich als Forscher fühle und seine Lehrtätigkeit leicht nehme«. Das könne man nur behaupten, wenn »man ‚lehren' mit ‚eintrichtern' (…) verwechsel(e)". Mit Nachdruck wurde von Flexner auf das schwierigstes Problem der »heutigen deutschen Universität« verwiesen, das sei »ihr Geldmangel«. Über die Studie Flexners war in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« im Januar und Februar 1932 eine dreiteilige Artikelfolge eines Dr. A. H. Kober erschienen, über die Kaehler wohl auf Flexner aufmerksam geworden war.

II. Universitätsprofessor S. A. Kaehler: »Blick in die Zeit". Schlesische Funkstunde (Breslau), 21.3.1932, 19.00 bis 19.30 Uhr[13]

Ausgehend von der Notverordnung der Regierung Brüning vom 17.3.1932,[14] mit der für die Osterzeit (vom 20.4. bis zum 3.4.1932) ein sog. »politischer Burgfrieden« angeordnet worden war, kommentiert Kaehler kritisch das Fehlen »staatlicher Macht« während der vergangenen Jahre, mit der man während der »ernsten Osterzeiten von 1919, 1920, 1921« einen ähnlichen Stillstand der verlustreichen Kämpfe hätte durchsetzen können. Die jetzige Regierung könne dies, weil der durch den Zusammenbruch in seinen Tiefen erschütterte Staat »eine so große Autorität« zurück gewonnen habe, dass der Bürger der Regierung das »sittliche Recht auf solch fast ‚patriarchalisch' anmutende Maßnahme aus dem Arsenal des viel geschmähten ‚Obrigkeitsstaates' nicht unwillig« zugestehe.

Das Wachstum der staatlichen Autorität sei »verwachsen (...) mit der persönlichen Autorität« Hindenburgs. Noch nie habe im politischen Leben des deutschen Volkes ein Mann so viele Stimmen aus so verschiedenen Lagern in einem Wahlgang auf sich vereinigt. Der Hauptrichtungspunkt sei »die staatsmännische Gestalt« gewesen, »welche sich bewußt mit gutem Gewissen über die Parteien« gestellt habe. Die »Überordnung der Staatsautorität über den Eigennutz der Parteien« sei der erste und notwendigste Schritt, der das »deutsche Volk aus dem Engpaß dieses und der kommenden Jahre allein herausführen« könne.

Kaehler erinnert an das Beispiel der Notlage des preußischen Staates zwischen 1806 und 1813, während der die Aufrechterhaltung der Staatsautorität sich »als unentbehrliche Lebensform für den Fortbestand des ganzen Volkes« erwiesen habe. Die »Ungeduld« der damaligen »patriotischen« Kreise, die man heute als »nationale Opposition« bezeichnen könne, und ihr Verlangen nach einer »aktivistischen« Außenpolitik habe nur zu Fehlschlägen geführt. Dass es gelungen sei, die Staatsautorität gegenüber »dieser schwungvollen Opposition zu wahren«, sei die entscheidende Voraussetzung für das Gelingen des Befreiungskrieges von 1813 gewesen. »Denn nicht die Bewegung eines Volksteiles gegen den Staat, sondern das vom Staat geführte Volk« habe die Befreiung Europas, und dies im Bündnis mit auswärtigen Mächten, von der damaligen französischen Vorherrschaft erkämpft; »bündnisfähig« für eine erfolgreiche Außenpolitik sei aber niemals eine Partei oder eine »Bewegung«, sondern »stets nur der Staat als Ganzes«.

Die wahre Staatsautorität könne nicht auf »schwankenden zahlenmäßigen Mehrheiten« gedeihen, wie sie in »dem Dutzend deutscher Volksvertretungen in ganz verschiedener Weise« zustande gekommen seien, sie müsse wachsen auf dem Mutterboden »vollgültiger Leistung (...) nicht für einen Teil, nicht für eine Partei, sondern für das Ganze von Staat und Volk«. Diese wahre Staatsmannschaft verkörpere Hindenburg, der wiederholt in das deutsche Schicksal eingegriffen habe, von Tannenberg angefangen bis zu seinem entschlossenen Eintreten »in die Bresche, welche das Versagen des Reichstags als Träger der Souveränität [habe] klaffen lassen«. *»Darin liegt die größte Gabe, welche die einzigartige und fast schon einsam gewordene Gestalt des Feldmarschalls heute schon bedeutet für den gemeinsamen Lebensbesitz des deutschen Volkes, für den deutschen Staat. Sie wird ihm dereinst als kostbares Erbe hinterlassen werden. Kein anderer Mann des öffentlichen Lebens kann heute der Nation diese Gabe der mit seiner Person verwachsenen Staatsautorität leisten: denn so viele auch im Vordergrund des politischen Lebens stehen als verantwortliche Politiker oder als unverantwortliche Agitatoren, sie sind nur dem Anschein nach Führer, tatsächlich aber mehr oder minder die Gefangenen der eigenen Partei«.* [15]

Anschließend kritisiert Kaehler die Propaganda, mit der die Öffentlichkeit beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932) durch

---

13 Eigenhändiger Zusatz: »12 S[eiten] zu knapp. Zu wenig Stoff für 25 Min. infolge der Kürzungen«.

14 Vgl. E. R. Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band VII. Stuttgart u. a. 1984, S. 935.

15 Einer handschriftlichen Bemerkung Kaehlers zufolge hat es um den kursiv gesetzten Text eine Auseinandersetzung mit dem Intendanten Bischoff gegeben. Der Text musste für den »Blick in die Zeit« am 21. März 1932 gestrichen werden, wurde dann aber in der folgenden Sendung vom 15. April 1932 von Kaehler wörtlich wieder aufgenommen und jetzt akzeptiert. In einer Sitzung des Kulturbeirats am 20. April 1932 (Sitzungs-Protokoll. GStA PK, I. HA Rep. 76 Rep. 76 Ve Sek. 1 Abt. VII Nr. 77 Beih. a (Berichte des Kulturbeirats bei der Schlesischen Funkstunde A.G. Breslau), Bl. 64f.) hieß es, dass die »Streichungen« im Kaehler-Manuskript von »überängstlicher Vorsicht« des zuständigen Überwachungsausschusses diktiert gewesen seien; sie waren aber von Bischoff »auf Grund der von der Reichs-Regierung für die Zeit vor der Wahl besonders gegebenen Richtlinien« für »unbedingt notwendig« erachtet worden, »weil es sich um eine propagandistisch wirkende Äußerung für die Person des Reichspräsidenten« gehandelt habe. Der dort erwähnte dieserhalb »gepflogene« Schriftwechsel war nicht zu ermitteln.

Wort und Bildmaterial aufgereizt worden sei. Im Vergleich von Flugschriften der äußersten Rechten und Linken[16] wird deren insoweit identische Hetze gegeißelt, die mit »einer Art Montierung des unwiderleglichen Bildes« dem Anschein nach alles zu beweisen in der Lage sei. Man brauche nur zwei »solcher Giftpflanzen aus derselben Wurzel nebeneinander zu halten, um sich von dem Wahne dieser verzerrenden und verlogenen Beweisführung frei zu machen«; und man komme zu der neuen Form des alten Sprichworts: »Gelogen wie photomontiert«.[17]

Den Schlusspunkt bildet ein Blick auf das »weltliterarische Programm« der Goethe-Gedenkfeiern 1932, in deren langer Reihe kaum ein Staat fehle, deren Unterschrift auch unter dem Diktat von Versailles stehe.

III. Universitätsprofessor S. A. Kaehler: »Blick in die Zeit«. Schlesische Funkstunde (Breslau), 14.4.1932, 19.30 bis 20.00 Uhr[18]

Rückblick auf das Resultat des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932: Die »Aufmarschrichtung« der Wählermassen sei am 10. April ziemlich die gleiche geblieben wie am 13. März. Aus dem Vergleich mit dem zweiten Wahlgang bei der Wahl 1925, bei dem durch die Kandidatur Hindenburgs die Wahlbeteiligung um etwa 10% zugenommen, jetzt dagegen nur um etwa 2% abgenommen habe, könne man den Schluss ziehen, dass die so genannte Partei der Nichtwähler aus ihrer »stumpfen Beharrung aufgeschreckt und von den Strömungen des politischen Kampfes wirklich ergriffen worden« sei.

Die bereits 1925 erkennbar gewordene Entwicklung habe jetzt ihren Höhepunkt erreicht: Seien 1925 im ersten Wahlgang sieben, mehr oder minder dem Typus des Berufspolitikers angehörende Kandidaten angetreten, so hätten jetzt zwei »repräsentative Gestalten, welche über den Typus des Berufspolitikers, wenn auch jeder in ganz anderer Weise – hinausrag[t]en – den politischen Willen oder die politische Sehnsucht breitester Massen in ihre Gefolgschaft« gezogen. Der Kampf sei nicht um abstrakte Parteiprogramme ausgefochten worden, sondern um »lebendige Repräsentanten politischer Anschauungswelten«. Hindenburgs Sieg bedeute den Sieg der Staatsautorität, eine Schlussfolgerung, die durch ein ausführliches wörtliches Zitat aus dem vorigen »Blick in die Zeit« wiederholt vorgetragen wird.

Mit dem Blick auf die am 24. April bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen konstatiert Kaehler, dass die Agitatoren aller Parteien – wie im bisherigen Wahlkampf auch – an der »Vernebelung des politischen Geländes« arbeiteten. Es bleibe zu hoffen, dass die Schwierigkeiten der Außenpolitik die »notwendige staatspädagogische Aufgabe« erfüllten und dazu beitragen würden, das lebensnotwendige Bewusstsein der Zusammengehörigkeit des Volkes nicht gänzlich zu verlieren.

Die deutsche Außenpolitik stehe vor der Aufgabe, sich in den Konferenzen (London: Donaustaaten; Genf: Abrüstung; Lausanne: Reparationsproblem) »gegenüber dem konzentrischen Angriff der französischen Politik« zu behaupten. Dieser liege »die Tendenz zur kontinentalen Einkreisung Deutschlands« zu Grunde, die der »politische Testamentsvollstrecker Clemenceaus« – André Tardieu – »mit elastischer Energie« verfolge.

Seit 1919 habe Frankreichs »Sicherheit« einen neuen Sinn bekommen. Frankreich besitze mit dem System von Versailles die Hegemonie in Europa und wolle sie verteidigen. Diese politische Tendenz schildert Kaehler am Beispiel der von Frankreich beabsichtigten Neuordnung des Donauraumes. Mit ihr ziele Paris darauf ab, die Lebensfähigkeit der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten durch die Kombination der »Elemente des Wirtschafts- und Geldkrieges« zu sichern und eine »machtpolitische Flankenstellung im Donaubecken« zu schaffen.

---

16 Für die »alleräußerste Linke« unter Hinweis auf Kurt Tucholsky (»Deutschland, Deutschland über alles«), das – wie Kaehler auch erwähnte – schon 1929 erschienen war. Der Name Tucholsky musste gestrichen werden. Das Flugblatt der »äußersten Rechten« unter dem Titel »Das Gesicht der Demokratie« war nicht zu ermitteln.

17 Ein Abschnitt, in dem Kaehler rhetorisch zu fragen gedachte, welche »Wirkung sich die Agitation von Plakaten [verspreche], in denen z.B. der überaus nüchterne Soldat Hindenburg als Kreuzritter romantisiert erschein[e], oder von einem anderen Bild, auf welchem der große Volksredner Hitler mit den Mitteln sowjetischer Filmmontage ‚dämonisiert' werden soll[e]?«, durfte nicht gesendet werden. Vgl. Sitzung des Kulturbeirats am 20. April 1932 (Anm. 15).

18 Handschriftlicher Zusatz: »13 ½ S. – 1 ½ = 12 S. für 25 Min.« – Zu der gestrichenen Passage Sitzung des Kulturbeirats am 20. April 1932 (Anm. 15).

IV. Universitätsprofessor S. A. Kaehler: »Blick in die Zeit«. Schlesische Funkstunde (Breslau), 25.6.1932, 19.30 bis 20.00 Uhr[19]

Ausgehend von dem 1931 verkündeten einjährigen Reparations-Moratorium steht die in Lausanne zur Diskussion stehende Reparationsproblematik im Vordergrund. Zwar wären, nach dem neuerlichen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten, die von Deutschland nach Ablauf des Hoover-Jahres wieder zu zahlenden Reparationen während der Dauer der Konferenz ausgesetzt, doch bleibe »das Damoklesschwert der Tributzahlungen (...) über der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands schweben«. Der gegenwärtige Kanzler von Papen habe diese verhängnisvolle Wirkung der Reparationen treffend charakterisiert. Angesichts der unnachgiebigen Haltung Frankreichs befürchtet Kaehler, dass die Hoffnung auf eine »endgültige und präzise Lösung« des gesamten Reparationsproblems eine Illusion bleiben werde; Paris sei weit davon entfernt, das die französische Hegemonie sichernde Instrument der Reparationspolitik aus der Hand zu geben.

Während die Lausanner Besprechungen stagnierten, sei jetzt durch die gleichzeitigen Genfer Abrüstungsgespräche und die dortige Rolle USA zumindest die Möglichkeit einer »mittelbaren Einwirkung« der Abrüstungsfrage auf die Reparationspolitik entstanden. Im Folgenden diskutiert Kaehler den Vorschlag Hoovers, »die Weltrüstungen ungefähr um ein Drittel herabzusetzen«. Aus der Sicht des bereits bis auf eine »Minimalrüstung« entwaffneten Deutschland sei er bereits erfüllt. Aber nicht nur Frankreich, sondern auch England widersetze sich den keineswegs so altruistischen Vorschlägen der Amerikaner. Als Fazit betont Kaehler, dass die »Politik Hoovers, welche (...) ihren Anteil an der europäischen Verantwortlichkeit zu tragen sich bereit zeigt, sich leider zu ähnlicher Unwirksamkeit verurteilt [sehe], wie in Versailles – 1919 – die Einwirkung der Amerikaner lahmgelegt war«. Nachdem man Frankreich 1918 zum Sieg verholfen habe, besitze man bis heute kein wirksames Mittel zur nachdrücklichen Einwirkung auf die Politik der stärksten Militärmacht des Kontinents. »Das Schicksal der Lausanner Konferenz darf als feststehend betrachtet werden: Die mit ihr verknüpften Hoffnungen auf eine durchgreifende Bereinigung der Störungsursachen des europäischen Daseins scheitern an der unnachgiebigen Haltung der französischen Politik«.

V. Universitätsprofessor S. A. Kaehler: »Blick in die Zeit«. Schlesische Funkstunde (Breslau), 12.8.1932, 19.30 bis 20.00 Uhr

Nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 stehe die Frage zur Entscheidung, ob die als »Übergangskabinett« bezeichnete Präsidialregierung Papen nur einen »Zwischenzustand (...) innerhalb der verschiedenen Möglichkeiten einer eindeutig rechts oder einer eindeutig links gerichteten Parteiregierung« bilde oder ob sie, auf das Vertrauen Hindenburgs gestützt, es versuchen und vermögen werde, »ohne [sich] in den Dienst der einen oder anderen Partei zu stellen, jedoch auf [deren] kontrollierende Mitarbeit angewiesen, die Staatsautorität durch sachliche, unparteiische Geschäftsführung der endlichen Gesundung wieder zuzuführen«.

Die »seelische Entspannung«, die man von der Reichstagswahl erwartet habe, sei nicht eingetreten. Mit einer neuen Notverordnung solle dem in Deutschland bisher unerhörten Terror in letzter Stunde Einhalt geboten werden; man könne nur hoffen, dass die Abwehrmaßnahme zur Sicherung der Staatsautorität nicht zu spät kommen und ihren Zweck erfüllen werde. Das Hauptergebnis der vier heftigen Wahlkämpfe, die 1932 zu überstehen waren, müsse darin erblickt werden, dass »die Aufteilung der deutschen Wählermassen nach den hauptsächlichen Parteibildung nicht imstande ist, im Reichstag eine wirkliche, verantwortungswillige Mehrheit und damit ein echtes parlamentarisches Regime herbeizuführen«. Dieser Zustand habe schon der Regierungsführung Brünings zugrunde gelegen, die nur über eine Mehrheit, die wenigstens negativ, durch die Ablehnung von Misstrauensvoten, dem Kabinett das Vertrauen der Volksvertretung habe aussprechen können. Damit sei der Grundgedanke jeder parlamentarischen Verfassung – eine klare und verantwortungsbewusste Mehrheitsbildung – im deutschen Reichstag seit 1930 nicht mehr zu verwirklichen gewesen.

Im Folgenden weist Kaehler auf das veränderte »äußere Bild« des Reichstags hin, in dem nicht nur die bisherigen Splittergruppen, sondern auch die einigermaßen fest gefügten und organisatorisch unterbauten so genannten »Mittelparteien« von den stärkeren Strömungen völlig aufgesogen worden seien. Nur noch fünf Parteien würden die erforderliche Fraktionsstärke von mindestens 15 Mitgliedern

19 Handschriftlicher Zusatz: »12 ½ S. für 25 Min. (knapp!)«.

aufweisen. Mit dem Blick auf die Vergleichszahlen beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen zeige sich, dass die entschiedenen Linken (SPD und KPD) ungefähr gleichstark der äußersten Rechten gegenüber stünden. »Damit dürfte die Anziehungskraft der beiden großen Flügelgruppen auf die Masse der immer noch mehr als 3 Millionen zählenden Nichtwähler erschöpft sein«. Ob sich eine tragfähige Mehrheit für irgendeine Regierung wird bilden lassen, sei offen. Man werde nur sagen können, dass »eine negative Mehrheit in dem Sinne sich stets [werde] finden lassen, daß nur eine von den Kommunisten ‚tolerierte' Regierung der sogen. Weimarer Koalition sich rechnerisch nach der bisherigen parlamentarischen Methode würde behaupten können«. Dagegen sei es mehr als zweifelhaft, ob eine solche labile Regierung sich neben einem »stabilen Verfassungsfaktor des mit absoluter Mehrheit wiedergewählten Reichspräsidenten würde halten können«. Unübersehbar sei, dass das deutsche Verfassungsleben sich in einer »offenkundigen Wandlung« befinde, »einerseits von den Ländern zum Reich, andererseits vom Reichstag zum Reichspräsidenten«.

Kaehler vergleicht die geschäftsführende Regierung Preußens unter Braun-Hirtsiefer mit der von Papens, die beide über keine parlamentarische Mehrheit verfügten, aber zwischen deren Legitimation ein entscheidender Unterschied bestehe: »Während die preußische Landesregierung gegen den Wechsel der parlamentarischen Lage aus eigener Autorität zu bleiben versuchte, handelte die Regierung Papen im Auftrag und aus der Autorität des Reichspräsidenten heraus«. An diesen Vorgängen werde der Wandel im Verfassungsleben deutlich, der seit den Anfängen der Regierung Brüning die Staatsautorität mehr und mehr vom Parlament dem »Geltungs- und dem persönlichen Autoritätsbereich des Reichspräsidenten [habe] zuwachsen« lassen. Die Verfassung enthalte keine Bestimmung, die eine derartige Verfassungsänderung im Verhältnis der verschiedenen Verfassungsfaktoren verbiete. Dieser stehe kein Hindernis im Wege und dass eine solche Änderung unvermeidlich sei, wäre vielen Reden und Äußerungen zu entnehmen. Den pessimistischen Schluss bildet der Blick auf die Genfer Abrüstungsgespräche. Deutschland stehe nicht nur im innen-, sondern auch im außenpolitischen Bereich innerhalb eng gezogener Grenzen.

Forum

Die Medienbestände im Unternehmensarchiv der Axel Springer AG in Berlin

Vor 60 Jahren entstand in Hamburg das nach Axel Springer (1912–1985) benannte Verlagshaus, das heute der größte Zeitungsverlag Deutschlands ist. Neben den Zeitungen gibt die Axel Springer AG eine breite Palette von Zeitschriften im In- und Ausland heraus. Insgesamt sind dies mehr als 150 Titel in 31 Ländern. Hinzu kommen Online-Dienste der Printmedien sowie Fernseh- und Radio-Beteiligungen (unter anderem ProSiebenSat.1 Media AG, Hamburg 1, Antenne Bayern, Antenne 1, Radio Hamburg, Hit Radio FFH, Radio ffn, Radio NRW). Eine in der Fernsehproduktion tätige Tochtergesellschaft von Axel Springer ist die in Hamburg ansässige Schwartzkopff TV Productions GmbH.

Seit Ende der achtziger Jahre betreut ein eigenes Unternehmensarchiv die Geschichte des Medienunternehmens. Es ist organisatorisch der Stabsabteilung Information und Öffentlichkeitsarbeit zugeordnet. Dieses im Axel Springer Haus in Berlin – dem Hauptsitz des Verlags – befindliche Firmenarchiv sammelt und erschließt Akten, Nachlässe, Fotos, Ton- und Filmaufzeichnungen, Werbemittel, Zeitschriften, Zeitungen und Bücher, die für die Geschichte des Hauses und seine Aktivitäten relevant sind. Nähere Informationen über die Bestände und die Recherchemöglichkeiten sind über die Homepage des Verlages zugänglich.

Das Unternehmensarchiv steht gleichermaßen verlagsinternen Nutzern und externen Kreisen, d.h. Journalisten, Publizisten, Wissenschaftlern und Studierenden, zur Verfügung. Vor allem Examenskandidaten mit dem Schwerpunkt Medien- und Verlagsgeschichte nutzen das Archiv, das nicht allein über Bestände zum Axel Springer Verlag, sondern auch zur Geschichte des Hauses Ullstein verfügt. Durch die Übernahme der Ullstein AG im Jahre 1959 kamen Materialien hinzu, die die Berliner Verlagsgeschichte bis über die Ullstein-Gründung von 1877 hinaus betreffen.

Andere Bestände erstrecken sich inhaltlich auch auf Rundfunk- und TV-Themen. So sind – zum Teil allerdings in geringem Umfang – Akten zum Nordwestdeutschen Rundfunk vorhanden, »Nordwestdeutsche Hefte«, »Hörzu«, zur Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungen mbH (1960–1980) und zur Ullstein AV Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH, Berlin-Hamburg, die, 1969 gegründet, 1981 in Ullstein Tele Video Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH umbenannt wurde. Eine vielschichtige Überlieferung existiert zum Fernsehpreis »Goldene Kamera«, der von der Programmzeitschrift »Hörzu« seit 1966 vergebenen wird. Hierzu sind Planungsunterlagen, Gästelisten, PR-Material, Pressespiegel und Videoaufzeichnungen der Verleihungsveranstaltungen archiviert. Eine weitere aussagekräftige Quelle stellen die über Jahrzehnte gesammelten Pressespiegel zu Rundfunk- und TV-Aktivitäten der Axel Springer AG dar (unter anderem zu SAT1, Leo Kirch, Übernahmebestrebung von ProSiebenSat1 Media AG 2005–2006). Die Sammlung besteht zum größten Teil aus Artikeln der nicht zu Axel Springer gehörenden Presse. Hinzu kommen mehr als 6.000 Bücher und Aufsätze zu Presse- und Mediengeschichte, Journalismus und dem Pressewesen allgemein. Darunter sind auch unveröffentlichte Studien und unter Einbeziehung der Archivalien erarbeitete Examensarbeiten und Publikationen über die Aktivitäten des Hauses Axel Springer bzw. Ullstein.

Von besonderer Bedeutung ist der Aktenbestand zur Person des Verlegers Axel Springer, eine ca. 1.700 Ordner umfassende Sammlung der Korrespondenz des Verlegers aus den Jahren 1940–1985. Der Zugang hierzu ist beschränkt, kann allerdings bei besonders begründeten Anliegen gewährt werden. Vorwiegend wird dieser Bestand für biografische Arbeiten genutzt.

Bislang sind unter Einbeziehung der Bestände des Unternehmensarchivs vergleichsweise wenige Arbeiten entstanden, die Axel Springers Rundfunk- und TV-Aktivitäten bzw. Überschneidungen mit diesen Medien (Programmzeitschriften) behandeln. Zu nennen wären hier die Publikationen von Lu Seegers (Hör zu!: Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften 1931–1965, 2001) und Florian Kain (Das Privatfernsehen, der Axel Springer Verlag und die deutsche Presse. Die medienpolitische Debatte in den sechziger Jahren, 2003). Auf diesem Gebiet und der vorhandenen Quellenlage könnte durchaus intensiver geforscht werden.

Wiederholt wenden sich Interessenten an das Unternehmensarchiv, die dort die kompletten Ausgaben

von »Bild«, »Welt« oder »Hörzu« erwarten. Diese Sammlungen sind allerdings in den verlagseigenen Rechercheabteilungen in Hamburg (recherche.infopool@axelspringer.de und Berlin (textberlin.infopool@axelspringer.de) archiviert und dort gegen Entgelt einsehbar. Bislang ist die Nutzung des Unternehmensarchivs der Axel Springer AG kostenfrei.

Erik Lindner, Berlin

Kontakt:
Axel Springer AGUnternehmensarchiv
Axel Springer Straße 65
10888 Berlin
unternehmensarchiv@axelspringer.de
0049 (0) 25 91– 7 17 80 (Dr. Erik Lindner)
0049 (0) 25 91– 7 36 12 (Rainer Laabs, M.A.)
http://www.axelspringer.de/inhalte/unterneh/frame.htm

Hörproben. Das Forschungsprojekt »Hörinszenierungen österreichischer Literatur« des Instituts für Theater-, Film- und Medienwissenschaft in Wien und der Wienbibliothek

»Im Rundfunk enthüllten die Geräusche und Stimmen der Wirklichkeit ihre sinnliche Verwandtschaft mit dem Wort des Dichters und den Tönen der Musik (…) das bisher nur Gedachte, Beschriebene schien materialisiert, leibhaftig gegenwärtig.«[1]

Die Auseinandersetzung mit Hörspielen kann sich nicht auf den literarischen Text allein beschränken, vielmehr ist es das »Ineinander dreier Mittel – Geräusch und Stimme; Musik; Wort«[2], welches nicht nur das Hörspiel selbst konstituiert, sondern auch die wissenschaftliche Erforschung von Hörspielen bestimmen muss.

Das zweijährige Forschungsprojekt »Hörinszenierungen österreichischer Literatur im Radio« des Instituts für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien gemeinsam mit der Wienbibliothek im Rathaus, schafft die Möglichkeit, Hörspiele und Radioarbeiten in ihren vielgestaltigen Formen und Wirkungen zu bearbeiten. Dadurch sollen über den Text hinausgehende Fragen an die Hörkunst der letzten 60 Jahre gestellt und beantwortet werden. Dass vom FWF (Fond zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich) finanzierte Projekt behandelt die Geschichte des Hörspiels im Radio des 20. Jahrhunderts. Gegenstand der Forschung sind dabei die zahlreichen Beispiele österreichischer LiteratInnen, die als HörspielautorInnen, die deutschsprachige Rundfunklandschaft bereichert haben und bereichern. Ziel ist es, sich einer Kulturgeschichte des Hörspiels im deutschsprachigen Raum anzunähern und so die Entwicklungsgeschichte österreichischer Hörspiel- und Radioliteratur und deren Rezeption im Zeitraum zwischen 1945 und 2000 aufzuzeigen.

Ausgangspunkt für das ambitionierte Vorhaben ist der Nachlass des österreichischen Schriftstellers und Rundfunkdramaturgen Franz Hiesel (1921–1996) und dessen umfangreiche akustische und schriftliche Sammlung. Neben zahlreichen Hörspielen, Features und Interviews befinden sich darunter vor allem Hörspielmanuskripte von Ingeborg Bachmann, Ilse Aichinger, Gerhard Fritsch und vielen anderen AutorInnen, sowie Korrespondenzen mit HörspielautorInnen und Rundfunkdramaturgen. Dank der Übernahme des Tonbandbestandes und des schriftlichen Nachlasses von Franz Hiesel durch die Wienbibliothek, sowie der Verfügbarkeit von Quellen aus dem Bereich Hörspiel und Radio in anderen österreichischen Bibliotheken und Archiven, ist die Grundlage zur systematischen Erforschung der Entwicklung des österreichischen Hörspiels gegeben. Mit dieser neuen Materiallage bietet sich die Möglichkeit, bekannte und bisher unbekannte Quellen zusammenzuführen.

Seine verschiedenen Funktionen, etwa als Hörspieldramaturg beim NDR und im Landesstudio Wien sowie seine große Sammelleidenschaft, die er unter anderem für das Hörspielnachschlagewerk »Repertoire 999. Literaturdenkmal-Hörspiel« nutzte, weisen Hiesel als Drehscheibe der internationalen Hörspielgeschichte aus. Sein eigenes Hörspielschaffen steht dabei exemplarisch für den Weg vieler junger, österreichischer AutorInnen der Nachkriegsjahre. Erste Versuche, Hörspiele im österreichischen Programm (zuerst noch in den Besatzungssendern, später im ORF) unterzubringen, waren selten erfolgreich und darüber hinaus schlecht bezahlt. Die weitaus größere Hoffnung wurde in die deutschen Rundfunkanstalten der BRD gesetzt. Hier konnten sich LiteratInnen aus Österreich etablieren und auch finanzielle Anerkennung finden. Die Vergabe des renommierten Hörspielpreises der Kriegsblin-

1 Rudolf Arnheim: Rundfunk als Hörkunst. Frankfurt am Main 2001, S. 14
2 Rudolf Arnheim: Rundfunk als Hörkunst. Frankfurt am Main 2001, S. 14

den an AutorInnen wie Ingeborg Bachmann, Franz Hiesel, Friederike Mayröcker und Ernst Jandl in den 50er und 60er Jahren ist dafür nur ein Zeugnis von vielen.

Nichtsdestotrotz zeigen erste Recherchen, dass sich das Hörspielschaffen in Österreich weitaus umfangreicher ausnimmt als bisher angenommen und dass zahlreiche Hörspiele zum Beispiel beim amerikanischen Besatzungssender Rot-Weiß-Rot produziert wurden. Leider sind Tondokumente aus dieser Zeit kaum erhalten und nur in seltenen Glücksfällen (wie zum Beispiel dem lange Zeit vergessenen Hörspiel »Ein Geschäft mit Träumen«[3] von Ingeborg Bachmann aus dem Jahr 1952) wieder auffindbar. Der Nachlass von Franz Hiesel verspricht hier die Aussicht, Hörspiele aus diesem Zeitraum zumindest wieder als Typoskripte aufzufinden. Dabei sollen aber nicht nur die Sendemanuskripte und Druckfassungen genauer unter die Lupe genommen werden, sondern vielmehr gilt es die verschiedenen Stadien von schriftlichen Hörspielfassungen mit der akustischen Umsetzung in Verbindung zu bringen. Damit kann der künstlerische und kulturelle Wandel im Laufe der Geschichte aufgezeigt werden und darüber hinaus auch der Grundstein für kritische Editionen einzelner LiteratInnen gelegt werden. Die Verbindung von Papier- und Audioware ist dabei ein wichtiger Ausgangspunkt zur Einbettung von Hörspielen in den Kontext der interdisziplinären Radioforschung. Um sich dabei auch einer Kulturgeschichte des Hörspiels anzunähern gilt es, Hörspielgeschichte mit einer Kulturgeschichte des Hörens in Beziehung zu setzen. So prägen etwa Produktionsbedingungen und die Veränderung der technischen Möglichkeiten bei Aufnahme und Wiedergabe ebenso die Kultur des Hörens, wie die unterschiedlichen gesellschaftlichen und rundfunkpolitischen Voraussetzungen in den Sendeanstalten der BRD, DDR, Österreich oder der Schweiz.

In einer am 23. Mai 2006 in Wien abgehaltenen Hörspieltagung anlässlich des 80. Geburtstages von Franz Hiesel, die ebenfalls gemeinsam von der Wienbibliothek und dem Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft veranstaltet wurde, konnten bereits erste Reflexionen zum Thema angestellt werden. TeilnehmerInnen des Symposions waren unter anderem der ehemalige Leiter der Hauptabteilung Funkdramatik beim Rundfunk der DDR, Peter Gugisch, der Redaktionsleiter der Abteilung Literatur und Hörspiel beim Sender Österreich 1, Konrad Zobel, und der Schriftsteller Helmut Peschina, dessen Hörspielfassung von Elias Canettis Roman »Die Blendung«[4] zum Hörspiel des Jahres 2002 in Österreich gewählt wurde. Das Symposium ging der Frage von vergangener Bedeutung und zukünftigem Stellenwert des Hörspiels in der Medienlandschaft nach und setzte damit wichtige Impulse für das vor kurzem gestartete Projekt.

Mit diesen Erkenntnissen und Fragestellungen ausgestattet, gilt es nun aufzuzeigen, dass das Hörspiel, im direkten Sinne des Wortes als (akustischer) *Kulturträger* fungieren kann, der ein bis dato kaum ausgeschöpftes Repertoire an Forschungsmöglichkeiten für Medien- und Kulturwissenschaft bietet.

Informationen:
»Hörinszenierungen österreichischer Literatur im Radio (1945–2000)«:
FWF-Projekt des Instituts für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien und der Handschriftensammlung der Wienbibliothek im Rathaus.
Laufzeit: Mai 2006 bis April 2008
Projektleitung- und betreuung:
Univ.-Prof. Dr. Hilde Haider-Pregler (Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft);
Dr. Julia Danielczyk (Wienbibliothek)
ProjektmitarbeiterInnen:
Wilhelm Fotter; Mag. Christine Ehardt
Kontakt: Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft,
Hofburg, Batthyanystiege, 1010 Wien,
Email: christine.ehardt@univie.ac.at

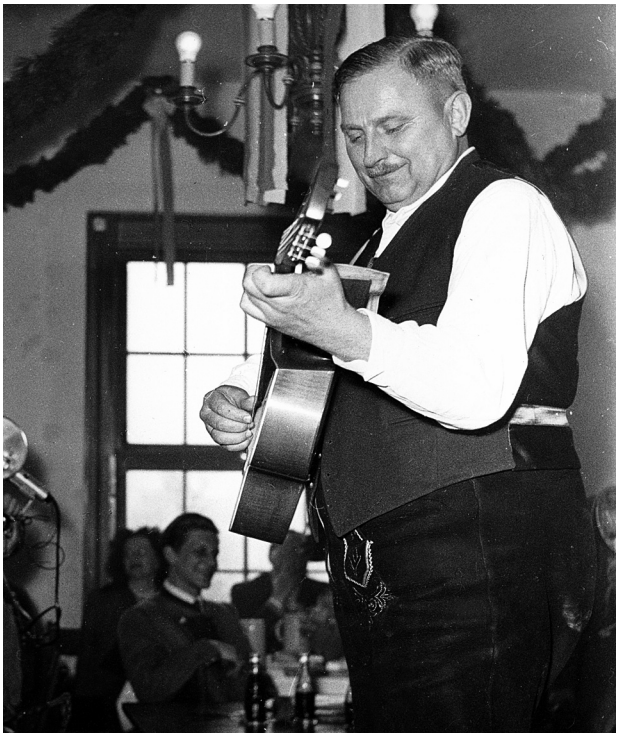
„Dableckt! Vom Roider Jackl«. Eine Ausstellung des Bayerischen Rundfunks zum 100. Geburtstag von Jakob Roider (1906–1975)

Der Roider Jackl zählt wohl zu den bekanntesten bayerischen Volkssängern der Nachkriegszeit. Brunnendenkmäler in München, Freising und Weihmichl, zwei Straßenschilder in Freising und Landshut sowie Gstanzlsängerwettbewerbe erinnern heute an ihn. Über die Suchmaschine Google findet man unter dem Stichwort »Roider Jackl« über 10.000 Einträge. Es gibt eine Homepage, www.roider-jackl.de, ein Buch mit einer Auswahl von Texten, das der Sohn Werner Roider 1980 he-

3 RWR Wien, EA: 28.02.1952
4 NDR/DLR/BR/ORF 2002 (EA: 29.10.2002)

rausgeben hat, eine fünfteilige CD-Edition »Roider Jackl« mit biografischen Booklets von Maximilian Seefelder, dem Bezirksheimatpfleger Niederbayern, ein Fernsehporträt von Gerald Groß, mehrere Gedenksendungen im Hörfunk sowie zwei wissenschaftliche Studien.[1]

Am 17. Juni 1906 wurde Jakob Roider in Weihmichl bei Landshut geboren. 1931 gewann er als 25jähriger beim 1. Niederbayerischen Preissingen in Landshut den zweiten Preis. Nach dem ersten legendären Preissingen in Egern am Tegernsee im Jahre 1930 fanden in ganz Bayern Volkslieder-Preissingen statt, die von der Bayerischen Rundfunk GmbH (so hieß der Bayerische Rundfunk von 1931 bis 1934) über



Roider mit Spicker (Quelle: BR Historisches Archiv)

den Deutschlandsender bis ins benachbarte Ausland übertragen wurden. Professor Kurt Huber und der Kiem Pauli waren die geistigen Väter und Initiatoren dieser Preissingen und somit Begründer einer neuartigen Volksliedpflege in Bayern.

Damals begann Roiders Karriere als Volks- und Gstanzlsänger. Seine »große Zeit« allerdings kam erst nach 1945, als er das politisch-kritische Gstanzl erfand und als Erster landes-, bundes- und weltpolitische Ereignisse besang. Roider machte das Gstanzl – den alten bayerischen Brauch, sich mit Stegreifversen über Zeitgenossen lustig zu machen – berühmt. Mit Scharfsinn, Prägnanz und bissigem Humor traf er den Nerv seines Publikums.
Der Roider Jackl entwarf in seinen Gstanzln und Reden ein vielschichtiges Bayernbild. Einerseits orientierte es sich an traditionellen Vorstellungen, andererseits an den aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaft und Gesellschaft des Freistaates. In Roiders 30jähriger Laufbahn als politischer Gstanzlsänger von 1945 bis 1975 vollzog sich in Bayern ein Strukturwandel von einem agrarisch geprägten zu einem industrialisierten Land. Roider war nicht ohne Stolz auf Bayerns wachsende wirtschaftliche Kraft. Dennoch blieb seine Skepsis gegenüber Neuerungen und schnelllebiger Mode bestehen. So war er zum Beispiel einerbitterter Gegner des neuen Flughafens im Erdinger Moos und scheute sich nicht, mit seiner Popularität Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Der Bayerische Rundfunk machte ihn zur »Stimme des Volkes«. Aus Jakob Roider wurde der Roider Jackl. In Volksmusik- und Unterhaltungssendungen, in Hörspielen, im Landfunk oder der Politischen Abteilung stand sein Name über 40 Jahre lang auf dem Programm. In der Faschingszeit sprach Roider ab 1951 den Samstagskommentar. In der beliebten Funksendung »Weißblaue Drehorgel« von Olf Fischer war Roider mit seiner Rede als »Bürgermeister« der Star und Mittelpunkt des Programms. Seine Erzählungen über das bäuerliche Leben zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Sendereihe »Bairisch Herz« sind heute wertvolle Quellen bayerischer Sozialgeschichte. Nebenrollen spielte er 1952 im Bayerischen Hörspiel »Der Brandner Kaspar schaut ins Paradies« oder 1965 in der Fernsehsendung »Die Pfingstorgel«. Der Roider Jackl war Teil der bayerischen Rundfunk- und Zeitgeschichte. Die Menschen warteten gespannt auf seine Kommentare, von denen viele gut 30 Jahre nach seinem Tod noch immer aktuell sind.

Die Unterhaltungsabteilung des Bayerischen Rundfunks vermittelte Roider den Kontakt zum Nockherberg. 20 Jahre lang – von 1953 bis 1974, mit einer Ausnahme 1973, als er im Löwenbräukeller »fremdging« – »dableckte« er beim Salvatoranstich auf dem Münchner Nockherberg die bayerischen und bundesdeutschen Politiker. Das so genannte »Politiker-Dablecka«, das Aussingen der »Großkopferten« nach Manier des Roider Jackl, wurde in späteren

1 Birgit Stein: Der Roider Jackl: Förster, Gstanzlsänger und Levitenleser – Studien zur bayerischen Volksmusikkultur, Staatsexamensarbeit der Hochschule für Musik und Theater München, 2002; Bastian Mahler: Der Roider Jackl – Politik in Vierzeilern, Zulassungsarbeit am Institut für Bayerische Landesgeschichte, 2006.

Jahrzehnten zum geflügelten Wort für vergleichbare Anlässe und gab der Ausstellung ihren Titel. Die größte Strafe für Politiker war es, von ihm übergangen zu werden. Der Bayerische Rundfunk zeichnete alle Salvatoranstiche auf und strahlte sie im Hörfunk und Fernsehen aus.

Mit oder ohne den Rundfunk zog Roider zeit seines Lebens durch ganz Bayern und trat bei Festen, Eröffnungen und Jubiläen aller Art auf: Freisinger Metzger-Fasching, Milchprüfring Allgäu, Wein- und Bierfeste, Bayerischer Forstverein, 800-Jahrfeier München, Attenhamer Bauerntheater, Akademie der bildenden Künste in München, 1200-Jahrfeier in Pasing, Bayerische Vertretung in Bonn, 25jähriges Jubiläum der SZ, Schwimmbadeinweihung in Freising und und und …

Blick in die Ausstellung im Niederbayerischen Landwirtschaftsmuseum, Regen. In den Vitrinen vorne links Roiders Gitarre mit Spicker und seine Schreibmaschine.

Allein in seinem letzten Jahrzehnt absolvierte er etwa 500 Auftritte. Begleitet wurde er meist von der Kapelle Otto Ebner oder den bekannten Dellnhauser Musikanten unter Michl Eberwein. Neben diesen »Verpflichtungen« übte er von 1945 bis 1967 in Freising seinen Beruf als Forstamtmann aus. Politisch unbelastet konnte er bereits im Juni 1945 mit seinem Forstdienst beginnen. Er kümmerte sich um die Verteilung von Brennholz oder den Kastanienankauf für die Wildfütterung. 1960 zum Oberförster ernannt, betreute er bis zu seiner Pensionierung rund 500 Hektar Staatswald in den Freisinger Isarauen. Von 1946 bis 1948 vertrat Roider zudem als Freisinger Stadtrat die CSU. Hier lebte er mit seiner Familie seit den 40er Jahren. In Freising starb Jakob Roider auch am 8. Mai 1975, im Alter von 68 Jahren.

Zum 100. Geburtstag seines berühmten freien Mitarbeiters präsentiert der Bayerische Rundfunk – auf Initiative der Redaktion Volksmusik – Hörfunk- und Fernsehsendungen, einen Online-Schwerpunkt und eine große Wanderausstellung »Dableckt! Vom Roider Jackl« in Regen, Landshut und Freising, die das Historische Archiv des BR konzipiert und organisiert hat. 12 thematisch-chronologische Stationen erzählen die Geschichte von Roiders öffentlichem, beruflichem und privatem Leben und Wirken.

Die Auswahl der über 200 Exponate orientierte sich an den Kategorien: Dokumentarisch-Wichtiges, Highlights, Kurioses und Witziges. Recherchiert wurde vor allem beim Sohn Dr. Werner Roider – der während des gesamten Projekts mit Rat und Tat zur Seite stand, – und in den BR-Archiven, wo Texte, Töne und Bilder in großen Mengen lagern. Zu sehen sind Fernsehausschnitte (darunter ein originelle Werbefilm mit Roider über Kälbermast), Fotos, Briefe, Zeichnungen seines Freundes Josef Ober-

Der Lieblingsstuhl vom Roider Jackl aus seinem Haus in Freising.

berger, Karikaturen, Zeitungsartikel, Programmhefte, Plakate, Manuskripte, Kleidungsstücke, sein Lieblingsstuhl ebenso wie seine Gitarre und seine Notizbücher, sein Förstermantel oder seine selbst gebastelte Klingelordnung, nach der Bayern 1 ×, Franken und Schwaben 2 ×, Preußen aber 3 × klingeln mussten, um seine Wohnung in Freising zu betreten. Außerdem sind 31 verschiedene Tondokumente aus dem Schallarchiv des Bayerischen Rundfunks zu hören.

Bettina Hasselbring, München

Ausstellungstermine 2006:
- *2. Juni bis 10. September: Niederbayerisches Landwirtschaftsmuseum Regen. www.nlm-regen.de*
- *15. September bis 8. Oktober: Landshut, Große Rathausgalerie*
- *13. Oktober bis 31. Oktober: Freising, Asamfoyer*
- *26. Juni bis 10. August: München, BR-Hochhausfoyer www.br-online.de/roiderjackl*

»Geschichte in den Medien – Medien und ihre Geschichte. Wirtschaftsarchive im Geschichtsboom des 21. Jahrhunderts«. Jahrestagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW)

Nach den Schwerpunkten Internetpräsentation, Aufgaben und Visionen von Wirtschaftsarchiven, Rechtsfragen und dem immerwährenden Thema der Bestandserhaltung in den letzten Jahren widmete sich die Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW) auf ihrer diesjährigen Tagung der Darstellung von Geschichte in den Medien sowie dem Umgang der Medien mit ihrer eigenen Geschichte. Die erstklassig organisierte Tagung fand vom 7. bis 10. Mai 2006 in den Tagungsräumen der Bertelsmanns Repräsentanz in Berlin statt.

Die Tagung wurde am Sonntag mit einer Lesung von Walter Kempowski literarisch eingeleitet. Nach der Eröffnung der Jahrestagung am Montag durch den Vorsitzenden des VdW, Herrn Dr. Harry Niemann (DaimlerChrysler, Stuttgart), und der Begrüßung durch die Leiterin des die Tagung ausrichtenden Bereiches Unternehmenskommunikation der Bertelsmann AG hatte der Vorsitzende der VdW die ehrenvolle Aufgabe, den diesjährigen Preis des »Wirtschaftsarchivs des Jahres« zu vergeben. Nachdem die Jury aus den eingereichten Bewerbungen und Vorschlägen keinen eindeutigen Sieger ermitteln konnte, vergab der VdW in diesem Jahr zwei erste Preise. Den Preis »Wirtschaftsarchiv des Jahres« erhielten das Siemens-Archiv in München und das Historische Archiv Krupp in Essen.

Die zweitägige Tagung wurde durch einen Vortrag von Paul Nolte eingeleitet. Dieser ging in seinem Vortrag auf die Verbindung von Geschichte und Gesellschaft, der Darstellung geschichtlicher Entwicklungen in den Medien und der Wahrnehmung durch die geschichtsinteressierte Öffentlichkeit ein. Er zeigte auf, welchen Schwankungen die Darstellung der Vergangenheit unterliegt und wie sie sowohl durch die Politik als auch durch marktbedingte Mechanismen bei der medialen Präsentation verändert wird.

Die Nachmittagssektion des ersten Tagungstages stand unter dem Titel »Geschichte in den Medien« und wurde mit einem launigen Vortrag durch den Schriftsteller Erich Loest eröffnet. In seinem frei vorgetragenen Referat konnte der 80jährige Schriftsteller aus Leipzig sehr überzeugend an Hand seiner eigenen Erlebnisse während des Arbeiteraufstandes im Juni 1953 in der DDR zeigen, dass Literatur und Politik in der DDR häufig eine symbiotische Verbindung eingegangen waren. Außerdem stellte er anschaulich dar, dass manchmal auch Kleinigkeiten – wie ein Gewitterguss – zu einem geschichtsrelevanten Ereignis werden können. Denn ein heftiges Sommergewitter am Nachmittag des 17. Juni 1953 in Berlin führte zeitweilig dazu, dass viele Demonstranten sich in Häuser und U-Bahnhöfe zurückzogen und als diese sich nach dem Gewitter wieder versammeln wollten, standen an vielen Orten plötzlich Soldaten der Roten Armee. Dieser Fakt wird aber häufig bei der Beschreibung der damaligen Ereignisse übergangen, da er Historikern, so Loest, zu profan ist. Erich Loest fasste seine Erfahrungen in das Bonmots »Zeitzeugen sind oft Gegner der Historiker«. Völlig anders geartet war der anschließende Vortrag von Edgar Lersch (SWR, Stuttgart). Er versuchte, fast unmöglich in der vorgegebenen Zeit, einen Überblick über die Entwicklung von Geschichtsdokumentationen im deutschen Fernsehen zu geben und thematisierte dabei u.a. auch die Defizite bei der wissenschaftlichen Untersuchung dieses Metiers. In den folgenden Vorträgen von Rainer Volk (Bayerischer Rundfunk, München) und Volker Ulrich (Die Zeit, Hamburg) beschäftigten diese sich mit ihren Erfahrungen als Radio- und Print-Journalisten bei der Arbeit mit historischen Themen und der Akzeptanz bzw. Rezeption dieser Beiträge durch Hörer und Leser.

Der erste Beratungstag schloss, nach dem Grußwort des Vorstandsvorsitzenden der Bertelsmann AG, Gunter Thielen, mit einem weiteren Höhepunkt ab. Der bekannte Regisseur Heinrich Breloer (Köln) schilderte in seinem durch Filmausschnitte bildlich ergänztem Vortrag die Schwierigkeiten von Filmemachern bei der Umsetzung historischer, v.a. zeithistorischer Themen. Außerdem zeigte er am Beispiel der filmischen Aufarbeitung des Lebens von Albert Speer, welchen bedeutenden Beitrag Filme und Dokumentationen zur historischen Wahrheitsfindung leisten können. Dieser Vortrag bot dann auch, neben dem üblichen Fachaustausch, genügend Gesprächsstoff beim abendlichen Empfang im Tagungsgebäude, dem wiederaufgebauten Kommandantenhaus »Unter den Linden 1«.

Der zweite Tag begann mit der Sektion »Unternehmensarchive der Medienbranche«. In dieser Sektion stellten fünf Vertreter ihre Medienarchive bzw. bestimmte Aspekte der Arbeit dieser Archivgattung vor. Erik Lindner (Axel Springer AG, Berlin) und He-

len Müller (Bertelsmann AG, Gütersloh) berichteten über die Entstehungsgeschichte und die daraus resultierenden Bestände ihrer beiden Unternehmensarchive. Dabei ging Lindner in seinem Vortrag »BILD, BAMS und Glotze« u.a. auf die Bedeutung der Persönlichkeit von Axel Springer für das Verständnis der Entwicklung des Springer-Konzerns ein. Helen Müller nahm in ihrem Vortrag »Zwischen Gütersloh und dem Rest der Welt – Archivarbeit in einem dezentralen Unternehmen« Bezug auf ihre Ausführungen zum Aufbau des Unternehmensarchivs, die sie auf einer der früheren Jahrestagungen vorgetragen hatte, und berichtete nunmehr über die Umsetzung der damaligen Überlegungen in Form des erfolgreichen Aufbaus des Unternehmensarchivs der Bertelsmann AG. Sie verschwieg dabei nicht die Probleme bei der Archivierung von Unterlagen der verschiedenen Tochterfirmen der Bertelsmann AG und informierte über verschiedene derzeit in der Realisierung befindliche Archivprojekte. Dem Aufgabengebiet der Öffentlichkeitsarbeit von Rundfunkarchiven war der Vortrag von Bettina Hasselbring (Bayerischer Rundfunk, München) gewidmet. Sie berichtete über die guten Erfahrungen die das Historische Archive des Bayerischen Rundfunks mit eigenen Ausstellungen, der Teilnahme an Tagen der offenen Tür oder mit Veröffentlichungen zur Mediengeschichte gemacht hat und welche Chancen für die Anerkennung des eigenen Archivs bzw. des Medienunternehmens in der Öffentlichkeit darin liegen. Veit Scheller, der Leiter des Unternehmensarchivs des ZDF, referierte in seinem Vortrag »Die ZDF-Archive – Nur für interne Nutzer?« über die verschiedenenartigen Probleme bei der Nutzung der Rundfunkarchive durch externe Nutzer. In seinem Vortrag spannte er den Bogen von Rechtsgrundlagen der Arbeit der Rundfunkarchive (Archiv- und Urheberrecht, Datenschutz, Medienprivileg) über die Einbeziehung der Rundfunkarchive in den journalistischen Workflow bis hin zu den konkreten Nutzungsmöglichkeiten der ZDF-Archive durch externe Wissenschaftler. Durch die Fülle an Informationen, über die die ersten drei Referenten berichtet hatten, war das Zeitbudget dieser Sektion leider am Ende der Referate schon überschritten, so dass eine Diskussion fast nicht zu Stande kam.

Die dritte Sektion mit dem Titel »Umgang der Medien mit ihrer Geschichte« hatte die Aufarbeitung der eigenen Unternehmensgeschichte zum Thema. Hier erhielten die Tagungsteilnehmer von Petra Witting-Nöthen (WDR, Köln) Informationen zum Buchprojekt anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des WDR. Witting-Nöthen gab einen umfassenden Einblick in die Kompliziertheit einer großangelegten Veröffentlichung (inzwischen erschienen unter dem Titel »50 Jahre WDR. Am Puls der Zeit« Bd. 1–3). Frau Witting-Nöthen thematisierte auch die Probleme für die Archivarbeit durch die zeitintensive Beschäftigung mit einer solchen Publikation. Peter Meier und Thomas Hässler (beide Institut für Medienwissenschaft in Bern) gaben in ihrem gemeinsamen Vortrag einen kurzen Einblick, wie der schweizerische Medienkonzern Ringier bisher mit seiner Geschichte umgegangen war, wie und warum sich diese Einstellung geändert hat und Rignier nun über ein eigenes Firmenarchiv verfügt. Sie konnten sehr anschaulich darstellen, wie der Bewusstseinwandel bei Ringier zu Auflegung eines Projektes zusammen mit dem Institut für Medienwissenschaft Bern geführt hat, wie die Projektmitarbeiter versuchen mussten, archivrelevante Dokumente zu ermitteln und zu archivieren sowie wie nun als Ergebnis des Projektes die Entwicklung des Ringier-Konzerns vom kleinen Verlag zu einem der bedeutendsten schweizerischen Medienunternehmen mit Hilfe des Unternehmensarchivs nachvollzogen werden kann. Sie verwiesen dabei u.a. auf die Bedeutung der Firmenhistorie für die Schaffung einer Corporate Identity. Zum Schluss der Sektion berichtete der Publizist Adalbert Rohloff (Berlin) über die Geschichte der UFA. Herr Rohloff hatte ebenfalls an einem Buchprojekt mitgearbeitet, in welchem die Entwicklung der UFA von der Universum-Film AG (Ufa) der 20er Jahre zur heutigen »UFA Film & TV Produktion« nachvollzogen worden war. In seinem Vortrag ging Herr Rohloff knapp auf diese verschiedenen Entwicklungsstadien der UFA ein und gab abschließend per Kurzfilm einen Einblick in die heute vielfachen Medienaktivitäten der Bertelsmanntochterfirma UFA Film & TV Produktion. Am Dienstag-Nachmittag fand die Mitgliederversammlung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare (VdW) statt. Zum Abschluss der Jahrestagung konnten dann noch das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes oder per Exkursion verschiedene Museen bzw. das Landesarchiv Berlin besucht werden.

Die Jahrestagung des VdW war hervorragend organisiert und besaß mit dem Kommandantenhaus am Beginn der Berliner Prachtstraße »Unter den Linden« eine Tagungsörtlichkeit per Excelence. Durch die thematisch breit gefächerten Vorträge und der guten Auswahl der Referenten beleuchtete diese Tagung viele Facetten der Historie der Medien bzw. der Darstellung der Historie in den Medien. Die Verbindung von »Medienpraktikern«, Wissenschaftlern

und Archivaren belebte die Tagung, die als sehr gelungen bezeichnet werden kann. Begrüßenswert ist, dass der VdW geplant hat, die Vorträge in seiner Zeitschrift »Archiv und Wirtschaft« zu veröffentlichen.

Veit Scheller, Mainz

How Africa Sees Europe[1]

An African Paradox

There are two ways of approaching this topic of how Africa looks at Europe. They are contradictory. On the face of it, they cannot both be true, and yet both themes have arisen when I have considered this title over the last few months since I was asked to give this presentation. I have had to conclude that although they cannot both be true absolutely, they are both true ways of looking at this topic.

As with many things to do with Africa, we confront a paradox. Europe looms very large in the African outlook. At the same time, Africa is separate and distinct from Europe and most European affairs are not of great importance or significance to Africans.

At this point I need to state that what I have to say about Africa relates almost entirely to Africa south of the Sahara and north of the Limpopo. I will be mostly excluding the Arab north and South Africa. They are different enough to require separate treatment for the most part.

African culture, since that is what we have to talk about, is fiercely independent and at the same time dependent and often derivative, especially in its media. I could equally have given a talk on how Africa depends on Europe on the one hand, while on the other I could talk about how Africa strives, often very successfully, to be independent and different.

Some News Stories, or Stories about News

I want to begin with some stories. This might surprise those of you who, knowing my background, would expect me to provide solid data on attitudes and practices that illustrate my points. I will use some data later, but I think that stories are often a better way to illustrate tendencies and outlooks.

When I first arrived in Africa as a student in 1967 I went to Tanzania where I did fieldwork for my research. This took me to remote parts of the country. One of the most remote places I went to was in Kigoma District in the far west. I travelled by railway to Kigoma town from Dar es Salaam, a journey taking a day and a half. When I arrived, I devised a plan to cover all parts of Kigoma District with a survey involving face-to-face interviews with people chosen at random to represent the adult population of the district. Kigoma District covers a large area along the eastern shores of Lake Tanganyika. Its southernmost parts could be reached only by boat, and so it was that I hired one and travelled south to the villages of Kalya and Mgambo. At that time, these villages could not be reached by road. Their only regular physical contact with the outside world was by boat. The elderly steamer, the Liembe, plying the lake called from time to time but apart from this the villagers in these two places had little contact with the world outside, aside from their radio sets. We arrived in Kalya and while my research assistant began selecting people to interview I had to pass the time in some other way. And so while the interviews were going on, I was invited by the village headman to sit in his house and meet some other people from the village. What happened over the next few hours has stayed with me ever since. During that very week, in February 1968, the British Parliament was debating a bill that would restrict the right of Asians with British passports who lived in East Africa to emigrate to Britain. The villagers who came to meet me in the headman's house were not only very well informed about the debate and the issues involved. They wanted to know what I thought about it. Why had it happened? Why did Asians want to leave Kenya and Tanzania and why was Britain so unwilling to take them? They were intrigued by the moral, political and constitutional issues involved, both in Britain and in East Africa.

The quality of the debate would not have disgraced a discussion in a university in the UK or anywhere else. They were very well informed and understood many of the complex issues involved. The discussion demonstrated the power of radio in providing accurate information about a major issue of importance. It also showed how people in a remote place could, despite their isolation and distance, be aware of the facts surrounding an event or series of events.

1 Dieser Aufsatz ist ebenfalls im aktuellen Jahrbuch Medien und Geschichte »Der Blick der Anderen. Europa in der Wahrnehmung von Medien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas«, hrsg. von Oliver Zöllner, erschienen.

The relevance for this paper's topic is also very clear. News from Europe would be more likely to have resonance and be a topic of interest and debate when it had an African connection.

My next story is from Uganda in 1975 at the time of the Organisation of African Unity (OAU) conference there, hosted by Idi Amin. This OAU conference made the news in the global sense and more than any pan-African conference before or since. And yet it was a conference without news media. Although the world's news media were present in quite large numbers, in the most important sense, this was a conference without media. The Ugandan authorities banned all incoming newspapers and magazines. The state radio was heavily censored. There was no real news available anywhere, unless you had a radio capable of picking up shortwave services available coming from elsewhere. I was part of the BBC team covering that conference. The week was marked by major news stories happening elsewhere, both in Africa and beyond. General Gowon of Nigeria was overthrown – while he was actually in Kampala for the OAU meeting. There were major developments connected with the moves towards independence for Portugal's African colonies, especially Mozambique and Angola. The Comoro Islands were approaching possible independence but there were problems between different political factions there and between them and the French authorities. There were other world events of interest and importance to the African delegations present. But how were they to keep themselves informed with what was in effect a complete news blackout? Delegations began to besiege members of the BBC team for news. We were in touch with London and a source of news and independent information. What was happening in Nigeria? What was the British reaction going to be? How would other European countries react? What was the latest news from Lisbon? Would the Comoros become independent? What was the latest on this and several other stories? Many African delegations carried shortwave radios with them of course, as they do still today whenever they travel. But they did not all have sets with them and besides, even when they did, they still seemed to expect us, representatives of this major European news medium, to have access to all the latest news. It was a telling example to me of Africa's dependence for its news from outside the continent. (I am aware of the ambiguity of that last sentence. Africa, then as now, shows its dependence on outside channels for news about itself as well as news from elsewhere.)

My next story comes from Ghana in 1985. I had been invited by the late Professor Paul Ansah to give a lecture on recent developments in British media to his journalism students at the University of Ghana at the Legon campus. I had prepared myself well, or so I thought, and had brought detailed information about the latest proposals of the Thatcher government relating to the deregulation of broadcasting in Britain. In the process of explaining something to Professor Ansah's students I made one minor mistake of fact. I was rather taken aback when several of the students present showed that they knew I had got something wrong! The government's policy paper to which I had been referring was in some important respects better known to some of them than it was to me and they let me know. The point was that they had taken some interest in the process of deregulation in Britain because it was very much a live issue also in Ghana.

Incidentally, I have a theory about this. Ghanaians at that time were information poor. They had only one monopolistic broadcasting station, the state controlled Ghana Broadcasting Corporation (GBC) running all TV and radio in the country. There were two state owned and controlled daily papers. These students had little else to inform them other than what Professor Ansah painstakingly photocopied for them from papers and articles that he obtained from various sources. But they made very good use of what he provided and remembered much of it in considerable detail. At the other extreme I have often addressed students in the UK and the US who have a surfeit of media sources and content and yet who are almost always far less well informed. Is there a law here that states that the more access people have to a multiplicity of sources and content the less actual information they retain or understand? I offer this merely as an observation.

My last story is very recent. In November 2004 I was in the Gambia setting up and directing a national media survey. I was working with some very competent and professional researchers who had little experience of media research and yet they had immense ability to make good use of limited resources to do what turned out to be an outstandingly professional job. They learned fast, took on board new skills and applied them with a minimum of intervention or further training from me. I also noted that they were making good use of the Internet to gain resources and information that they lacked and to complement their skills and knowledge. It was an exhilarating and also humbling experience. Not for

the first time I have seen African professionals making good use of what little they had access to, and doing so in an intelligent, original and creative way.

I could tell several more stories like these, all of which show that reliance on outside sources of information does not mean a subordinate dependency. To the contrary, it is evidence of something both positive and progressive.

Does Europe Dominate?

Europe has been a dominant influence in African media from the beginning of modern times. Europeans played a major role in the establishment of the press and the electronic media. This does not mean that the media today are European or take all their cues from Europe. Far from it. But it does mean that African media have an important European legacy. And this legacy survives in several important ways today.

First of all we see European influence in the fact that African media retain certain features today that were inherited from colonial times. The colonial powers, without exception, left broadcasting in the hands of the state. When I wrote my book on African media in 1983 I was able to find only two countries on the continent that had any private radio or TV stations.[2] Even today, despite the emergence of private radio and TV since 1989, the state is still the dominant force. The state remains dominant in the content, control and funding of media.

Another legacy of great significance is seen in the lines of communication which remain Eurocentric. Despite many changes, it is still in many cases easier to communicate with Europe than with other African countries. For example, lines of communication between the Democratic Republic of Congo and Europe, or Zambia and Europe, have usually been easier and speedier than between these two neighbouring countries. Many lines of communication between one part of Africa and another still pass through Europe.

An additional area of continuing European influence and dominance is in incoming media to Africa. This is mainly through the medium of radio, but TV has also played a part, through the media of BBC World, Canal France International (CFI), Deutsche Welle Television (DW-TV) and others. But radio, especially the BBC World Service, Radio France Internationale (RFI), Radiodifusão Portuguesa (RDP) and Deutsche Welle (DW) are of huge importance and influence. For all four Europe-based radio stations, Africa provides by far their largest audiences. It is an astonishing fact but true that at one time, in 1998 before the end of military dictatorship the weekly reach of the BBC in Northern Nigeria was greater than the BBC's weekly reach in the UK. Deutsche Welle's reach in Tanzania was at one time higher than most national radio stations anywhere in the world enjoy in their own countries. The BBC's service in the Somali language has probably at times been listened to by more Somalis than any single Somali radio station in that country.

But here we have to be reconciled to another paradox. Despite this apparent dominance of Europe, African media are strongly African in content and outlook. This is less true of TV perhaps and for understandable reasons, but with radio and the press, the dominant themes and concerns are African.

African Media Underdevelopment and the Impact of European Media

One major feature of African media is their general underdevelopment. African media are neither what they ought to be, nor yet what their owners might want them to be. They struggle to survive and do only what they can afford, which is often not very much. In news terms many of them rarely cover what they might want to cover if only resources would permit. As far as coverage of Europe is concerned, very few African media employ reporters in Europe. Some have stringers. This is of course very much cheaper and is likely to happen more in the future. But even this is beyond the means of many African media.

The last few years have brought about a change however. Despite copyright issues and possible challenges an increasing number of African media are using the Internet as a way of obtaining news of events around the world including Europe.

However, it is not from African media that many Africans get their information about Europe, but from European media. The BBC, RFI, RDP and DW are very widely listened to in several parts of Africa. In many capital cities and in some lesser cities and towns these stations are also available on local frequencies. This has happened increasingly over the past ten years but it is a new phenomenon.

2 Graham Mytton: Mass Communication in Africa. London 1983.

Local relays, rebroadcasts and other ways in which the output of European broadcasters could be heard in Africa is not itself new. It happened extensively during colonial times when the British, French, Belgian, Portuguese and Italian national radio broadcasters enjoyed a special status in the state broadcasting systems that these colonial powers had established. These special relationships continued after independence. I remember as a student in Tanzania in 1967 tuning into Radio Tanzania Dar es Salaam's English service to hear such BBC entertainment programmes as Round the Horne and My Word. And I well remember when I later lived in Zambia hearing recordings from the Aldburgh Festival or the Promenade Concerts being played on Zambia Broadcasting Service (ZBS), the state broadcaster.

But by this time, all relays of news broadcasts from the former colonial power had ceased. Nationalism required that the news at the very least should be wholly national in origin. What this meant in practice was very often the suppression of certain kinds of news, including anything that reflected badly on the people in power.

Meanwhile the external broadcasters began to build a strong reputation for reliable and accurate news. The BBC developed a very strong African journalism strand with programmes such as Focus of Africa and Network Africa whose reporting on Africa's events made these programmes required listening for anyone who wanted to know what was happening around the continent. Audiences to the BBC grew rapidly throughout the 1970s and 80s and even into the 90s. The same happened with Deutsche Welle and, after it had been relaunched in the early 1980s, Radio France Internationale. (There was a time when RFI virtually disappeared in the 1970s. After a decade of neglect and decline, it began to grow again and audiences followed, with great success.) RDP from Portugal also had a considerable degree of success in former Portuguese colonies but not until the 1990s when they began again to take seriously the idea of broadcasting to these countries.

But during the period between about 1965 and 1985, relays of BBC were minimal and there were very few countries taking any news services from RFI or Deutsche Welle either. The same applied to other developed country broadcasters such as Voice of America (VOA) and Radio Canada International (RCI). Several broadcasters continued to supply programmes of various kinds on tape. These included the BBC, DW, RFI, Radio Netherlands and several others. But these programmes were, almost without exception, outside the field of news and current affairs. They had to do with development issues, health, education, culture and such less controversial content. But they maintained contacts between European broadcasters and the African stations that were to be important later.

Deregulation of African broadcasting seemed at one time unimaginable. Remember what I said earlier about the dominance of the state in broadcasting in the 1960s. This persisted until the late 1980s. Even then it was broken only slowly and fitfully. And despite the emergence of hundreds of radio stations not under direct state control, the state still dominates and the state remains the main actor in broadcasting throughout the continent. But it was the process of deregulation that gradually allowed the BBC, RFI, VOA, RDP and others to re-establish rebroadcasting arrangements and facilities all over Africa. They can now be heard on frequency modulation (FM) in several capital cities and lesser towns all over the continent.

However, while these rebroadcasts are important in making these broadcast services more widely available, they are not the principal reason that these stations continue to attract large audiences in Africa. The large audiences achieved by these broadcasters date back to the period when they were entirely reliant on shortwave. And it remains true today that by far the greatest proportion of audiences to the major international radio broadcasters are reached on shortwave and not through local FM relays. Besides, and this is a point of major importance, FM relays can be, and often are, cut at a moment's notice. Political and other upheavals and controversies have suspended, restricted or ended FM relays of the BBC or RFI or others in Nigeria, the Democratic Republic of Congo, and Ivory Coast.

I mention all this not to make any point about the efficacy of the different forms of delivery, which would be the topic of a different lecture or presentation,[3] but to make the point that these news serv-

3 See Graham Mytton: International Radio Continues to Depend on Shortwave. An Evaluation of Its Myths of Decline. In: Oliver Zöllner (ed.): Targeting International Audiences. Current and Future Approaches to International Broadcasting Research (CIBAR Proceedings, Vol. 3). Bonn 2005, pp. 153–164.

ices on radio remain of great importance today in Africa. They almost certainly play a major role not only in informing Africa about itself but also at the same time of informing Africa of the rest of the world. In the excellent book on this topic, Festus Eribo noted in 1997 that foreign radio had a major importance in Nigeria is providing an alternative view of events in that country under its military dictatorship.

The Nigerian audiences … benefit enormously from such objective, fair and accurate reporting of local events in foreign media … The availability of international electronic media has rendered futile the censorship instrument of banning the circulation of foreign print media which were found to be critical of local policies and events.[4]

Interest in News Topics and Actual News Coverage

We know a great deal these days about media use in Africa. Largely as a result of surveys conducted mainly for the European and United States broadcasters, the VOA, BBC, RFI and DW, we have a detailed picture of media access and use in Africa. I don't propose to summarise this now, other than to say that it shows Africa south of the Sahara as an area where radio is the dominant medium for news. TV is growing fast but is still a long way behind radio in terms of both access and use. The press is also a long way behind. For example, a national survey in Zambia in 2002 showed that while 63% had a radio set at home, the equivalent figure for TV was 37%. The problem of comparing those two figures with data for the press is to decide what measure to use. And comparable data are difficult to find. However, results of the recently completed national survey in the Gambia, which I mentioned earlier, provide comparable data on daily and weekly use of the three principal media (Fig. 1).

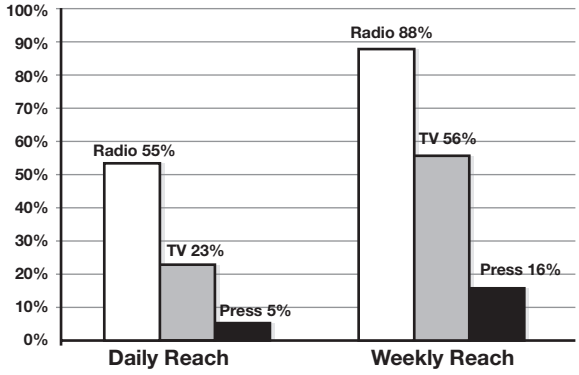


Figure 1: Daily and weekly reach of press, radio, and TV in the Gambia (2004, n=2,000)

I have left out the Internet. This is because usage is still very low, but what I do have are comparable data on the four media, radio, TV, press and the Internet in terms of ever being used. The national data for the Gambia are shown in the next chart (Fig. 2).[5]

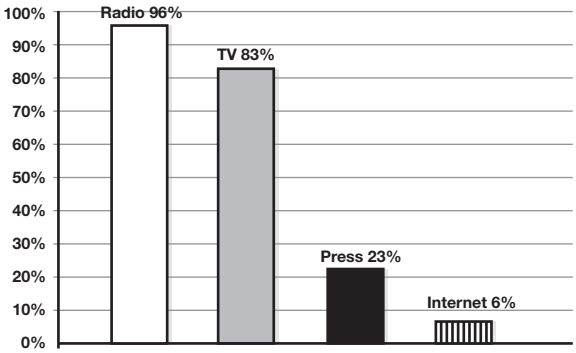


Figure 2: Media »ever used« in the Gambia (2004, n=2,000)

These are typical figures and are repeated with variations in all countries in Africa south of the Sahara and north of the Limpopo.

My purpose in providing these data here is to give context to a brief section on interest in different kinds of news, for it has been the practice for several years on surveys conducted for the BBC to ask questions about respondents' interest in different kinds of news or programme topics. Always top of the list of priorities comes local news – that is to say, news about the country in which the survey is taking place. Next comes news about the rest of Africa. What comes next varies greatly. Sport is usually high on the list as does news on issues such as health and science. News about European countries is not usually very high up the list, although it is certainly there and significant.

Unfortunately I don't have a lot of recent data and none that actually focus on the specific question of news about Europe. This is usually subsumed under a general heading of »Other International News« or »World News« to distinguish it from African news. But here for example are some figures from a survey in Mozambique in 2001. The base for analysis here is all radio listeners, and the question asked them to say what types of

4 Festus Eribo/William Jong-Ebot (eds.): Press Freedom and Communication in Africa. Trenton 1997, p. 70.

5 I am indebted to the Gates Foundation and the Gambian Centre for Innovation Against Malaria for permission to publish these results. The survey was conducted in support of a continuing national project to reduce the incidence of malaria using radio.

subject interested them on the radio. I have chosen to show just the top nine topics (Table 1).

National News	91%
Local News	85%
Entertainment	79%
Health	77%
Family Life	77%
Religion	75%
News of other African Countries	67%
International News	66%
Sport	58%

Table 1: Information interests (top nine topics) in Mozambique (2001, all radio listeners, n=1,372)

Africans are interested in international news, including news about Europe. But Europe is less important to them than their own country and less important to them than the rest of Africa. It is also of less interest than topics such as health, religion and matters concerning their home life. The above chart shows international news coming ahead of sport. That is not always the case and in several instances from recent surveys I have seen, sport, especially football, comes higher up the list.

Not much coverage of Europe in African media

How much coverage does Europe get in African media? The short answer is: not a lot. African radio and TV stations do not, with very few exceptions, have their own reporters or stringers in European countries. They rely on the agencies, mainly Reuters and Agence France Presse, and these come mainly via the national news agencies in the various countries. Africa's press similarly employs very few of its own reporters or stringers in Europe, although several enjoy the occasional facility visit to Brussels or other European capitals with funds from the European Union or individual countries. But as I noted earlier, we are seeing an increasing use of the Internet for news. Several of them have their own websites and you can read the content of several African media today on the web, but I am not referring to that very important development now. What an increasing number of them do is to use the resources of the Internet to supplement their news sources for stories from around the world, including Europe.[6]

Ideally I would have done some content analysis of African media especially for this conference. I would have taken several African media sources over a fixed period and analysed how much of their output was devoted to Europe and compared this to total output. But I believe that it would not have shown that there was very much coverage. However, in 2001 I did do some content analysis of media in one country, albeit a rather exceptional one, Somalia.

The European Union has been funding a programme in Somalia to train Somali journalists in both print and electronic media. The training until today has been done by the BBC World Service Trust. The EU always wants to know, quite properly, how its money is spent and so the BBC commissioned me to do some research, and this included doing some analysis of what the media actually reported. In August and September 2001 I took the entire output of as many Somali newspapers that I could get hold of, and as many radio stations' news bulletins that the BBC Monitoring Unit in Nairobi could record for me off air. Over the period of four weeks between the beginning of August and the beginning of September, I analysed over a thousand news stories in the press and on the radio from media published or broadcast mainly in Mogadishu, Bossaso and Hargeisa. The following chart (Fig. 3) shows the results. Of course, Somalia and the autonomous self-declared independent state of Somaliland have many problems that are very much local in scope and aspect and Europe is not going to be very high on their list of what matters. So the following analysis may not be typical. But it shows that an African country's media focus on what is important to its consumers and so perhaps it is not so exceptional.

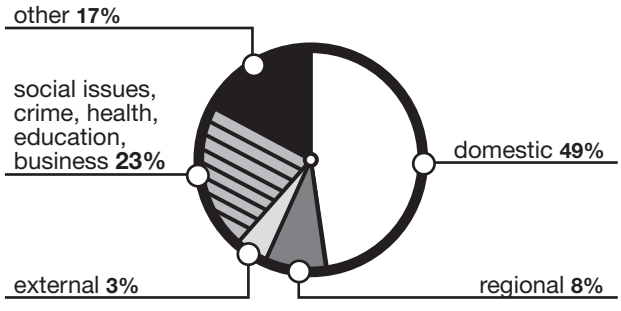


Figure 3: Content of news stories in Somali news media (August–September 2001, n=1,087)

6 For an excellent overview of the content of African media see Louise M. Bourgault: Mass Media in Sub-Saharan Africa. Bloomington 1995. Although written over ten years ago, her analysis and observations are largely true today.

Only 3% of all stories were about events happening outside the East African region. Very few actually were from other parts of Africa, and most were from Europe or the United States. Many had to do with Somalia, the United Nations or international issues to do with security and related matters.[7]

In most other countries in Africa we might see a slightly higher rating for international news in general and European news in particular. But the figure will rarely rise above 10%.

That project in Somalia is significant to the theme of this paper – how Africa sees Europe. Europe has been the continuing source of a great deal of training for press and broadcasting professionals. And I want to end with an observation by Festus Eribo in his book, referred to earlier. He believes that the strongest European influence in Africa's media has been through training and with it the spread of the idea of press freedom. He is not saying that Africa's press need to get lessons in freedom from Europe, but something rather more interesting and I believe positive.

Western education and language have been significant to the freedom of press in Nigeria, but the trenches in which the battles are being fought are dominated by Nigerians. The journalists are armed with Western libertarian and social responsibility media theories in addition to indigenous values. The availability of Western mass communication literature and research is the bedrock of intellectual yearning for press freedom. The literature also serves as the source of inspiration for press freedom in Nigeria.[8]

I feel sure that he would agree that the same point could be made about African media generally, not just Nigerian media.

Graham Mytton, Dorking, UK

7 Graham Mytton/Robert Fortner: A Baseline Content Analysis of Somali Media for the Somali Journalists Training Programme of BBC World Service. Report, London 2001.

8 Eribo/Jong-Ebot 1997 (as in footnote 3), p. 71.

RELATING RADIO – Das Radio als Beziehungskiste. Ein Tagungskonzept.

Englischsprachige Begriffe im Feld der Wissenschaft, stärker noch in Kunst und Kultur, als Label zu verwenden, hat meist etwas mit einem erhofften Zugewinn an »flow« des bezeichneten Gegenstandes zu tun. Das gilt auch für den Titel dieser Tagung. Im Allgemeinen entsteht dieser »flow« aus einer gewissen Unschärfe der Begriffe, zwischen intendierten, vermeintlichen und sich zufällig überlagernden Bedeutungen. Ganz besonders gilt dies, wenn man über Medien spricht, bildet doch hier die begriffliche Unschärfe das passende Pendant zum romantisch geprägten Bild von Medien als rätselhaften Mittlern, entweder aufgrund der Unschärfe des Empfangs, oder wegen der scheinbaren Mystik drahtloser Übertragung, der Unsichtbarkeit der Quelle, der gespenstischen Verteilung der Radiostimme usw. Und auch der Mythos der folgenreich verzerrenden oder enthüllenden Information trägt zu dieser Vorstellung bei.

»Relating Radio« ist ein Versuch, sich auf eine doppelte Unschärfe zu beziehen: Einerseits geht es im eben beschriebenen Sinn um das Radio als ein in paradigmatischer Weise mystifiziertes und mythologisiertes Medium. Andererseits findet sich nach 100 Jahren Ideengeschichte und mehr als 80 Jahren Sendepraxis des Radios eine enorme Fülle an ganz konkreten, gewöhnlichen und kaum spektakulären Verbindungslinien zwischen dem Radio und der Welt im Allgemeinen. Letztere sprechen unsere alltäglichen sozialen und ästhetischen Beziehungen zum Radio an, die in den erstaunlich beständigen Verweisen auf Bertolt Brecht genauso zum Ausdruck kommen wie in Fragen der Eignung und Nutzbarmachung für unkonventionelle künstlerische Formen.

In Bezug zum Radio steht so vieles; fast jede heute denkbare Tätigkeit, vom Frühstück über die Arbeit bis zum Einkauf[1] kann durch die Präsenz von Radio gekennzeichnet sein (und ist es auch nicht selten). Nicht alles was wir tun, betrifft auch das Radio ganz unmittelbar, aber es bieten sich heute dazu mehr Möglichkeiten etwa der technischen Interaktion als je zuvor, z.B. in digitalen Radioformen wie im Fall des Podcasting oder auch, ziemlich ana-

1 vgl. Thiermann, Sven: Mediale Entgrenzungen im Supermarkt. Zur Standort- und Funktionsbestimmung von Instore-Radio, in: Hellmann, Kai-Uwe; Schrage, Dominik (Hg.): Das Management der Kunden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S.177–195.

log, durch den enormen Zuwachs an Bürgerradios während der letzten Jahre. Mittelbar, also auf Umwegen, betrifft dann aber doch nahezu alles, was wir tun, auch das Radio, weil die Welt im Radio gespiegelt, radiophon gedoppelt auftritt, und es stellt sich natürlich die Frage, was dieser Eintritt ins Medium mit den Ereignissen, Sachen und Konzepten anstellt. Über das Radio wurden und werden auch immer wieder Geschichten erzählt, etwa von den verschiedenen Inbesitznahmen und Experimenten in der Vergangenheit. Dieser Blick zurück muss mit dem auf die Zukunft des Radios aktualisiert werden – und ist umgekehrt Anlass, den Blick nach vorne kritisch zu prüfen.

Radio als »Beziehungskiste« – dieses Sprachbild gibt es nur im Deutschen und es hätte deswegen gut gepasst, weil eben diese Kiste abhanden zu kommen scheint: Radio geht als technische Funktion in andere Geräte ein und verschwindet als Gegenstand – schon lang ist es aufgrund seiner Allgegenwart so banal geworden, dass es selbst als Werbepräsent kaum noch taugt. Was übrig bleibt ist am Ende vielleicht die reine Idee, das radiophone Beziehungsgeflecht – eine Struktur, das Radio betreffend.

Dass Medien Veranstaltungen über sich selbst organisieren, ist nicht ungewöhnlich. Schließlich wollen sie etwas über sich selbst erfahren, ein ganz und gar menschliches Bedürfnis. Dabei institutionelle Kooperationen einzugehen, ist zwar manchmal unbequem, aber naheliegend – besonders der Gang in Richtung Wissenschaft. In den Sozial- und Kulturwissenschaften blüht die Beschäftigung mit Medien, der unaufhörlich zunehmende Umgang mit Medien bewegt die Gemüter, hier gibt es Forschungsgelder, und für Medienthemen lässt sich leicht Öffentlichkeit herstellen. Aber auch in Richtung Medienkunst (im umfassenden Sinne) bestehen Anknüpfungspunkte. Die letzten Jahre brachten einen regelrechten Boom an temporären (Kunst-)Projektradios, regional und international, wie einige Beiträge der hier vorgestellten Tagung widerspiegeln werden, denn zum einen ist das Radio ein maßgeblicher Bestandteil des massenmedialen Geflechts und unseres medialen Alltags und daher facettenreiches Thema medienkünstlerischer Arbeit; zum anderen ist das Radio unter dem Konkurrenzdruck neuer Medien(praktiken) seit einigen Jahren auf der Suche nach neuen radiokünstlerischen Formen über Hörspiel und Radiokunst im engeren Sinne hinaus, und diese werden vielfach in intermedialen Verbindungen gesucht. Und selbst in diesem äußerst fragilen und spezifischen Medienbereich kommt die europäische Entwicklung in nicht wenigen Aspekten zeitlich nach wie vor nach der (nord-)amerikanischen.

Die Tagung »Relating Radio« prüft die Verbindungen von Radio sowohl zur Kunst als auch zur Wissenschaft auf Belastbarkeit. Im institutionellen Geflecht steht ein Medium im Ausgangspunkt: Radio Corax, ein nichtkommerzielles Lokalradio in Halle, das fast ausschließlich durch ehrenamtliche Tätigkeit betrieben und durch Rundfunkgelder (mehr schlecht als recht) grundfinanziert wird. Corax' Relevanz liegt weniger im publizistischen als im kulturellen und sozialen Bereich, wie das wohl für die meisten nichtkommerziellen Radios gilt. Diese allgemeingesellschaftliche Relevanz ist auch die Basis für die Ansiedlung zahlreicher Drittmittelprojekte an diesem Radio, sei es für die Unterstützung redaktioneller Prozesse oder für die Begleitung regionalen und überregionalen kulturellen Austauschs. Sie ist ebenfalls die Basis dafür, dass das Festival, das als Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes realisiert wird, Radio von Anfang an als gesellschaftliches und künstlerisches Gesamtphänomen reflektiert.

Das Ergebnis ist RADIO REVOLTEN, unter dessen Dach die Tagung »Relating Radio« stattfindet. Als »kleines Medium« suchte Radio Corax das Gespräch mit ganz verschiedenen weiteren Institutionen. So schlossen sich an die bestehenden Verbindungen zu nationalen und internationalen Bürgermedien-Verbänden Kooperationen mit dem Studienkreis Rundfunk und Geschichte, der Medienanstalt Sachsen-Anhalt und dem Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Halle an. Das Nebeneinanderstehen dieser Institutionen bzw. Sichtweisen drückte sich bereits in der Zusammensetzung der Tagungsjury aus: Sabine Breitsameter (eine der Kuratorinnen von RADIO REVOLTEN und Professorin für Sound in Darmstadt und für experimentelle Klanggestaltung in Berlin), Reinhold Viehoff (Professor für Medienwissenschaft in Halle und aktives Mitglied des Studienkreis Rundfunk und Geschichte), Christiane Mennicke (Leiterin des Kunsthauses Dresden), Dieter Daniels (Professor für Kunstgeschichte und Medientheorie in Leipzig und Direktor des Ludwig Boltzmann Instituts in Linz) sowie Golo Föllmer und Sven Thiermann (beide Radiopraktiker, Medienforscher und Kuratoren im audio-/radiokünstlerischen Bereich) als Tagungsleiter vom Produktionsteam RADIO REVOLTEN.

Aber nicht nur die wissenschaftlichen Perspektiven sind vielfältig, sondern der wissenschaftliche Blick wird hier auch durch den komplementären künstlerischen Blick ergänzt. Das erkennt man vielleicht am besten daran, dass sich die Schwerpunkte der Tagung »Relating Radio« unmittelbar aus den übergreifenden konzeptionellen Fragen des Festivals ergaben. Ganz oben über den Diskussionen zur Ausrichtung des Programms an Ausstellungen, Performances und Sendungen stand schon früh die irritierend allgemeine Frage nach der Zukunft des Radios. Diese machte sich fest an der Verdichtung von Umwälzungen seit Mitte der 1990er Jahre. Neben politischen Umbrüchen im ehemaligen Ostblock brachten neue Technologien gleich eine ganze Reihe neuer Radiokonzepte mit sich: Internetradio, digitaler Rundfunk und Podcasting bescherten in verschiedenen Lagern Schübe euphorischer Aufbruchsstimmung. Und während diese Innovationen sich zumindest in den ersten beiden Fällen als erheblich weniger tragfähig erwiesen, als erhofft, machten Hörerzahlen überraschenderweise deutlich, dass das Radio auch angesichts massiver Konkurrenz durch alte und neue Medien zumindest quantitativ partout nicht sterben will.

Was bei den Diskussionen um die revolutionären neuen Konzepte ebenfalls deutlich wurde, war der Umstand, dass die Konzepte zwar revolutionär, aber tatsächlich nur zu geringen Anteilen neu waren. Die Öffnung der Sendekanäle wie auch die Fundierung der neuen Radiopraktiken in Grassroots-Aktivitäten zur Jahrtausendwende waren knapp 100 Jahre zuvor in sehr ähnlicher Weise schon einmal geschehen oder gefordert worden. So entstand das Bild von einer nicht abreißenden Serie von Umbrüchen und Revolten, die ein Medium begleiten – und am Leben halten. Und es stellte sich natürlich die Frage, inwiefern sich die jeweiligen Visionen decken, inwiefern sie mittlerweile als umgesetzt gelten können und welche noch auf ihre Umsetzung warten, wo also Potenziale des Radios schlummern.

Wie divers die künstlerischen Ansätze in Bezug zum Radio – relating radio – sind, zeigt sich daran, dass Fragen zur Kunst des Radios nicht ausschließlich im Panel »Radio und Kunst« vertreten sind, sondern auch zu »Community«, »Access« und »East-Side« existieren radiokünstlerische Projekte und werden dementsprechend dort diskutiert. Im Panel »Radio und Kunst« geht es daher um die allgemeine Frage, wie das Radio als produktive Struktur »initialisiert« werden kann und wie es in seinen Einsatzformen als künstlerische Struktur funktioniert, wie es konkret benutzt wird und wie es sich den technischen und institutionellen Wandlungen entsprechend verändert. Die weiteren Fragen ergeben sich von selbst: Solange es Medien in welcher Form auch immer gibt, stellt sich die Frage, wer sich ihrer bedienen kann und darf. Die daraus abgeleitete Forderung nach neuen Formen des Zugangs (»Access«) zu den produktiven Mitteln und vor allem zu den Sendekanälen des Radios ist es, die neue Konzepte wie das Podcasting entstehen lässt. Unmittelbar damit verbunden ist die Frage nach deren gesellschaftlichen Effekten, nach den Möglichkeiten, die sich durch zugangsoffene Medienstrukturen für die Gemeinschaft (»Community«) ergeben. Und schließlich sind politische Umwälzungen in Osteuropa Ursache für vielerlei mediale Veränderungen, die von der »East-Side« auch in den Rest der Welt hineinstrahlen und daher keinesfalls nur dort Relevanz haben, sondern zum einen als paradigmatische Beispiele weltweite Tendenzen besonders deutlich aufscheinen lassen, zum anderen in der Differenz die (nicht immer zurecht für selbstverständlich erachteten) Eigenschaften der westlichen Radiomodelle noch einmal klarer vor Augen führen.

Im Tagungsprogramm spiegelt sich die Parallelisierung von Sichtweisen und institutionellen Kontexten wider: Die einzelnen Beitragenden wurden nicht als ‚Vertreter' eines Typs von Institution, sondern als Repräsentanten eines Diskurses ausgewählt, der in ihrem Arbeitsumfeld geführt wird. Im Ergebnis stehen dezidiert politische neben ästhetischen, pragmatischen und historisch einordnenden Positionen das Radio betreffend. Wenn dabei Radiomacher, Künstler und Wissenschaftler (nicht selten auch in einer Person vereint) sich gegenseitig zuhören und verständigen, könnte dies dazu beitragen, die oftmals engen formalen und logischen Grenzen des eigenen institutionellen Kontextes zu überschreiten – auch eine Art Beziehungsarbeit mit und durch das Radio.

Golo Föllmer (Halle/Saale)
Sven Thiermann (Berlin)

»Relating Radio«
4.–5.10.2006 in Halle
Das ausführliche Tagungsprogramm
ist erhältlich unter:
http://www.radiorevolten.radiocorax.de/files/RR_Flyer_RZ.pdf
Anmeldungen bitte bis 22.9.2006 unter:
http://radiorevolten.radiocorax.de/kongress/anmeldung/

Nur Kiezgeschichten aus dem Global Village? Ein Spaziergang in der Blogosphäre.

Kürzlich las ich über eine neue Ich-Manie im Internet: »So entblößen sich Abermillionen im Netz – mal als Besserwisser bei Wikipedia & Co, mal im eigenen Online-Tagebuch, mal ganz profan mit verhuschten Nacktfotos vor der heimischen Schrankwandkombination.«[1] Gehören also die Online-Tagebücher, wie Weblogs oft genannt werden, zur rein unwissenschaftlichen, zur privaten, zur »verhuschten« oder maximal kommerzialisierten Seite des Internet? An privaten Online-Entblätterungen bin ich nicht interessiert, aber Wikipedia ist als Lexikon für mich geradezu unersetzbar geworden. Insbesondere für die digitale Welt sind die Informationen aktueller als jeder mühsam zu recherchierende Grundsatzartikel. Sie sind gut strukturiert, und sie enthalten eine Vielzahl von Netz- und Literaturverweisen, die letztlich auch zur Verifizierung der angebotenen Inhalte beitragen. Und wie sieht es mit den Weblogs aus?

Wikipedia bringt es definitorisch auch hier auf den Punkt: »Ein Weblog, […] oft einfach nur Blog genannt, ist eine Webseite, die periodisch neue Einträge enthält. Neue Einträge stehen an oberster Stelle, ältere folgen in umgekehrt chronologischer Reihenfolge.«[2] Diese Einträge können kurze Web-Links sein, Kommentare zu Fundstücken im Netz enthalten, oder ganze Kurzgeschichten sein. Das schließt Tonmaterial, Fotografien oder Videoschnipsel ein. Weblogs waren seit Mitte der 1990er Jahre zunächst vor allem kommentierte Linklisten, eben Online-Logbücher, die die Reise der jeweiligen Kapitäne durchs Internet dokumentierten. Es entwickelten sich schnell persönliche Netz-Tagebücher sowie format- und themengebundene Weblogs. Seit mehreren Jahren gibt es recht einfach zu handhabende Programme, mit denen man sich ein eigenes Weblog basteln kann. Das wiederum hat seit einigen Jahren zur weiten Verbreitung, professionellen Anerkennung und Ausdifferenzierung von Weblogs geführt. Inzwischen gibt es Vlogs (Videologs), Warblogs (Kriegstagebücher), Linkblogs (thematische Linklisten in Blogform), Watchblogs (medienbeobachtende Blogs) und vieles andere mehr. Eine andere, zwar weniger sachliche und dennoch sehr treffende Charakterisierung der Weblog-Welt gibt Monika Porrmann, Journalistin der Frankfurter Rundschau und www.dailymo.de-Gastgeberin: »Da gibt es Wort- und Rädelsführer, Großmäuler und stille Wasser, Individualisten, Kuschelgruppen, Vereine und Cliquen. Es gibt Politblogger, Strickblogger, Buch-, Film- und Technikblogger, vor allem aber Querbeet-Blogger. … In Klein-Bloggersdorf geht es nicht anders zu als in jedem real existierenden Kaff.«[3]

Auf der Suche nach für einen Medienhistoriker nutzbaren Ressourcen in der Weblog-Welt empfängt mich freundlich das »Recherchen-Blog«[4]. Die Schweizer Webseite dreier Infobroker, also professioneller Rechercheure, hat folgendes Credo: »Grundsätzlich berichten wir vor allem über Infoquellen, die kostenlos zugänglich sind und unseren Lesern dadurch einen hohen Nutzen bringen. Darüberhinaus verraten wir Tipps und legale Tricks, wie auch mit kommerziellen Fachdatenbanken aktiv Geld gespart werden kann.« Die Seite ist in zwei Säulen geteilt, auf der rechten Seite finden sich in einfacher Struktur Links zu Suchkategorien wie Pressearchive/Onlinearchive, Fachblogs oder Internetrecherche. Dahinter wiederum sind die Einträge der »Recherchenblogger« mit den entsprechenden Links zu finden. Zur Recherchen-Kategorie »Serie Fachblogs« finden sich hier beispielsweise als aktuelle Information der Hinweis auf eine Magisterarbeit über »Weblogs in der Wissenschaft« und der dazugehörige externe Link. Die Recherchen-Kategorie »Pressearchive/Onlinearchive« berichtete zuletzt von dem Onlineprojekt der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR-Archive. Die Nachricht stammt aus einem anderen Weblog, dem »Netbib-Weblog«. Selbstverständlich sind die Texte auf dem Rechercheblog mit Netbib, mit der Startseite der SRG SSR-Archive und mit einzelnen Unterkapiteln verlinkt.

Bereits die Hauptseite des »Recherchen-Blogs« enthält neben diesen internen Verlinkungen auch externe Links ins Netz, Links zu empfohlenen Blogs[5], Feedlinks, Newslinks und selbstverständlich Kommentarlinks.

Die dahinter liegenden vernetzten Strukturen sprachlich zu vermitteln, gestaltet sich allerdings recht schwierig. Betrachtet man das »Recherchen-Blog« als einen Marktplatz in »Klein-Bloggersdorf«, von dem verschiedene Verkehrsschilder in unter-

1 Frank Hornig: „Du bist das Netz!« Spiegel 29/17.7.2006, S.62.
2 http://de.wikipedia.org/wiki/Weblog. Abruf 30.7.2006.
3 http://www.fr-online.de/blogs/?em_cnt=654255. Erschienen am 23.3.2005, letzter Abruf 30.7.2006.
4 http://recherchenblog.ch/
5 Ein weiterer nützlicher Link ist hier etwa der Archivalia-Blog unter http://archiv.twoday.net, letzter Zugriff am 30.7.2006.

schiedlichste thematische Richtungen der Internetwelt zeigen, dann verbergen sich hinter den angegebenen Links eben weitere Marktplätze, die wiederum in die unterschiedlichsten Richtungen weisen, mal zu Vergnügungsparks und manchmal auch in Einkaufszentren. Das ist ein Unterschied zu den Internetportalen, die zwar auch externe Links enthalten, ihre eigentlichen Informationen jedoch eher bündeln als verknüpfen. Deshalb steht an dieser Stelle der einfache Hinweis: Ein Besuch lohnt sich.

Das »Jonet-Medienlog« ist mein letzter Anlaufpunkt im kurzen Netzspaziergang. Die Journalisten-Website beinhaltet vor allem das Medienweblog[6], auf dem tagesaktuell sämtliche Zeitungen nach Nachrichten zu Medienthemen ausgewertet und als Linkliste eingestellt werden. Doch mich interessiert die Archivrecherche. Interessant an den Weblogs ist ja, dass die neuesten Einträge grundsätzlich ganz oben stehen. Damit trägt jedes Blog sein Verfallsdatum wie auf die Stirn gedruckt. Man spart sich die Suche nach der »letzten Aktualisierung«, man sieht auf den ersten Blick, ob es sich um frisches Obst oder angetaute Ware handelt. »Jonet« ist selbstverständlich brandaktuell, aber hier gibt es eben auch eine Archivsuche. Die meisten Weblogs enthalten ihre eigene Archivierung an prominenter Stelle: nach Tagen sortiert oder mit einer einfachen Suchabfrage. Das bedeutet ganz medienwissenschaftlich beobachtet: Hier schreibt das schnelllebigste Medium seine Archivierung gleich mit. Bei »Jonet« funktioniert das für ältere Einträge nur noch wie ein Findbuch oder ein elektronischer Aufsatznachweis. Denn, wenn man einen Suchbegriff eingegeben hat, erscheinen zwar noch alle Links und das Veröffentlichungsdatum. Die weiter zurückliegenden Inhalte sind jedoch oft auf den Verweisplattformen bereits gelöscht oder in das – jetzt kostenpflichtige – Zeitschriftenarchiv verschoben. Immerhin waren im Juli[7], also acht Wochen nach Eröffnung des Berliner Fernsehmuseums, bei der Suche nach dem Stichwort »Fernsehmuseum« noch 12 von 13 Links nutzbar und enthielten Beiträge der Printmedien wie FAZ und SZ, Beiträge von Deutschlandradio Kultur sowie netzexklusiver Anbieter wie der Netzeitung: ein schönes multimediales Ergebnis, wie ich finde.

Eine Suche nach gleichem Stichwort erzeugt bei der Blog-Suchmaschine »Technorati«[8] 26 Treffer. Drunter befinden sich Kommentare wie: »Wenn irgendwas zum alten Eisen gehört, kommt es eben ins Altersheim oder ins Museum. Obwohl es viel sinnvoller wäre, für alle Beteiligten, es einfach zu entmaterialisieren. Zack weg, nie da gewesen. Leider geht das nicht so einfach. Daher kann man jetzt 50 Jahre Fernsehgeschichte in der dritten und vierten Etage des Filmhauses Revue passieren lassen. Aber wer will das schon?«[9] Neben Presse- und Zeitschriftenaufsätzen findet sich auch das Online Grimme Award-Preisträger-Blog »Ehrensenf«[10]. Die Internet-Nachrichtenshow wird auf den 10.Jahrestag der Gründung des Fernsehmuseums vorverlegt und Moderatorin Katrin Bauerfeind zeigt den Besuchern die Dekoration von »Ehrensenf« (»Aber bitte nicht berühren. Das ist Sperrholz«), das als mediale »Eintagsfliege« in selbige Geschichte eingegangen sei.

Fazit: Nein, Blogs sind nicht in etwa das Gleiche wie Portale oder Netzzeitungen. Sie besitzen meist eine sehr einfache Oberfläche, sie sind jedoch in der Tiefe zeitbezogener und interaktiver als die anderen Webformate. Vor allem thematisch bieten sie neben riesigen Bandbreiten sehr große Differenzierungsmöglichkeiten. Jedem sein Dorf: The Global Village erfindet sich seine Kiezgeschichten. Und die müssen nicht unwissenschaftlich sein.

Steffi Schültzke, Halle/Saale

6 http://www.jonet.org/showlog.html, letzter Zugriff am 30.7.2006.
7 Letzter Zugriff auch hier am 30.7.2006.
8 http://www.technorati.com
9 „Ach, wat is dat schön« von Lars Roth In: http://kunst.germanblogs.de/archive/2006/07/05/l4g01iege73a.htm#fulltext , letzter Zugriff am 30.7.2006.
10 http://www.ehrensenf.de/2006/06/01/im-fernsehmuseum/?vid=WMV, letzter Zugriff am 30.7.2006.

Rezensionen

Internet-Rezension
Das Netzwerk Mediatheken

Wer sich heute in Deutschland auf die Suche nach historischen Filmen und Fernsehbeiträgen macht, muss nicht nur einen fast schon kriminalistischen Spürsinn aufbringen, sondern auch über ausgewiesene Insiderkenntnisse verfügen, sieht er sich doch einer geografisch unübersichtlichen und in sich heterogen strukturierten Archivlandschaft gegenüber. Heterogen sowohl hinsichtlich der Bestände und deren Trägerschaft wie auch in Hinblick auf den Grad ihrer Erschließung und die Form ihrer Zugänglichkeit. Eine oftmals mangelhafte personelle wie finanzielle Ausstattung vieler Archive, unterschiedliche Gebührenordnungen sowie fehlende oder unzureichende Findmittel erschweren darüber hinaus den Zugriff auf das anvisierte Material.

Anfang 1994 unternimmt das Bundesarchiv Koblenz den ersten großen Versuch einer Erhebung aller deutschen Archive, die über Film- und Videobestände verfügen. Erfasst und 1996 in einem voluminösen Materialband veröffentlicht werden knapp 1.000 Einrichtungen.[1] Dass diese Kompilation keineswegs den Anspruch der Vollständigkeit für sich erheben kann, zeigt unter anderem eine vier Jahre später erfolgte Umfrage des Filmverbandes Sachsen e.V., die allein für dieses Bundesland 183 Bestandsträger auflistet.[2] Die Erhebung des Bundesarchivs hatte für Sachsen nur 43 relevante Archive ermittelt. In der Folge sind es dann in erster Linie auch regionale Initiativen, die die mediale Archivlandschaft weiter erschließen.[3]

Angesichts dieser Zahlen und Sachlage stellt sich die Frage nach der Relevanz einer zentralen Deutschen Mediathek, wie sie seit 1986 auf eine Initiative des Dokumentarfilmers Eberhard Fechner hin betrieben wird und bis heute zu keinem stimmigen Ergebnis gekommen ist[4]. Wäre es da nicht opportuner und der komplexen und föderativen Struktur des deutschen Archivwesens adäquater, die zur Verfügung stehenden Kompetenzen und Mittel in die Erschließung und den Ausbau der bestehenden archivarischen Infrastruktur und deren Vernetzung zu investieren? Ein Ziel, wie es schon ansatzweise in den ersten Planungen zu einer Deutschen Mediathek formuliert und in einer Projektskizze des Gründungsbeauftragten Helmut Drück aus dem Jahre 1995 ausdrücklich gefordert wird.[5]

Einen solchen Versuch der Vernetzung unternimmt das 2002 gestartete Internetportal »Netzwerk Mediatheken«, das gemeinsam vom Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) und der Stiftung Haus der Geschichte (HdG) betrieben wird. Erklärtes Ziel dieses Projekts ist »die dezentral-vernetzte Sicherung, Bewahrung, Erschließung und Bereitstellung audiovisueller Quellen und Materialien als bedeutendes Kulturgut für die interessierte Öffentlichkeit, im Speziellen für Erziehung, Unterricht, Wissenschaft, Forschung, Lehre und Kunst«[6]. Diesen Anspruch gilt es im Folgenden zu überprüfen.

Das Portal wird über sechs Hauptmenüpunkte erschlossen: »Ziele«, »Partner«, »Termine«, »Projekte«, »Publikationen« und »Recherche«.

Unter »Partner« findet sich eine Liste von über 40 teilnehmenden Institutionen, zu denen neben den beiden bereits genannten auch die Bundeszentrale für politische Bildung, das Goethe-Institut, das IWF - Wissen und Medien gGmbH, das ZKM – Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe, zahlreiche Museen und Medienarchive in universitärer, kommunaler und Landes- sowie Einrichtungen in privater Trägerschaft, wie das Klaus-Kuhnke-Archiv für populäre Musik gGmbH gehören. Mit dem Arbeitskreis Filmbibliotheken ist zudem der Anschluss an ein weiteres bestehendes Netzwerk gefunden. Zu den meisten Partnern kann eine zusätzliche Informationsseite über das jeweilige Haus und seinen Medienbestand aufgerufen sowie, wo vorhanden, auf deren Datenbanken gelinkt werden. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Infoseiten war offenbar den Archiven selbst überlassen worden, was sehr uneinheitliche Ergebnisse zur Folge hat: So finden

---

1 Topographie audiovisueller Quellenüberlieferung – Film- und Videobestände in Archiven und archivischen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, bearbeitet von Verena Bockhorn, Helmut Morsbach, Silke Ronneburg und Wolfgang Schmidt (= Materialien aus dem Bundesarchiv Heft 3). Koblenz 1996.

2 Bewegte Bilder – Film- und Videobestände in Sachsen, hrsg. vom Filmverband Sachsen e.V., Dresden 2000.

3 Siehe u.a.: Filmschätzen auf der Spur. Verzeichnis historischer Filmbestände in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv. Düsseldorf 1997 und Filmschätze in Baden-Württemberg, hrsg. vom Haus des Dokumentarfilms. Stuttgart 2002.

4 Kramp, Leif: Happy-End im Trauerspiel? Die Entwicklungsgeschichte der »Deutschen Mediathek« und Perspektiven für ein »Deutsches Fernsehmuseum«. In: RuG Jg. 31 (2005), H. 3/4, S. 5–19.

5 Ebenda 2005, S. 12.

6 www.netzwerk-mediatheken.de/zielsetzung/ziel.html

sich auf der Seite zum Haus der Geschichte zwar ausführliche Informationen über den Einsatz audiovisueller Medien in den Ausstellungen des HdG, aber kaum Angaben über Zugang und Sichtung der Bestände für externe Nutzer. Hier wäre die Anwendung eines standardisierten Fragebogens, wie er im Falle der oben genannten Buchveröffentlichungen durchgängig üblich war, sinnvoll gewesen.

Bei der Durchsicht der Partner fällt das Fehlen wichtiger deutscher Medieneinrichtungen auf. So vermisst man etwa die Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung und die Transit-Film mit ihren immensen Filmbeständen vor 1945, wie auch die DEFA-Stiftung und den Progess-Film, die wichtigsten Ansprechpartner und Archive für das DDR-Kino. Alle vier genannten Institutionen stellen auf ihren Internetseiten Bestandsabfragen und in ihren Häusern Sichtungsmöglichkeiten ihrer Medienbestände zur Verfügung.[7] Auffällig auch der fehlende Hinweis auf das Internetportal Filmportal.de, ein Projekt des Deutschen Filminstituts – DIF e.V. in Zusammenarbeit mit CineGraph – Hamburgisches Centrum für Filmforschung e.V. und Mitgliedern des deutschen Kinematheksverbundes und den Verbänden der Filmwirtschaft, das nach eigenem Bekunden eine Datenbank mit Archivnachweisen zu 38.000 deutschen Filmen zur Verfügung stellt.[8] Dies überrascht umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass das DIF Mitglied des hier besprochenen Netzwerkes ist.

Vergeblich sucht man darüber hinaus auch die deutschen Fernsehanstalten unter den Partnern. Zwar finden sich unter »weitere Partner« erstaunlicherweise das ARD-Hauptstadtstudio und die Dokumentations- und Archivabteilung des WDR, doch sind zu beiden Einrichtungen keine weiteren Informationen hinterlegt und die Links führen nicht auf deren Archivbestände, sondern nur auf die Startseiten der beiden Sender. Hinweise auf die privaten Sender fehlen zur Gänze. Damit erweist sich der bisherige Korpus an Netzwerkpartnern als ausgesprochen rudimentär.

Unter den Rubriken »Termine«, »Projekte« und »Publikationen« findet man entsprechende Einträge zu den gelisteten Netzwerkpartnern. Alle durchweg informativ und tagesaktuell.

Den für den Nutzer des Portals größten Mehrwert bietet sicherlich die Rubrik »Recherche«. In der Unterkategorie »Datenbanken« werden alle von den Netzwerkpartnern zur Verfügung gestellten Online-Datenbanken aufgelistet und Links zu diesen angeboten. Die Unterkategorie »A–Z« bietet eine alphabetische Schlagwortsammlung, die offensichtlich nicht redaktionell erstellt, sondern den Netzwerkpartnern überlassen worden war. Die Auswahl der hier verwendeten Begriffe wirkt unkoordiniert und willkürlich. Einträge wie »Akusamtische Musik«, »Musik für Lautsprecher« oder »Postkutsche« erschließen sich in ihrer Intension nur dem Insider. Zum Teil schon kurios auch die Zuordnung der Netzwerkpartner zu den Schlagworten. So findet man unter dem Stichwort Kino allein das Goethe-Institut, wo man zumindest die Stiftung Deutsche Kinemathek und das Filmmuseum Berlin erwartet hätte, unter Künste erstaunlicherweise nur das IWF, aber keinerlei Hinweis auf das ZKM oder die Kunsthochschule für Medien in Köln, allesamt Netzwerkpartner. Nicht nur hier wären eine stringentere redaktionelle Betreuung des Portals und die Anwendung eines systematischen und benutzerorientierten Thesaurus dringend anzuraten.

Das erklärte Ziel des Internetportals »Netzwerk Mediatheken« ist zu begrüßen, nämlich durch die gemeinsame Allianz Kompetenzen und Wissen zu bündeln, den beteiligten Institutionen eine kommunikative Plattform zu schaffen und die Medienbestände einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es wäre somit wünschenswert, wenn das Netz an Partnern kontinuierlich ausgebaut würde. Ob eine solche Erweiterung intendiert ist, ist nicht zu erkennen. Wenn es darüber hinaus dann noch gelänge, die allein schon durch die unterschiedlichen Trägerschaften und finanziellen Handlungsrahmen der Archive gegebenen Divergenzen in der Erschließung, Sicherung und Dokumentation des Archivgutes auf gemeinsame Standards zu harmonisieren sowie eine übergreifende Benutzer- und Gebührenordnung zu erwirken, wäre tatsächlich ein »zukunftsorientiertes Handlungskonzept«[9] erreicht.

Thomas Hammacher, Essen

7 Siehe hierzu: www.murnau-stiftung.de, www.transit-film.de, www.defa-stiftung.de, www.progress-film.de

8 www.filmportal.de

9 www.netzwerk-mediatheken.de/zielsetzung/ziel.html

Manfred Kops (Hrsg.)
Der Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
(= Beiträge des Kölner Initiativkreises öffentlicher Rundfunk, Band 2)
Münster: Lit-Verlag 2005, 181 Seiten.

Martin Stock
Das deutsche duale Rundfunksystem: Alte Probleme, neue Perspektiven.
(= Schriften zum Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht, Band 31)
Münster: Lit-Verlag 2004, 118 Seiten.

»Im kommerziellen Sektor des Dualen Systems wird die Public Service-Konzeption des Rundfunks wesentlich, systematisch und notwendig verfehlt«. Diese – nicht unbedingt neue – Feststellung, die Rossen-Stadtfeld innerhalb des von Manfred Kops herausgegebenen Bandes ausführt, um die öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit für Kultur im Rahmen des dualen Rundfunksystems zu begründen, wird in einer anderen Publikation des Lit-Verlages von Martin Stock ausführlich erläutert. Während die zuerst genannte Schrift zum Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine Tagung des Initiativkreises öffentlicher Rundfunk in Köln zurückgeht, hat Stock, ebenfalls Mitglied des Initiativkreises, den Band »Das deutsche duale Rundfunksystem: Alte Probleme neue Perspektiven« in der Reihe zum Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht herausgegeben. Beide ergänzen sich hervorragend.[1]

Stocks Schrift ist eine pointierte, gleichermaßen parteiliche – parteinehmend für eine konsequente Umsetzung des normativ geprägten Rundfunkfunktionsauftrages – wie kritische und desillusionierende Analyse dessen, was als Bilanz des dualen Systems zu ziehen ist.

Von der Grundidee der funktionsadäquaten Ordnung, nämlich einen publizistischen Qualitätswettbewerb und darauf fußend ein funktionstüchtiges duales System zu schaffen, ist laut Stock nach 20 Jahren wenig übrig geblieben. Seinen Funktionsbegriff, den Stock im Verlauf des Bandes anhand der Rundfunkentwicklung in Nord-Rheinwestfalen überprüft, entwickelt er aus der vom Bundesverfassungsgericht begründeten Rundfunkfunkfreiheit als einer dienenden Freiheit, die er als Funktionsgrundrecht bezeichnet, das auch für den privaten Sektor zu gelten hat.

Dass dies umzusetzen aber keinesfalls gelungen ist, macht er an der Analyse des Landesmediengesetzes in NRW deutlich. Stock beschreibt die Schwierigkeiten der Regulierung ebenso wie die inhaltlichen Eckpunkte und Schwachstellen, die Negativentwicklungen sowohl auf Seiten des privaten wie auf Seiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur Folge hatten. Dies seien einerseits Defizite bei der Ausgestaltung der Programmaufsicht durch die Landesmedienanstalten, wie sie durch das neue Landesmediengesetz in NRW geschaffen worden seien. Stock argumentiert, dass noch nicht absehbar sei, ob man auf dieser Grundlage die verfassungsrechtlichen Standards auch im privaten Sektor im ausreichenden Ausmaß realisieren könne. Auf der anderen Seite wirke der ökonomisch-publizistische Wettbewerb innerhalb des dualen Systems auf die Programmgestaltung im öffentlichen Sektor, was gerade im Unterhaltungssektor zu einer Dominanz quotenträchtiger Massenprogramme jenseits von öffentlich-rechtlichen Qualitätsstandards führe.

Es ist das Verdienst dieser Schrift, dass sie es nicht bei dieser deprimierenden Analyse belässt, sondern vielmehr aufzeigt, welche Handlungsalternativen verbleiben. Stock empfiehlt eine Reflexion über Programmauftrag und Programmgrundsätze, die sensibel ist für die Risiken, die sich im dualen System ergeben.

Sein Ansatzpunkt ist hierbei die notwendige Orientierung der Öffentlich-Rechtlichen an einem Qualitätsbegriff, den es noch zu konkretisieren gelte und dem durch die neuen gesetzlichen Instrumente »Selbstverpflichtung« und »programmliche Selbstbindungen« neue Dynamik zu geben sei. Im Ergebnis könne es dann vielleicht zu einer Erneuerung des dualen Systems kommen, das in der Zukunft möglicherweise einen asymmetrischen Charakter bekommen werde: ein stabiler öffentlicher Sektor, der Qualitätssicherung als permanente Herausforderung ernst nimmt und der einen im Seichten ausufernden privaten Sektor auszugleichen in der Lage ist.

1 Der Initiativkreis öffentlicher Rundfunk setzt sich nach eigenen Angaben mit Veranstaltungen, Tagungen und Publikationen für einen leistungsfähigen öffentlichen Rundfunk ein und begleitet insbesondere rechtliche Rundfunk-Debatten. Neben dem Initiativkreis Köln, dem vor allem ehemalige Mitglieder des WDR aber auch Wissenschaftler angehören, gibt es noch zwei weitere Kreise in München und Berlin. Es sei der Transparenz halber angemerkt, dass die Rezensentin ebenfalls dem Initiativkreis öffentlicher Rundfunk angehört. Ihr wurde die Rezension angetragen, bevor sie dem Kreis beitrat.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt, den öffentlichen Sektor zu stärken und zu stabilisieren, ist sein Kulturauftrag. Doch was verbirgt sich hinter diesem viel genutzten Begriff, der die Gebühren rechtfertigen muss, Programmziele definiert und von jeweils interessierter Seite anders ausgelegt wird? Wie ist der Stellenwert der Kultur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus rechts- und medienwissenschaftlicher Sicht zu bestimmen? Wie erfüllt er seinen Kulturauftrag? Und wie ist der Stellenwert der Kultur im Programmangebot zu bestimmen? Die im Januar 2005 vom Initiativkreis öffentlicher Rundfunk in Köln veranstaltete Tagung sollte hier Klärung bringen. Einig war sich die Mehrheit der Redner auf dieser Tagung darin, dass es wenig zum Ziel führend sei, einen Begriff der Hochkultur gegen einen anderen auszuspielen, der sich daran orientiert, was in breiteren Schichten der Bevölkerung an Kultur goutiert bzw. dafür gehalten wird.

Zu erwarten war angesichts der Gastgeber und der Referenten, dass im Ergebnis der öffentlich-rechtliche Rundfunk als wichtiger Kulturträger definiert werde. Doch wie ist die diesbezügliche Argumentation und Beweisführung? Nimmt sie auch Defizite in den Blick?

Es gerät zu einem Manko des Tagungsbandes, dass der überwiegende Teil der Beiträge die Klärung aus einer grundlegenden Haltung der Verteidigung heraus vornimmt. Das gilt insbesondere für die Beiträge, die punktuell deskriptiv über die Aktivitätsfelder des WDR die hervorragenden Kulturleistungen dieser größten der öffentlich-rechtlichen Anstalten schildern. Sie bieten gute Argumente für die Perspektive, dass und wie öffentlicher Rundfunk den Kulturauftrag realisiert, lassen aber naturgemäß eine Analyse der Schwachstellen vermissen. Das wird auch in den Diskussionsbeiträgen zu den Vorträgen dokumentiert. Auch der Beitrag von Josef Eckhardt, der über einen langen Zeitraum seit Beginn des Rundfunks empirische Erkenntnisse zu Angebot und Rezeption kultureller Programme darlegt, bietet diesen Fokus nicht.

Und Ingrid Haas, die aus Sicht des privaten Rundfunks Desiderate für Kulturprogramme im öffentlichen Rundfunk beschreibt, bringt ebenfalls keine neuen Impulse, da ihre Ausführungen zu offensichtlich von dem Interesse dominiert sind, Hochkultur in Nischenprogrammen zu proklamieren.

Kritisch analysiert Heinrich Bleicher-Nagelsmann den gegenwärtigen Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrags und zeigt Lücken auf, die der schwierigen Gratwanderung zwischen kulturellem Anspruch des öffentlich-rechtlichen Programms und dem Versuch, Massenattraktivität zu wahren, geschuldet sind. Er plädiert dafür, das Verfahren zur Quotenmessung grundsätzlich zu revidieren, damit der öffentliche Kulturauftrag neu bewertet werden kann.

Erfreulich ist die Stellungnahme aus Sicht der Bundesregierung. In Stellvertretung verweist Hans Ernst Hanten auf die Gefahren einer blinden Ökonomisierung im Rundfunksektor. Zugleich plädiert er für eine normative Betrachtungsweise, die Kultur umfassend als eine Werthaltung definiert, aus der sich besondere Anforderungen an das gesamte Programm, nicht nur das der Kulturberichterstattung ergeben. Diese Herausforderung sei nicht nur in der Aufgabe zu sehen, sich nicht nur auf Wirklichkeit zu beziehen, sondern sie auch verständlich zu machen. Dass dieser so verstandene Kulturauftrag weder auf die bisherigen Zielgruppen noch auf die bisherigen Übertragungswege zu beschränken ist, macht Hanten mit seinem Eintreten für eine stärkere Berücksichtigung von Migranten deutlich, zu deren Integration elektronische Medien auch einen Beitrag leisten könnten. Zudem verweist er auf die Möglichkeiten, die neue Online-Medien für die Entwicklung eines kulturellen Gedächtnisses bereitstellen könnten.

Am weitesten greift der eingangs schon erwähnte Beitrag von Helge Rossen-Stadtfeld aus, der aus rechtswissenschaftlicher Sicht zu klären versucht, wie der Kulturauftrag überhaupt zu bestimmen ist. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem schwierigen Kulturbegriff entwickelt er eine Bestimmung des Kulturauftrages, die deutlich über das hinaus geht, was in den Landesrundfunkgesetzen ohnehin schon als Aufgabe für den öffentlichen Rundfunk formuliert wird und Kultur – in einem weiten Verständnis – immer schon beinhaltet. Rossen-Stadtfeld versucht stattdessen, den Kulturauftrag aus der aktuellen Befindlichkeit des dualen Rundfunksystems heraus zu entwickeln. Er plädiert für einen differenzorientierten Kulturauftrag, der sowohl im hochkulturellen wie im massenkulturellen Bereich »auf die Vermittlung, Darstellung und Durchdringung dessen (zielt), was sonst nicht wahrnehmbar wäre« (S. 45). Weil der kommerzielle Rundfunk zunehmend auf »Nivellierung, Entdifferenzierung, Vereinfachung und Entwirklichung« (ebd.) verfalle, sei es für den öffentlichen Rundfunk so bedeutsam, darauf hinzuweisen und der medialen Wahrneh-

mung zugänglich zu machen, was in diesem Mainstream untergehe.

Die Crux dieser Vorstellung vom Kulturauftrag ist, dass er – ähnlich wie es sich auch schon beim Qualitätsbegriff als sehr schwierig erwiesen hat – einer empirischen Überprüfung nur schwer zugänglich zu machen ist. Diese Schwierigkeit – und das galt ebenfalls bislang für die Suche nach der Bestimmung von Qualität – enthebt die Verantwortlichen aber nicht dessen, genau dies zu versuchen.

Die positive Bewertung der neuen Instrumente »Selbstverpflichtung« und »programmliche Bindungen«, die sowohl im von Manfred Kops herausgegebenen Tagungsband als auch in der Analyse von Martin Stock vorgenommen wird, weist also einen Ausweg aus der Misere, die beide Publikationen benennen: dass nämlich ein Rundfunksystem, in dem die kommerzielle Dynamik überwiegt, nicht die Beiträge zur Kommunikation in einer Gesellschaft liefern kann, die sie zu ihrer demokratischen und kulturellen Weiterentwicklung benötigt. Beide Bände liefern – gerade auch in ihrer Zusammenschau – einen guten Einblick in die aktuelle Diskussion.

Barbara Thomaß, Bochum

Christina Holtz-Bacha
Medienpolitik für Europa.
Wiesbaden: VS-Verlag 2006, 384 Seiten.

Die bevorstehende Neufassung der Fernsehrichtlinie der Europäischen Union ist Anlass zum Streit insbesondere darüber, dass sie Productplacement legalisieren will. Dies wird von den kommerziellen Fernsehveranstaltern als zwangsläufige Liberalisierung der Werberegeln begrüßt und von den öffentlich-rechtlichen als unerlaubte Vermischung von Werbung und Programm abgelehnt. Eben erst haben ARD und ZDF, nachdem ihnen Productplacement nachgewiesen worden war, die Bekämpfung von Schleichwerbung in ihren Programmen intensiviert.

Der Streit lädt dazu ein, sich darüber zu informieren, wer in der Medienpolitik der Europäischen Union nach welchen Grundsätzen und mit welchen Zielen das Sagen hat. Christina Holtz-Bacha, Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, bietet mit ihrem Buch »Medienpolitik für Europa« dafür eine gute Handhabe. Sie stellt die Entwicklung der europäischen Medienpolitik mit ihren Richtungswechseln dar, die Akteure im Wandel ihrer Bedeutung, die Regeln und Instrumente sowie die Probleme beim Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit.

Was die Akteure angeht, lautet ihr Befund, die EU-Kommission sei zu einem Handlungsfaktor in der Medienpolitik geworden, der inzwischen nicht nur von den Mitgliedstaaten unabhängig ist, sondern sie bereits überspielt. Allerdings sei dies nicht die Folge einer förmlichen Kompetenzverlagerung, sondern ergebe sich aus der Internationalisierung der Medientätigkeit, bedingt durch grenzüberschreitende Technik und transnationale unternehmerische Aktivitäten, die sich dem Zugriff nationaler Medienpolitik entziehen.

Als Verlierer dieser Entwicklung nennt die Autorin außer den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die deutschen Bundesländer in ihrer Zuständigkeit für den Rundfunk, das Europäische Parlament, das im Umgang mit der Kommission weitgehend auf appellative Rhetorik beschränkt wird, die Europäische Rundfunkunion (EBU), den Zusammenschluss vorwiegend öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, der sich vom Partner zum Objekt europäischer Medienpolitik herabgestuft sieht, und den Europarat, der keine Regelungsbefugnis hat, sondern sich mit der Rolle einer moralischen Instanz zufrieden geben muss.

Der Machtzuwachs der EU-Kommission gehe einher mit einem Richtungswechsel ihrer Medienpolitik von der Kultur zur Ökonomie. Diese These entwickelt Holtz-Bacha überzeugend an wesentlichen Eckpunkten europäischer Medienpolitik. Am Anfang europäischer Medienpolitik, den Holtz-Bacha auf die frühen 80er Jahre datiert, standen Bestrebungen, die hauptsächlich vom Europäischen Parlament ausgingen und von der Kommission unterstützt wurden, ein europäisches Fernsehprogramm zu schaffen, das helfen sollte, europäische Identität zu erzeugen. Ein konkretes Projekt, Europa-TV, eine gemeinschaftliche Unternehmung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten aus fünf Ländern unter Beteiligung der ARD, scheiterte am Aufwand für mehrere Sprachfassungen, am Ausbleiben ausreichender technischer Verbreitung und von Werbeeinnahmen sowie daran, dass kein integriertes europaspezifisches Programm zustande kam, sondern nur eine Kombination nationaler Beiträge. Mit dem Verzicht auf die Durchsetzung eines europäischen Fernsehprogramms als Integrationshelfer ging die medienpolitische Initiative vom Parlament auf die Kommission über.

Das Ziel war nun, angesichts des grenzüberschreitenden Charakters des Fernsehens (der Hörfunk blieb unbeachtet) und der Unterschiedlichkeit nationaler Regelungen einen gemeinsamen Rechtsrahmen zu schaffen. Da die Gemeinschaft keine Regelungskompetenz für die Kultur und damit für den Rundfunk als Kulturfaktor hat, mobilisierte die Kommission die Zuständigkeit der EU für die Herstellung freien Verkehrs auf dem europäischen Binnenmarkt. Die Richtung wies der Europäische Gerichtshof (EuGH), indem er nach europäischem Gemeinschaftsrecht den Rundfunk als Dienstleistung und die Rundfunkanstalten, auch die öffentlich-rechtlichen, als Unternehmen qualifizierte.

Am 3. Oktober 1989 verabschiedete der Europäische Ministerrat eine Fernsehrichtlinie, die die Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen hatten. Geregelt wurden unter anderem Umfang, Dauer und Form der Werbung sowie der Anteil europäischer Werke am Programm, »im Rahmen des praktisch Durchführbaren«. Mit der Einführung von Mindestquoten für europäische Produktionen berührte die Direktive die Programminhalte, für die Brüssel nicht zuständig ist. Im Jahr 1997 wurde die Fernsehrichtlinie ergänzt durch eine Bestimmung über die Zugänglichkeit von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung im frei empfangbaren Fernsehen, d.h. nicht nur im Pay-TV. Die deutsche Ereignisliste umfasst lediglich Sportveranstaltungen. Kurz vor dem EU-Beschluss über die Fernsehrichtlinie hatte der Europarat ein Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen verabschiedet, das, im Gegensatz zur ökonomischen Orientierung der Fernsehrichtlinie, die kulturelle Bedeutung des Fernsehens hervorhob, aber kaum praktische Wirkung hatte.

Holtz-Bacha kommt darüber hinaus zu dem Schluss, dass eine deutliche Europäisierung des nationalen Medienrechts mit dem Schwerpunkt Wirtschaft bereits erkennbar ist. Der Umgang der Kommission mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mache deutlich, »wie sich mit der Kommerzialisierung des Rundfunks auch die Medienpolitik kommerzialisiert hat« (S. 308); dies vor dem Hintergrund des Fehlens europäischer Medien, europäischer Öffentlichkeit und europäischer Identität. Die Frage nach den Grenzen der Gemeinschaftskompetenz im Bereich des Rundfunks entzündet sich immer wieder am Status öffentlich-rechtlichen Rundfunks, einem der »kontroversesten und drückendsten Probleme« europäischer Medienpolitik. Das Amsterdamer Protokoll sichert unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis der Mitgliedstaaten zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach ihren eigenen Vorstellungen. Die Kommission betrachtet jedoch die deutsche Rundfunkgebühr als staatliche Beihilfe und strebt nach Kontrolle über deren Zulässigkeit. ARD, ZDF, Bund und Bundesländer bestreiten den Beihilfecharakter, versuchen aber, durch Berücksichtigung von Beanstandungen der Kommission den Streit zu entschärfen.

Gleichwohl, so Holtz-Bacha, blieben die europäischen Instanzen auf die (nationalen) Medien angewiesen. Die Autorin wirbt dafür, dass die Medien die »affektive Bindung« der Bürger und Bürgerinnen an Europa stärken. Wie das vor sich gehen soll, überlässt sie den Medien.

Dietrich Schwarzkopf, Starnberg

Nadja-Christina Schneider
Zur Darstellung von »Kultur« und »kultureller Differenz« im indischen Mediensystem.
Die indische Presse und die Repräsentation des Islams im Rahmen der Zivilrechtsdebatte, 1985–87 und 2003
Berlin: Logos Verlag 2005, 326 Seiten.

»Tiefschürfend« und »gründlich« sind zwei Attribute, die man dieser Berliner Dissertation ohne Zögern zuschreiben kann. Sie ist zudem sprachlich brillant und thematisch hoch relevant. »Exotisch« mutet das Thema nur aus einer sehr eurozentristischen Perspektive an. Aber da Indien, boomende Volkswirtschaft und riesiger Markt, neuerdings sogar Politiker außerhalb der Entwicklungshilferessorts interessiert und zudem die Produkte der indischen Filmindustrie, der größten der Welt, sogar um 20.15 Uhr im deutschen Fernsehen laufen, muss die Bedeutung von Schneiders Thema nicht mehr sonderlich betont werden. Und nicht zuletzt ist es auch mühelos auf heimische, europäische, nordamerikanische, australische usw. Gegebenheiten übertragbar – man denke nur an Phänomene der Migration und daraus resultierende neue, konflikthafte Identitäten.

Es geht in Schneiders Abhandlung, kurz gefasst, um das »eigene Fremde« oder, etwas ausführlicher, um die mediale Konstruktion von kultureller »Andersartigkeit« am Beispiel einer religiösen Minderheit im Staate mit all den dazugehörigen historischen, politischen, ökonomischen und vorgeblich religiösen Bezügen und Hintergründen. Es geht um Machtausübung und Hegemonie. Da die behandelte Minder-

heitsreligion der Islam ist, kann man sich notfalls auch ohne Kenntnisse der indischen Situation ausmalen, worum es konkret geht – speziell seit dem 11. September 2001: um die Topoi »Rückständigkeit«, »Fremdheit«, auch »Gewalt«.

Die historische Entwicklung Indiens seit der muslimischen Mogulherrschaft über die Kolonialepoche bis zur Teilung des Subkontinents in einen mehrheitlich hinduistisch geprägten und dem mit ihm verfeindeten muslimischen Folgestaat Pakistan machen die genannten Themen allerdings ungleich komplizierter als verwandte Hegemonialdiskurse in Europa. Schneider legt ihre Fallstudie entsprechend hoch komplex an. Man erwarte an dieser Stelle daher keine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

Die Autorin analysiert in einem ersten Schritt das Mediensystem Indiens im Zustand seiner zunehmenden Globalisierung. Die zentralen Begriffe »Nation«, »Kultur« und »Konsum« erfahren dabei besondere Beachtung, münden sie doch in einer Art »Propaganda des Marktplatzes«, wie Schneider formuliert: das transnationale Mediensystem, in dem das »nationale Projekt« der Vorherrschaft der Hindus von politischen Interessenträgern vielfältig inszeniert und zirkuliert wird – als »Aufstieg« und »Fortschritt der indischen Nation« (S. 77). Diese quellenreiche Darstellung und messerscharfe Autopsie des indischen Mediensystems gehört zum Besten, was man über das Thema lesen kann.

Im zweiten Teil ihres Buches nähert sich die Autorin ihrem Fallbeispiel mit einer Analyse der indischen Presse und deren historischer Entwicklung vom antikolonialen Befreiungskampf bis zu ihrer heutigen Ausprägung als strikt marktwirtschaftlich-kommerziell ausgerichtete Unternehmungsform. Das koloniale Erbe schwingt noch mit, wenn man von den sprachlichen Hierarchisierungen liest, mit denen in Indien Presseerzeugnisse in der öffentlichen Wahrnehmung belegt werden: von englischsprachigen Titeln, die als die »nationale« (Qualitäts-)Presse gelten und von Titeln in den zahlreichen einheimischen Sprachen, die als »lokal/regional« bezeichnet und oftmals abgewertet werden. Dieses Wertschätzungsgefälle sowie der Kampf um Auflagenzahlen sind wichtig zum Verständnis des Phänomens, dass sich bedeutende Teile der hindisprachigen Presse zu Agitatoren des (im Kern antiislamischen) Hindu-Nationalismus machten. Allerdings sind beide Gruppen – die säkular-nationale und die kommunalistisch-regionale Presse – keineswegs streng voneinander zu trennen: Bestimmte Verlage fuhren eine Doppelstrategie und agierten in beiden Diskursräumen, wie Schneider sehr differenziert und hintergründig darlegt.

Mit diesem Rüstzeug widmet sich die Autorin in Teil III ihrer Studie schließlich dem eigentlichen Fallbeispiel: der Konstruktion von medialer Realität und kultureller Hierarchisierung in der indischen Zivilrechtsdebatte und der damit verbundenen Darstellung der Muslime bzw. des Islams in der englischsprachigen Presse Indiens. Die Analyse greift den so genannten Fall Shah Bano Mitte der 80er Jahre auf: Eine von ihrem Ehemann verstoßene muslimische Inderin fordert von ihrem Ex-Gatten Unterhaltszahlungen; in letzter Instanz spricht ihr der Oberste Gerichtshof diese zu, macht in seiner Urteilsbegründung aber auch Aussagen über »inhumane«, »rückständige« und »vormoderne« Wesensmerkmale des Islams und den Fortbestand des islamischen Standesrechts. Diese kontrovers diskutierte Entscheidung kam einer Steilvorlage für den Aufschwung des als »säkular« und »modern« agierenden Hindu-Nationalismus gleich, in dessen Folge es in den 90er Jahren zu zahlreichen blutigen Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen kam. Schneider zieht für ihre eingehende Diskursanalyse einschlägige Artikel aus den vier englischsprachigen Zeitungstiteln »Indian Express«, »The Statesman«, »The Hindu« und »Hindustan Times« heran. Betrachtungszeitraum ist der Höhepunkt des polarisierenden Shah-Bano-Falls 1985 bis 1987 sowie die publizistische Neuauflage der Zivilrechtsdebatte im Jahr 2003 mit Artikeln der vier vorgenannten Zeitungen sowie ergänzend von »Times of India«, »Asian Age« und »The Pioneer«.

Schneiders Ergebnisse berühren den Kern des indischen Mediensystems wie auch des Staatsverständnisses und der indischen Identität: Innerhalb einer propagierten »Hierarchie der Zivilisationen« werden in den 80er Jahren der Islam abgewertet und die hindunationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) legitimiert sowie die Anhänger eines kritischen Liberalismus und Säkularismus marginalisiert; die englischsprachige Presse bot hierfür ein Forum. Demgegenüber wird in der Berichterstattung 2003 das Bemühen erkennbar, pauschal negative Kollektivzuschreibungen des Islams bzw. der Muslime als u.a. »kulturell rückständig« zu vermeiden; allerdings stoßen nunmehr die Topoi des »islamistischen Terrors« und des als Bedrohung empfundenen »rasanten Bevölkerungswachstums« der muslimischen Teilbevölkerung hinzu (S. 304).

Diese und zahlreiche weitere Ergebnisse breitet Schneider selbstverständlich weitaus differenzierter und detaillierter aus, als hier wiedergegeben werden kann. Wie viele andere Dissertationen auch ist die besprochene Fallstudie erschöpfend: Wurde irgendein Diskursstrang übersehen? Wohl nein. Was bleibt noch zu untersuchen? Wohl kaum etwas. Der Rezensent fühlte sich nach der Lektüre positiv angeregt, aber erschöpft. Speziell der dritte Untersuchungsteil dürfte vorrangig Leser mit potenziertem Spezialinteresse an Indologie und Islamwissenschaft ansprechen. Die ersten beiden Teile allerdings sollten Medien-, Kommunikations- und Kulturwissenschaftler sowie ebenso Historiker keineswegs übersehen. Schneider hat einen wichtigen Beitrag zur Konstruktion von medialen Diskursen geliefert und überdies eine sehr lesenswerte Einführung in einen Grundkonflikt des modernen Indien.

Oliver Zöllner, Stuttgart

Alan Grace
The Link With Home.
60 Years of Forces Radio
Chalfont: 2003, 236 Seiten.

Dieses rare Buch, eine senderinterne Jubiläumspublikation, ist die aktualisierte, überarbeitete und thematisch erweiterte Neuauflage einer früheren Verlagspublikation des Autors.[1] Anlass der Veröffentlichung war der 60. Jahrestag der Gründung des britischen Militärrundfunks zum Jahreswechsel 1943/44. Weitgehend kann man sich der Rezension anschließen, die seinerzeit Thomas Guntermann in »Rundfunk und Geschichte« dargelegt hatte.[2] Auch dieses Buch ist historiografisch auf eine anekdotische Perspektive beschränkt, die mit Hilfe von (leider eher spärlich) vorhandenem Archivmaterial um illustrative »Fundstücke« ergänzt wird. Der Ton ist nüchtern bis heiter und erzählt anschaulich die turbulente Vergangenheit des heutigen British Forces Broadcasting Service (BFBS).

Wie seine Vorgängerpublikation ist auch das besprochene Buch chronologisch nach Dekaden aufgebaut: von den experimentellen Anfängen im europäischen und mittelmeerischen Kriegsgeschehen und der allmählichen Institutionalisierung des BFBS nach Ende des Zweiten Weltkriegs (»The Forties – The Hour in English«) bis in die jüngste Vergangenheit im Irak und an anderen Krisenherden (»The Millennium – Back to Basra«). Gut getan hat dem Band die thematische Erweiterung um BFBS-Sender in aller Welt und die damit verbundene stilistische Straffung. Beim Vorgängerband störten etliche Anekdoten und Details, deren Relevanz für Außenstehende nicht ersichtlich war bzw. nicht erklärt wurde. Dies ist hier vermieden worden. Nach wie vor sollte der Leser allerdings keine Reflexionen zu Zweck oder Funktionen des Militärrundfunks erwarten. Aber das dürfte auch kaum das Ziel einer Festschrift sein, die sich ein Sender schreiben lässt, der vom Verteidigungsministerium alimentiert wird. Nützlich ist das Buch dennoch: als Quelle für weiterführende Recherchen. Es bietet zudem etliche Fotografien und manches wertvolle Zitat von Zeitzeugen. Hervorragend ist die kommentierte Aufstellung aller zwischen 1943 und 2003 vom britischen Militärrundfunk betriebenen Sender (S. 227–231).

Oliver Zöllner, Stuttgart

Florian Cebulla
Rundfunk und ländliche Gesellschaft 1924–1945.
(=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 164).
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2004,
358 Seiten.

Keine Frage, die Quellen gesättigte Dissertation von Florian Cebulla ist die umfassendste Studie, die es bislang zum Thema Rundfunk und ländliche Gesellschaft in der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus gibt. Manche Ergebnisse sind zwar im Kern nicht neu, sie sind aber noch nirgends so ausführlich und systematisch zusammengestellt worden wie in dieser Arbeit. Anhand der Analyse des Landfunks geht es Cebulla darum, die kulturelle und soziale Entwicklung der ländlichen Gebiete in Deutschland zwischen 1924 und 1945 zu untersuchen. Insbesondere die Nutzung und Verbreitung des Radios auf dem Lande zeichnet Cebulla in einem ersten Kapitel in Bezug auf regionale und sozialstrukturelle Komponenten differenziert nach.

Die Arbeit ist in zwei große Teile gegliedert. Im ersten Doppel geht es um die Einflussnahme auf den Landfunk in der Weimarer Republik sowie um die Inhalte des Landfunkprogramms – eine ähnliche Aufteilung findet sich im zweiten Doppel für die NS-Zeit. Dabei stellt der Autor in den ersten beiden Kapiteln die Einflussnahme auf den Landfunk in der

1 Grace, Alan: This Is the British Forces Network. The Story of Forces Broadcasting in Germany. Stroud. Sutton 1996.
2 Vgl. RuG Jg. 23 (1997), H. 1, S. 73.

Weimarer Republik perspektivenreich dar und arbeitet vor allem zwei Stränge in den Diskursen heraus. So setzten sich die Vertreter der Agrarverbände und Landwirtschaftsinstitutionen im Rahmen der damaligen protektionistischen Agrarpolitik für eine Modernisierung, Rationalisierung und Effizienzsteigerung der landwirtschaftlichen Betriebe ein, zu der im Radio eine Vielzahl von agrarwissenschaftlichen und -technologischen Vorträgen sowie Informationen präsentiert wurde. Demgegenüber waren bürgerliche Kulturkonservative in Stadt und Land, vor allem städtische Intellektuelle, Pädagogen und Programmverantwortliche, hauptsächlich an der volkskulturellen, volksbildnerischen und volksgemeinschaftlichen Popularisierung des Landlebens durch den Rundfunk interessiert. Der Rundfunk sollte als Volkshochschule die Bildungsnot auf dem Land lindern und möglichst gemeinschaftlich gehört werden. Tatsächliche Multiplikatoren des Rundfunks waren neben den Popularisierungskampagnen der Rundfunkgesellschaften vor allem Mitglieder der dörflichen Elite wie Pfarrer und Lehrer, die ihre Geräte zum Empfang zur Verfügung stellten und damit zum Kauf eines eigenen Gerätes animierten. Viele Bauern nutzten das Radio denn auch eher eigensinnig – so erfreuten sich neben agrarwissenschaftlichen Vorträgen Unterhaltungssendungen, die »nebenbei« beim Melken im Kuhstall gehört werden konnten, großer Beliebtheit.

Für die NS-Zeit zeichnet Cebulla ein ebenso facettenreiches Bild. Der Landfunk diente als mediale Vermittlungsinstanz der NS-Ideologie mit der Inszenierung einer rassistischen Volksgemeinschaft, dem Blut- und Bodenmythos und der Propagierung eines Stadt-Land-Ausgleiches. Zudem zeigt Cebulla – ähnlich wie andere Studien zum Rundfunk im Nationalsozialismus – eine Verschiebung von direkter politischer Propaganda hin zu mehr Unterhaltungsformaten mit einer subtileren Beeinflussung der Hörerinnen. Nach der Wende zum »totalen Krieg« vermittelte der Landfunk dann neben Informationen zur Betriebsführung und Verbrauchslenkung, die sich nun besonders stark an die verbliebenen Frauen richtete, vor allem Durchhalteparolen an die ländliche Bevölkerung.

Der Autor sieht im Landfunk ein Medium, das die Ambivalenz der Moderne im Sinne einer »reaktionären Modernität« (Jeffrey Herf) widerspiegelt. So habe der Landfunk auf der einen Seite die agrargesellschaftliche und -ökonomische Modernisierung flankiert, zur Zeitsynchronisierung ländlicher und städtischer Räume beigetragen sowie die städtische Kultur dem Land näher gebracht. Auf der anderen Seite war das Medium bereits in der Weimarer Republik durch eine ausgeprägte Agrarromantik stark kulturkonservativ geprägt. Diese Denkmuster waren leicht anschlussfähig an den Nationalsozialismus und konnten schnell um rassistische Ideologeme »erweitert« werden.

Insgesamt handelt es sich bei der Dissertation von Florian Cebulla um eine moderne Mediengeschichte, die die Bedeutung der Medien für die Gesellschaftsgeschichte facettenreich belegt. Interessant ist, dass Cebulla kulturelle Vorbehalte und prinzipielle mentalitätsbedingte Abneigungen gegen den Rundfunk bei der ländlichen Bevölkerung kaum feststellt bzw. als eine reine Generationenfrage darstellt. Dies gelte auch für die Mediennutzung der jüngeren Generation im Nationalsozialismus, die nicht mehr durch staatliche Bildungsprogramme, sondern durch die attraktiven Verheißungen des Regimes motiviert gewesen sei. Hierbei handelt es sich um Schlussfolgerungen, die, obgleich sie plausibel erscheinen, durch das Quellenmaterial vom Autor leider nur unzulänglich belegt werden können. Anzumerken ist ferner, dass das Thema ländliche Gesellschaft und Rundfunk keinesfalls nur isoliert auf den Landfunk zu betrachten ist, sondern in weiteren Forschungen auch die Nutzung und Rezeption von anderen programmbezogenen Angeboten in die Analyse einbezogen werden sollten. Auch wäre es interessant gewesen, Kontinuitäten und Brüche im Landfunk über die Zäsur von 1945 hinweg zu untersuchen.[1] Dieser Ausblick soll jedoch die Verdienste von Florian Cebulla insgesamt nicht schmälern, der eine ebenso interessante wie akribisch recherchierte und gut geschriebene Studie vorgelegt hat.

Lu Seegers, Hannover

1 Vgl. dazu Daniela Münkel: Der Rundfunk geht auf die Dörfer. Der Einzug der Massenmedien auf dem Lande von den zwanziger bis zu den sechziger Jahren. In: Dies. (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 177–198.

Thomas Bräutigam
Hörspiel-Lexikon.
Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2005,
540 Seiten.

Allenthalben diagnostizieren Hörspiel-Produzenten und -Kritiker eine Renaissance der Radiokunst. Da passt es gut, wenn jetzt ein Hörspiel-Lexikon erscheint, das sich an ein breiteres Publikum wenden will. Die Popularität des vor 36 Jahren erschienenen »Hörspiel-Führers« von Heinz Schwitzke, die Bräutigam anvisiert, wird es allerdings nicht erreichen. Bezeichnenderweise reihte sich Schwitzkes längst vergriffenes Werk in die im Reclam-Verlag erscheinende Reihe von Schauspiel- und Opernführer ein, Bräutigams Lexikon erschien in einem Universitäts-Verlag. Zudem gibt es mit den seit 1981 jährlich erscheinenden Dokumentationen des DRA zu den »Hörspielen der ARD« und Franz Hiesels zweibändigem »Repertoire 999. Literaturdenkmal Hörspiel«[1] bereits weitere Publikationen, in denen sich der interessierte Hörspiel-Forscher informieren kann. Dennoch liefert das neue Lexikon einen verdienstvollen Überblick.

Seit über 80 Jahren gibt es Hörspiele, ihre Zahl ist mittlerweile kaum noch überschaubar. Insofern sind für eine Bewertung des vorliegenden Lexikons die Auswahl-Kriterien entscheidend. Bräutigam legt sie in seiner Einleitung offen. Wie bereits Schwitzke orientiert er sich am Typus »Originalhörspiel«, lässt allerdings Ausnahmen zu: H.G. Welles' »Krieg der Welten« (1938) etwa, Max Ophüls' Goethe- und Schnitzler-Bearbeitungen (50er Jahre) und Douglas Adams' »Per Anhalter durch die Galaxis« (1981). Bräutigam rechnet auch sie zum Hörspiel-Repertoire, seinem zweiten Auswahl-Kriterium. Repertoire-Zugehörigkeit stellt er anhand der Zahl der Wiederholungen sowie der Anerkennung durch einen Preis fest. Als Drittes schließlich möchte Bräutigam alle Etappen der Hörspielgeschichte und alle Formen, Stoffe, Motive und Genres repräsentiert wissen, wobei er die Basis weit fasst. Er beschränkt sich nicht auf den »literarisch-künstlerischen ‚Höhenkamm'« (S.10), sondern bezieht explizit Unterhaltungsgenres mit ein: beispielsweise Kriminal- und Science-Fiction Hörspiele. Dieser weitgefasste Ansatz geht erkennbar über Schwitzke hinaus und scheint weit mehr an der Vielfältigkeit des Hörspielschaffens orientiert als an dem, was traditionell in den Hörspiel-Abteilungen der Rundfunkanstalten entsteht. Bräutigam versucht den Standpunkt des Rezipienten einzunehmen, um das zu erfassen, was ihm aus den Lautsprechern entgegenkam und entgegenkommt. Das kann ihm natürlich nicht auf dem engen zur Verfügung stehenden Raum gelingen und so dominiert dann doch der »Höhenkamm«. Die Unterhaltungsgenres sind letztlich nur mit wenigen Beispielen vertreten.

Rund 400 Hörspiele stellt Bräutigam alphabethisch nach Titeln geordnet vor, führt die Daten der ersten Produktion an: Sender und Jahr, Regisseur, Komponist, Sprecher sowie Hinweise auf spätere Produktionen. Darauf folgen Inhaltsangaben mit interpretierenden Querverweisen, die häufig Zitate aus Kritiken oder anderen Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Hörspiel enthalten. Am Ende wird auf Publikationen im Druck oder als Hörbuch sowie Sekundärliteratur hingewiesen.

Es folgt ein biografischer Anhang mit Angaben zu über 300 Autoren, Regisseuren, Sprechern und Komponisten, eine Liste der Preisträger des bedeutendsten deutschen Hörspielpreises, des »Hörspielpreises der Kriegsblinden«, sowie ein Literaturverzeichnis zu Anthologien, zur allgemeinen Hörspiel-Literatur, zu einzelnen Autoren und Datenbanken im Internet. So bietet das Lexikon vielfältige Einstiegsmöglichkeiten für die Beschäftigung mit dem Hörspiel, dem interessierten Radiohörer ebenso wie dem Studenten der Medienwissenschaft und Germanistik.

Wolfram Wessels, Mannheim

Annegret Braun
Frauenalltag und Emanzipation.
Der Frauenfunk des Bayerischen Rundfunks
in kulturwissenschaftlicher Perspektive
(1945–1968) (= Münchner Beiträge
zur Volkskunde, Band 34).
Münster: Waxmann Verlag 2005, 380 Seiten.

Die gesellschaftliche Situation von Frauen nach 1945 ist eine Geschichte voller Umbrüche. Die Rolle der Frauen – durch den Krieg auf sich gestellt, lange Jahre für die Familie verantwortlich und oft die alleinigen Ernährerinnen – ändert sich im familienpolitisch konservativen Deutschland der 50er Jahre wieder grundlegend. Von den Arbeitsstätten werden sie zurück an den Herd beordert, bis man im »Wirtschaftwunderland« der späten 50er Jahre vermehrt Arbeitskräfte braucht und die Frau als »Dazuverdienerin« in Teilzeit nochmals neu erfindet. Das

1 ORF 1990. Wien.

Recht auf die Berufstätigkeit haben Frauen damals allerdings noch nicht. Um einen Arbeitsvertrag abzuschließen, bedarf es noch Jahrzehnte der Genehmigung des Ehemannes.

Annegret Braun untersucht in ihrer Dissertation eben diese unterschiedlichen Rollenzuweisungen, mit denen Frauen in den jeweiligen Jahren konfrontiert werden, sowie deren mediale Darstellung. Ein Schwerpunkt ist der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme des Frauenfunks gewidmet. Die Quellengrundlage sind Sendemanuskripte des Frauenfunks des Bayerischen Rundfunk ebenso wie Berichte von Zeitzeuginnen, Hörerpost und zahlreiche Interviews und Kommentare von Frauenfunkmitarbeiterinnen. Der interdisziplinäre Ansatz – Volkskunde, Medienforschung, Geschlechterforschung – ermöglicht einen adäquaten Umgang mit verschiedenen Quellen und eben das ist eine große Qualität der Arbeit.

Im Vorfeld beschreibt Braun die Geschichte des Frauenfunks bis zur Umbenennung in Familienfunk 1968, als der erste Mann in die Redaktion aufgenommen wird. Thematisiert sind im Anschluss die gesellschaftliche und rechtliche Situation der Frau sowie die Rolle der unterschiedlichen Frauenorganisationen.

Den Schwerpunkt der Arbeit bilden die Auswertung der Sendemanuskripte aus dem Historischen Archiv des Bayerischen Rundfunks sowie Reaktionen von Hörerinnen und Hörern. Braun zeigt auf, inwieweit in den einzelnen Sendungen die konkrete Einflussnahme auf die gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Ziel einer Gleichberechtigung versucht wird. Die Frauenfunkbeiträge beschäftigen sich beispielsweise mit der weiblichen Form in der Sprache, mit dem Thema Mithilfe im Haushalt durch den Mann, mit Rechtsfragen, z.B. »Doppelverdienergesetz« oder »Letztentscheidungsgesetz« des Ehemannes, und mit der Diskriminierung durch die Bezeichnung »Fräulein«. Braun beschreibt die emanzipatorischen Ansätze dieser Rundfunkarbeit, benennt aber auch eine ambivalente Haltung, wenn traditionelle Geschlechterhierarchien zwar kritisiert, aber gleichzeitig bestätigt werden.

Nicht nur durch Sendemanuskripte der Magazin- und Ratgebersendungen, wie »Das Notizbuch«, »Für die Hausfrau« oder »Für die berufstätige Frau« beleuchtet Braun ein Stück Zeitgeschichte. Sie untersucht mit der gleichen Fragestellung auch Unterhaltungssendungen wie »Die Familie Brandl« und Briefe von Hörerinnen und Hörern.

Durch die Verwendung von Zeitzeuginnenaussagen, die Analyse von Sendemanuskripten sowie Hörspielen und etwa den darin propagierten Rollendarstellungen schafft Annegret Braun eine auch methodisch überzeugende, sehr feingliedrige Arbeit zur bundesrepublikanischer Frauengeschichte nach 1945, die teilweise überrascht. Nicht nur die gesellschaftliche Situation veränderte sich kontinuierlich, auch ihr Erscheinungsbild in den Medien. Braun kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen bis 1950 noch als selbstbewusst und kompetent dargestellt werden. Nach 1950 wird die Frau angepasster gezeigt und nunmehr zuständig für das Wohl des Mannes. Erst ab Anfang der 60er Jahre, mit zunehmender Berufstätigkeit und besserer Ausbildung von Frauen wird die Vollzeit-Hausfrau in den Beiträgen nicht mehr als zeitgemäß betrachtet und einseitige Rollenzuweisungen kritisiert. Braun stellt dies fest, ohne es zu bewerten, aus dem Wissen, dass Frauenfunk-Mitarbeiterinnen Teil einer männerdominierten Gesellschaft und Angestellte einer ebensolchen Rundfunkanstalt sind. Aus diesem Grund ist das emanzipatorische und politische Engagement des Frauenfunks trotz einer teilweise ambivalenten Haltung nicht zu unterschätzen.

Zusammenfassend ist zu bemerken, dass Annegret Braun ein interessantes Stück Rundfunkgeschichte und ein bislang noch nicht aufgearbeitetes Stück Zeitgeschichte vorgelegt hat. Der Ansatz, die Geschichte nach 1945 aus Sicht der Frauen zu erforschen, schließt eine erhebliche Lücke im Forschungskanon.

Sabine Rittner, München

Barbara Sichtermann/Andrea Kaiser
Frauen sehen besser aus.
Frauen und Fernsehen
München: Verlag Antje Kunstmann 2005,
192 Seiten.

Die Darstellung von Frauen und die Behandlung von Frauenfragen im Fernsehen ist für die Bundesrepublik seit Küchenhoffs umfangreicher quantitativer Untersuchung von 1975 eine Thematik, die hin und wieder ins Blickfeld gerät. Nach den letzten größeren Studien von Weiderer 1992[1], Becker/ Becker 1999

1 Weiderer, Monika: Das Frauen- und Männerbild im Deutschen Fernsehen: eine inhaltsanalytische Untersuchung der Programme von ARD, ZDF und RTL plus. Regensburg 1992.

und der leider weniger beachteten von Esther Wenger[2] 2002 liegt nun eine aktuelle Publikation von den Journalistinnen Barbara Sichtermann und Andrea Kaiser vor, die sich dem Frauenbild im deutschen Fernsehen zuwendet. Im feuilletonistischen Stil versuchen sie eine Bestandsaufnahme des Frauenbilds im Fernsehen anhand ausgewählter Einzelfälle. Gelegentlich wird – recht plakativ – auf besagte Studien verwiesen, allerdings eher als Querverweis denn als konsequente Bezugnahme. Auch wenn die Autorinnen keine wissenschaftliche Arbeit für sich beanspruchen, hätte dem Band ein etwas systematischerer Zugang zum Thema sehr gut getan, wie im Folgenden noch zu sehen sein wird.

Der vorliegende Band wendet sich drei Problemkreisen zu: Frauen auf dem Bildschirm, als Rezipientinnen und als Produzentinnen hinter den Kulissen. Der interessanteste und aufschlussreichste Teil ist dabei der erste, der sich dem Frauenbild in fiktionalen und nicht-fiktionalen Fernseh-Formaten zuwendet.

Überraschend positiv fällt das Bild der weiblichen Protagonisten in unterhaltenden Formaten aus: Zahlreiche selbstständige, starke und sogar einige »ältere« Frauen seien zu sehen. Dieser Befund stützt sich auf Beispiele, die zumindest diskutabel sind: Evelin Hamann als Sekretärin »Adelheid« und Jutta Speidel als »Schwester Lotte«. Insbesondere bei Letzterer werden Angriffslust und Risikofreude der Frauenfigur bewundert. Dabei übersehen die Autorinnen, dass Ordensschwestern anderen Bewertungskriterien unterliegen als »zivile« Frauen, d.h. traditionelle mediale »Don Camillo und Peppone«-Muster in die Interpretation einbezogen werden müssen.

Die Autorinnen stellen eine größere Vielfalt von Frauenbildern fest, deuten diesen Befund aber durchweg positiv. Sichtermann und Kaiser beachten dabei nicht, dass die Ausdifferenzierung der Frauenbilder gerade an den gewählten Beispielen nur oberflächlich ein Fortschritt ist. In der (neuen) Vielfalt werden stark hierarchische Beziehungsmuster immer wieder bestätigt. Nur schwer nachvollziehbar ist, wie die Autorinnen hier Passivität und traditionelle »Aschenputtel-Verhaltensmuster« zu einem progressiven Frauenbild (um)gedeutet werden.

Auch Weiderer, Wenger und Becker/ Becker stellten in ihren Studien eine größere Vielfalt von Frauenbildern in den Medien heraus, machten aber deutlich, dass es sich dabei gerade um konservative (antiemanzipatorische) Frauentypen handelt.

Positiv zu werten, weil bisher in keiner anderen Publikation zu finden, ist, dass aktuelle Tendenzen, wie die Aufwertung und stärkere dramaturgische Nutzung von Frauenfreundschaften (»Sex and the City«) und die Mythologisierung der Mutterrolle als Opfer beschrieben werden. Auch die Erotisierung bzw. Sexualisierung von Heldinnen in Action-Genres (»Buffy« und »Charmed«) finden Beachtung. Ganz ähnlich die zunehmende Präsenz von weiblichen Kommissaren und Polizistinnen. Der Rezensent hätte sich an dieser Stelle allerdings eine kritische oder überhaupt eine Auseinandersetzung gewünscht. Die Befunde stehen leider lose nebeneinander, konservative und progressive Frauendarstellungen existieren parallel. Hier kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine systematischere Vorgehensweise bei der Auswahl der Beispiele zugunsten eines positiven Saldos am Ende umgangen wurde.

Auch für den nicht-fiktionalen Bereich finden Sichtermann und Kaiser zahlreiche gute Nachrichten über die Etablierung von Frauen in den verschiedenen Formaten, die sie an den Fernsehjournalistinnen Maischberger, Illner und Christiansen im Polit-Talk festmachen. Interessant – aber zu knapp abgehandelt – ist dabei ein Prozess der »Überkreuzung«: Frauen sind verstärkt in politischen Sendungen zu sehen, Männer hingegen erobern die gefühlsbetonten Beziehungs-Talks. Die Frauenmagazine werden durchaus lobenswert, aber auch teilweise problematisch in ihrer Themenwahl betrachtet. Das ist ebenfalls ein interessanter Befund, der über die bisherigen Studien hinausweist.

Der zweite Teil des Buches wendet sich den Rezeptionsgewohnheiten zu, bietet allerdings wenig Neues. Die bekannten Daten werden präsentiert: Frauen sehen mehr Unterhaltungssendungen – vor allem Soaps und Familienserien – Männer ziehen Sportsendungen vor. Ein längerer Exkurs zur Entwicklung der Rezeptionsforschung bindet verschiedene andere Befunde ein. Dabei klingt an, dass die deutschen Frauen konservative Bilder zunehmend ablehnen und diese daher mehr und mehr auch aus der Fernsehwelt verschwinden würden. Eine Prognose, die zumindest aus heutiger Sicht sehr optimistisch ist. Der dritte Teil, medienschaffende Frau-

2 Wenger, Esther: Wie im richtigen Fernsehen. Die Inszenierung der Geschlechter in der Fernsehfiktion. Hamburg 2002.

en thematisierend, stützt sich im Wesentlichen auf einzelne Interviews mit Frauen in exponierten Positionen in der Medienbranche. Die Schieflage, welche hier abschließend zwischen den vielen vermeintlich starken Frauen auf dem Schirm und den wenigen Frauen in verantwortungsvoller Position in den Fernsehanstalten festgestellt wird, reflektieren Sichtermann und Kaiser ebenfalls nicht ausreichend. Der Leser bleibt gerade an dieser Stelle angesichts der Diskrepanz zwischen dem überaus positiven Frauenbildes, das die Autorinnen im Vorfeld dieses Kapitels zeichneten, und der realen Situation von Frauen in Medien-Berufen ratlos zurück.

Insofern versucht auch die Zusammenfassung vergeblich, die stückligen und widersprüchlichen Befunde zusammenzubinden. Sichtermann und Kaiser schließen mit einem Lob auf das Privatfernsehen, welches die Zuschauerinnen erst entdeckt habe. Das überrascht, da die Beispiele aus dem fiktionalen Bereich diesen Schluss nicht nahe legen. Selbst die gelobten Frauenmagazine sind allesamt öffentlich-rechtliche Produktionen.

Am wenigsten nachvollziehbar bleibt jedoch insgesamt das Bild von äußerst emanzipiert und progressiv handelnden Frauen, das Sichtermann und Kaiser heraufbeschwören und nicht überzeugend herleiten.

Sascha Trültzsch, Halle (Saale)

Thomas Beutelschmidt/Rüdiger Steinlein (Hrsg.)
Realitätskonstruktion.
Faschismus und Antifaschismus
in den Literaturverfilmungen des DDR-Fernsehens
(= Programmgeschichte des DDR-Fernsehens – komparativ. Materialien – Analysen – Zusammenhänge MAZ, Band 12)
Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2004,
222 Seiten.

Den DDR-Antifaschismus ordnet die Einleitung des vorliegenden Bandes als »Begründung und Integrationsideologie« für den Sozialismus und als »Entlastungsideologie« für die DDR-Bevölkerung ein. Somit haben auch die antifaschistisch orientierten Literaturverfilmungen sowohl »zur idealistischen Wirklichkeits-Konstruktion als auch zur Verankerung des Antifaschismus-Diskurs im allgemeinen Bewußtsein beigetragen« (S. 9). Die Analyse jener literarischen Werke, die über ihre Bearbeitung für das Kino oder den Bildschirm im Antifaschismus-Diskurs der DDR bedeutsam wurden, lässt erkennen, wie die Film- und Fernsehproduktion von den jeweiligen politischen Konjunkturen und Wendungen abhing.

Thomas Heimann zeigt in seinem Beitrag, dass die DEFA noch Mitte der 50er Jahre »ostentatives Desinteresses« gegenüber dem Stoff signalisierte, der unter dem Titel »Nackt unter Wölfen« 1958 als Roman und 1963 als Kinofilm zum Publikumserfolg wurde. Damals, Mitte der 50er Jahre, habe man »aktuelle Stoffe zum Kampf gegen die westdeutsche Refaschisierung« erwartet und keine Darstellungen, in denen der »leidende« und nicht der »unverzagt kämpfende« Antifaschismus im Vordergrund stand. (S. 14f.) Thomas Beutelschmidt illustriert in seinem Aufsatz den Einfluss des politischen Klimas am Beispiel der langwierigen Suche nach einem Regisseur für »Die Fahne von Kriwoi Rog« – das Kino-Projekt zum »50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« 1967. Mehr als fünf namhafte Regisseure sahen es kurz nach dem 11. Plenum vom Dezember 1965 offensichtlich nicht mehr als lohnende künstlerische Herausforderung, sich einem derart politisch überhöhten Stoff zuzuwenden, in dem »für einen Fetzen roten Stoffes Menschen ihr Leben lassen, und das noch als vorbildlich hingestellt werden soll.« (S. 92)

Darüber hinaus zeigen die Studien des Bandes – besonders der Aufsatz von Rüdiger Steinlein über verfilmte Kinder- und Jugendliteratur und der Aufsatz von Susanne Liermann zu Frauenfiguren in Filmen über den antifaschistischen Widerstand –, wie sich die ästhetischen Normen in der Darstellung des Nationalsozialismus und seiner Gegner über die vier Jahrzehnte der DDR entwickelten. Seit den 70er Jahren kommt neben dem heldenhaften Widerstand der unheroische Alltag des Nationalsozialismus ins Bild: »Jetzt gibt es auch eigentlich klassenbewußte Arbeiter, die schwach werden, klein beigeben und trotzdem nicht unsympathisch sind, HJ-Angehörige werden nicht mehr a priori als verabscheuungswürdige Brutalos dargestellt etc.«, resümiert Steinlein. (S. 164)

Alle Aufsätze des Buches rekonstruieren akribisch Planung, Produktion und Inhalt der behandelten Werke sowie auch deren Rezeptionsgeschichte. Leider führt die Faktenfülle der Beiträge häufig dazu, dass die Thesen nicht genügend expliziert und diskutiert werden. Die Defizite des DDR-Antifaschismus-Diskurses werden in dem Band gut herausgearbeitet. Seine Bedingtheit durch die Erfahrungs- und Konfliktgeschichte des 20. Jahrhun-

derts und die Konkurrenz zum bundesdeutschen Aufarbeitungs-Diskurs bleibt aber unterbelichtet. Als Motto stellen die Herausgeber ihrem Buch voran: »Das Gegenteil von Faschismus ist nicht Antifaschismus, sondern die demokratische Kultur.« Einige Jahrzehnte zuvor noch hatte man in Ostdeutschland propagiert, dass das Gegenteil von Faschismus nicht die bürgerliche Demokratie *sondern* der Sozialismus sei. Die Auswahl des modernisierten Mottos, das die Problematik jedoch nur auf andere Art verkürzt und einseitig darstellt, erinnert an jene Identifikationsfigur, die die Angehörigen der ersten in der DDR ausgebildeten Generationen in den 50er und 60er Jahren mit Hilfe des heute zu Recht als einseitig kritisierten Antifaschismus vollzogen: Abkoppelung von einer belasteten Vergangenheit zum Zwecke der zukunftssichernden Selbstvergewisserung.

Thomas Ahbe, Leipzig

Jürgen Bertram
Mattscheibe.
Das Ende der Fernsehkultur
Frankfurt am Main: Fischer Verlag 2006,
240 Seiten.

Als gestandener Journalist liefert Jürgen Bertram mit seinem anekdotischen Sachbuch eine bildungsbürgerliche Rückschau auf die Fernsehgeschichte der BRD und den qualitativen und moralischen Verfall des öffentlich-rechtlichen Fernsehjournalismus heutzutage. Bertram gelingt es in einigen seiner episodisch aufbereiteten Kurzkapitel durchaus, interessante Zusammenhänge von Politik und Fernsehanstalten darzulegen. Dabei geht es vor allem um Fragen des Qualitätsjournalismus, der kritisch und in jeder Hinsicht unabhängig sein sollte, von Parteienproporz ebenso wie von wirtschaftlicher Einflussnahme und Quotenmanie. Bertram bringt zahlreiche Beispiele, die das Gegenteil belegen und eine teilweise inakzeptable Verknüpfung dieser Partikularinteressen mit der Personal- und Programmpolitik der Sendeanstalten offenbaren.

Bertram, der 1972 zum NDR kam, ist ein ARD-Insider. Einer Zeitreise gleich widmet sich der Autor diversen Etappen der bundesdeutschen Fernseh- und Rundfunkgeschichte, die er in drei große Phasen einteilt: »Aufstieg«, »Turbulenzen«, »Absturz«. Im ersten Teil geht es um den »Aufstieg« des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu einem qualitativ hochwertigen publizistischen Medium. Von der Entstehungsgeschichte und den Anfeindungen aus allen politischen Lagern gegen die Programmatik des NWDR und dessen ersten Chef Hugh Carleton Greene bis hin zur Zerschlagung des NWDR unter Adenauer werden hier zahlreiche rundfunkhistorische Eckdaten noch einmal in Erinnerung gerufen. Bertram zeigt mit einer teils scharfen Polemik die Dominanz des politisch konservativen Konsenses jener Jahre und den mühsamen Versuch einiger Medien, diesem etwas entgegenzusetzen.

In der zweiten Phase, die Bertram in seinem Buch mit »Turbulenzen« betitelt, setzt er anhand von Pressezitaten, eigenen Erlebnissen und Erzählungen Beteiligter, darunter Journalisten und Politiker, diesen Reigen fort. Aus seiner Arbeit als Asienkorrespondent, die er persönlich als Glücksfall und »journalistischen Idealzustand« (S. 85) empfand, steuert Bertram einige aufschlussreiche Geschichten bei. Diese stützen seine zentrale Forderung, sich der Einflussnahme auf die journalistische Arbeit durch Politiker und andere Lobbyisten zu entziehen, was er z.B. kokett anhand der Visite des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht in Shanghai (S. 84) beschreibt. Aber auch das Innenleben einiger ‚Schlachtschiffe' des kritischen TV-Journalismus, wie z.B. von »Panorama«, wird mit Insiderkenntnis, aber zuweilen verbittert auseinander genommen. Als pensionierter Journalist spricht Bertram diese Fragen sehr persönlich und polemisch an. Im dritten Teil des Buches wird dann endgültig der »Absturz« der Fernsehkultur behandelt. Das macht der Autor an der unheiligen Verknüpfung von politischen Apparaten und Medieninstitutionen fest, an der mächtigen Allianz von Sport, Fernsehen und Kommerz, an der Quotenjagd und der damit verbundenen Manie aus Vermarktung, Verwertung und Nivellierung (S. 104). Das Kapitel über Sport im Fernsehen (S. 97ff.) ist in jeder Hinsicht aufschlussreich und reiht Altbekanntes und Neues imposant auf. Gleiches gilt für andere beklagte (generelle) Phänomene wie Productplacement, neoliberale Ideologie, Schleichwerbung, Korruption, Boulevardisierung, Banalisierung, die Arroganz der Mächtigen in Politik und Medien. In der Kritik sind Formate und Themenfelder, die für Bertram den Verfall der öffentlich-rechtlichen Fernsehkultur verkörpern. Ganze Kapitel widmet er z.B. der Volksmusik, »Sabine Christiansen« und dem so genannten »Society-Journalismus«. Das ist durchaus amüsant und interessant zu lesen, wenn auch des Autors Selbstschau manchmal zu idealisiert und feierlich erscheint. Nicht nur mit Blick auf die Quellenangaben entsteht zuweilen der Eindruck, dass es sich um ein salopp zusammengestelltes Sammelsurium aus Pressezitaten,

passenden Literaturverweisen und Insideranekdoten handelt. Eine wissenschaftliche Analyse des angeprangerten Verfalls ist jedenfalls nicht auszumachen und wurde auch nicht angestrebt. Bertram ist vielmehr ein engagierter Sammler, der den »publizistischen« Finger in einige Wunden jener Fernsehkultur legt, die vom Feuilleton genauso beklagt werden wie von medienwissenschaftlichen Untersuchungen, aus denen Bertram in seiner Anklageschrift gern zitiert.

Bertram, der vor allem die »eklatante [...] Diskrepanz zwischen Postulat und Praxis« (S. 65) in den öffentlich-rechtlichen Medien beklagt, liefert ein Zeitkolorit der medialen Kultur der 50er bis 90er Jahre. Das ist nicht unbedingt neu, aber in seiner Zusammenstellung wieder einmal gut nachzulesen. Bekanntermaßen geraten viele solcher Geschichten auch schnell in Vergessenheit. Vergessen wird oft ebenfalls die programmatische und institutionelle Entstehungsgeschichte der öffentlich-rechtlichen Sender. So ist Bertrams Buch auch ein kämpferisches Plädoyer, den Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender wieder ernst zu nehmen und nicht nur vermeintlichen Quoten hinterherzujagen. Bertrams Credo dieser Entwicklung findet sich am Ende des Buches: »Keine öffentliche Institution in Deutschland hat sich von ihrem Auftrag seit ihrer Gründung so weit entfernt wie das öffentlich-rechtliche Fernsehen.« (S. 227)

Uwe Breitenborn, Berlin

Jens Ruchatz (Hrsg.)
Mediendiskurse deutsch/deutsch.
Weimar: Verlag und Datenbank
für Geisteswissenschaften 2005,
276 Seiten.

Es ist gut, dass es dieses Buch gibt. Denn mit »Mediendiskurse deutsch/deutsch«, herausgegeben von Jens Ruchatz, steht ein Projektergebnis zur Diskussion, das im DDR-Medienforschungsfeld zwischen Oral History, Grundlagenforschung und Herrschafts-Paradigma erfrischend andere Wege beschreitet. Gerade das jüngst leidenschaftliche Ringen um die Empfehlung der Expertenkommission zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur« zeigt, wie tief gespalten die deutsche Geschichtsforschung immer noch ist. Dies allerdings weniger zwischen Ost und West als vielmehr zwischen Repressions- und systemisch-diskursivem Verständnis. Das Buch basiert auf letzterem Ansatz. Zugrunde gelegt wird die Annahme, »dass die beiden deutschen Staaten ihre Unterscheidung [...] überhaupt erst kommunikativ hervorbringen müssen, genauso wie sie im gleichen Zug – zumindest solange sie sich als Teile einer deutschen Nation begreifen – die Einheit der Unterscheidung behaupten.« (S.16)

Der Aufsatz-Band ist in zwei Themenfelder unterschieden. In »Orte und Anlässe der Beobachtung« werden konkrete mediale Ereignisse als Diskursgegenstand untersucht. Neben Westbeobachtungen im DFF (Nikolas Tosse) stehen der »Kommunikationsanlass Springer« (Christina Bartz und Jens Ruchatz), der VIII. Parteitag und seine viel zitierte ‚Überwindung der Langeweile' (Jens Ruchatz) sowie die Berichterstattung zur Fußball-Weltmeisterschaft 1974 (Nikolas Tosse) im Fokus des Interesses. Der zweite Teil dreht sich um theoretische Konstrukte, die die Wissenschaftler hinter den Diskursen als »Kategorien der Selbstbeschreibung« ausmachen. Dazu gehören die Bedeutungen von Massenwirksamkeit, Bildung durch Medien, Unterhaltung, Medienwirkung, Medialität und Kybernetik.

Das klingt auf den ersten Blick alles sehr stringent, auf den zweiten Blick ist es das nicht immer. Zunächst stellt sich die Frage nach dem analysierten Material. Welche Quellen konkret ausgewertet wurden und nach welchen Kriterien diese ausgewählt sind, bleibt trotz einleitender Bemerkungen unklar. Auffallend ist auch, dass in verschiedenen Aufsätzen einige wenige Diskurselemente, wie etwa der DDR-Film »Ich – Axel Cäsar Springer«, immer wieder ventiliert werden. Allein der derzeit einfachere Zugang zu den Quellen des DDR-Fernsehens dürfte eine offensichtliche ‚Ostlastigkeit' in den Aufsätzen verursacht haben. Ein Hinweis auf diese Schieflage hätte dem Band keinen Abruch getan und von der Reflexion der Autoren zur eigenen Materialgrundlage gezeugt.

Die zweite Frage, die sich dem Leser immer wieder aufdrängt, lautet: Welche Diskurse untersucht man hier eigentlich? Zwar wird der »öffentliche und veröffentlichte Diskurs« als Gegenstand benannt. Aber neben fernsehinternen Akten werden die unterschiedlichsten Pressestimmen, Fernseh- und Radiobeiträge bis hin zu wissenschaftlichen Arbeiten untersucht oder zumindest zur Argumentation verwendet. Zudem muss die Frage gestattet sein, ob sich eine demokratische so einfach mit einer repressiven Öffentlichkeit vergleichen lässt. Gibt es eine ‚BRD-Meinung', die einer »sozialistischen Brille« (S.189) gegenüber zu stellen wäre? Ganz sicher nicht und das behaupten die Autoren auch nicht.

Trotzdem laufen diejenigen Aufsätze, die einen Vergleich anstreben, Gefahr, die DDR-Meinungsdoktrin mit einem – dann recht beliebigen – Vertreter eines pluralistischen Systems zu polarisieren oder zur banalen Feststellung eben der Meinungsvielfalt im Westen zu gelangen. Als Beispiel sei hier etwa der Aufsatz zur Massenwirksamkeit benannt. Während die Autorin, Christina Bartz, der DDR die »optimistische Perspektive« zuschreibt, nämlich dass die Semantik von Massenmedien das »Potential eines kommunikativen Austauschs innerhalb der Masse« bedeute, befindet sie für die Bundesrepublik, dort seien mit der Diskussion um die »mediale Einflussnahme« »auch Ängste um das gesellschaftliche Zusammenleben verbunden« (S.157). Dieses Ergebnis greift schlichtweg zu kurz, auch in Bezug auf die Tatsache, dass die beiden verglichenen Deutungen, de Mans »Vermassung und Kulturverfall« 1951 und die Massenwirksamkeits-Publizistik der DDR ab Anfang der 1960er Jahre, zehn Jahre auseinander liegen.

Interessant bleiben dennoch die Fragestellungen, die sich auf die »dominante« Semantik (S.21) in der DDR konzentrieren. Hier seien, so Ruchatz, Friktionen und Widersprüche weitaus »bedeutsamer als offen kontroverse Äußerungen« (S.21). Diese aufzufinden und als Eigenschaften eines totalitären Regimes zu beschreiben, ist im vorliegenden Band jedoch nur ansatzweise gelungen.

Die offerierten Fragestellungen öffnen Blicke auf Propaganda-Mechanismen im Kalten Krieg, auf Semantik-Regelungen und Diskursabsichten in beiden deutschen Staaten. Zwar sind deren Ergebnisse nicht immer neu und rufen auch einige Zweifel hervor. Aber sie zeigen eine andere Heuristik auf und damit ist ihre Diskussionswürdigkeit auch eine Stärke der Publikation.

Steffi Schültzke, Halle/Saale

Oliver Fahle/Lorenz Engell (Hrsg.)
Philosophie des Fernsehens.
München: Wilhelm Fink Verlag 2006, 203 Seiten.

Medienwissenschaftler treten dem Fernsehen traditionell mit kritischer Grundhaltung gegenüber. So konstatiert Hartmut Winkler im vorliegenden Band: »Zwischen der Philosophie und dem Fernsehen eine Verbindung herstellen zu wollen hat einen milde satirischen Zug« (S. 93). Dieser vom Buchtitel ausgelösten Skepsis begegnen die auch sonst recht strategiebewussten Herausgeber gleich in ihrer Einleitung: Das Fernsehen sei ja an sich schon schlimm genug. Müsse jetzt unbedingt noch eine eigene Philosophie des Fernsehens ausgerufen werden?

Bei ihrer Beantwortung dieser selbst gestellten Frage setzen Oliver Fahle und Lorenz Engell im »Science Ranking« gleich ganz oben an: Medienphilosophie sei eine Art Meta-Wissenschaft, eine Wissenschaftstheorie der Medienwissenschaft (S. 8). Ihre Aufmerksamkeit richtet sich nicht primär auf bereits erfolgte Reflexionen durch etablierte Philosophen wie etwa Heidegger oder Derrida, sondern auf jene Form des Denkens, die das Medium selbst gemeinsam mit uns längst praktiziert, »denn wir sind alle Teil des Fernsehens« (S. 7). Zentral ist die »Reflexivität des Mediums im Spiegel seiner beobachtbaren Formen« (S. 158), wobei die Angebotsformen im Sammelband eine eher untergeordnete Rolle spielen und die Rückbindung der Reflexionen auf die Sendungsanalyse und die konkrete Programmpraxis eher vernachlässigt wird.

Die Philosophie des Fernsehens bestehe vor allem in dem »Beitrag, den das Fernsehen zu seiner eigenen Konstitution leiste« (S. 9). Ein zentrales Interesse von Fahle und Engell gilt den »Bau- und Verlaufsfiguren dieses televisionären Denkens« (S. 7). Dem derzeit aktuellen medientheoretischen Turn (Schmidt, Winkler) entsprechend, folgen die Herausgeber einem diskurstheoretischen Ansatz: Ausgangspunkt ist die Annahme, »dass das Fernsehen – und wohl auch andere Medien […] von einem Diskurs oder einer Vielzahl von Diskursen produziert wird« (S. 9). In dieser Annahme erlebt, ohne dass dieser Zusammenhang Erwähnung findet, die Sichtweise der Angebotsforschung, nämlich dass die Pluralität der Inhalte das Angebot des Fernsehens ausmacht, eine aktuelle Bestätigung.

Trotz der propagierten Konzentration auf die Selbstreflexion des Fernsehens prüfen Herausgeber und Autoren auch, »welche philosophischen Texte und Gedanken angetan sein könnten, auf das Mediale und die Medien beziehbar zu sein. So könnte man freilegen, wo in älteren, auch klassischen philosophischen Texten das Mediale oder auch ein bestimmtes Medium in seiner Eigenheit bereits vorbedacht worden ist, auch wenn dafür nicht immer explizit der Medienbegriff benutzt wurde«. (S. 9) Auf diese Recherche nach medialen Bezügen bei den Klassikern folgt die Untersuchung medialer Aspekte bei der Konstitution der philosophischen Texte und der Beantwortung philosophischer Probleme (S. 11). So lasse, wohl eine kleine Provokation der Heraus-

geber in Richtung bisheriger Leitphilosophien, sich der Radikale Konstruktivismus auf der Basis unthematisierter und unausgesprochener Erfahrungen televisiver Wirklichkeitskonstruktionen verstehen.

Eine weitere Beziehung zwischen Philosophie und Medien bestehe in der Suche nach Antworten auf philosophische Fragen und Probleme in Medienangeboten (S. 9). Dieser Umgang der Philosophie mit Medienangeboten laufe Gefahr, »das Medium auf etwas zu beziehen und an etwas zu messen, das dem Medium selbst völlig äußerlich ist« (S. 10). Erst eine Untersuchung der eigenen Konzepte und Konstruktionen des Mediums könne erkennen lassen, ob sich das Mediale auf die Selbsterkenntnis eines Mediums beschränke. »Nicht um die Erkenntnis des Mediums als Gegenstand geht es deshalb der Medienphilosophie, sondern um das an Erkenntnis, was das Medium immer selbst schon ist, um das, was das Medium an Erkenntnis möglich macht, realisiert und konditioniert« (S. 10). Dahinter verbirgt sich das grundlegende Interesse an der Strukturierung der Weltwahrnehmung durch die Medien, das ja bereits Publikationen u.a. von Niklas Luhmann bestimmte.

Richard Diensts wieder abgedruckter Beitrag »Seinsgefahren in einer televisuellen Welt« richtet den klassischen Blick des Philosophen auf das Fernsehen und wird in Fortsetzung der Traditionslinien medientheoretischer Reflexion mal wieder dort fündig, wo Technik im Zentrum des Denkens steht. Dienst konzentriert sich vor allem auf allgemeine medientheoretische Reflexionen aus Martin Heideggers Vorträgen »Einblick in das was ist«. Dort verweist Heidegger wie später Paul Virilio auf die Überwindung von Zeit- und Raumgrenzen, etwa auf die Aktualisierung des Vergangenen durch den Film. Erst gegen Ende seines Artikels geht Dienst über die Beschreibungen allgemeiner medienbezogener Positionen Heideggers hinaus und leistet einen Transfer zum Fernsehen. Das mächtigste Mittel des Gestells Fernsehen sei »der frame, das heißt der Rahmen, das Gehäuse oder Vollbild: der Gestus des Einklammerns, der etwas sehen lässt auf Kosten von allem anderen« (S. 35). Aus Sicht Heideggers werde das Fernsehen »zum Schauplatz einer Verhandlung ohne Verweigerung, wo das Denken des Seins und die Vorstellung des Fernsehens in ihrem Aufstieg und ihrem Niedergang voneinander abhängig sind, wo der Abgrund so sehr wie der Grund in eine flüchtige Erscheinung eingebunden ist. Ob es sich als das letzte Absolute einer überholten Metaphysik erweisen kann, wird sich zeigen.« (S. 40) Auch die weiteren Analysen Diensts bleiben auf vergleichbar hohem Abstraktionsniveau.

Ähnlich wie Dienst in seinen Ausführungen zu Heidegger orientiert sich Claudia Blümle in ihrem Beitrag »Blue Box. Künstlerische Reflexionen einer Studiotechnik« an der apparativen Bedeutung des Mediums, sie wählt jedoch mit Derrida eine aktuellere Variante und konzentriert sich auf das Zusammenspiel von Produktionstechnik und Wahrnehmung. In einem medienhistorischen Überblick beschreibt Blümle zunächst, auf welche Weise seit der frühen Neuzeit Instrumente »Auge und Hand über eine Apparatur (verknüpfen), um auf diese Weise einen perspektivischen und topographischen Zugriff auf die Welt zu gewährleisten« (S. 43). An Beispielen aus der Medienkunst interpretiert sie spezifische Formen der medialen Wahrnehmungssteuerung durch den Einsatz der filmischen und televisionären Produktionstechnik und veranschaulicht so die theoretische Reflexion.

Ralf Adelmann und Markus Stauff verweisen im Kapitel »Ästhetiken der Re-Visualisierung« auf die aus ihrer Sicht bislang fehlende philosophische Betrachtung der Fernsehästhetik. Eine Diagnose, die angesichts der Vielzahl der von ihnen aufgegriffenen Reflexionen (u.a. von Dewey, Sontag) etwas überrascht. Adelmann und Stauff setzen sich jedoch vor allem mit der Position Adornos auseinander, um schließlich eine Kritik des Philosophen Stanley Cavell aufzugreifen, wonach es nicht gelungen sei zu begreifen, »wofür das Medium da ist; was seine Stärken und Besonderheiten sind« (S. 55). Adelmann und Stauff führen den iconic turn der Kulturwissenschaft auf diese unbeantwortete Frage nach den Stärken und Besonderheiten des Mediums zurück und versuchen selbst durch einige »Probebohrungen auf dem Feld der bildästhetischen Funktionen des Fernsehens« (S. 57) zu argumentieren. Mit dem Begriff der Re-Visualisierung erfassen sie elementare bildästhetische Operationen des Fernsehens der Wiederverwertung vorhandenen Materials (S. 57).

Dieser Beitrag lässt exemplarisch erkennen, dass der ‚blinde Fleck' der medienphilosophischen Reflexion dieses Bandes in der bisherigen angebotsorientierten fernsehwissenschaftlichen Forschung und ihren theoretischen Reflexionen liegt.[1] Gera-

1 Vgl. dazu etwa die Forschung von Horace Newcomb und David Marc.

de in der amerikanischen Fernsehwissenschaft war der Bereich der Ästhetik Ausgangspunkt vielfältiger Theoriebildungen, aus deren Spektrum Stauff und Adelmann sich auf Caldwells Televisualitätskonzept und seine Kategoriebildung konzentrieren.[2]

Oliver Fahle eröffnet seinen Beitrag »Das Bild und das Sichtbare« mit einer Kritik an dem Wechsel der Bildtheorien von Malerei, Photographie und Film ins Digitale, der dem Fernsehen ausweicht. Eine Ursache hierfür sieht er in dem ständigen Wandel der Bildmedien, der die Theoriebildung erschwere. Die Brücken zum Fernsehen schlägt Fahle durch die Konstruktion seines Gerüstes einer Bildtheorie des Fernsehens. Dabei betont er nicht nur das Zusammenspiel medienexterner Schwellen, wie etwa technisch dispositiver Perspektiven und den medieninternen Schwellen des ästhetisch Poetischen, sondern auch die Bedeutung des Verhältnisses von Bild und Sichtbarkeit. (S. 78, 84) Fragen nach einer medienspezifischen Ästhetik werden in Fahles Reflexion und in dem Beitrag von Jürgen Trinks zu »erlebter und erzeugter Serialität« eng mit der Wahrnehmung verknüpft.

Auch in Fahles Beitrag ist die bildtheoretische Konstruktion durch Ausgrenzung angebotsorientierter Forschung gekennzeichnet. Fahles Betonung der fehlenden Autorenorientierung des Fernsehens stehen Studien zum Autorenfernsehen eines Alexander Kluge oder Dieter Wedel entgegen. Die fehlende Angebotsorientierung macht sich auch in ungenauen historischen Angaben bemerkbar, wenn etwa Wolfgang Menges Fernsehspiel dem ZDF statt dem WDR als ausstrahlender Sendeanstalt zugewiesen wird.

Hartmut Winkler sucht den Weg von der Wahrnehmung zur spezifischen Wirkung des Fernsehens angesichts der interaktiven Medienkonkurrenz des Computers. Winklers Beitrag befasst sich »mit dem Gegenpol der Kontemplation, mit dem Handeln« (S. 93) und folgt dem Ziel »einer Wiederaufwertung des couch potato angesichts der Provokation des Interaktiv Digitalen« (S. 93). Ausgangspunkt ist eine Beobachtung des eigenen Fernsehverhaltens auf der Couch, begleitet von Junk-Food und mit dem Resultat eines umfassenden Sehens und eines ebenso umfassenden Gedächtnisverlustes. (S. 93ff.) Mary Ann Doane sieht an anderer Stelle des Bandes gerade in dieser Produktion von Vergessen den besonderen Gewinn des Fernsehens (S. 107). Winkler hingegen setzt das Gleiten der Bilder in Beziehung mit dem Gleiten eigener Gefühle. Interaktivität, Passivität und unterschiedliche Subjektkonzeptionen bilden die Eckpfeiler, um die Winklers unabgeschlossene, assoziative Reflexionen kreisen.

Mary Ann Doane integriert die Zeit als wesentlichen Faktor in die fernsehphilosophische Diskussion. Die Konzeptualisierung von Ereignissen durch das Fernsehen hänge von drei verschiedenen Betrachtungsweisen ab: »Information, Krise und Katastrophe« (S. 103). Während Doane die Information auf den täglichen Ereignisstrom bezieht, sieht sie in der Krise eine Verdichtung der Zeitlichkeit, die in der Katastrophe als der kritischsten aller Krisen münde. Während diese zeitliche Zuordnung noch plausibel erscheint, ist die von Doane getroffene Feststellung, im Unterschied zur Narration sei die Information nicht an eine besondere Organisation der Signifikanten gebunden (S. 105), angesichts vorhandener Ergebnisse der Journalistikforschung fragwürdig.

Matthias Thieles Beitrag zum spannungsvollen Verhältnis von Ereignis und Normalität bildet einen Gegenpol zu dieser Krisen- und Katastrophenorientierung von Doane. Sowohl die kontinuierliche Betonung des Ereignischarakters[3] als auch der Verweis auf Einblicke in Alltäglichkeit und Normalität etwa in den Reality Soaps sind zentrale Faktoren der Programmwerbung von Fernsehsendern. Thiele befasst sich in seinem Beitrag mit der Frage, auf welche Weise mit der »Ereignishaftigkeit des Fernsehens«, die in der Regel eben mit Vorstellungen wie Nichtalltäglichkeit, Abweichung, Störung, Ausnahmezustand und punktuellem Tod von Normalität verbunden wird, gerade auch mit der Herstellung von Normalität einhergeht (S. 122). Dabei zeigt Thiele Prozesse auf, beispielsweise, wie Informationssendungen die Ereignisse durch ihre mediale Weiterverarbeitung in Normalität überführen.

Lorenz Engell begibt sich im kontinuierlichen Programmfluss des Fernsehens auf die Suche nach Endsituationen: »Fast nichts endet im Fernsehen, es hört allenfalls auf, und das meist mit dem Verweis darauf, wie es weitergeht und wann, was als nächstes kommt, was in der nächsten Sendung, der neuen Folge der nächsten Ausgabe zu erwarten ist« (S. 137). In der Vergangenheit stellte sich dies anders dar. Früher fand das Ende des Fernsehens im Testbild seinen ikonographischen Ausdruck. In der Ge-

2 Caldwell John Thornton: Televisuality: Style, Crisis, and Authority in American Television. New York 1995.

3 Phoenix etwa präsentiert sich selbst als Ereigniskanal.

genwart findet Engell das Ende bei Ereignissen der Zeitgeschichte, wie etwa den im Band häufig erwähnten 11. September 2001. Hier markierten die Worte eines Reporters »This is the End«, dass auch das Fernsehen sich mit der Möglichkeit des Nichtmehrseinkönnens konfrontiert sah (S. 139). Der 3. Oktober 1990 ist ein zeit-, aber auch medienhistorisches Datum, das auch für das Ende des DDR-Fernsehens steht. Bei beiden Ereignissen sei »das Ende des Fernsehens offenbar insonderheit an die Live-Sendung gebunden« (S. 141). Darüber hinaus sieht Engell in der Selbstreflexion seines Endes die einzige Möglichkeit des Fernsehens zu enden, was jedoch den Programmfluss nur weiter vorantreibe (S. 153).

Galt in der Forschung bislang vor allem das Ereignis als eigentliche Domäne der Television, so beschrieb der Fernsehkritiker Michael Schwarze in den 80er Jahren das Fernsehen als serielles Medium. Mit diesem zentralen Aspekt des Seriellen befasst sich der abschließende Komplex des Sammelbandes. Kay Kirchmann analysiert in »Philosophie der Möglichkeiten« das TV-Programm als »Anschaulichwerden seiner eigenen Theorie« (S. 157). Seine Phänomenbeobachtung etwa des Programms als »Hyper-Narrativ«, »das sich in zahllose kleinere Narrative (Formate, Sendungen, Serien) ausdifferenziert, die ihrerseits wiederum in noch kleinere narrative Einheiten zerfallen« (S. 162), entspricht bisherigen Untersuchungen, die das Fernsehen als Erzählmedium vorstellten.[4]

Vrääth Öhners befasst sich mit seriellen Ordnungen im Spannungsfeld unterschiedlicher ästhetischer und wirkungsorientierter Theoriebildung, die er auch mit Aspekten der Aufmerksamkeitsökonomie verknüpft. So greift er u.a. Diensts Beschreibung von der Zeit als Währung auf. Heidemarie Schumacher befasst sich mit einem eher performanzorientierten Aspekt des Seriellen, nämlich dem Repertoire sich kopierender Gesten (S. 181), die sie der allgemeinen Substituierung des Realen durch Zeichen des Realen zuordnet. Sie vergleicht Aktualisierungen des Gestenrepertoires der Hysterikerinnen des 19. Jahrhunderts mit aktuellen Hysterodramen des Vorabendprogramms (S. 184). Hier wie dort lassen sich Affekte auf Kommando in Gang setzen.
Mit seiner selbst gewählten Positionierung steht der Band symptomatisch für die spannungsvolle Beziehung zwischen Medien- und Kommunikationswissenschaft. Es scheint, als versuche die deutsche Medienwissenschaft die oberen Hierarchieplätze im Bereich medientheoretischer Reflexionen zu besetzen. Dabei aber überlässt sie gleichzeitig die angebotsorientierte Forschung immer mehr den Kommunikationswissenschaften. In den USA etwa sind derartige Konfrontationen nicht denkbar.

Joan Kristin Bleicher, Hamburg

Jürgen Bellers/Maren Königsberg (Hrsg.)
Skandal oder Medienrummel?
Starfighter, Spiegel, Flick, Parteienfinanzierung, AKWs, »Dienstreisen«, Ehrenworte, Mehmet, Aktenvernichtungen
(= Politikwissenschaft, Band 108)
Münster: Lit-Verlag 2004, 262 Seiten.
Claudia Gerhards/Stephan Borg/Bettina Lambert

TV-Skandale.
(= Kommunikation audiovisuell.
Beiträge aus der Hochschule für Fernsehen und Film München, Band 35)
Konstanz: UVK 2005, 408 Seiten.

Nachdem eine Vielzahl von wirklichen oder scheinbaren TV-Skandalen die letzten Jahrzehnte die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik immer wieder beschäftigt hat, war die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Phänomen längst überfällig. Insofern kann es kaum verwundern, dass sich innerhalb eines Jahres gleich zwei Sammelbände mit diesem Phänomen auseinandersetzen.

Die wissenschaftlichen Ansätze beider Bücher unterscheiden sich grundsätzlich. Die von Bellers und Königsberg herausgegebenen Aufsätze sind deutlich erkennbar politikwissenschaftlich orientiert. Aus dem Untertitel wird bereits erkennbar, dass hier ausschließlich politische Skandale behandelt werden. Die im Untertitel bereits genannten Fälle sind gleichsam auch die Gliederung des Bandes.

Die in der Reihe der Hochschule für Fernsehen und Film München erschienenen Aufsätze sind der Medienwissenschaft verpflichtet. Mit insgesamt 24 Fallbeispielen ist das Spektrum der behandelten Themen in dem von Gerhards, Borg und Lambert herausgegebenen Band weitaus größer.

Aus dem unterschiedlichen Wissenschaftsverständnis ergeben sich die differenzierten Ansätze zur Beschreibung von TV-Skandalen. In der Pu-

4 Vgl. Bleicher, Joan Kristin 1999. Fernsehen als Mythos: Poetik eines narrativen Erkenntnissystems. Opladen.

blikation des LIT-Verlages definiert Michael Neu stringent und ausführlich das Phänomen aus politischer, moralischer und juristischer Perspektive. Auf seine Erkenntnisse beziehen sich im Folgenden alle weiteren Aufsätze, die sich jeweils ihrem konkreten Untersuchungsgegenstand auf die gleiche Weise nähern. Zunächst wird die Lage am Beginn des jeweiligen Skandals geschildert. In einem zweiten Schritt werden die unterschiedlichen Positionen dargestellt, es folgt eine genaue Bewertung der Sachverhalte und am Ende wird dem Leser mitgeteilt, weshalb der Autor/die Autorin der Meinung ist, dass der Skandal berechtigt war oder ob er nur der Profilierungssucht einzelner Politiker bzw. Parteien entsprang. Im Sinne der von Neu getroffenen Unterscheidung wird also unterschieden zwischen Skandal und »Pseudoskandal«. Beide eint die Feststellung Luhmanns, dass sie etwas Neues und als solche »eine Vermutung der Wichtigkeit für sich« (S.17) in Anspruch nehmen. Der Skandal bricht mit Konventionen, mit dem Selbstverständlichen, mit dem nie Hinterfragten und ist deshalb immer in einen gesellschaftlichen Kontext eingebunden. Von daher ist ein Skandal nicht eo ipso negativ konnotiert, sondern kann durchaus auch positive Folgen zeitigen, etwa indem er verkrustete Strukturen aufbricht oder die Bürgerinnen und Bürger politisiert. Zu unserem Verständnis vom Menschen zählt, dass dieser immer wieder Fehler macht. Von daher gehören Skandale zu einer liberalen Demokratie dazu. In diesem Punkt unterscheidet sie sich von autoritären Staatsstrukturen, die den Medien verbieten, Fehler von Führungspersönlichkeiten zu publizieren. (S. 5 ff.) Das hier nur ansatzweise wiedergegebene Skandalverständnis impliziert, dass in dem Band nicht nur sehr genau zwischen Handlungsebene und Öffentlichkeitsebene unterschieden wird, sondern in Bezug auf Letztere wird auch noch aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive zwischen medialer Sphäre und der Sphäre der Rezipienten differenziert.

Die wissenschaftliche Stringenz des Politikansatzes lässt der medienwissenschaftliche Band vermissen. Er ist neben den beiden Aufsätzen zur Einleitung in vier Abschnitte geteilt: »Shows«, »Fiktion«, »Musikfernsehen & Videoclips« und »TV-Magazine: Der ‚Fall Michael Born'«. Jedem Abschnitt sind sechs Aufsätze zugeordnet. Da die Herausgeber offensichtlich keine einheitlichen Vorgaben für die Begriffsbestimmung gegeben haben, ist die Zahl der Vorstellungen bzw. Interpretationen von einem TV-Skandal mit der Zahl der Autoren weitgehend identisch. Diese Feststellung schließt ein, dass auch die inhaltlichen und methodischen Annäherungen an die Thematik stark variieren. Diese phänomenologische Betrachtung hat den Vorteil, dass das Themenspektrum wesentlich umfangreicher als in dem erstgenannten Sammelband ist. Der Nachteil besteht darin, dass der Leser letztlich keine wirkliche Vorstellung davon bekommt, was ein TV-Skandal wirklich ist und vor allem nicht, welche Folgen er im Einzelnen auslöste. Insgesamt wird jedoch erkennbar, welch wichtige Funktion den Fernsehskandalen aus medienwissenschaftlicher Sicht zukommt: Sie geben Aufschluss über die Moral der Gesellschaft, sie können Auskunft geben über diesbezügliche Wandlungen und sie sind Elemente, um über Aufmerksamkeit Rezipienten an die Kanäle zu binden.

Wolfgang Mühl-Benninghaus, Berlin

Ludwig Fischer (Hg.)
Programm und Programmatik.
Kultur- und medienwissenschaftliche Analysen
Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2005,
440 Seiten.

»Es gab einen Begriff, den ich aus einer Diskussion im Studienkreis ‚Rundfunk und Geschichte' adaptiert habe, nämlich: *Programmgeschichte*. In dieser Debatte wurde Mitte der 70er Jahre heftig darüber gestritten, ob man eine Programmgeschichte des Rundfunks schreiben kann und soll. Ich habe den Begriff auf das Fernsehspiel angewendet: Programmgeschichte des Fernsehspiels. Man sucht innerhalb des Programms nach Linien und schreibt keine Institutionengeschichte, sondern setzt das Programm als zentrale Ebene.«[1]

So einfach erklärt Knut Hickethier den Beginn einer 30 Jahre währenden Debatte um den Begriff »Programm«, seiner Theorie und seiner Geschichte im Zusammenhang mit der deutschen Medien- und Kommunikationswissenschaft. Hickethier hat diese Diskussionen wie kein anderer inspiriert, geprägt und differenziert. Zum 60. Geburtstag des Medienwissenschaftlers eignet Ludwig Fischer, der von 1978 bis 2004 Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienkultur an der Universität Hamburg war, Knut Hickethier nun ein Buch zu, das genau diesen Verdienst in das Zentrum seiner Botschaft

1 Knut Hickethier: »Ich bin da eher ein Historiker«. Ein Gespräch mit Knut Hickethier über die Geschichte der Fernsehhistoriographie, persönliche Erinnerungen und die Konstruktion von Sinnzusammenhängen. In: montage/av 14/1/2005, S.42–59.

stellt. Unter dem Titel »Programm und Programmatik. Kultur- und medienwissenschaftliche Analysen« findet sich ein – ja was?

Ein Aufsatzband ist es in jedem Fall, der, so Fischer, »Fallstudien aus unterschiedlichen Sektoren der medienwissenschaftlichen Programmforschung mit kulturanalytischen und theoretischen Betrachtungen zu weiten Geltungsbereichen von Programmen und Programmatiken zusammen bringt« (S.14). Dieses Programm ist gelungen, denn in den knapp 30 Beiträgen findet sich mitnichten ein irgendwie zu ermittelnder gemeinsamer Nenner des Begriffes Programm. Vielmehr sind die Wörter »Programm« und »Medienwissenschaft« die beiden gemeinsamen Nenner, auf die die Vielfalt der Ansätze zu bringen ist. Das dürfte so manchen bibliografierenden Studenten verwirren, der unter dem Haupttitel eine Art Systematik zum Thema vermutet. Denn eher ist das Buch ein – gelungenes und lesenswertes – Nummernprogramm aus bekannten und neuen, kontroversen, konsensuellen, theoriegeleiteten, exemplarischen, schlaglichtartigen und essayistischen, meist kurz gehaltenen Aufsätzen rund um das Thema.

Einige Beiträge bescheiden sich zur »Notiz« (Marianne Schuller: »Fehltritte und Von der Schwierigkeit des Umgangs mit Programm«, S. 26), zur »literaturhistorischen Randnote« (Bernd Stenzig: »‘Ein Publikum zusammenrufen und vor ihm Nüsse knacken‘«, S. 47) oder zur »medienarchäologischen Miniatur« (Siegfried Zielinski: Stadt als Musicbox: Die Hupensymphonie von Avraamov in Baku und Moskau 1922/1923, S. 146). Andere Texte verweisen auf Knut Hickethier, in dem sie sich argumentierend mit den von ihm initiierten und mitgeprägten Diskussionen, etwa um den Dispositiv-Begriff, auseinandersetzen (Ludwig Fischer: »Dispositiv und Programm. Anmerkungen zur Karriere eines Konzepts«, S. 89). Historisch orientiert sind vor allem die Fallstudien zu Kino-, Hörfunk- und Fernsehprogramm, die Ergebnisse aus aktuellen Forschungsprojekten, wie dem Projekt zur Kino-Öffentlichkeit in Hamburg oder der Forschungsstelle Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland, vorstellen. Hier zeigt sich, dass der besprochene Band in seiner Zusammenschau auch einen Spiegel derzeitiger Hamburger Forschungsschwerpunkte bildet. Historische Erkenntnisse mit aktuellen Medienentwicklungen verknüpfen etwa die Beiträge von Joan Kristin Bleicher (»Vom Programm durch das Portal zum Cyberspace. Ordnungsmodelle von Internet-Angeboten«, S. 357) oder Joachim Paech (»How Do we Get into the Programm?«, S. 87). Ohne einen zumindest literarischen Verweis auf eines der Standardwerke Knut Hickethiers kommt kaum ein Beitrag aus. Verbunden sind die Aufsätze oft mit teilweise sehr persönlichen Zueignungen der Autoren.

Mit zwei disparaten Beiträgen zu den Cultural Studies von Rolf Lindner zu Beginn des Bandes (»Programmatisch unprogrammatisch. Cultural Studies als Anti-Disziplin«, S.17) und Hans-Dieter Kübler am Ende des Bandes (»Programmerosion und subjektive Rekonstruktionen. Mikrotheoretische Konzepte zur Medienrezeption seit der ‚parasozialen Interaktion‘«, S.412) öffnet der Herausgeber andererseits ein interessantes Spektrum wissenschaftlicher Programmatik. Dass der – durchaus erfrischend – polemische Aufsatz von Siegfried Weischenberg (»Kopf an Kopf mit Küblböck. Kultur als Programm der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten«, S. 180) so ziemlich die Mitte des Bandes markiert, fügt sich hervorragend in dieses Spektrum ein. Die Anordnung jedenfalls lädt ein zum reflektieren über die aktuelle deutsche Forschungssituation. Knut Hickethier nimmt sich unter dieser Perspektive als gemeinsamer und streitbarer Bezugspunkt aus. Damit ist das Buch eben vor allem eine Festschrift für den Hamburger Medienwissenschaftler.

Steffi Schültzke, Halle/Saale

CD-Rezension:
Deutsches Rundfunkarchiv (DRA):
Hermann Kasack und der Rundfunk. CD wo01
Deutsches Rundfunkarchiv (DRA):
Ernst Busch und der Rundfunk. CD wo03

Neben seinen CD-Produktionen »Stimmen des Jahrhunderts« in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum Berlin hat das DRA im Rahmen seiner Wort-CDs eine neue Reihe aufgelegt, die Prominente der Vergangenheit und deren Rundfunkarbeit vorstellen, Schätze aus dem Archiv ans Licht bringen und Rundfunkgeschichte akustisch erlebbar machen will. Die beiden ersten Ausgaben wurden vom DRA-Standort in Potsdam-Babelsberg publiziert, Autorin ist Ingrid Pietrzynski. Die Besonderheit dieser Reihe besteht darin, dass nicht nur Töne aneinander gereiht werden, sondern ein umfangreiches Booklet von jeweils 36 Seiten dem Hörer die zeit- und rundfunkhistorische Einordnung der auf den CDs versammelten Sendungen oder Sendungsausschnitte erleichtert. Die essayartigen Informationen sind sowohl für den Kenner als auch für den interessierten Laien eine Fundgrube. Leider

haben sich im ersten Booklet zwei ärgerliche Fehler eingeschlichen: Der Name der Berliner Sendegesellschaft Funk-Stunde wurde durchgehend in einem Wort, d.h. ohne Bindestrich, geschrieben und der Beginn des Rundfunks in Berlin und damit in Deutschland auf den November 1923 datiert. Dabei war es doch der 29. Oktober 1923!

Was gefällt, ist das dezent, wohltuend unaufgeregt gemachte Booklet[1], das sich durch zahlreiche Fotos auszeichnet, über den Text sanft geschwungene zarte weiße Linien zeichnet, wohl Ätherwellen andeutend.

»Hermann Kasack und der Rundfunk« ist dem Pionier der noch jungen Gattung Hörspiel gewidmet. Heute ein leider fast vergessener Schriftsteller, 1896 in Potsdam geboren, hatte Kasack bereits 1925 für die Berliner Sendegesellschaft Funk-Stunde gearbeitet – und zwar mit einer völlig neuen Sendereihe »Lyrik der Gegenwart«, in der Gedichte von zeitgenössischen Autoren vorgestellt wurden. In der Weimarer Republik verfasste er über 100 Radio-Sendungen, Schriftstellerporträts und Hörspiele. Während der NS-Diktatur zog er sich von der Rundfunkarbeit zurück und begann damit erst wieder 1946, nun für den Berliner Rundfunk. 1949 siedelte er nach Stuttgart über, wo er 1966 starb. In seinen letzten Lebensjahren war er Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt.

Die CD beginnt mit einer knapp zwölfminütigen »Funkdichtung. Ein Versuch«, genannt: »Eine Stimme von Tausend«. Regie führte Kasacks Schulfreund Edlef Köppen, Schriftsteller wie er. Die sehr pathetische, aber für die Zeit typische Musik lieferte Karl Knauer. Ausgestrahlt wurde dieses Hörspiel-Fragment am 6. Oktober 1932 von der Berliner Sendegesellschaft Funk-Stunde um 21.00 Uhr. Nach »Stimmen im Kampf« (1930), einem inneren Dialog zweier Tennisspieler im Match, war dies Kasacks zweites Psychologie-Hörspiel, in dem er mit inneren und äußeren Stimmen experimentierte und sich der Freudschen Theorie annäherte, dass das Ich nicht unbedingt Herr in seinem eigenen Haus ist.

Zentrale Figur ist der junge Büroangestellte Alexander (Ferdinand Moissi), der spätabends von der Arbeit nach Hause kommt, den grauen und harten Alltag abstreift und sich endlich frei fühlt. Doch – Zweifel bedrängen ihn, mit denen er sich im Wachtraum auseinandersetzt; ein imponierendes Stück literarischer Psychoanalyse!

Das zweite Stück auf der CD ist Kasacks Funkdichtung »Der Ruf«, knapp eine Stunde lang, ein Klassiker der Hörspielgeschichte, auch heutzutage vielfach gesendet. Wiederum von Edlef Köppen inszeniert, mit Musik von Karl Knauer unterlegt, wurde es am 12. Dezember 1932 von der Berliner Funk-Stunde ausgestrahlt und zwar zur besten Sendezeit um 20.00 Uhr. Hier greift Kasack die politischen und sozialen Probleme am Ende der Weimarer Republik auf. Im Mittelpunkt des Hörspiels steht Martin Keller, 26 Jahre alt, seit fünf Jahren in einer festen Stellung, die er eines Tages verliert. Den Martin spricht Ernst Busch. Auch hier experimentierte Kasack mit dem Spiel von inneren und äußeren Stimmen, die sich überlagern, die Martins Handlungen kommentieren, ihn bedrängen, aber auch ermutigen. Nach sechs Wochen Arbeitslosigkeit wird Martin mürrisch und verzweifelt: »Keiner, der noch seine Arbeit hat, kann sich vorstellen, wie es ist, arbeitslos zu sein... Arbeitslos, ein Fall ohne Ende, und niemand fängt einen auf.« Er bewirbt sich bei zig Firmen um Arbeit, egal welche. Doch umsonst. Dann kommt die reale Politik ins Spiel, Reichstagswahlen stehen an. Unverkennbar Hitler: »Ich will Gemeinschaft! Ich gehöre zum arbeitslosen Deutschland!« Gegen Schluss scheint Martin aus seiner Lethargie zu erwachen. Fast singend deklamiert er: »Ich bin der Ruf! Alle Arbeitslosen hören mich. Wir sind ein Wille, ein Schicksal... Wir wollen Arbeit! (Marschmusik) Die Gemeinschaft geht zur Arbeit.« Und wieder Hitler: »Wir werden arbeiten. Aufwachen!« Darunter sind Luftschutzsirenen und stampfende Maschinenkolben zu hören. - Ein beklemmendes Stück Funkdichtung, das unter die Haut geht und vom Thema her – Arbeitslosigkeit – so brennend aktuell ist. Das damals Kommende hat Kasack vorausgesehen.

Kennern sind diese Hörspiele und Kasacks Funkaktivitäten bestens bekannt. Pietrzynski stellt in ihrem Text darüber hinaus die Mitarbeit Kasacks im Berliner Rundfunk nach dem Krieg erstmals zusammenhängend dar. So bildet ein Kasackscher O-Ton aus dieser Zeit den Abschluss der CD: die »Einleitung zur Rezitation von ‚Kinderkreuzzug 1939' durch Kate Kühl«, geschrieben von Bertolt Brecht 1941 in der US-amerikanischen Emigration, gesprochen im Berliner Rundfunk am 14. Juni 1946, gut sechs Minuten lang. Mir gefiel diese Hommage Kasacks an den zwei Jahre jüngeren Brecht nicht. Es ist eine fast peinliche Lobhudelei. Über den In-

1 Layout: Burga Fillery.

halt des Kinderkreuzzugs erfährt man nichts. Stattdessen: Brecht strahle eine »Unbestechlichkeit des Gefühls« aus, und »wenn er sprach, knisterten die Worte wie elektrische Funken«. Im Kinderkreuzzug »spürt man seinen unverwechselbaren aufrüttelnden Ton«. Nur der Hörer leider nicht. Und deshalb ist dieses Tondokument zum Abschluss der CD eigentlich überflüssig. Im Booklet sind akribisch die Rundfunkarbeiten von Kasack von 1929 bis 1948 aufgeführt, fast alle als Tondokument nicht mehr vorhanden. Ein weiteres Tondokument gibt es allerdings noch, auch im Booklet aufgeführt: Am 10. Juni 1948 las Hermann Kasack im NWDR Hamburg aus seinem 1947 erschienenen Roman »Die Stadt hinter dem Strom«, einem surrealistischen Nachkriegsroman, für den er 1949 den Fontane-Preis erhielt. Wäre ein Auszug daraus nicht ein eindrucksvollerer Abschluss gewesen?

Die zweite CD ist eine Hommage an Ernst Busch – und das zu Recht! Ein Mann mit vielen Talenten: Er war Schauspieler, Sänger, Kabarettist und Regisseur. Der Arbeitersohn wurde 1900 in Kiel geboren, nahm mit 18 Jahren Schauspielunterricht und hatte 1927 sein erstes großes Engagement an der Berliner Volksbühne unter dem Intendanten Erwin Piscator. Er spielte in Stücken von Friedrich Wolf, Bertolt Brecht und Ernst Toller, arbeitete seit 1929 auch für den Film, unter anderem spielte er die Hauptrolle in Slátan Dudows »Kuhle Wampe«. Und er sang in einer ganz neuen Art, denn er mischte Elemente der Volksmusik, der Arbeiter-Gesangsbewegung, aber auch der Unterhaltungsmusik und kreierte mit seiner scharfen, explosiven Stimme eine überraschend neue Gesangskultur.

Während auf der Kasack-CD überwiegend ganze Sendungen präsentiert werden, hat die Autorin hier 22 Ausschnitte aus Sendungen featureartig montiert, die besonders Buschs Rundfunkauftritte und sein nicht konfliktloses Verhältnis zum DDR-Rundfunk dokumentieren. Seit 1929 arbeitete er für den Rundfunk, hauptsächlich für die Berliner Sendegesellschaft Funk-Stunde. Er wirkte mit in Hörspielen, Revuen, Operetten und er sang natürlich. Doch nicht seine politischen Lieder, das war der Funk-Stunde zu links, sie wählte weniger politische Songs aus, so z.B. von Ringelnatz und auch mal von Tucholsky. Die CD ist überzeugend in verschiedene Zeitabschnitte gegliedert, die das wechselvolle Leben des Künstlers widerspiegeln. Den Anfang machen drei Ausschnitte aus Produktionen der Funk-Stunde von 1929 bis 1932: eine Szene aus dem Hörspiel »SOS rao rao – Krassin rettet Italia« von Friedrich Wolf, die Moritat »Eduard auf dem Blutgerüste« und eine Szene aus »Die heilige Johanna der Schlachthöfe« von Bertolt Brecht. Busch emigrierte 1933 und nahm am Spanischen Bürgerkrieg teil. Dieser Lebensspanne ist der folgende Teil der CD gewidmet. Es folgen Erinnerungen an seine Gefangennahme 1940 in Frankreich, die Auslieferung an die Gestapo und die Befreiung durch die Rote Armee 1945 aus dem Zuchthaus Brandenburg. Die Jahre 1950 bis 1957 sind seiner Schauspielkunst am Berliner Ensemble gewidmet, hauptsächlich mit Werken von Brecht. 1952 geriet Busch in die Schusslinie der Staatlichen Kulturkommission: Ihm wurde »Formalismus« vorgeworfen und »Soldatenlieder der imperialistischen USA« in sein Repertoire aufgenommen zu haben. Der Booklet-Text weist nach, dass auch dieses Kapitel DDR-Rundfunkgeschichte differenzierter gesehen werden muss. Die zaghaften Rehabilitationsversuche von Gerhart Eisler, Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees, des Theaterkritikers Herbert Ihering und anderen zu Anlass von Buschs 65. Geburtstag sind ebenso vertreten wie eine posthume Würdigung 1990. Busch war 1980 gestorben. Die CD ist eine beeindruckende Dokumentation einer ungewöhnlichen Lebensgeschichte, die gleichzeitig Zeitgeschichte widerspiegelt.

Das Konzept der neuen Reihe des DRA überzeugt in ihren ersten beiden Ausgaben und in ihren unterschiedlichen Präsentationsformen des akustischen Materials. Rundfunkgeschichte wird nicht nur durch die unmittelbare Wirkung von Stimmen, Tönen, Geräuschen und Musik lebendig, auch die informativen Begleittexte erfüllen den Anspruch, den sich das Deutsche Rundfunkarchiv gesetzt hat: Zeit- und Rundfunkgeschichte nicht nur zu sammeln, sondern auch zu vermitteln und publik zu machen. Wie wäre es, den großen Meister selbst, nämlich Brecht, mit seiner Rundfunkarbeit vorzustellen? Oder Friedrich Wolf, Gottfried Benn, Else Lasker-Schüler, die von 1926 bis 1929 intensiv für den Rundfunk gearbeitet hat? Und da gibt es noch viele andere Persönlichkeiten, Rundfunkpioniere, Autoren, auch Musiker, deren Rundfunkarbeit auf CD bekannt zu machen sich lohnen würde. Es wäre eine Bereicherung der akustischen Geschichtsschreibung. Man darf auf die nächsten Ausgaben gespannt sein.

Heide Riedel, Ventabren

Eckhard Lange/Hans-Gerhard Stülb (Hrsg.)
Informationsprodukte auf dem Prüfstand.
Qualitätsanforderungen an die
Mediendokumentation in der Krise der Medien
(= Beiträge zur Mediendokumentation, Band 7)
Münster: Lit-Verlag 2004, 286 Seiten.

Der siebte Band der Reihe »Beiträge zur Mediendokumentation« enthält die Vorträge der beiden Frühjahrs-Tagungen der Fachgruppe der Medienarchivare und -dokumentare im Verein der Archivare der Jahre 2002 in Ravensburg und 2003 in Mainz.

Leider kommt im Band, wie so oft in Tagungsbänden, lediglich ein Teil der Vorträge zum Abdruck. Ob es sich dabei aber tatsächlich, wie im Vorwort (S. 6) erwähnt, um eine repräsentative Auswahl handelt, ist zu hinterfragen. Insgesamt sind von den 55 bei beiden Tagungen gehaltenen Vorträgen lediglich 29 nachzulesen. Im Tagungsband werden die Beiträge der beiden Tagungen in vier Bereiche eingeteilt: »Archive, Netze, Medienkrise – von außen und innen betrachtet«, »Digitaler Informationsfluß«, »Kommerzielle Potentiale« und »Rationalisierungsdruck und Qualitätsmanagement«. Ein Vergleich mit den Tagungsprogrammen im Anhang zeigt, dass beispielsweise jeweils alle drei Beiträge der Themenblöcke »Dokumentation und Medienrecht« und »Fernseharchive und Redaktionen auf dem Weg zum digitalen Paradies« komplett fehlen. Dies ist zu bedauern, denn beispielsweise wären die Vorträge zur rechtlichen Situation elektronischer Pressespiegel oder zur Bedeutung des »Digitalen Rechtemanagements« in einem Medienarchiv viel eher von grundsätzlichem Interesse gewesen als so mancher abgedruckte Situationsbericht. Auch wenn man den vorliegenden Band als Dokumentation einer technischen Entwicklung im Bereich der Archive liest, ist doch das zeitliche Verfallsdatum nicht weniger Beiträge zu offensichtlich. Was ursprünglich als Momentaufnahme des Stands der Technik 2002 oder 2003 gedacht war, hat nicht nur im Jahr 2006, sondern hatte bereits bei der Publikation 2004 beträchtlich an Aktualität verloren. Das bringt die technische Entwicklung im Allgemeinen mit sich. Hier sollte allerdings die Konzeption der Tagungsbände auf den Prüfstand. Dies gilt insbesondere für Beiträge mit wegweisenden Lösungsansätzen, wie etwa von Axel Bundenthal und Philipp Diekmeyer. Beide berichten über die Entwicklung im Bereich Internet/Intranet in den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Während Axel Bundenthal am Beispiel des ZDF vor allem die veränderten Arbeitsweisen schildert, die sich durch die Einführung eines Intranets ergeben, stellt Philipp Diekmeyer mit dem WDR-Archivportal eine nutzerfreundliche Lösung vor, verschiedene Datenbanken unter einer Oberfläche anzubieten. Dass in den einzelnen Aufsätzen selbst eine editorische Hand fehlte, zeigt der Beitrag von Axel Bundenthal, in dem noch ausführlich erklärt wird, was ein Intranet überhaupt ist.

Ganz interessant nachzulesen ist die Vorstellung des »Netzwerk Mediatheken«, in das Dietmar Preißler und Claudia Wagner im Jahr 2002 unter dem Titel »Netzwerk Mediatheken oder: Wo finde ich das HB-Männchen?« einführten. Damals fokussierten die Autoren, wie durch das Internet-Portal ein klarer sachlicher und institutionsbezogener Zugang zu den deutschen Mediensammlungen ermöglicht werden könne. Hier hat sich natürlich seit der Präsentation einiges getan. Was damals lediglich in Planung war, konnte bis heute weitgehend verwirklicht werden. Nun stellen sich neue Fragen und Anforderungen an das Netzwerk: Wie geht man damit um, dass unter den Teilnehmern am Netzwerk noch wichtige Mediensammlungen, wie beispielsweise die der Rundfunkanstalten, fehlen? Wäre es nicht viel nutzerfreundlicher, statt eines pauschalen Verweises auf die Institutionen lieber eine (zumindest virtuelle) gemeinsame Datenbank der Medienbestände vorzufinden? Das Konzept des »Netzwerks Mediatheken« scheint angesichts der großen Heterogenität der Institutionen jedoch auch momentan noch der einzig machbare Weg der Vernetzung zu sein.

Den Eröffnungsvortrag der Mainzer Tagung hielt Guido Knopp zum Thema »Zeitgeschichte im ZDF – Aufklärung braucht Reichweite«. Guido Knopp berichtet in dem publizierten Beitrag von seinem Konzept, mit Hilfe des Genres »Doku-Drama« Geschichte zu vermitteln. Dabei gelte es, Qualität und Quote miteinander zu verbinden. Dies werde mit attraktivem historischem Ereignisfernsehen erreicht, da so auch ein eher geschichtsfernes Publikum angesprochen werden könne. Knopp bezeichnet diese Vermittlungsform als »Demokratisierung des historischen Diskurses« (S. 98), eine Formulierung, die bekanntlich so manchem Historiker fraglich erscheint. Nicht unerwähnt bleibt die große Bedeutung des Bildmaterials für die Arbeit des ZDF-Redakteurs. Zu seiner Arbeit gehöre es nicht nur, noch ungehobene Schätze zu finden, sondern Bilder auch in ihren Kontext zu stellen. Archivare und Mediendokumentare dürften gerade in Bezug auf die archivarische Arbeit Knopps dennoch skeptisch sein, insbesondere angesichts seines Credos, dass Geschichts-

vermittlung »nicht nur investigativ, sondern spannend und bewegend und zugleich authentisch« (S. 97) sein soll. Denn der Arbeitsalltag in den Archiven zeigt doch nur allzu oft, dass zwischen Authentizität und Sensation häufig Welten liegen.

Andreas Kozlik, Marbach am Neckar

Bibliografie

Zeitschriftenlese 93 (1.7.–31.12.2005)

Abschied von Peter Glotz [14 Beiträge]
In: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Jg. 52. 2005. H. 10. S. 12–48.

Nachrufe auf den Politiker, Medienpolitiker/Medienmanager, Kommunikationswissenschaftler und Publizisten Peter Glotz (6. 3. 1939–25. 8. 2005).

ADLBRECHT, JO: Flüchtig aber authentisch – Zur Glaubwürdigkeit elektronischer Medien in ihrer Anfangszeit: eine Spurensuche zwischen Röhrenradio und Schwarz-Weiß-Fernseher. In: Medien & Zeit. Jg. 20. 2005. H. 3. S. 25–43.

»Einblick in die Rezeptionsgeschichte des frühen Radios bzw. Fernsehens.« Am Beispiel vor allem der österreichischen Rundfunkgeschichte (im Vergleich zu Deutschland und den USA).

ANDERSON, MARK A.: Die Kinder und der Holocaust: eine amerikanische Geschichte. In: Merkur. Jg. 59. 2005. H. 7 (675). S. 571–585.

Zum Holocaust-Bewusstsein in den USA, vor allem bei Kindern, ausgelöst durch die Holocaust-Fiktionalisierung in Fernsehen und Film, beginnend mit der Fernsehserie »Holocaust. Die Geschichte der Familie Weiss« (1978).

ARNOLD, KLAUS: Auf dem Weg zu sich selbst?: die Entwicklung des Radios vom Bildungs- zum Unterhaltungsmedium. In: Alte Medien – neue Medien: Theorieperspektiven, Medienprofile, Einsatzfelder: Festschrift für Jan Tonnemacher/Klaus Arnold; Christoph Neuberger (Hrsg.). Wiesbaden 2005. S. 132–157.

Audiovisuelles Gedächtnis: [5 Beiträge] / Peter Dusek u.a. In: Medien & Zeit. Jg. 20. 2005. H. 3. S. 1–43.

Zur Bedeutung der Medien-/Rundfunkarchive für das nationale Gedächtnis eines Landes. Beiträge zur Situation in Österreich.

BARTOSCH, GÜNTER: Das Fernsehen spielt mit: Jubiläen bei Lotto und Glücksspirale. In: ZDF Kontakt. 2005. H. 8/9. S. 21.

Zum 40-jährigen Bestehen der »Ziehung der Lottozahlen« bzw. zum 35-jährigen Bestehen der »Glücksspirale«.

BAUMGARTNER, SUSANNA, BIRGIT WOLF: Frauenbewegtes Fernsehen im ORF der 1970er: medienhistorische und genderperspektivische Betrachtungen zur ORF-Magazinsendung »Prisma« unter der Leitung von Trautl Brandstaller. In: Medien & Zeit. Jg. 20. 2005. H. 2. S. 20–29.

BECK, OSKAR: »Eugen, hast du die Eisensäge dabei? « Rudi Michel. Zur Person. In: Doppelpfeil: das Unternehmensmagazin des Südwestrundfunks. 2005. H. 6. S. 40–41.

Porträt des Sportreporters und langjährigen Sportchefs des Südwestfunks.

BENTELE, GÜNTER, TOBIAS LIEBERT: PR-Geschichte in Deutschland: allgemeine Entwicklung, Entwicklung der Wirtschafts-PR und Berührungspunkte zum Journalismus. In: Alte Medien – neue Medien: Theorieperspektiven, Medienprofile, Einsatzfelder: Festschrift für Jan Tonnemacher/Klaus Arnold; Christoph Neuberger (Hrsg.). Wiesbaden 2005. S. 221–241.

BERGMANN, ERICH, HANSJÖRG BIENER: Radio Timisoara. In: Radio-Kurier – weltweit hören. 2005. H. 9. S. 22–23.

Zur Geschichte des deutschsprachigen Minderheitenprogramms des rumänischen Senders Radio Timisoara (Radio Temeswar) seit 1943.

BERNARD, BIRGIT: Bibliothek und Archive beim Westdeutschen Rundfunk 1924–1945. In: Info 7: Medien – Archive – Information. Jg. 20. 2005. H. 2. S. 79–88.

BERNARD, BIRGIT: »… und wie das Gesocks alles heißt«: der Westdeutsche Beobachter und die Kritik am Musikprogramm des Westdeutschen Rundfunks (1930–1933). In: Bernard, Birgit, Stefan Kames, Hans-Ulrich Wagner: Medien und Musikjournalistik in Köln um 1933: drei Schlaglichter auf eine Usurpation. Eingef. und hrsg. von Robert v. Zahn. (Beiträge zur rheinischen Musikgeschichte. Bd. 166). Kassel 2005. S. 7–61.

BEY, JENS: »Wir durften die Männer nicht vom Stuhl reißen. « Dagmar Kloth, geborene Bergmeister. In: Doppelpfeil: das Unternehmensmagazin des Südwestrundfunks. 2005. H. 5. S. 26–27.

Porträt der ersten Fernsehansagerin des Süddeutschen Rundfunks (1954–1971).

BIENER, HANSJÖRG: Das schlechte Image von Pius XII. und Radio Moskau. In: Radio-Kurier – weltweit hören. 2005. H. 8. S. 5.

Zusammenfassung eines Artikels von Giovanni Sale in der italienischen Zeitschrift »La Civiltà Cattolica«, der der Frage nachgeht, inwieweit Radio Moskau für die »Diffamierung« Pius XII. verantwortlich war, »nichts gegen den Nationalsozialismus unternommen zu haben«, vielmehr »Freund und Verbündeter totalitärer Regime« gewesen zu sein.

BLEICHER, JOAN KRISTIN: Knut Hickethier 60 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 3. S. 353–354.

Kommunikationswissenschaftler, geb. 24. Juli 1945.

BLEICHER, JOAN KRISTIN: Zur Erinnerung an Peter Hoff. In: Montage/AV. Jg. 14. 2005. H. 1. S. 176–178.

Theaterwissenschaftler, Fernseh(spiel)-Theoretiker und -historiker (1942–2003).

BÖHME-MEHNER, TATJANA: Er komponierte immer. Sogar sich selbst: der Komponist, Hörspiel- und Filmemacher Luc Ferrari. In: MusikTexte: Zeitschrift für Neue Musik. H. 107. 2005. S. 49–58.

BOLLINGER, MICHAEL: Barocker Brocken. In: Doppelpfeil: das Unternehmensmagazin des Südwestrundfunks. 2005. H. 4. S. 26–27.

Porträt des ehemaligen Hörfunkdirektors (1981–1993) und stellvertretenden Intendanten (1986–1993) des Südwestfunks, Hubert Locher.

BONFADELLI, HEINZ: 22 Jahre Lokalradios in der Schweiz: Ein Rückblick; 22 Jahre Privatrundfunk in der Schweiz: Eine Zwischenbilanz. In: Das schweizerische Mediensystem im Wandel: Herausforderungen, Chancen, Zukunftsperspektiven/Matthias Künzler (Hrsg.). Bern, Stuttgart, Wien 2005. S. 101–116.

BREUNIG, CHRISTIAN: Auslaufmodell oder Wiederbelebung durch Digitalisierung? Terrestrisches Fernsehen in Deutschland. In: Alte Medien – neue Medien: Theorieperspektiven, Medienprofile, Einsatzfelder: Festschrift für Jan Tonnemacher/Klaus Arnold; Christoph Neuberger (Hrsg.). Wiesbaden 2005. S. 158–175.

BRÜGGEMEIER, FRANZ-JOSEF: Eine virtuelle Gemeinschaft: Deutschland und die Fußballweltmeisterschaft 1954. In: Geschichte und Gesellschaft. Jg. 31. 2005. H. 4. S. 610–635.

Zur Funktion der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 und der medialen Berichterstattung für das Gemeinschaftsgefühl und die nationale Identität der Deutschen.

BRUNST, KLAUDIA: Sprechstunden im Panton-Style: wie man in Talkshows zusammensitzt: ein Rundgang durch die deutsche Fernsehgeschichte. In: Theater heute. Jg. 46. 2005. H. 8/9. S. 86–88.

BUCHHOLZ, AXEL: Einer, der fürs Radio brannte. Zum Tod von Hermann Stümpert. In: SR Info: Radio- und Fernseh-Information/Saarländischer Rundfunk. 2005. H. 11. S. 30–31.

Hermann Stümpert (1949–2005), 1970 Mitarbeiter der Europawelle Saar des Saarländischen Rundfunks, 1979 Abteilungsleiter Unterhaltung Hörfunk, 1984 Gründungs-Programmdirektor des privaten schleswig-holsteinischen Radiosenders RSH, 1992 selbstständiger Radio-Berater (»Funk-Büro«) und Privatradio-Manager und -unternehmer.

COLLALTI, MARKUS: Der klingende Zimmerbrunnen. Erkenntnisse aus der Radionutzungsforschung in Deutschland nach 1945. In: Funkkorrespondenz. 2005. H. 43. S. 3–13.

CONLEY, PATRICK: Das Radio-Feature und seine Themen (1964–1989). In: Literatur im DDR-Hörfunk: Günter Kunert Bitterfelder Weg Radio Feature/Ingrid Scheffler (Hrsg.). (Jahrbuch Medien und Geschichte. Bd. 5. 2005). Konstanz 2005. S. 249–310.

DELL, MATTHIAS: Der Kommissar ermittelt: bundesrepublikanische Spurensuche in einer Fernsehkrimiserie. In: Ästhetik und Kommunikation. Jg. 36. 2005. H. 129/130. S. 205–210.

Über die ZDF-Krimiserie »Der Kommissar« (1968–1976) als Abbild der damaligen bundesrepublikanischen Gegenwart und ihres sozialen Wandels.

DESMET, LIEVE: Celebrating 50 years of TV on the Flemish Public Service Broadcaster, VRT in Belgium: entertaining und building a collective memory. In: Medien & Zeit. Jg. 20. 2005. H. 2. S. 12–19.

EISENBERG, CHRISTIANE: Medienfußball: Entstehung und Entwicklung einer transnationalen Kultur. In: Geschichte und Gesellschaft. Jg. 31. 2005. H. 4. S. 586–609.

ENGELHARDT, GUSTAV HEINZ: Die Suche nach dem Sender. Wo stand der Rundfunksender Elberfeld?. In: Geschichte in Wuppertal. Jg. 14. 2005. S. 54–59.

ENGELS, JENS IVO: Von der Sorge um die Tiere zur Sorge um die Umwelt : Tiersendungen als Umweltpolitik in Westdeutschland zwischen 1950 und 1980. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 43. Umweltgeschichte und Geschichte der Umwelt/Red.: Friedhelm Boll u.a. Bonn 2003. S. 297–323.

FARDA, CONSTANZE: Michael Haller 60 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 2. S. 239–240.

Journalist und Kommunikationswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Journalistik, geb. 1945.

FAULSTICH, WERNER: Der Niedergang der Rockkultur und die Umbrüche auf dem Tonträgermarkt. In: Die Kultur der achtziger Jahre/Werner Faulstich (Hrsg.). München 2005. S. 181–190.

FAULSTICH, WERNER: Pornografie und die Kulturgeschichte der Medien. In: Programm und Programmatik: kultur- und medienwissenschaftliche Analysen: Knut Hickethier zum 60. Geburtstag/Ludwig Fischer (Hrsg.). Konstanz 2005. S. 154–165.

Fernsehhistoriographie: Geschichte(n) des Fernsehens/Andreas Fickers u.a. In: Montage/AV. Jg. 14. 2005. H. 1. S. 1–175.

FICKERS, ANDREAS, SONJA DE LEEUW: Das European Television History Network: europäische Fernsehgeschichtsschreibung in vergleichender Perspektive. In: Medien & Zeit. Jg. 20. 2005. H. 2. S. 4–11.

FISCHER, JÖRG-UWE: Historische Justizdramen: der Fernseh-Pitaval des DDR-Fernsehens. In: Info 7: Medien – Archive – Information. Jg. 20. 2005. H. 1. S. 46–48.

Der »Fernseh-Pitaval« (Pitaval: Sammlung von Kriminalfällen) im Fernsehen der DDR (1958–1978) war eine von Friedrich Karl Kaul initiierte und gestaltete Serie mit dokumentarischen Fernsehspielen (Gerichtsfilmen) über historische Kriminal- und Rechtsfälle.

FISCHER, JÖRG-UWE: »Der maskierte Wolf zielte kaltblütig auf den Kater ... «: der Kampf gegen »Schund- und Schmutzerzeugnisse« in der DDR in den fünfziger Jahren. In: Info 7: Medien – Archive – Information. Jg. 20. 2005. H. 2. S. 117–120.

Der Jugendmedienschutz in der DDR richtete sich vor allem gegen Gewalt- und Sexualdarstellungen in westlichen Medien.

FISCHER-TAUBERT, HILTRUD: Ein Blick zurück nach vorn: 40 Jahre Aktion Mensch. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 99–100.

FRICKE, KARL WILHELM: Der DDR-Schauprozess gegen den RIAS; Todesurteil auf »Vorschlag« Walter Ulbrichts vor fünfzig Jahren. In: Die politische Meinung. Jg. 50. 2005. H. 427. S. 63–67.

GETHMANN, DANIEL: Technologie der Vereinzelung: das Sprechen am Mikrophon im frühen Rundfunk. In: »Sound«: zur Technologie und Ästhetik des Akustischen in den Medien/Harro Segeberg; Frank Schätzlein (Hrsg.). Marburg 2005. S. 249–265.

GOLZ, HANS-GEORG: »You will need your English«: ein Fernsehsprachkurs in der DDR. In: Deutschland Archiv. Jg. 38. 2005. H. 4. S. 642–650.

1962 wurde im Volksbildungsministerium (der DDR) die Produktion eines Fernsehsprachkurses beschlossen: »English for You« (EFY). Er wurde zur populärsten Form der Sprachvermittlung in der DDR.

GROSS, SABINE: 300 Folgen »Der Alte«: eine Erfolgsgeschichte und ihre Hintergründe. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 106–107.

HAGELÜKEN, ANDREAS: HörGeräuschMusikSprachspiel: eine historische Ortsbestimmung der Radiokunst. In: Neue Zeitschrift für Musik. Jg.166. 2005. H. 4. S. 34–36.

HAHN, OLIVER: Arabisches Satelliten-Nachrichtenfernsehen: Entwicklungsgeschichte, Strukturen und Folgen für die Konfliktberichterstattung aus dem Nahen und Mittleren Osten. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. Jg. 53. 2005. H. 2/3. S. 241–260.

Hans-Joachim Reiche gestorben
In: Fernseh-Informationen. Jg. 56. 2005. H. 9. S. 24.

Hans-Joachim Reiche, geb. 9. Juli 1921, gest. 23. August 2005. Reiche war von 1960–1970 Chefredakteur der »Tagesschau«, von 1972–1984 Leiter des Bonner Studios des ZDF.

HAUCKE, LUTZ: Die Träume sozialistischer Massenunterhaltung in der DDR: die Funktion der TV-Shows »Mit dem Herzen dabei« und »Spiel mit« im

Umfeld des 11. Plenums des ZK der SED (1965/1966). In: Lutz Haucke: Film – Künste – TV-Shows: film- und fernsehwissenschaftliche Studien: Auswahl 1978–2004. Berlin 2005. S. 337–368.

Mit einer Dokumentation: Zur Geschichte der TV-Game-Shows des DFF »Mit dem Herzen dabei« und »Spiel mit« (1964–1970).

Heinz Werner Hübner gestorben
In: Fernseh-Informationen. Jg. 56. 2005. H. 9. S. 24.

Heinz Werner Hübner, geb. 18. April 1921, gest. 28. August 2005. Hübner war 1977–1985 Fernsehprogrammdirektor des WDR.

HERSCHE, OTMAR: Öffentlicher Rundfunk im Wandel: Zur Geschichte von Radio und Fernsehen DRS; Öffentlicher Rundfunk im Wandel: Herausforderungen und Strategien. In: Das schweizerische Mediensystem im Wandel: Herausforderungen, Chancen, Zukunftsperspektiven/Matthias Künzler (Hrsg.). Bern, Stuttgart, Wien 2005. S. 135–148.

HÖMBERG, WALTER, MANUEL BÖDIKER: Die Gegenwart der Vergangenheit: Kommunikations- und Medienmuseen in Deutschland. In: Alte Medien – neue Medien: Theorieperspektiven, Medienprofile, Einsatzfelder: Festschrift für Jan Tonnemacher/Klaus Arnold; Christoph Neuberger (Hrsg.). Wiesbaden 2005. S. 203–218.

HÖMBERG, WALTER: Otto B. Roegele (6.8.1920–6.9.2005). In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 4. S. 482–484.

Nachruf auf Otto B. Roegele (Publizist »Rheinischer Merkur« und Kommunikationswissenschaftler/Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München).

HOFF, PETER: Das Akustische im deutschen Fernsehspiel der fünfziger und frühen sechziger Jahre: zum Verhältnis von Konzentration und Zerstreuung vor der Filmisierung der »dramatischen Kunst« im Fernsehen. In: »Sound«: zur Technologie und Ästhetik des Akustischen in den Medien/Harro Segeberg; Frank Schätzlein (Hrsg.). Marburg 2005. S. 158–171.

HUBERT, HEINZ JOSEF: 50 Jahre Deutsche Vita. In: WDR print. Nr. 353. 2005. S. 15.

Über die vom Westdeutschen Rundfunk gestaltete Ausstellung »50 Jahre deutsche Vita« über die 50-jährige Einwanderungsgeschichte der Italiener in Deutschland und ihre Begleitung in den WDR-Programmen (Hörfunk und Fernsehen).

HUBERT, HEINZ-JOSEF: Müllers NRW. Seit über 30 Jahren dem Journalismus für das Land verpflichtet. In: WDR print. Nr. 352. 2005. S. 13.

Porträt des WDR-Regional- und Landesredakteurs Bernd Müller anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand.

HUBERT, HEINZ-JOSEF: Prinzipientreu. Carola Stern. In: WDR print. Nr. 356. 2005. S. 2.

Zum 80. Geburtstag der am 19. Januar 2006 verstorbenen Journalistin (WDR-Redaktionsgruppe Kommentare und Feature Hörfunk, 1970–1985) und Publizistin.

JARREN, OTFRIED: Ulrich Saxer 75 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 4. S. 477–480.

Kommunikationswissenschaftler, geb. 6. 1. 1931.

KÄHLER, ALEXANDER: Ein schweres Jahr: Abschied von Bodo H. Hauser. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 177–179.

Bodo H. Hauser (1946–2004) war von 1973–2000 Journalist, Korrespondent und Moderator (»Bonner Perspektiven«, »Studio 1«, »Frontal«) des ZDF, seit 2001 Programmgeschäftsführer von PHOENIX.

KELLER, HARALD: Intermezzo beim Fernsehen. Kultregisseur Michael Powell und der NWDR-Ballettfilm »Der Zauberlehrling«. In: Funkkorrespondenz. 2005. H. 43. S. 14–17.

Zum Fernseh-Ballettfilm »Der Zauberlehrling« (NWDR, 1954).

KINNEBROCK, SUSANNE: Frauen und Männer im Journalismus: eine historische Betrachtung. In: Konkurrenz der Wirklichkeiten: Wilfried Scharf zum 60. Geburtstag/Martina Thiele (Hrsg.). Göttingen 2005. S. 100–132.

Berufsgeschichte der Journalistinnen vor allem in der Presse bis 1945.

KLAUS, ELISABETH: Wilfried Scharf 60 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 3. S. 354–355.

Kommunikationswissenschaftler, geb. 23. September 1945.

KLEMETZ, HENRIK: So entstand IBRA Radio. In: Radio-Kurier – weltweit hören. 2005. H. 8. S. 18–20.

Zur Geschichte des Radios der »Schwedischen Pfingstgemeinden«.

KNOP, KARIN: Zwischen Campari-Kunstwelten und Reisen ins Marlboro-Land: Werbung und Werbemedien der achtziger Jahre. In: Die Kultur der achtziger Jahre/Hrsg. von Werner Faulstich. München 2005. S. 209–229.

KNOPP, GUIDO: 20 Jahre Zeitgeschichte. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 130–132.

KNOTT-WOLF, BRIGITTE: Eine Erfolgsgeschichte: Alte Musik im WDR. In: Funkkorrespondenz. 2005. H. 51/52. S. 22.

Zu: 50 Jahre Alte Musik im WDR/Hrsg. von Thomas Synofzik, Barbara Schwendowius und Richard Lorber. Köln: Concerto Verlag, Westdeutscher Rundfunk 2005.

KNOTT-WOLF, BRIGITTE: Geschichte eines originären Radio-Genres. Symposium über Leichte Musik im Rundfunk. Aspekte zur Geschichte der Leichten Musik im deutschen Rundfunk. Von Schlager, Swing und Operette. Symposium der Historischen Kommission der ARD und des Westdeutschen Rundfunks, 28.–29. Juni 2005 in Köln. In: Fernseh-Informationen. Jg. 56. 2005. H. 7. S. 15–17.

KRAUSE, SUZANNE: »Reporters sans frontières«: 20 Jahre Einsatz im Dienst der Pressefreiheit. In: Dokumente: Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog. Jg. 61. 2005. H. 5. S. 83–86.

KUBITZ, PETER PAUL: Fernsehmuseum Berlin/ Interview mit Kurator Peter Paul Kubitz: Michael Grisko. In: merz - Medien und Erziehung. Jg. 49. 2005. H. 4. S. 72–74.

Zur geplanten Eröffnung des Fernsehmuseums Berlin im Frühjahr/Sommer 2006. Das Museum will in Form einer Dauerausstellung die deutsche Fernseh- und Fernsehprogrammgeschichte darstellen.

LANGE, ANSGAR: Der Bürger auf der Galeere: Autorenporträt Joachim Fest. In: Criticón: Das Magazin für Mittelstand, Marktwirtschaft und Freiheit. Jg. 34/35. 2004/2005. H. 185. S. 29–34.

Joachim Fest, geboren 1926 in Berlin, Publizist, Journalist beim RIAS Berlin, 1963–1968 Chefredakteur des Fernsehens beim NDR, 1973 bis 1993 Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.

LANGENBUCHER, WOLFGANG R.: Bewundernswertes Vorbild. Zum Tod von Otto B. Roegele. Ein Mann des gedruckten Wortes. In: Funkkorrespondenz. 2005. H. 37. S. 3–5.

Nachruf auf Otto B. Roegele (Publizist »Rheinischer Merkur« und Kommunikationswissenschaftler/Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München), 1920–2005.

LANGENBUCHER, WOLFGANG R.: Peter Glotz (6. 3. 1939–25. 8. 2005). In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 3. S. 361–362.

Kommunikationswissenschaftler und Medienpolitiker.

LEDER, DIETRICH: Der veränderte Blick: das Fernsehjahr 2004 in 12 Analysen und 11 Bildern. In: Jahrbuch Fernsehen. 2005. Marl usw. 2005. S. 73–108.

LENSSEN, MARGRIT: Löwenzahn ist 25 Jahre alt und Peter Lustig hört auf/Interview mit Margrit Lenssen, Löwenzahn: Bernd Schorb. In: merz - Medien und Erziehung. Jg. 49. 2005. H. 5. S. 70–72.

LEUKER, HENDRIK: Nachruf auf Camillo Felgen. In: Radio-Kurier – weltweit hören. 2005. H. 9. S. 4.

Camillo Felgen (17. 11. 1920 – 16. 7. 2005). Nachruf auf den Sänger, Discjockey, Hörfunk- und Fernsehmoderator (RTL, WDR/»Spiel ohne Grenzen«).

LERSCH, EDGAR, RUDOLF STÖBER: Quellenüberlieferung und Quellenrecherche. In: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte/Holger Böning, Arnulf Kutsch; Rudolf Stöber (Hrsg.). Jg. 7. 2005. S. 208–230.

Zur Unterscheidung von Überlieferung, Quellen und Literatur; Zustandekommen und Überlieferung von Quellen (Tradition und Überrest; Quellen und ihre Überlieferungschancen; Quellen und ihre Recherche)

LIETZ, THOMAS: Fernsehnutzung in der DDR als kommunikationshistorisches Problem: Methodologie und Quellen. In: Medien & Zeit. Jg. 20. 2005. H. 2. S. 30–43.

Teilergebnisse aus dem laufenden DFG-Projekt zur Geschichte des DDR-Fernsehens, vor allem »jedoch theoretisch-methodische Überlegungen und quellenkundliche Einsichten zur Rezeptionsgeschichte des DDR-Fernsehens«.

LUDWIG, KAI: Mittelwelle aus der Oberlausitz: Der Sender Reichenbach. In: Radio-Kurier – weltweit hören. 2005. H. 9. S. 18–20.

Zur Geschichte und aktuellen Funktion des Senders Reichenbach bei Görlitz.

MATZEN, CHRISTIANE: Chronik der Medienentwicklung in Deutschland 2004. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. Jg. 53. 2005. H. 4. S. 621–649.

MEILI, ANDREAS: 22 Jahre Privatrundfunk in der Schweiz: Eine Zwischenbilanz aus operativer Sicht. In: Das schweizerische Mediensystem im Wandel: Herausforderungen, Chancen, Zukunftsperspektiven/Matthias Künzler (Hrsg.). Bern, Stuttgart, Wien 2005. S. 117–132.

MEISSNER, JOCHEN: Von Neumannflasche bis Goebbelsschnauze: das multisensorische Hörspiel: eine Sonderausstellung im Deutschen Technikmuseum Berlin [2005/2006]. In: Theater heute. Jg. 46. 2005. H. 11. S. 66.

MONHEIM, GERT: Ursula Junk. Eine Journalistin, die etwas bewegt hat. In: WDR print. Nr. 356. 2005. S. 15.

NEKES, WERNER: Sichtbar machen/Interview: Ulrike Pfeiffer. In: Film & TV Kameramann. Jg. 54. 2005. H. 10. S. 6–14. Die Sammlung Werner Nekes zur Geschichte des bewegten Bildes beinhaltet Geräte, projizierte Ansichten, Objekte und Texte zur Vor- und Frühgeschichte der audiovisuellen Medien (Fotografie, Film, Fernsehen).

Interview anlässlich der Ausstellung im Altonaer Museum in Hamburg, Oktober 2005–März 2006.

NEUBERGER, CHRISTOPH: Jan Tonnemacher 65 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 2. S. 240–241.

Kommunikationswissenschaftler, geb. 27. April 1940.

OPOCZYNSKI, MICHAEL: Wirtschaftsberichterstattung in Zeiten der Stagnation: 20 Jahre »WISO«. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 127–128.

PABST, KLAUS: Deutsch auf belgischer Welle: die Anfänge der deutschsprachigen Sendungen im Belgischen Rundfunk 1935–1940. In: Gestalten und Entwicklungen. Historische Streifzüge zwischen Rhein und Maas. Hubert Jenniges zum 70. Geburtstag als Festgabe gewidmet. Hrsg. von Wolfgang Jenniges. Leuven 2004. S. 253–270.

PIETRZYNSKI, INGRID: »Im Orkus verschwunden? « Günter Kunerts frühe Hörfunkarbeiten (1953–1962). In: Literatur im DDR-Hörfunk: Günter Kunert Bitterfelder Weg Radio Feature/Ingrid Scheffler (Hrsg.). (Jahrbuch Medien und Geschichte. Bd. 5. 2005). Konstanz 2005. S. 9–128.

PLEITGEN, FRITZ: Die Neugier bewahren: zum 50-jährigen Bestehen des WDR. In: ARD-Jahrbuch. Jg. 37. 2005. S. 121–129.

PÖTTKER, HORST: Hans Bohrmann 65 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 3. S. 355–356.

Kommunikationswissenschaftler, langjähriger Direktor des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, geb. 26. September 1940.

POKAHR, KATRIN: Millionen Texte, Töne und Bilder: das Langzeitgedächtnis des WDR. In: WDR Radioprogramm. 2005. Woche 52 / 2006. Woche 1. S. 8–9.

Über die historische Funktion der WDR-Archive am Beispiel der Programmrecherchen für die Hörfunk-Gedenktagssendungen zum Jubiläum »50 Jahre WDR«.

POLASCHEGG, NINA: NewJazz Meeting. In: Doppelpfeil: das Unternehmensmagazin des Südwestrundfunks. 2005. H. 6. S. 6–8.

Zur vierzigjährigen Geschichte des jährlichen SWR NewJazz Meeting in Baden-Baden, das 1966 von Jochim Ernst Berendt unter dem Titel Free Jazz Meeting in s Leben gerufen wurde.

Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zur archivischen Überlieferungsbildung vom 15. Oktober 2004: Einführung (Robert Kretzschmar) und Textabdruck. In: Der Archivar. Jg. 58. 2005. H. 2. S. 88–94.

Unter Berücksichtigung der audiovisuellen Medien.

PRÜMM, KARL: Der »Film noir« der Adenauer-Ära: die Reihe »Stahlnetz« und ihr Erfinder Jürgen Roland. In: Programm und Programmatik: kultur- und medienwissenschaftliche Analysen: Knut Hickethier zum 60. Geburtstag/Ludwig Fischer (Hrsg.). Konstanz 2005. S. 329–338.

PRÜMM, KARL: Eine Stifterfigur der Medienwissenschaft: zum Tod von Helmut Kreuzer. In: Montage/AV. Jg. 14. 2005. H. 1. S. 179–181.

Literatur- und Medienwissenschaftler, Mitbegründer der Medienwissenschaft als eigenständige Disziplin (1927–2004).

PÜRER, HEINZ: Heinz-Werner Stuiber 65 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 4. S. 476–477.

Kommunikationswissenschaftler, geb. 17. 11. 1940.

RAMPELT, PIT: »Feuer in der Nacht«: das LiveMovie. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 111–113.

Über Kai Wessels live gespielten und gesendeten Fernsehfilm »Feuer in der Nacht« (ZDF, 25. Oktober 2004). Mit einem Rückblick auf das Live-Fernsehspiel seit 1951 (»Vorspiel auf dem Theater« aus Goethes Faust).

RIPPICH, MANFRED: Neues aus dem Himalaya: Bhutan: wichtige Worte beginnen hier mit »D«. In: Radio-Kurier – weltweit hören. 2005. H. 10. S. 12–14.

Überblick über den Rundfunk in Bhutan: Geschichte, Sender (Radio NYAB, Bhutan Broadcasting Service), Programme.

RÖMHILD, LOTTE: Ein »Sicherheitsraum«. 25 Jahre AG DOK (Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm). In: Fernseh-Informationen. Jg. 56. 2005. H. 10. S. 21–22.

RÖSER, JUTTA, CORINNA PEIL: Fernsehen als populäres Alltagsmedium: das duale Rundfunksystem und seine kulturellen Folgen. In: Die Kultur der achtziger Jahre/Hrsg. von Werner Faulstich. München 2005. S. 155–168.

RÜDEN, PETER VON: Ein Kabarettist wird ausgeschaltet: Werner Finck und der NWDR. In: Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks/Hrsg. von Peter von Rüden und Hans-Ulrich Wagner. Hamburg 2005. S. 131–155.

Über die satirischen »Rundfinck-Kommentare« Werner Fincks im NWDR und seinen Silvestersendungsauftritt 1951/52 als Anlass für die Beendigung seiner Arbeit für den NWDR.

RÜDEN, PETER VON: Ein neuer Rundfunk: alliierte Absichten und deutsche Strategien in der Gründungsphase des NWDR. In: Programm und Programmatik: kultur- und medienwissenschaftliche Analysen: Knut Hickethier zum 60. Geburtstag/Ludwig Fischer (Hrsg.). Konstanz 2005. S. 283–298.

SALA, ROBERTO: »Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitschriften« in der Bundesrepublik (1960–1975) – ein Spiegel internationaler Spannungen. In: Zeithistorische Forschungen; Studies in contemporary history. Jg. 2. 2005. H. 3. S. 366–387.

SAUTER, ENGELBERT: 20 Jahre 3sat – anders rückblicken. In: ZDF Jahrbuch 2004. Mainz 2005. S. 163–164.

SCHADE, EDZARD: Auswahlbibliographie Ulrich Saxer 2001–2005: ein Schriftenverzeichnis zum 75. Geburtstag. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 4. S. 485–486.

SCHÄTZLEIN, FRANK: Ton und Sounddesign beim Fernsehen. In: »Sound«: zur Technologie und Ästhetik des Akustischen in den Medien/Harro Segeberg; Frank Schätzlein (Hrsg.). Marburg 2005. S. 184–203.

darin: Historische Entwicklung der Tontechnik beim bundesdeutschen Fernsehen: Anfänge der Fernsehproduktion; Monophonie; Mehrkanalton; Zweikanalton; Stereophonie; Surround.

SCHAFFRATH, MICHAEL: »Spiel, Satz, Sieg – für die Sportkommerzialisierung«: Sportkultur zwischen Tennisboom, Olympiaboykott und neuen TV-Begierden. In: Die Kultur der achtziger Jahre/Hrsg. von Werner Faulstich. München 2005. S. 191–207.

Zur Kommerzialisierung und Medialisierung des Sports in den 80er Jahren.

SCHEFFLER, INGRID: Direktive Kulturpolitik und literarische Praxis im DDR-Hörfunk: Der Bitterfelder Weg (1959–1964). In: Literatur im DDR-Hörfunk: Günter Kunert Bitterfelder Weg Radio Feature/Ingrid Scheffler (Hrsg.). (Jahrbuch Medien und Geschichte. Bd. 5. 2005). Konstanz 2005. S. 129–248.

SCHILDT, AXEL: Lieschen Müller als untaugliches Objekt kultureller Veredelung: Hörerwünsche und Programmentwicklung des Radios in der frühen Bundesrepublik. In: Programm und Programmatik: kultur- und medienwissenschaftliche Analysen: Knut Hickethier zum 60. Geburtstag/Ludwig Fischer (Hrsg.) Konstanz 2005. S. 314–328.

SCHMOLKE, MICHAEL: Erinnerungen an Otto B. Roegele. In: Communicatio socialis. Jg. 38. 2005. H. 4. S. 419–424.

Nachruf auf Otto B. Roegele (Publizist »Rheinischer Merkur« und Kommunikationswissenschaftler/Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München), 1920–2005.

SCHOLL, ARMIN: Klaus Merten 65 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 4. S. 475–476.

Kommunikationswissenschaftler, geb. 31. 7. 1940.

SCHULZ, WINFRIED, REIMAR ZEH: The changing election coverage of German television: a content analysis: 1990–2002. In: Communications: the European journal of communication research. Vol. 30. 2005. Nr. 4. S. 385–407.

Analyse der Hauptnachrichtensendungen von ARD, ZDF, RTL und SAT.1 unter dem Aspekt der Amerikanisierung.

SEEL, MARTIN: Das Wagnis des Scheiterns: Fassbinder-Notizen. In: Die neue Rundschau. Jg. 116. 2005. H. 3. S. 143–148.

Anmerkungen zu Rainer Werner Fassbinders (1945–1982) Filmen und Fernseharbeiten (Fernsehfilme, Serien) anlässlich seines 60. Geburtstags.

SEETHALER, JOSEF: Walter J. Schütz 75 Jahre. In: Publizistik. Jg. 50. 2005. H. 4. S. 480–481.

Kommunikationswissenschaftler, Medienpolitiker (Bundespresseamt), Begründer und Entwickler der Pressestatistik in Deutschland, geb. 27. 7. 1930.

SELL, FRIEDRICH-WILHELM VON: Über die Treppe. Zum Tod von Heinz Werner Hübner. In: Funkkorrespondenz. 2005. H. 35. S. 3.

Nachruf auf Heinz Werner Hübner (1921–2005). Hübner war 1977 1985 Fernsehprogrammdirektor des WDR.

SEMMELROGGE, LUTZ: Wo das Radio zu Hause ist: die Region im Hörfunk. In: ARD-Jahrbuch. Jg. 37. 2005. S. 95–99.

Überblick über die Entwicklung der regionalen Hörfunkwellen der ARD am Fallbeispiel der SR 3 Saarlandwelle.

STALBUS, PETRA: Herzlichen Glückwunsch zum Sechzigsten! 60 Jahre SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg, Radio-Sinfonieorchester Stuttgart und SWR Vokalensemble Stuttgart. In: Doppelpfeil: das Unternehmensmagazin des Südwestrundfunks. 2005. H. 5. S. 74.

STEFANOWSKI, MICHAEL: Seit 40 Jahren: Kultur hat »aspekte«: Deutschlands älteste TV-Kultursendung feiert Geburtstag: as time goes by – Chronik der laufenden Ereignisse. In: ZDF Kontakt. 2005. H. 11. S. 3–6.

Unbestechlich. Heinz Werner Hübner ist am 28. August im Alter von 84 Jahren gestorben. In: WDR print. Nr. 354. 2005. S. 11.

Auszüge aus den Reden der Trauerfeier für Heinz Werner Hübner (1921–2005). Hübner war 1977–1985 Fernsehprogrammdirektor des WDR. Fritz Pleitgen: »Die Holocaust-Serie bleibt Hübners ewiges Verdienst«; Dietrich Schwarzkopf: »Ein Hüter der Programmqualität«; Friedrich-Wilhelm von Sell: »Ein Glücksfall für den WDR wie für die ARD«.

VIEWEG, CHRISTINE: Schluß mit Lustig? 25 Jahre »Löwenzahn« beim ZDF. In: Fernseh-Informationen. Jg. 56. 2005. H. 8. S. 10–12.

Zum Abschied des Moderators Peter Lustig von der ZDF-Kindersendung.

VOSS, PETER: Macher und Denker. In: Doppelpfeil: das Unternehmensmagazin des Südwestrundfunks. 2005. H. 4. S. 10–11.

Porträt des ehemaligen SWF-Fernsehprogrammdirektors und ZDF-Intendanten Dieter Stolte anlässlich der Verleihung des Hans Bausch Mediapreises des Südwestrundfunks 2005.

WAGNER, HANS-ULRICH, MARK LÜHRS: NWDR-Geschichte. T. 6. In: Fernseh-Informationen. Jg. 56. 2005. H. 12. S. 30–34.

Kommentierte Dokumente zur Organisationsgeschichte des Rundfunks und des frühen Fernsehens in Deutschland (NWDR) 1948–1953. Mark Lührs: »Wechselspiel des Lebens. « Die Gründung des WDR vor 50 Jahren.

WAGNER, HANS-ULRICH: Produktiver Wetteifer: Das Funkhaus Köln. In: Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks/Hrsg. von Peter von Rüden und Hans-Ulrich Wagner. Hamburg 2005. S. 223–241.

WAGNER, HANS-ULRICH: Rekonstruktion einer gebrochenen Biographie: Harry Hermann Spitz. In: Birgit Bernard, Stefan Kames, Hans-Ulrich Wagner: Medien und Musikjournalistik in Köln um 1933: drei Schlaglichter auf eine Usurpation. Eingef. und hrsg. von Robert v. Zahn. (Beiträge zur rheinischen Musikgeschichte. Bd. 166). Kassel 2005. S. 63–85.

Harry Hermann Spitz (1899–1961), Dirigent, Kapellmeister; 1929–1933 Leiter der Konzert- und Schallplattenabteilung der WERAG; als Jude 1933 entlassen; danach freier Kapellmeister im Exil; 1941 in Südfrankreich verhaftet und in Konzentrationslager (u.a. Auschwitz) deportiert; 1945–1947 Kapellmeister in Schweden, u.a. am Schwedischen Rundfunk; seit 1947 Redakteur bzw. Hauptabteilungsleiter Musik beim NWDR/NDR; Leiter der Kapelle »Harry Hermann«; 1956 nach jahrelangen Intrigen und Verleumdungen gegen ihn Rücktritt vom Amt des Hauptabteilungsleiters Musik.

WAGNER, HANS-ULRICH: Sounds like the Fifties: zur Klangarchäologie der Stimme im westdeutschen Rundfunk der Nachkriegszeit. In: »Sound«: zur Technologie und Ästhetik des Akustischen in den Medien/Harro Segeberg; Frank Schätzlein (Hrsg.). Marburg 2005. S. 266–284.

WAGNER, HANS-ULRICH: »Wir sind nicht unpolitisch, sondern bewusst politisch«. Karl-Eduard von Schnitzlers Programmarbeit beim NWDR 1945–1947. In: Programm und Programmatik: kultur- und medienwissenschaftliche Analysen: Knut Hickethier zum 60. Geburtstag/Ludwig Fischer (Hrsg.). Konstanz 2005. S. 299–313.

Was in fünf Jahrzehnten so alles über den Äther ging. In: WDR Radioprogramm. 2005. Woche 52 / 2006. Woche 1. S. 6–7.

Vorschau auf das WDR-Hörfunkprogramm zum Jubiläum »50 Jahre WDR« (1.1.1956).

WEISS, OLIVER: 20 Jahre Dualer Rundfunk in Deutschland. In: Konkurrenz der Wirklichkeiten: Wilfried Scharf zum 60. Geburtstag/Martina Thiele (Hrsg.). Göttingen 2005. S. 55–66.

WERNER, HANS ULRICH: Unbändige Gestaltungskraft: der Klangtechniker Heinrich Schütz (1921–2005). In: MusikTexte: Zeitschrift für Neue Musik. H. 105. 2005. S. 82.

Heinrich Schütz arbeitete seit den frühen 50er Jahren bis 1986 als Klangtechniker im Elektronischen Studio bzw. im Tontrickstudio des Westdeutschen Rundfunks.

WITTING-NÖTHEN, PETRA: Ein geniales Provisorium: Das NWDR-Studio Bonn. In: Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks/Hrsg. von Peter von Rüden und Hans-Ulrich Wagner. Hamburg 2005. S. 311–321.

WITTING-NÖTHEN, PETRA: Vom Rheinland bis Ostwestfalen: Die Studios im rheinisch-westfälischen Sendegebiet. In: Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks/Hrsg. von Peter von Rüden und Hans-Ulrich Wagner. Hamburg 2005. S. 297–307.

ZIMMERMANN, PETER: Im Banne der Ufa-Ästhetik und des »Kalten Krieges«: Film- und Fernseh-Dokumentationen der BRD und DDR über das »Dritte Reich«: »Auferstanden aus Ruinen«. Zur Wirkungsgeschichte von Kulturfilm und Wochenschau nach 1945. In: Geschichte des dokumentarischen Films in Deutschland/Peter Zimmermann; Kay Hoffmann (Hrsg.), im Auftr. des Hauses des Dokumentarfilms, Bd. 3. Stuttgart 2005. S. 710–719.

ZIMMERMANN, PETER: Kontinuitäten und Wandlungen im Zeichen von »Entnazifizierung« und »Reeducation«: »Auferstanden aus Ruinen«. Zur Wirkungsgeschichte von Kulturfilm und Wochenschau nach 1945. In: Geschichte des dokumentarischen Films in Deutschland. Peter Zimmermann; Kay Hoffmann (Hrsg.), im Auftr. des Hauses des Dokumentarfilms. Bd 3. Stuttgart 2005. S. 691–709.

Über die frühen Fernsehdokumentationen in der BRD der 50er Jahre in der »Wochenschau- und Kulturfilmtradition« der Zeit vor 1945.

Rudolf Lang, Köln

Mitteilungen
des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Jahrestagung 2007:
Von der Politisierung der Medien
zur Medialisierung des Politischen?
Zum Verhältnis von Medien und Politik
im 20. Jahrhundert
Call for Papers

Das 20. Jahrhundert war im Hinblick auf Politik nicht nur ein »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm), das etwa durch den Gegensatz von Demokratie und Diktatur gekennzeichnet war, es lässt sich auch als eine Zeit der Vergesellschaftung von Politik beschreiben. Gemeint ist damit die – schon im 19. Jahrhundert einsetzende – Involvierung immer weiterer Teile der Bevölkerung in politische Diskurse: Politik konnte zunehmend weniger in Arkanbereichen stattfinden, sondern hatte sich der (inszenierten) Unterstützung breiter Bevölkerungskreise zu versichern. »Moulder« und »Mirror« der Vergesellschaftung von Politik sind die Massenmedien, deren Nutzung sich nun schichtübergreifend zur Alltagspraxis entwickelt hatte – der Medialisierungsprozess hatte eingesetzt. Die Medien gewannen an Autonomie und brachten spezifische Verarbeitungsregeln hervor. Dies musste von der Politik bei der Ansprache gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigt werden.

Die »Kommunikationsrevolution«, d.h. die Herausbildung neuer, elektronischer Medien vom Radio über das Fernsehen bis hin zum Internet, hat neu konturierte Öffentlichkeiten hervorgebracht. Die thematische Fragmentierung und der Einschluss großer Publika sind dabei zwei zentrale Prozesse. Durch die Vielfältigkeit von Öffentlichkeiten sowie ihrer Trägermedien gestaltet sich das Verhältnis zwischen Politik und Medien zunehmend komplex. In dynamischen Aushandlungsprozessen werden Wirklichkeiten konstruiert, selbst was unter »Politik« zu unterschiedlichen Zeiten jeweils verstanden wurde, ist Ergebnis von Kommunikation; »Politik« im 20. Jahrhundert erscheint aus dieser Perspektive geradezu als »Produkt« massenmedial vermittelter Diskurse, oder anders ausgedrückt: Darstellung und Herstellung von Politik fallen zunehmend zusammen. Durch die Medialisierung sind neue Akzente in der Diskussion um das Verhältnis von Politik und Medien gesetzt worden: Es geht nicht nur um eine mögliche Dominanz der Politik über die Medien, sondern auch um die Frage, ob die Politik durch die Medien in ihrer Substanz gefährdet ist.

Ziel der Tagung ist es, die umfassende und sich wandelnde Rolle der Medien bei der Vergesellschaftung von Politik für eine ganze Zeitperiode – das 20. Jahrhundert – herauszuarbeiten und somit Erkenntnisse über grundlegende und langfristige Prozesse im Verhältnis von Politik und Medien zu gewinnen. Die aktuellen Diskussionen über das Verhältnis von Medien und Politik sollen dadurch um eine historische Dimension erweitert werden, auch um zu enge, allein auf die Gegenwart bezogene Schlüsse und Wertungen zu vermeiden.

Um das Verhältnis von Medien und Politik im 20. Jahrhundert auszuloten, sollen in den Beiträgen der Tagung fünf Themenfelder diskutiert werden:

1. Politisierung der Medien und ihre Grenzen: Neben medienpolitischen Vorstellungen und Öffentlichkeitskonzepten in Diktaturen und Demokratien des 20. Jahrhunderts wird die vielfältige Einflussnahme der Politik auf die Medien z.B. in Wahlkämpfen, durch Public Relations oder Propaganda behandelt. Eine besondere Rolle spielt hier auch das Verhältnis zwischen Politik und Medien im (kalten) Krieg. Grenzen der Politisierung sind u.a. in der Kommerzialisierung der Medien, in transnationalen Öffentlichkeiten oder der begrenzten Aufmerksamkeit des Publikums zu sehen.

2. Medialisierung der Politik und ihre Grenzen: Gefragt wird hier insbesondere nach den jeweiligen Rückwirkungen von Medien und Medialisierungsprozessen auf Politik und das politische System. Zu denken ist dabei an sich wandelnde Darstellungskonventionen wie z.B. Visualisierung, Personalisierung oder Unterhaltungsorientierung. Grenzen der Medialisierung können u.a. in Eigenlogiken des politischen Systems und in Traditionen der politischen Kultur und ähnlichem liegen.

3. Rezeption von Politik durch das Publikum: Wie veränderte sich die Rezeption von Politik in den verschiedenen Zeitperioden. Welche Inhalte und Formen wurden bevorzugt. Inwieweit blieb das Publikum passiv, wann und wie wurde es aktiv?

4. Verhältnis Journalisten und Politiker: Eine zentrale Bedeutung im Verhältnis von Politik und Medien hat die Akteursebene. Wie verändern Politiker ihr Verhalten gegenüber Medien? Wie gehen sie mit

dem Zwang der Medialisierung um? Andersherum: Wie wandelte sich das Selbstverständnis von Journalisten? Was sehen/sahen sie als ihre zentrale Aufgabe?

5. Die Medien als vierte Gewalt? Historische Diskurse über Medien und Politik: Hier sollen in einer Meta-Perspektive Konzeptionen zur Rolle der Medien gegenüber der Politik im 20. Jahrhundert behandelt werden, z.B. die Ausgewogenheitsdebatte oder kulturkritische Depolitisierungskonzepte.

Mit diesen Fragen ist die Tagung interdisziplinär ausgerichtet. Erwünscht sind Einreichungen aus der Kommunikations- und Medienwissenschaft, der Zeitgeschichte sowie aus Politikwissenschaft und Soziologie.

Vortragsvorschläge (je 20 Minuten) zu einem der fünf Themenfelder sind als »extended abstracts« (max. zwei Seiten Text) bis Sonntag, den 15. Oktober 2006, möglichst in elektronischer Form als E-Mail-Attachment einzureichen beim Sprecher der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der DGPuK Klaus Arnold (Klaus.Arnold@ku-eichstaett.de). Der Beitrag darf in dieser Form nicht bereits in einer Verlagspublikation veröffentlicht oder auf einer wissenschaftlichen deutschsprachigen Tagung präsentiert worden sein. Die Vorschläge werden in einem anonymisierten Review-Verfahren begutachtet. Deshalb bitten wir, die Abstracts mit einem abnehmbaren Deckblatt zu versehen, auf welchem der Beitragstitel sowie Name und Adresse des Einreichenden vermerkt sind. Die Abstracts sollen neben der Inhaltsangabe des Vortrags den Bezug zum Tagungsthema sowie die Relevanz und Originalität der Fragestellung verdeutlichen. An diesen Aspekten werden sich auch die Reviewer orientieren. Daneben wird die Tagungsleitung einzelne Kolleginnen und Kollegen mit der Bitte um Beiträge direkt ansprechen. Reise-, Verpflegungs- und Unterkunftskosten für die Vortragenden können ganz oder in Teilen vorbehaltlich einer in Aussicht gestellten Finanzierung von der Tagungsleitung übernommen werden.

Die Tagung wird am Donnerstag, den 18. Januar, abends mit zwei Keynotes und einem Get-Together beginnen und am Samstag, den 20. Januar, gegen Mittag enden. Genauere Angaben zum Veranstaltungsort, Unterkünften etc. werden rechtzeitig in einer Einladung zur Tagung bekannt gegeben.

Veranstalter:
Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der DGPuK
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)
Studienkreis Rundfunk und Geschichte

Zeit/Ort:
18.–20. Januar 2007 im Bundestag in Berlin

Organisation:
Klaus Arnold, Christoph Classen, Edgar Lersch, Susanne Kinnebrock, Hans-Ulrich Wagner

Kontakt und Einsendungsadresse für die Abstracts:
Dr. Klaus Arnold
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Lehrstuhl Journalistik II
Ostenstraße 25
85072 Eichstätt
Tel.: 08421/93-1556
E-Mail: Klaus.Arnold@ku-eichstaett.de

Jahrbuch Medien und Geschichte 2006

Das Jahrbuch Medien und Geschichte 2006 ist erschienen. Alle Mitglieder des Studienkreises erhalten das Buch zugesandt. Weitere Bestellungen können beim Paragon-Verlag direkt oder bei Veit Scheller, dem Schatzmeister des Studienkreises, aufgegeben werden.

Oliver Zöllner (Hrsg.):
Der Blick der Anderen.
(= Jahrbuch Medien und Geschichte 2006)
Europa in der Wahrnehmung von Medien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Wie wird Europa, wie werden Europäer von scheinbar ‚peripheren' Mediensystemen in Übersee wahrgenommen? Wie wird über diesen nicht nur ökonomisch privilegierten Kontinent und seine Bewohner berichtet? Was ist gewissermaßen als »mediale Essenz« von Europa fassbar? Spitz formuliert: Was überhaupt ist »Europa« – im Blick der »Anderen«? Dies waren Fragestellungen, die der Studienkreis Rundfunk und Geschichte als Ausgangspunkt für

die Planung seiner 33. Jahrestagung nahm. Im März 2005 debattierten im Bonner Funkhaus der Deutschen Welle rund 100 interessierte Teilnehmer »die Rezeption Europas in Medien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas«.

Der hier vorgestellte Dokumentationsband dieser Tagung hat sich zum Ziel gesetzt, in wesentliche Grundbedingungen der gegenseitigen Wahrnehmung von Nationen und Kulturen einzuführen. Die Autorinnen und Autoren liefern Fallbeispiele, die aktuelle Schlaglichter auf den Stand der Entwicklung von Mediensystemen und Berichterstattungsroutinen in Afrika, Asien und Lateinamerika werfen und Möglichkeiten erkunden, inwieweit Europa – oder sind es nur bestimmte europäische Referenznationen? – innerhalb dieser Systeme ein Thema ist.

Weitere Informationen unter:
http://www.paragonverlag.de/strug1.html

Examenscolloquium des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 6. und 7. Oktober 2006: Call for Papers

Das Colloquium des Studienkreises richtet sich besonders an jüngere WissenschaftlerInnen, welche hier die Gelegenheit bekommen, sich gegenseitig ihre aktuellen Forschungsprojekte (z. B. Magister-/ Master-/ Diplomarbeiten, Dissertationen) vorzustellen. Außerdem werden in einzelnen Arbeitsgruppen sachkundige Beraterinnen und Berater anwesend sein, die bei Bedarf hilfreiche Hinweise und Kritik geben können. Die Gruppe der BeraterInnen setzt sich aus Kommunikations- und Medienwissenschaftlern, Rundfunkpraktikern und Archivfachleuten zusammen.

Neben der beratenden Funktion versteht sich das Colloquium zudem als ein Ort, an dem persönliche Kontakte für eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit geknüpft werden können. Hierbei sind unter anderem der Erfahrungsaustausch bei Schreiben größerer wissenschaftlicher Texte sowie Strategien zum Zeitmanagement von Bedeutung.

Teilnehmen können höchstens 20 Personen, die im Rahmen ihrer Abschlussarbeit ein Thema aus dem Bereich der Rundfunkforschung bearbeiten. Dies können sowohl historische als auch gegenwartsbezogene Themen mit organisations-, programmgeschichtlichen, technikbezogenen oder rezeptionsorientierten Schwerpunkten sein.

Voraussetzung für die Teilnahme ist ein Exposé von maximal 4.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen).

Veranstaltungsort:
Mitteldeutsches Multimediazentrum
Institut für Medien und Kommunikation
Mansfelder Str. 56, 06108 Halle/Saale

Ansprechpartner:
Sebastian Pfau, M.A. (Universität Halle/Saale)
Anmeldeunterlagen bei:
Sebastian Pfau, Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaften, Universität Halle, Mansfelder Str. 56, D-06108 Halle (Saale),
Tel. 0345 / 55 23 586, Fax 0345/5527058,
E-Mail: pfau@medienkomm.uni-halle.de

Änderungen der Kontaktdaten

Der Studienkreis bittet seine Mitglieder, bei Adressänderungen oder Änderungen der Bankverbindung doch eine kurze Nachricht an unseren Schatzmeister Veit Scheller zu senden. Rücksendungen der Zeitschrift und Rückbuchungen von erloschenen Konten verursachen unnötige Kosten und selbstverständlich auch unnötigen Aufwand. Es wäre gut, wenn die Mitglieder neben Postanschriften auch immer gleich die jeweilige E-Mail-Adresse angeben. Nachfragen oder Informationen können auf diese Weise einfacher und schneller übermittelt werden.

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V.
Schatzmeister Veit Scheller
c/o ZDF
ABD / Übergreifende Funktionen
Unternehmensarchiv
55100 Mainz
Deutschland

E-Mail: Scheller.V@zdf.de

Herausgeber:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V.
www.rundfunkundgeschichte.de

Redaktionsanschrift:

Dr. Hans-Ulrich Wagner (Aufsätze/Dokumentation),
Hans-Bredow-Institut, Forschungsstelle zur Geschichte
des Rundfunks in Norddeutschland,
E-Mail: hans-ulrich.wagner@uni-hamburg.de

Christoph Rohde (Forum),
NDR/Dokumentation und Archive,
E-Mail: ch.rohde@ndr.de

Claudia Kusebauch (Rezensionen),
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
E-Mail: kusebauch@medienkomm.uni-halle.de

Steffi Schültzke (Redaktion/Koordination),
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg;
Medien- und Kommunikationswissenschaften, MMZ,
Mansfelder Str. 56, 06108 Halle, Tel. 0345– 552 35 89,
E-Mail: schueltzke@medienkomm.uni-halle.de

Herstellung: Michael Puschendorf, Halle
Druck: Druckerei Teichmann, Halle

Redaktionsschluss: 15. Juli 2006